G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Modell Deutschland? Aus Liebe zu Deutschland?
Scheinalternativen und Alternativen im Wahljahr 1976

Karl Unger
Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit

Henryk Trofimenko
Probleme des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts und die Entspannung

Berg / Kettig / Proft / Steinmann
Feststellungen und Forderungen der demokratischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik

Dieter Kramer
Öffentliche Kulturpolitik und Systemstabilisierung
Eine Übersicht über neuere Literatur

Gerhard Leithäuser
Frankreich: Vom Regierungswechsel zur Regimekrise?

Berufsverbote: Dokumentation internationaler Pressestimmen

9'76

September 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1976

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1976 961

KOMMENTARE UND BERICHTE

Kandidat Carter . . . . . *Bernd Greiner* 964

Modell SPD . . . . . *Frank Deppe* 969

Seveso und die Folgen . . . . . *Hans-Helmuth Wüstenhagen* 971

HAUPTAUFSÄTZE

Modell Deutschland? Aus Liebe zu Deutschland? Scheinalternativen und Alternativen im Wahljahr 1976 *Karl D. Bredthauer* 975

Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit. Anmerkungen zu Anspruch, Realität und Interesse . . . . . *Karl Unger* 998

Probleme des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts und die Entspannung . . . . . *Henryk Trofimenko* 1008

Feststellungen und Forderungen der demokratischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik . . . . . *Marie-Louise Berg, Alma Kettig, Hildegard Proft und Elly Steinmann* 1018

Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 1029

Zur jüngsten Entwicklung in Indien. Seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 . . . . . *Manohar L. Sarin* 1036

MEDIENKRITIK

Die große Kunst des Weglassens . . . . . *Henning Walter* 1052

BÜCHER

Öffentliche Kulturpolitik und Systemstabilisierung. Eine Übersicht über neuere Literatur . . . . . *Dieter Kramer* 1053

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1063

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 1064

Inflation in Frankreich: Vom Regierungswechsel zur Regimekrise? . . . . . *Gerhard Leithäuser* 1069

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumentation zur internationalen Kritik der Berufsverbote und anderer Rechtstendenzen in der BRD 1072

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 9/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats August 1976

1. 8. — Syrien. Präsident Hafez al-Assad nimmt den Rücktritt der Regierung unter Ministerpräsident Mahmoud al-Ayoubi entgegen und beauftragt den ehemaligen Regierungschef Generalmajor Abdel Rahman Kleifawi mit der Umbildung des Kabinetts. In Damaskus heißt es, Ayoubi sei wegen anhaltender Meinungsverschiedenheiten mit Assad über das syrische Vorgehen im Libanon demissioniert.

2. 8. — UNO. Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen wird in New York mit einer 5. Session fortgesetzt. Der Präsident der Konferenz, Hamilton Shirley Amerasinghe (Sri Lanka), nennt als eines der wichtigsten Beratungsthemen die Ausarbeitung von Richtlinien für eine internationale Behörde zur Überwachung der Ausbeutung des Meeres. Einige der Teilnehmerstaaten, darunter die USA, hatten es bisher abgelehnt, sich der Jurisdiktion einer solchen Behörde zu unterwerfen. — Am 20. 8. beantragt die Sozialistische Republik Vietnam die Aufnahme in die Vereinten Nationen. Getrennte Aufnahmeanträge von Nord- und Südvietnam waren im August 1975 am Veto der USA im Sicherheitsrat gescheitert (vgl. „Blätter", 9/1975, S. 956).

3. 8. — UdSSR. Das Außenministerium wendet sich in einer Erklärung an die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Moskau gegen den Versuch, „die Westsektoren Berlins in den Prozeß der westeuropäischen staatlich-politischen Integration einzubeziehen". Anlaß ist der

Beschluß des Europäischen Rates über die geplanten Direktwahlen für das Europäische Parlament und die Ankündigung von Bundeskanzler Schmidt, der Rechtsakt über die Direktwahlen werde auch auf Berlin (West) ausgedehnt (vgl. „Blätter", 8/1976, S. 842 f.). Die sowjetische Regierung erklärt u. a.: „Die Ausdehnung der Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft auf die Westsektoren Berlins würde eine Revision der Position dieser Stadt bedeuten, wie sie durch das Vierseitige Abkommen vom 3. September 1971 und andere vierseitige Entscheidungen und Übereinkünfte festgelegt wurden. Die direkte oder indirekte Teilnahme Westberlins an den Wahlen zum ‚Europaparlament' würde eine grobe Verletzung des Vierseitigen Abkommens bedeuten und wäre mit der darin festgelegten Absicht der Seiten, Komplikationen im Geltungsbereich des Abkommens zu vermeiden, unvereinbar." — Am 4. 8. heißt es in einer Stellungnahme des Regierungssprechers in Bonn, die Bundesregierung habe immer die Auffassung vertreten, daß die Westberliner „auch in einem direkt gewählten Europäischen Parlament vertreten sein müssen". Diese Ansicht werde von den drei Westmächten geteilt.

3.—6. 8. — V i e t n a m / T h a i l a n d. Die Außenminister Pichai Ratakul (Thailand) und Duy Trinh (Vietnam) verhandeln in Hanoi. Wichtigstes Ergebnis ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. In einem Kommuniqué heißt es, man habe einen Meinungsaustausch über die Rückgabe von Flugzeugen, Schiffen und anderen militärischen Ausrüstungen geführt, die in der Vergangenheit von flüchtendem Personal der Saigoner Verwaltung nach Thailand gebracht worden seien. Die Gespräche sollten fortgesetzt werden.

4. 8. — I t a l i e n. Ministerpräsident Andreotti gibt im Senat und später in der Abgeordnetenkammer die Regierungserklärung ab (vgl. „Blätter", 8/1976, S. 842). Der Schwerpunkt gilt Wirtschaftsproblemen. — Am 6. 8. bestätigt der Senat das Minderheitskabinett mit 136 gegen 17 Stimmen. Für die Regierung stimmen nur die Christdemokraten und die Südtiroler Volkspartei (SVP), Gegenstimmen werden von der neofaschistischen MSI abgegeben. Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale enthalten sich der Stimme. — Am 10. 8. begründet der KPI-Vorsitzende Berlinguer vor der Abgeordnetenkammer die Stimmenthaltung seiner Partei in Senat und Kammer: „Das Regierungsprogramm befriedigt uns nicht, doch es gibt darin positive Aspekte." Die Kommunisten seien bei der Ausarbeitung des Programms konsultiert worden. — Am 11. 8. erhält Andreotti die Bestätigung der Kammer mit 258 gegen 44 Stimmen bei 303 Enthaltungen. Der auf der Liste der KPI gewählte Abgeordnete und frühere EG-Kommissar Altiero Spinelli stimmt gegen die Regierung.

10. 8. — P o r t u g a l. Der frühere Präsident Antonio de Spinola kehrt aus dem Exil nach Lissabon zurück (vgl. „Blätter", 4/1975, S. 362). Der General wird vorübergehend festgenommen, nach einem Verhör jedoch wieder freigelassen. In einem über den Rundfunk verbreiteten Kommuniqué heißt es, die Vernehmung habe „keine hinreichenden Gründe" für eine weitere Haft ergeben. — Am 20. 8. beantragt Portugal offiziell die Aufnahme in den Europarat. Eine entsprechende Mitteilung macht das Sekretariat des Rates in Straßburg.

12. 8. — B R D / D D R. SED-Generalsekretär Honecker empfängt den Leiter der Ständigen Vertretung der BRD, Staatssekretär Gaus, zu einem kurzfristig angesetzten Gespräch. Die DDR-Nachrichtenagentur meldet: „Während der Unterredung, die in einer sachlichen Atmosphäre verlief, wurden beiderseits interessierende Fragen erörtert." In Presseberichten heißt es, es sei vor allem über die Grenzzwischenfälle der vorangegangenen Tage und deren politische Auswirkungen gesprochen worden. — Am 13. 8. verweigern die Behörden der DDR an mehreren Grenzkontrollpunkten Teilnehmern einer Sternfahrt der CDU-Jugendorganisation „Junge Union" zu einer Kundgebung anläßlich des 15. Jahrestages des 13. August 1961 den Transit nach Westberlin; das DDR-Außenministerium hatte am 12. 8. gegen die geplanten Kundgebungen und Demonstrationen beim Senat von Berlin (West) protestiert. Eine von Staatssekretär Gaus im Auftrage der Bundesregierung gegen die Transitverweigerung unternommene Demarche wird im DDR-Außenministerium zurückgewiesen. Zur Begründung heißt es im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland": „Die Zurückweisung von aus der BRD kommenden Omnibussen am 13. August 1976 an der Staatsgrenze der DDR erfolgte, weil hinreichende Verdachts-

gründe für einen Mißbrauch der Transitwege gegeben waren, und befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem Transitabkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD vom 17. Dezember 1971" (vgl. Text der „Mißbrauchsklausel", Art. 16 des Transit-Abkommens, in „Blätter", 7/1972, S. 773 f.). Mit der Zurückweisung befaßt sich die entsprechend dem Abkommen vom 17. Dezember 1971 tätige gemeinsame Transitkommission von DDR und BRD in mehreren Zusammenkünften, auf denen beide Seiten ihre unterschiedlichen Standpunkte darlegen.

16.—19. 8. — Bündnisfreiheit. In Colombo (Sri Lanka) findet die 5. Konferenz der Staats-/Regierungschefs bündnisfreier Staaten statt. Teilnehmer sind 86 Staaten, darunter die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Als Gäste (ohne Stimmrecht) werden Finnland, Österreich, Schweden, die Schweiz sowie Rumänien, Portugal und die Philippinen zugelassen. Zehn weitere Staaten sowie mehrere Befreiungsbewegungen sind als Beobachter vertreten. Zur Eröffnung, an der auch UN-Generalsekretär Waldheim teilnimmt, spricht die Premierministerin von Sri Lanka, Frau Bandaranaike. Ohne Abstimmung werden eine Politische Deklaration, eine Deklaration über Wirtschaftsfragen, ein Aktionsprogramm über wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie zwölf weitere Resolutionen zu wirtschaftlichen Fragen angenommen. Der Koordinierungsausschuß der bündnisfreien Staaten wird auf 25 Mitglieder (bisher 17 Mitglieder) erweitert: Afrika (12 Sitze): Algerien, Angola, Botswana, Guinea, Liberia, Niger, Nigeria, Sudan, Tansania, Tschad, Zaire, Sambia; Asien (8 Sitze): Bangladesh, Indien, Indonesien, Irak, Sri Lanka, Syrien, Vietnam sowie die PLO; Lateinamerika (4 Sitze): Kuba, Guyana, Jamaika, Peru; Europa (1 Sitz): Jugoslawien.

16.—20. 8. — USA. Der Parteikonvent der Republikaner nominiert Gerald Ford zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen am 2. November 1976. Im ersten Wahlgang am 19. 8. entfallen auf Ford 1187 von 2259 Stimmen (notwendige Mehrheit 1130 Stimmen); Gegenkandidat Ronald Reagan erhält 1070 Stimmen. Senator Robert Dole wird von Ford für das Amt des Vizepräsidenten vorgeschlagen.

25. 8. — Frankreich. Ministerpräsident Jacques Chirac, der der gaullistischen UDR angehört, gibt den Rücktritt seiner Regierung bekannt. In der Begründung zu seinem Entschluß heißt es: „Tatsächlich verfüge ich nicht über die Mittel, die mir heute für die wirksame Erfüllung der Funktionen des Premierministers erforderlich erscheinen." Staatspräsident Giscard d'Estaing erklärt in einem Fernsehinterview vom gleichen Tage, Chirac habe in einem an ihn gerichteten Schreiben „eine Erweiterung der Vollmachten des Premierministers" verlangt. Diese Forderung habe er abgelehnt, weil eine Übertragung von Verantwortung des Präsidenten der Republik auf den Premierminister grundlegend im Gegensatz zu den Institutionen der V. Republik stünde". Zum neuen Premierminister wird Raymond Barre (parteilos; bisher Außenhandelsminister) ernannt, der eine weitgehende Umbildung der Regierung vornimmt. Außenminister Sauvagnargues, der ebenfalls aus dem Kabinett ausscheidet, wird von Louis de Guiringaud (bisher Botschafter bei den Vereinten Nationen) abgelöst. Die UDR betont in einem Kommuniqué, die Partei habe „keine Verantwortlichkeit in Bezug auf die Regierung": „Wir werden das neue Kabinett nach seiner Politik und nach den Resultaten, die es erreicht, beurteilen."

— Griechenland/Türkei. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordert in einer von Großbritannien, Italien, den USA und Frankreich eingebrachten Resolution Griechenland und die Türkei auf, ihren Streit um Rechtspositionen in der Ägäis auf friedlichem Wege durch direkte Verhandlungen beizulegen. Der Rat hatte sich auf Antrag Griechenlands in drei Sitzungen seit dem 12. 8. mit dem griechisch-türkischem Konflikt befaßt. Am Rande der Sitzung waren die Außenminister Bitsios (Griechenland) und Caglayangil (Türkei) zu einer Unterredung zusammengetroffen.

31. 8. — Namibia. Die afrikanische Gruppe in den Vereinten Nationen (46 Mitglieder) fordert den UN-Sicherheitsrat auf, Sanktionen zu verhängen, um die Regierung von Südafrika zu veranlassen, ihrer Verpflichtung zur Abhaltung freier Wahlen in Namibia nachzukommen. Ein entsprechendes Ultimatum der Weltorganisation war am gleichen Tage abgelaufen.

Kommentare und Berichte

Kandidat Carter

Es scheint, als erfülle sich gegenwärtig ein alter Traum der „neuen Welt": ein Farmer arbeitet sich zum Millionär empor, um schließlich kraft eigenen Durchsetzungsvermögens und eigener Initiative Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Darüber hinaus wird in der Öffentlichkeit die endgültige Aussöhnung zwischen Nord- und Südstaaten unterstellt, da mit Jimmy Carter seit der Nominierung von Zachary Taylor 1848 zum erstenmal wieder ein Südstaatenvertreter Spitzenkandidat einer der etablierten Parteien wurde.

Vor Monaten noch als „Jimmy-Who?" nicht ernst genommen, konnte sich Carter in den Vorwahlen gegen ein halbes Dutzend Konkurrenten durchsetzen — erneuter Beleg für die Lebensfähigkeit und Flexibilität amerikanischer Demokratie? Auch fügte sich die Ideologie vom Kandidaten, der aus dem Nichts kometenhaft emporstieg, nahtlos in den Nostalgierausch des „Bicentennial".

Wo aber liegen die Hintergründe für Carters Erfolg, wen und was vertritt er, wie stellt sich die augenblickliche innenpolitische Situation der USA dar?

Auf den ersten Blick überrascht, daß sich ausgerechnet der Gouverneur eines Südstaates (Georgia) nicht nur bei den Wählern, sondern auch gegen den anfänglichen Widerstand des Parteiestablishments der Demokraten derart eindeutig behaupten konnte. Carters generalstabsmäßig geplanter Wahlkampf, die Tatsache, daß er bereits in seiner vierjährigen Amtszeit als Gouverneur (1971—1975) die Fäden für seine Kampagne gesponnen und sich insbesondere als Wahlkampfleiter der Demokraten bei den 1974er Zwischenwahlen zu Senat und Repräsentantenhaus die unteren und lokalen Parteigliederungen vieler Einzelstaaten verpflichtet hatte, reichen zur Erklärung offenbar nicht aus. Das gleiche gilt für Carters gegenüber den anderen Kandidaten größere finanzielle Ressourcen.

Zwei Gründe begünstigen im wesentlichen Jimmy Carters Aufstieg. *Erstens* die sozio-strukturellen Verschiebungen innerhalb der USA: „Ich sage Ihnen ganz offen, daß die Zeiten der Rassendiskriminierung vorüber sind." Bereits diese Erklärung aus Carters Antrittsrede als Gouverneur — der z. B. die Berufung Farbiger auf Regierungsposten und erste zaghafte Versuche zur Rassenintegration an den Staatsschulen folgten — zeigt an, daß der alte Süden des „Gone with the Wind" allmählich neuen sozialen, politischen und bewußtseinsmäßigen Strukturen weichen muß. Zwischen 1960 und 1970 übertraf zum erstenmal seit dem Bürgerkrieg die Zahl der Zuwanderer den bis dahin ungebrochenen Trend der Abwanderung in den industrialisierten Norden und Nordosten. Einerseits wurde die Landwirtschaft zunehmend mechanisiert und kapitalisiert, andererseits die Industrialisierung des Südens, angereizt durch Niedriglöhne, schwache Gewerkschaften, Steuervorteile und niedrige Sozialkosten, systematisch vorangetrieben. Verstädterung und Zunahme der industriellen Lohnarbeit indizierten den Beginn einer allmählichen Angleichung der Sozialstruktur des Südens an den Norden. Heute wird bereits von einer ernstzunehmenden Konkurrenz des „Sonnengürtels" gegenüber den traditionellen Industriegebieten gesprochen.

Jimmy Carter ist der politische Exponent dieser Entwicklung und repräsentiert eine neue Generation aufgeklärt-realistischer Südstaatenpolitiker, die die früheren Rassisten und Faschisten

vom Schlage eines Lester Maddox oder George Wallace ablösten. Ebenso können die Anfang der 70er Jahre gewählten Gouverneure Linwood Holton aus Virginia, John West aus South Carolina, Reubin Askew aus Florida, Dale Bumpers aus Arkansas u. a. als Vertreter des „neuen", industriell expandierenden Südens gelten, die mittels einer gemäßigten Reformpolitik die sozialen Folgelasten der Industrialisierung aufzufangen versuchen und insbesondere die Rassengegensätze im Interesse einer ungestörten Entwicklung nivellieren wollen. Die Nominierung Carters trug also der steigenden ökonomischen und politischen Bedeutung der Südstaaten Rechnung.

Zweitens muß das innenpolitische Klima nach Vietnam, Watergate, CIA-, FBI- und den zahllosen anderen Skandalen, die das politische System der USA in den Augen der Öffentlichkeit mehr denn je diskreditierten, berücksichtigt werden. Jimmy Carters Wahlkampf ist haargenau auf die Bewußtseinslage der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung nach den innenpolitischen Krisen der letzten Jahre zugeschnitten. Seine „Acceptance Address" beim Parteikonvent in New York faßt die wichtigsten Argumente noch einmal zusammen:

— Carter beschwört nationale Größe und das Vorbild der USA für andere Nationen. Die bewußtseinsmäßig nicht aufgearbeitete Infragestellung der parlamentarischen Demokratie und die Unsicherheit als Ergebnis der schwersten ökonomischen Krise der Nachkriegszeit werden durch die Wiederbelebung traditioneller Werte verdrängt. Emotionalität dient als Träger der politischen Aussage: er ruft seine Anhänger auf, „unser Land wieder groß, vorwärts schreitend und hochgemut zu machen, bereit, große nationale Taten zu vollbringen. Und wieder, Brüder und Schwestern, werden unsere Herzen vor Stolz schwellen, wenn wir uns Amerikaner nennen."

— Watergate wird positiv gewendet, indem Carter schwört, niemals zu lügen, und leidenschaftlich die Korruption und den bürokratischen Sumpf Washingtons anklagt.

— Populistisches Vokabular spricht latent antikapitalistische Stimmungen an: „Zu viele Menschen mußten unter den Händen einer politischen und wirtschaftlichen Elite leiden ...", und Carter verspricht, den Machtmißbrauch zu beenden, die Regierung wieder dem „einfachen und ehrlichen" Volk zurückzugeben.

— Als „newcomer" unbelastet von den Washingtoner Affären und Intrigen — die „Insider" haben ihre Chance gehabt und verspielt —, predigt Carter erfolgreich einer Regierung des Vertrauens und der moralischen Integrität das Wort.

Seine religiös-missionarisch überhöhten Appelle sprechen nicht nur die Wähler des traditionell tiefgläubigen Südens an: nach Jahren der Apathie und Resignation erscheint Carter weithin als glaubwürdige Alternative, der „America the Beautiful" wieder zu früherer Glorie zurückführen kann und mit den Alpträumen der Vergangenheit aufräumt: „... ich sage Ihnen, daß die besten Jahre unserer Nation noch vor uns liegen. ... Jetzt ist die Zeit zur Heilung gekommen."

Der endgültige Durchbruch zur Wiederherstellung der Rooseveltschen Großen Koalition aus ländlichem Süden, Negern, der Arbeiterschaft sowie der ethnischen Gruppen und der Intelligenz des Nordens gelang Carter — obgleich die moralische Erbauung, die Bekräftigung von „Liebe" und „Gerechtigkeit" lange Zeit im Mittelpunkt gestanden hatten — mit seinen *innenpolitischen* Wahlaussagen:

Während der Nixon-Ford-Administration fielen sämtliche Reformprogramme der 60er Jahre endgültig dem Rotstift, d. h. kapitalistischer Krisenbewältigung, zum Opfer. Die soziale und Ras-

senpolarisierung verschärften sich objektiv: 40 Millionen Arme, 20 Millionen Empfänger von Lebensmittelgutscheinen, zunehmende Konzentration der schwarzen Bevölkerung in verfallenden Großstadtgettos, 10 Millionen Arbeitslose, Inflationsraten in Rekordhöhe, minimale Kranken- und Altersversicherung, bankrotte Städte, immer größere Disparitäten in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Republikaner haben als alleinigen Ausweg einen bornierten Glauben an Selbsthilfe und Privatinitiative anzubieten, wenden sich mit dem abgedroschenen Slogan „So wenig Regierung wie möglich" gegen eine bundesweite Vereinheitlichung des in ihren Augen auch noch zu beschneidenden staatlichen Wohlfahrtssystems und eine staatliche Einkommensgarantie sowie gegen eine Pflichtkrankenversicherung für alle Amerikaner. Regierungsinitiativen auf sozialpolitischen Gebieten werden mit „schleichendem Sozialismus" identifiziert, Milliarden Steuergeschenke an Großunternehmen zur Investitions- und Profitsteigerung dagegen gutgeheißen. Dieser Alternativ- und Ausweglosigkeit konnten die Demokraten durch ein Anknüpfen an die innenpolitischen Zielsetzungen früherer Präsidenten wie F. D. Roosevelt, Kennedy und Johnson massenwirksam begegnen. So sollen eine größere Bundesbeteiligung an den Wohlfahrtskosten zur Entlastung insbesondere der Städte eingeführt und ein jährliches Mindesteinkommen für alle Bedürftigen — neben anderen, noch nicht spezifizierten Sozialprogrammen für Minoritäten und sozial Schwache — durchgesetzt werden. Auch die längst überfällige staatliche Krankenversicherung wird angestrebt.

Schließlich soll eine Steuerreform zugunsten unterer und mittlerer Einkommensschichten die extremen Belastungen der Arbeiterklasse und der Zwischenschichten reduzieren. Für diese Vorhaben fehlen freilich jegliche Realisierungsvorschläge, sie bleiben Absichtserklärungen. Auch lassen die bisherigen Widerstände gegen Sozialreformen berechtigte Zweifel an der Umsetzung derartiger Pläne in naher Zukunft aufkommen. Denn gerade die Finanzierungsfrage wird in der Diskussion systematisch ausgeklammert. Bei der prinzipiellen Unternehmerfreundlichkeit Carters sind Eingriffe in die Einkommensstruktur auf keinen Fall zu erwarten. Wie unter diesen Umständen die geplanten höheren Sozialausgaben mit dem projektierten Ausgleich der bisher chronischen Haushaltsdefizite in Einklang gebracht werden sollen, bleibt unbeantwortet. Dennoch findet Carter mit seinen Vorschlägen gerade die Unterstützung der Minoritäten und Gewerkschaften. Am deutlichsten wurde dies bei dem Programm zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit von real 10% auf 4% bis 1979 (Humphrey-Hawkins-Bill). Mit diesem aktuell wichtigsten innenpolitischen Vorhaben sollen Arbeitsplätze in der Industrie und — falls erforderlich — auch durch staatliche Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsprogramme geschaffen werden. Auch die Erwägung von Lohn- und Preiskontrollen zur Inflationsbekämpfung zeigt die prinzipielle Beibehaltung traditioneller staatsmonopolistischer Interventionspolitik in der Wirtschaft. Als weiteren Schwerpunkt seiner Innenpolitik nennt Carter eine Verwaltungsreform der Bundesbehörden: durch Rationalisierung soll die Arbeit der Regierung effektiviert werden. Dies wird verstanden als ein erster Schritt, um die „Regierung dem Volk zurückzugeben" — diese Rückgabe erschöpft sich nämlich in größerer Transparenz des Entscheidungsprozesses.

Carter vermied es bisher, unmißverständliche Aussagen zu den Fragen zu treffen, die George McGovern 1972 offensiv angegangen war und die ihm den erbitterten Widerstand der „silent majority" eingetragen hatten: Schulintegration durch „Busing", Abtrei-

bung, Gleichberechtigung der Frau, Legalisierung von Marihuana und Rechte der Homosexuellen. Keine Zweifel gibt es hingegen für Carter bei der aus den Reihen der demokratischen Partei erhobenen Forderung nach Entflechtung der (multinationalen) Ölkonzerne: derartige Maßnahmen lehnt der Millionär Carter ab.

Im Wahlkampf weniger zentral, für die Einschätzung einer Regierung Carter aber um so bedeutsamer ist das außen- und verteidigungspolitische Konzept.

Carters außenpolitischer Beraterstab rekrutiert sich aus ehemaligen Mitarbeitern der Präsidenten Kennedy und Johnson, z. B. Cyrus Vance, George Ball, Paul Warnke. Alle drei gehören wie Carter der „Trilateralen Kommission" an, einem Gremium von ca. 200 westeuropäischen, japanischen und amerikanischen Regierungs- und Kapitalvertretern. Diese Kommission wurde 1973 von David Rockefeller — dem Bruder des jetzigen Vizepräsidenten Nelson Rockefeller — auf Rat von Zbigniew Brzezinski gegründet. Brzezinski kann inzwischen als der geistige Vater von Carters außenpolitischen Überlegungen angesehen werden. Seine neue Außenpolitik, die er als „architektonische" im Gegensatz zu einer „akrobatischen" verstanden wissen will, wird aus folgenden grundsätzlichen Erwägungen abgeleitet:

Spätestens seit der Ölkrise ist das nach 1945 entwickelte System internationaler Beziehungen obsolet. Die Kluft zwischen den industrialisierten Staaten und der Dritten Welt vergrößert sich ständig — und damit auch das politische Konfliktpotential. Gleichzeitig wächst die Anfälligkeit führender Industriestaaten für Boykottmaßnahmen rohstoffexportierender Entwicklungsländer. Die innere Krisenhaftigkeit der wichtigsten westlichen Nationen führt mitunter zu nationalstaatlichen Abgrenzungen in einer Zeit, wo allein intensivste Zusammenarbeit zur Lösung fundamentaler Fragen angebracht wäre: dazu gehören u. a. Inflation und der Zusammenbruch des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, die ungelösten Energieprobleme ebenso wie die Erfolge revolutionärer Befreiungsbewegungen und nicht zuletzt der erzwungene Rückzug der USA aus Südostasien. Die mit diesen Entwicklungen und der Konsolidierung der sozialistischen Staaten einhergehenden Kräfteverschiebungen, die gleichzeitig für die USA den Verlust ihrer traditionellen Vormachtstellung bedeuten, bergen nach Brzezinski die Gefahr in sich, daß die sozialistischen Länder bestehende „Machtvakua" (gerade in der Dritten Welt) zur Ausdehnung ihrer Einflußsphäre ausnutzen.

Der Nixon-Ford-Regierung komme zwar das Verdienst zu, den Vietnamkrieg beendet und die Beziehungen zur UdSSR und China verbessert zu haben, insgesamt jedoch konnte ihre Außenpolitik den weltpolitischen Veränderungen nicht gerecht werden: Wegen der fortschreitenden internationalen Verflechtung auf dem ökonomischen wie politischen Sektor seien eine auf Vereinbarungen zwischen Einzelstaaten orientierte Politik und „Alleingänge" nicht mehr praktikabel, d. h. ineffizient. Darüber hinaus bemängelt Brzezinski die Vernachlässigung der Beziehungen zu Westeuropa und Japan sowie eine allzu große Kompromißbereitschaft, die der UdSSR unnötigerweise militärische und politische Vorteile verschafft habe. Die Konzeptionslosigkeit in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern und die Verunsicherung der „westlichen Verbündeten" durch Kissingers Geheimdiplomatie könnten ebenfalls nicht länger hingenommen werden. Kurzum: eine zukunftsorientierte Außenpolitik müsse erst noch geschaffen werden.

Jimmy Carter teilt diese Einschätzungen. Ausgangspunkte einer neu zu bestimmenden Außenpolitik sind also die Einschränkung kapitalistischer Einflußsphären, die politischen und ökonomi-

schen Rückschläge sowie die militärischen Niederlagen der letzten Jahre. Als primäre Konsequenz folgt daraus für Brzezinski das „Zusammenschweißen" der kapitalistischen Zentren zur langfristigen Festigung ihrer Macht. Gemäß den in der „Trilateralen Kommission" entwickelten Vorstellungen müssen die USA, Westeuropa und Japan ihre Zusammenarbeit koordinieren und vor allem institutionalisieren, da allein ein gemeinsames flexibles Auftreten der „industriellen Demokratien" die kurz- und langfristigen Interessen der „Gemeinschaft der Freien" (auch im Innern!) wahren kann. An der Vormachtstellung der USA innerhalb des bei gleichberechtigter Teilnahme der westlichen Führungsmächte zu intensivierenden Bündnisses läßt Carter keinen Zweifel: „Wir müssen ... im Ausland ein starker Führer sein ..." und „uns darum bemühen, durch die Stärke, die aus kollektiven Maßnahmen erwächst, ein internationales System zu schaffen, das die Grundsätze und Werte *unseres* nationalen Erbes widerspiegelt."

In die „Gemeinschaft der Demokratien" sollen auch möglichst viele Entwicklungsländer — besonders die erdölexportierenden — einbezogen werden. Dies ist einerseits der Versuch zur Spaltung der Dritten Welt, andererseits anerkennen Carter und seine Berater, daß militärische Intervention und präventive Konterrevolutionen auf Dauer ungeeignet sind, die Machtbasis des Kapitalismus im allgemeinen und des US-Monopolkapitals im besonderen zu stabilisieren und auszubauen.

Alle weiteren außenpolitischen Ziele bauen auf diesem „Dreibund" USA-Europa-Japan auf: Neben der verstärkten imperialistischen Einflußnahme der kapitalistischen Führungsmächte auf die Dritte Welt durch ausgedehnte Wirtschaftsbeziehungen steht die weitere Normalisierung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten im Vordergrund. Anders ausgedrückt: erst die Koordinierung der Politik der kapitalistischen Hauptländer und die Stabilisierung ihrer Machtbereiche schaffen die günstigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen mit den sozialistischen Staaten.

Carter hält an der bisherigen Politik der Détente prinzipiell fest, kündigt jedoch härtere Verhandlungen mit der Sowjetunion an, um angebliche bisherige Zugeständnisse auszugleichen. Die militärische Stärke der USA dürfe in keinem Fall angetastet werden: die vorgeschlagenen Kürzungen des Militärhaushalts um 5—7 Mrd. Dollar sollen daher durch Effektivierung und nicht durch reale Abrüstung erzielt werden.

Hinter Carters Verständnis der Entspannungspolitik steht Brzezinskis langfristiges Ziel des „evolutionären Wandels" im sozialistischen Lager, d. h. der allmählichen Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die ideologische Begründung dieser Strategie wird aus der Einengung des amerikanischen Machtbereichs hergeleitet: auch die Sowjetunion müsse dazu kommen, ihre „Hegemonialpolitik" aufzugeben, und den Ländern Osteuropas größere Unabhängigkeit einräumen. Das Ziel ist eine „gesamteuropäische Assoziation". Um dies zu erreichen, kann auch wirtschaftlicher Druck eingesetzt werden, denn: die „Modernisierung" der Sowjetwirtschaft durch US-Hilfe verringere den aus Unzufriedenheit resultierenden innenpolitischen Druck zu „demokratischen Veränderungen" innerhalb der Sowjetunion.

Daraus folgt: auch künftig werden Entspannung und Friedenspolitik nicht frei von amerikanischen Störmanövern sein. Der Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes ist eher stärker denn schwächer geworden. Dieses Urteil wird durch die Diskussionen um den künftigen Außen- bzw. Verteidigungsminister bestärkt: im Gespräch ist u. a. der Ex-CIA-Chef und Ex-Ver-

teidigungsminister James Schlesinger, bekannt durch seinen harten Kurs gegenüber der Sowjetunion. Wie alle Falken befürwortet Schlesinger z. B. verstärkte Aufrüstung, da sich angeblich das Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion verschoben und die Entwicklung der letzten Jahre auch zu einer Erosion der politischen Macht des Westens geführt habe.

Trotzdem sind essentielle Angriffe auf den Entspannungsprozeß unter einem Präsidenten Carter nicht zu erwarten. Die vorgezeichnete Gesamtstrategie verbietet ihm derartige Experimente in naher Zukunft. Jeder Konfliktherd kann sich nur störend auf die Architektur der neuen Außenpolitik auswirken.

Bernd Greiner

Zur Entwicklung der außenpolitischen Konzeption Brzezinskis vgl. folgende Aufsätze:
America and Europe, in: „Foreign Affairs", 1/1970.
The Balance of Power Delusion, in: „Foreign Policy", 7/1972.
U.S. Foreign Policy, The Search for Focus, in: „Foreign Affairs", July 1973.
The Deceptive Structure of Peace, in: „„Foreign Policy", 14/1974.
Recognizing the Crisis, in: „Foreign Policy", 17/1974-75.
Zu den außenpolitischen Erklärungen Jimmy Carters vgl. seine Rede am 23. 6. 1976 vor der Außenpolitischen Gesellschaft in New York (abgedruckt in: „Amerika Dienst" v. 7. 6. 1976).

Modell SPD

Die Berichterstattung über internationale Ereignisse bereitet dem politisch Interessierten in diesen Wochen und Monaten nur zu oft einige Schwierigkeiten.

Da berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) in ihrem Leitartikel vom 21. August 1976 über die Unfähigkeit der gegenwärtig noch in Frankreich unter Präsident Giscard d'Estaing amtierenden Regierungskoalition, mit der sozial-ökonomischen und politischen Krise des Landes fertigzuwerden — und dabei ist die Rede vom „Führer der neuen sozialdemokratischen Parlamentsfraktion", also vom „Sozialdemokraten" Jean Lecanuet. Dieser — Justizminister im Kabinett von Chirac — hat aber erst vor wenigen Wochen — zusammen mit Tindemans, v. Hassel und anderen Konservativen — der Gründungsversammlung einer „Europäischen Volkspartei" präsidiert, der als einflußreichste Kraft die westdeutsche CDU angehört. Zu Recht haben ihm die französischen Kommunisten aus diesem Anlaß vorgehalten, daß er die nationale Souveränität verkaufe, indem er sich und seine Partei dem dominanten Einfluß der reaktionären bundesdeutschen CDU/CSU unterordne.

So ist also Jean Lecanuet im eigenen Lande ein Sozialdemokrat — in Westeuropa ein Volks- bzw. ein Christdemokrat? Wie soll man sich eine solch verblüffende Metamorphose erklären? Wäre demnach, so könnte man im Umkehrschluß folgern, ein bundesdeutscher Sozialdemokrat in einem anderen Lande ein eingefleischter Konservativer? Würden die Herren Schmidt, Brandt, Apel, Leber und viele andere in Frankreich zur verrottenden „Majorité présidentielle" gehören — oder in Italien: würden sie dort jenes kümmerliche Häuflein der „Sozialdemokraten" Saragats bereichern, das — nach einhelligem italienischen Urteil — eine Partei von eindeutig konservativem Typus repräsentiert?

Offensichtlich kann man diese Fragen nicht schlicht verneinen. Die „Schmidt-Doktrin" isoliert die bundesdeutsche Regierungspolitik — und es handelt sich dabei nicht um einen sozial-liberalen Kompromiß, sondern um eine Außenpolitik, die voll von der SPD-Führung getragen wird — von allen Kräften in Westeuropa, die den Wählerwillen als Ausdruck der Volkssouve-

ränität respektieren, die die nationale Souveränität und Integrität verteidigen und die zu diesem Zwecke auch bereit sind, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

In der Tat: Das „Modell bundesdeutsche Sozialdemokratie" findet im internationalen Bereich eine ständig wachsende Resonanz: bei den Republikanern der Ford-Administration ebenso wie bei den portugiesischen Rechten und Sa Carneiro und Galvao Melo. In manchen Ländern — so hört man zuweilen — ist für Sozialisten das Wort vom Sozialdemokraten schon zum Schimpfwort geraten. Warum? Weil sich politische Kräfte, die im eigenen Lande als extrem konservativ gelten, unter ausdrücklicher Berufung auf die westdeutsche SPD mit dem Titel „sozialdemokratisch" schmücken.

Jetzt hört man sogar, daß sich libanesische Falangistenführer, deren brutale Massaker und deren faschistische Terminologie dieser Tage wieder Schlagzeilen machen, als „Sozialdemokraten" bezeichnet haben (vgl. FAZ v. 7. August 1976 und 11. August 1976).

Sollte dies zutreffen, so wäre wohl endgültig der Punkt erreicht, an dem die SPD-Führung begreifen sollte, wie gefährlich die internationale Propagierung dieses „Modells Sozialdemokratie" auf sie selbst zurückschlagen kann und muß. Sie sollte auch jetzt schon begreifen, daß die innenpolitische — taktisch kurzatmig auf die rückständigsten Wählerpotentiale bezogene — Mobilisierung des Chauvinismus, die einhergeht mit dem Anspruch einer internationalen „Zweitgendarmenrolle" und der Praxis der EG-„Schulmeisterei", nur negativ auf die Entwicklung der Bundesrepublik und ihre internationale Position zurückwirken kann.

Denn: Schon heute verbindet sich in vielen Ländern Westeuropas das Verlangen nach der nationalen Souveränität und Integrität mit der Kritik der ökonomischen Vorherrschaft der BRD und ihres außenpolitischen Führungsanspruchs. Und auch die wachsende ausländische Kritik an der Praxis der demokratiefeindlichen Berufsverbote in unserem Lande wird nur verständlich, wenn sie im Zusammenhang mit dieser Furcht vor dem Eingreifen der Bundesrepublik in die inneren Verhältnisse anderer EG-Staaten gesehen wird. Offenbar haben die Urheber solcher Modell-Slogans nicht begriffen, daß man nicht nur durch derartige Parolen, sondern vor allem auch durch eine entsprechende Praxis die Bedingungen dafür schafft, daß wichtige außenpolitische Zielsetzungen — z. B. die gesamte Politik, die auf eine baldige Durchführung von „Europa-Wahlen" und die Vertiefung der ökonomischen und politischen Integration drängt — zum Scheitern verurteilt sind.

Frau Renger hat es — wahrscheinlich unbewußt — kürzlich auf den Begriff gebracht: Italien braucht einen neuen Marshall-Plan. Zumindest die italienischen und französischen Kommunisten werden jedoch nicht vergessen haben, welches die primären Ziele und politischen Bedingungen des Marshall-Planes waren: die Ausschaltung der Kommunisten aus den Regierungen beider Länder.

Das „Modell Sozialdemokratie" scheint also heute für die Antikommunisten Westeuropas und der westlichen Welt an die Stelle jenes „Modells USA" getreten zu sein, das mit entsprechender Finanzhilfe und mit politisch-militärischem Druck nach 1947 den demokratischen und antifaschistischen Massenbewegungen entgegengesetzt wurde.

Die USA mögen sich damals einige Freunde geschaffen haben. Sollte aber das ständige Jammern führender Politiker der USA über die „Undankbarkeit" früherer „Freunde" (mit Ausnahme der BRD natürlich) nicht als eine Warnung begriffen werden, daß nämlich solche Freundschaften — historisch betrachtet — unsolid und von kurzer Dauer sind?

Hegemonie bewahrt nicht, sondern zerstört die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und Nationen!

Viele Sozialdemokraten müßten gemäß ihrem politischen Selbstverständnis über diesen internationalen Widerhall der Politik ihrer Partie zutiefst beunruhigt sein. Sollten sie nicht dagegen protestieren, wenn sich Jean Lecanuet oder Sa Carneiro als „Sozialdemokraten" ausgeben? Ihr Protest sollte sich freilich nicht nur gegen internationale Verdrehungen richten, sondern vorstoßen zu der Frage, welche Beziehungen eigentlich zwischen der nationalen Politik der SPD und ihrer internationalen Attraktivität bestehen.

Frank Deppe

Seveso und die Folgen

Seveso war ein Zeichen! Vergessen wir nicht, viele dieser Zeichen, in ihrem Ausmaß vielleicht geringer, ereignen sich jeden Monat in dieser Welt. Über die kleineren Ereignisse berichtet die Presse — wenn überhaupt — zumeist am Rande und nur halb.

Die Fragen, die sich uns schon *vor* Seveso stellten, aber durch dieses Ereignis an Publizität und politischer Brisanz gewonnen haben, sind:

1. Wer ist über das mögliche Ausmaß der Gefährdung durch moderne Technologien überhaupt unterrichtet?

2. Welche Mechanismen greifen, um das Ausmaß der Gefährdung öffentlich zu verschweigen?

3. Welche Rolle spielen bei diesem Tatbestand Wissenschaft, Industrie, Verwaltung und Politik?

Zu untersuchen ist weiter: Aus welchem Grund halten bei uns die zuständigen Behörden Katastrophen-Einsatzpläne geheim? Würde nicht die Unterrichtung der Bürger, was sie in einem Katastrophenfall zu tun haben, die Rettungschance vergrößern?

Die Verzahnung des Verschweigens von möglichen Gefährdungen hat ein Ausmaß erreicht, welches einseitige Machtpositionen aufzeigt und als festes System diktatorische und menschenfeindliche Züge sichtbar werden läßt. Prof. Teller, einer der „Väter" der Atombombe, antwortete im letzten Jahr in Stuttgart (er hatte dort u. a. auch den Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger in Sachen „Kernkraftwerk Wyhl" beraten!) auf die Frage, wie sich ein Wissenschaftler fühle, der ein solches Massenvernichtungsmittel mitgeschaffen habe, er trage keine Verantwortung. Er habe lediglich den verantwortlichen Politikern die Atombombe als Option zur Verfügung gestellt. Dasselbe treffe übrigens auch für seine Arbeiten an der Nutzung der „friedlichen" Atomenergie, also bei Kernkraftwerken zu.

In der Tat: Viele Wissenschaftler verstecken sich hinter den zumeist unzureichend informierten Politikern, viele Politiker hinter den Forderungen der Industrie und die Industrie hinter der bei uns letzten Endes politisch gesteuerten Verwaltung oder Behörde.

Wer einmal die Pro- und Contra-Abwägungen einer Behörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens einer großtechnischen Anlage untersucht (welcher Politologe z. B. hat dies jemals getan?), wird die Vorrangstellung des wirtschaftlichen Nutzens und die Nachordnung aller anderen Probleme, die mit einer solchen Ansiedlung oder Erweiterung verbunden sind, erken-

nen. Nicht das technisch-wissenschaftlich Machbare bestimmt grundlegend die Sicherheit einer Anlage, sondern die finanzielle Belastbarkeit eines Unternehmens. Wer aber beurteilt und bestimmt diese? Aber auch die Erfüllung des „Standes von Wissenschaft und Technik", als vorgeschriebene Voraussetzung für die Genehmigung einer Anlage, scheint in der Bundesrepublik seltsamen Privatgesetzen zu unterliegen. Als in Japan, um das Ausmaß der Luftverschmutzung zu verringern, längst Rauchgasentschwefelungs-Anlagen bei Großraffinerien gebaut werden mußten, behaupteten die in Japan und der Bundesrepublik weitgehend identischen multinationalen Konzerne bei uns, diese Anlagen würden dem Stand von „Wissenschaft und Technik" nicht entsprechen. Bereitwillig wurde ihnen dies von deutschen Technikern bestätigt. Der Bau dieser Anlagen unterblieb.

Die Akten der Behörden, die zu einer Genehmigung einer großtechnischen Anlage bei uns führen, sind geheim. Damit hat die Öffentlichkeit keinen Einblick in die Entscheidungsvorgänge, ein direkter Nachvollzug einer Genehmigung ist unmöglich. Erst ein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht kann Einblicke erschließen, wenn Unterlagen (und dies wiederum nicht für die Öffentlichkeit!) dem Kläger offengelegt werden müssen. *Wer* aber ist als Einzelperson überhaupt in der Lage, einen solchen Prozeß zu führen? Noch immer wird den Umweltverbänden, als Vertretung der Betroffenen, das Klagerecht verweigert. Die Kosten der Verwaltungsgerichte mögen in verschiedenen Fällen erschwinglich sein, doch die der zumeist nötigen Gutachten können in die Hunderttausende gehen. Das Gesamtrisiko eines solchen Prozesses ist darüber hinaus kaum abschätzbar.

Die Urteile der Verwaltungsgerichte stützen sich überwiegend auf Gutachten. Zumeist müssen die Gutachter dann die Auswirkungen der Technik beurteilen, die sie selbst mitgeschaffen haben, durch die sie groß geworden sind. Ihre Betriebsblindheit und ihr einseitiges Beurteilungsvermögen ist oft erschreckend. Hierzu nur ein kleines Beispiel am Rande: Bei der Anhörung der Sachverständigen zum Bundes-Immissionsschutz-Gesetz am 23. Mai 1973 vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages stellte einer der sachverständigen Gutachter folgendes fest: Es sei ungerechtfertigt, daß sich die anwohnende Bevölkerung gegen die Lärmbelästigung durch einen Rangierbahnhof wehren würde. Amselgezwitscher, so meinte dieser Gutachter, erreiche dieselbe Lärmintensität. Diese wissenschaftlich „saubere" technokratische Aussage läßt die Einwirkung der Lärmquelle, hier Rangierbahnhof, dort Vogelgesang, auf den Menschen außer acht. Ein solcher Gutachter aber wird vor einem Verwaltungsgericht einen für die meisten Mitbürger unerträglichen Lärm vor überforderten Richtern eben mit Vogelgezwitscher vergleichen.

Das Verhalten von Gutachtern bei Vorhaben, die sich weitgehend auf die Gesundheit von Tausenden auswirken können, soll ein Ausschnitt aus einem Wortprotokoll beleuchten. Es handelt sich hierbei um Professor Dr. Sankowsky vom Bundesgesundheitsamt in Westberlin. Er hatte in einem Gutachten festzustellen, ob die Verdopplung der Kapazität einer Großraffinerie für eine Großstadt und ihr Umland tolerierbar sei. Nachdem er zuerst klar und deutlich erklärt hatte, daß durch die Erweiterung keinerlei Gefahren und Schädigungen zu erwarten sind, führte er aus (Seite 97, Regierungspräsidium Karlsruhe, „Gewerberechtliches Genehmigungsverfahren OMW-Raffinerie-Erweiterung", Wortprotokoll v. 12. 2. 1973):

„Es war von Anfang an, nämlich bei der Festlegung der Kosten für dieses Gutachten, bekannt, daß dieses umfassende Gutachten in dieser Form nicht

erstellt werden würde. Entsprechend ist also auch eine Abfassung eines Briefes des Regierungspräsidiums an die Bürgerinitiative zu werten gewesen, und wir sind uns ganz schnell darin einig, wenn das Gutachten, was erstellt worden ist und was auf dem Tisch liegt und was heute hier zerhackstückt wird, nicht den Gutachtenauftrag in vollem Maße erfüllt, denn von Tier und Pflanze insbesondere steht überhaupt nichts drinnen, wenn das ein Angelpunkt der Diskussion sein sollte; dieses Gutachten, das wir erstellt haben, deckt nicht das, was hier eben vorgelesen worden ist als eigentlicher Gutachtenauftrag, und es ist von uns nie in dieser Weise angesehen worden. (Zwischenrufe) Jetzt aber zu — ich verstehe gar nicht Ihr Gelächter. Es geht doch um eine ganz präzise Angabe, die ich hier gemacht habe. Es ist dann eben . . . (Zwischenrufe) Ja, ich habe das Erste nicht verstanden! Es ist kein umfassendes Gutachten."

Wie *ohne* umfassendes Gutachten sich der Sachverständige zu seiner Feststellung, es würden keinerlei Gefahren auftreten, hinreißen ließ, müßten Psychologen klären.

Die „Merkblätter gefährliche Arbeitsstoffe" (Kühn-Birett, Verlag Moderne Industrie, Wolfgang Drummer und Co., München 50) umfassen mehr als 500 Einzelsubstanzen *). Wer beliebig die Rubrik „Wirkungscharakter und Toxizität" studiert, wird auf Angaben wie Leber- und Nierenschädigung, Kollaps, Atemlähmung oder Atemstillstand stoßen. Am Arbeitsplatz selbst mag bei schweren Zwischenfällen, so ist wenigstens zu hoffen, vorgesorgt sein. Die Möglichkeit aber, daß hochtoxische Substanzen in hoher Konzentration in unsere Umwelt gelangen, und zwar noch erheblich gefährlichere, als es in Seveso der Fall war, kann nicht ausgeschlossen werden.

*) Die „Giftliste", Gifte, krebserzeugende, gesundheitsschädliche und reizende Stoffe, Verf. Dr. L. Roth, im gleichen Verlag erschienen, führt darüber hinaus über 6000 Substanzen an.

Wie es um die Vorsorge für solche Fälle aussieht, welche Verhaltensmaßregeln der einzelne zu befolgen hat, all dies ruht in den Panzerschränken der Behörden mit einem „Geheim"-Stempel versehen.

Vier Folgerungen können aus diesem Verhalten abgeleitet werden:

1. Wären die Auswirkungen bekannt, würde gefragt werden, ob eine bessere Sicherung der Anlagen möglich ist.

2. Die öffentliche Diskussion, ob die Herstellung eines derartig gefährlichen Stoffes notwendig und zu verantworten ist, könnte beginnen.

3. Es würde vielleicht ersichtlich, daß die Notfallplanung unzureichend ist und nicht der öffentlichen Kritik standhalten kann, und in einer Reihe von Fällen, z. B. bei Atomkraftwerken und anderen kerntechnischen Einrichtungen, würde sich zeigen:

4. Im Fall des Eintretens einer Großkatastrophe gibt es keinen Schutz und damit keine Rettung der anwohnenden Bevölkerung.

Noch immer wirkt die übliche Verpflichtung zur Geheimhaltung dieser Katastrophenpläne bei beteiligten Wissenschaftlern, Politikern und Behörden stärker als eine selbstverständliche menschliche Pflicht!

Zumindest erwähnenswert scheint es, daß in letzter Zeit Untersuchungen zusammen mit der beteiligten Industrie angestellt wurden, wie derartige Anlagen besser gegen Terror und Sabotage zu schützen sind. Von einer besseren direkten Sicherung der Anlagen im technischen Bereich war leider nicht die Rede.

Es wird höchste Zeit, öffentlich zu diskutieren, ob alles, was technisch-wissenschaftlich machbar, auch gesellschaftspolitisch vertretbar ist. Diese Aufgabe der Politik wurde von den Politikern in einem unverständlichen Ausmaß vernachlässigt. Die für uns wichtigen Zukunftsfragen spielen keine

Rolle bei Wahlkämpfen, sie werden bisher in der politischen Aussprache praktisch nicht erwähnt. Wirtschaftliches Wachstum, ohne Diskussion der möglichen Folgen, ist die politische Prämisse der Bonner Parteien.

Die Abwägung zwischen dem wirtschaftlichen Vorteil einer Produktionsweise und dem hieraus entstehenden öffentlichen Risiko bedarf einer strengen Risiko-Analyse. Gerade aber hier zeigt sich das ganze Fiasko! Zwar wird vom Risiko überall gesprochen, doch ist der Begriff „vertretbares Risiko" nicht definiert. Die Halbheit aller bisherigen Risikobetrachtungen ist kaum noch zu überbieten, solange Politiker und Wissenschaftler dem Grunde nach nicht wissen wollen, was „vertretbares Risiko" ist — und niemand scheint an dieser Definition wirklich interessiert. Wie aber können Urteile der Gerichte überhaupt gefällt werden, solange kein Richter weiß, was gesellschaftspolitisch vertretbares Risiko ist?

Vertretbares Risiko muß sich an der gesellschaftspolitischen Verantwortung orientieren. Dies erfordert eine Gegenüberstellung der verschiedenen, in einer Gesellschaft vorhandenen Wertmaßstäbe. Es wäre irreal, die Sorge um den Arbeitsplatz von der Sorge um unsere Umwelt zu trennen. Unser Wissen muß eine möglichst gerechte Risikobestimmung, muß die Kenntnis, was ohne Beachtung der nötigen Voraussetzungen in der Zukunft durch unser Handeln geschehen kann, umfassen. Wer dabei an die geplante Atommüll-Lagerung in der Bundesrepublik denkt und an die Tatsache, daß wir diesen Abfall über Tausende von Jahren sicher verwahren müßten, kann sich ein Bild davon machen.

„Bürgerinitiativen Umweltschutz" waren es in der Bundesrepublik, die sich auf breiter Basis mit dem Begriff „vertretbares Risiko" zum erstenmal in aller Öffentlichkeit auseinandersetzten.

Fassen wir zusammen: Seveso ist in der Tat überall. Zwar hat die Bayer AG ihre entsprechende Produktion eingestellt, Boehringer jedoch läßt in Hamburg, in einem keineswegs menschenleeren Gebiet, die Herstellung weiterlaufen. Substanzen, gefährlicher als die von Seveso, werden in vielen Orten der Bundesrepublik erzeugt. Die Bevölkerung aber ist über das Ausmaß der möglichen Gefährdung so gut wie nicht unterrichtet.

Es ist logisch, zu fordern, daß bei diesem ungeheuren Gefährdungspotential die Industrie einer besseren öffentlichen Kontrolle unterworfen werden muß. Sie müßte offenlegen, welche Auswirkungen ein Produktionsprozeß und die Produkte auf Mensch und Umwelt haben können. Es muß dafür gesorgt werden, daß der kommerziellen Kosten-Nutzen-Analyse auch die der Beeinträchtigung und Folgen auf unsere Umwelt gegenübergestellt wird.

Innerhalb welchen Risikos wir leben wollen, ob wir Seveso in Hamburg, Berlin, München oder auch noch am Tegernsee akzeptieren, kann und darf nicht mehr in Chefetagen der Industrie oder hinter verschlossenen Türen der Politik und Verwaltung entschieden werden. Es ist auszuloten nach einer breiten Aufklärung bei den Betroffenen, also der Bevölkerung.

Die Wissenschaftler haben die Aufgabe, nicht nur ihr Wissen erheblich stärker in die Diskussion einzubringen, sondern auch vor Gefahren permanent zu warnen. Sie sollten endlich darauf verzichten, Machbares zu verwirklichen, wenn es menschlich nicht vertretbar ist. Zu viele „stille" Atombomben ticken bereits. Die Politiker aber haben Konsequenzen zu ziehen aus dem bereits vorhandenen Gefährdungspotential, um dessen ständiges, nicht verantwortbares Anwachsen zu hemmen. Bundesforschungsminister Matthöfer, der stets und gern von der Humanisierung am Arbeitsplatz spricht, scheint einer der Promotoren der Poli-

tik zu sein, die es zu überwinden gilt: Das Denken nur bis zur nächsten Wahlperiode. Dies zeigt sich nirgendwo besser als in der von ihm betriebenen Atompolitik. Es muß solchen Politikern gesagt werden, wie irreal in der Perspektive der von ihnen im Grunde betriebene und propagierte Rausch des dauernden und unüberlegten Wachstums ist. Seveso mag als Beweis für eine solche Politik stehen. Seveso kann morgen in der Bundesrepublik seine Wiederholung finden.

Hans-Helmuth Wüstenhagen

Modell Deutschland? Aus Liebe zu Deutschland?

Scheinalternativen und Alternativen im Wahljahr 1976

Von Karl D. Bredthauer

I

Die Diskrepanz zwischen Wahlkampffronten und Wirklichkeit und der dadurch ausgelöste Realitätsverlust ist im Bundestagswahlkampf 1976 größer als in vielen vorangegangenen. Dies macht es ebenso mühsam wie unerläßlich, sich bei jeder neuen Wendung, die der Wahlkampf nimmt, von neuem ganz bewußt auf die Frage zu konzentrieren, was tatsächlich vor sich geht, welchen realen Gehalt die Stimmabgabe am 3. Oktober 1976 haben wird, Alternativen und Scheinalternativen auseinanderzuhalten. Worum geht es?

Das „Deutschland" der Wahlplakate von CDU und SPD scheint wenig gemein zu haben mit den Realitäten der Bundesrepublik und ihrer Stellung in der internationalen Entwicklung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Auch wer die Alternative „Freiheit oder Sozialismus" nicht von vornherein als Scheinalternative auffaßt, kann schwerlich die Wahl Schmidts als Votum für Sozialismus, die Kohls als Votum für Freiheit (Welche? Für wen?) mißverstehen, sofern es ihm noch gelingt, unter dem Trommelfeuer der jeweiligen Kanzlerwahlstrategen einen kühlen Kopf zu behalten. Und daß der Inhalt der Bundestagswahl darin bestehen könne, einem „Modell Deutschland" zu akklamieren, kann ausgerechnet 1976, angesichts einer Million Arbeitsloser, ernsthafter Überlegung wohl auch kaum standhalten.

Neben der souveränen Distanz zu den wirklichen Problemen der Bevölkerung fällt beim Vergleich dieses Wahlkampfes mit früheren eine chauvinistische Note auf, die erschreckt. Dieser neue Ton, der ebenso wie die Ausklammerung realer

Alternativen auf der Grundlage einer stillen Vereinbarung aller etablierten Parteien zu gedeihen scheint, läuft auf nichts minder Beunruhigendes hinaus als auf eine Rehabilitierung nationalistischer Suggestionen, auf die weder die SPD („Modell Deutschland" — Welches?), noch die CDU/CSU („Aus Liebe zu Deutschland" — Welchem?) in früheren Wahljahren, als die Erinnerung an 1945 sich noch nicht so leichtfertig verdrängen ließ, derart zu spekulieren wagen konnten.

Ginge es bei dem, was da als „Modell" empfohlen wird und unsere „Liebe (zu Deutschland)" erheischt, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leistungen der breiten Bevölkerung, auf die diese, weil sie sie geschaffen hat, zu Recht und in dem Maße stolz sein kann, als ihre Fähigkeiten und Interessen darin Ausdruck und Verwirklichung finden, so gäbe es keinen Anlaß zur Sorge. Aber hier geht es weniger um berechtigte Zufriedenheit mit Erarbeitetem als um den Mißbrauch derartiger Gefühle, einmal zur Ablenkung von drohenden oder bereits eingetretenen Gefährdungen der sozialen Sicherheit der Bevölkerung, aber darüber hinaus und bedrohlicher noch: zur Mobilisierung einer Massenbasis für eine Politik nach außen, für die das Wort „neoimperialistisch" kaum übersteigert erscheint.

Denn das „Modell", als das sich die Bundesrepublik unter dem programmatischen Etikett „Deutschland" neuerdings vorstellt, erhebt Anspruch auf internationale Einflußnahme, auf „weltpolitische Verantwortung". „Es ist noch nicht so viele Jahre her, daß hier in Deutschland niemand gewagt haben würde, von der internationalen Verantwortung unseres Landes zu sprechen", mit diesen Worten leitete Helmut Schmidt im April 1976 stolz einen „Die internationale Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland" betitelten Vortrag ein [1]). Heute ist diese „Verantwortung" bei Politikern und Journalisten gängige Münze, wo immer bundesdeutsche Verstrickungen zwischen Kapstadt und Rio gerechtfertigt oder gefordert werden, wo immer die Steuergelder der Bundesbürger zwischen Portugal, Italien und Chile zur Abwehr antikapitalistischer Entwicklungen, zum Export des Antikommunismus und der „Sozialpartnerschaft", jener in der Welt einmalig dastehenden Erfindung des deutschen Kapitals, in fremde Staats- und Parteikassen fließen.

II

Werfen wir einen Blick hinter die bunten Plakatwände: Wie sieht die Wirklichkeit des „Modells" 1976 aus? Es kann nicht die Aufgabe des vorliegenden Artikels sein, eine Gegenbilanz zu den Kolumnen abgehakter Gesetzesvorhaben in den Glanzbroschüren der Bundesregierung aufzumachen; schon wer einen illusionslosen Blick auf den Alltag, auf seine persönlichen Lebensumstände wagt, kann wenig „Modell"-würdiges erkennen: Stagnation und sich häufende Kollapse in wesentlichen Bereichen der Wirtschaft, Gewöhnung an Dauerarbeitslosigkeit auf Jahre hinaus, anhaltende Inflation bei Stagnation, tendenziell sogar Abbau der Realeinkommen, Abbau der Leistungen der kommunalen und anderen öffentlichen Dienste bei gleichzeitigen drastischen Gebührenerhöhungen auf breiter Front, Zusammenbruch der Bildungsreform, gleichzeitig Wogen eines neuen McCarthyismus, keineswegs nur in Schulen und Hochschulen, Leistungsangst und Duckmäusertum als Bedrohung ganzer Schüler-, Studenten-, Lehrlingsgenerationen, von allen Parteien verbal beklagt, während sie gleichzeitig die Berufs-

[1]) Dokumentation: Internationale Politik — Sozialdemokratische Fachkonferenz, 9./10. 4. 1976 in Bonn, in: „Die Neue Gesellschaft", 5/1976, S. 388 ff., hier S. 396.

verbote ausweiten, Streiks diskriminieren, durch Gesetzesverschärfungen wie z. B. die Strafprozeßordnungsänderungen demokratische Rechte beschneiden, Einschüchterungsparagraphen wie den § 88 a einstimmig durch den Bundestag peitschen etc. Modell? — Von einer „um sich greifenden Atmosphäre von Angst und Bespitzelung" sprach kürzlich der DGB-Vorsitzende Vetter (am 31. August 1976 in Hamburg vor der Eisenbahnergewerkschaft). Dem „müssen wir ein Ende machen", erklärte Vetter. *„Die politische Atmosphäre muß wieder offen werden für die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen!"* Dies bedeute zugleich, die massiven Angriffe und die vielfältigen Versuche abzuwehren, die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume zu beschneiden und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer auszuhöhlen" (nach dem vervielfältigten Manuskript zitiert; Hervorhebung von mir, d. Verf.)

Vielleicht liegt der Modell-Anspruch auf anderem Gebiet? Neben den USA ist die BRD das Land mit den höchsten Rüstungsausgaben in der NATO — soll das ein nachahmenswertes Beispiel sein? Und die Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik werden, im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien oder Italien, weiter erhöht! Zugleich mehren sich bestürzende Rückfälle in koexistenzfeindliche Aggressionen gegenüber Osteuropa, in überwunden geglaubten, nahezu hysterischen Antikommunismus, in wilhelminisch anmutende Überheblichkeit, Interventionsansprüche im europäischen Ausland und darüber hinaus. — Ein Modell?

Eine sehr unvollständige Aufzählung, gewiß. Und eine sehr einseitige, werden manche sagen und darauf verweisen, daß die Zustände in vielen anderen Ländern keineswegs besser seien. Sie haben recht, wenn sie damit meinen, daß krasses materielles Elend, Hunger z. B., auch 1976 nicht das Bild der Bundesrepublik prägt. Aber um diese Feststellung geht es den Wahlstrategen ja nicht: Sie deklarieren vielmehr die bundesrepublikanischen Zustände zum „Modell", und dies in einer Situation, in der sich die Schatten im Bild mehren und verdichten. Es scheint, als müsse der Modellanspruch um so aufdringlicher beschworen werden, je größer die Diskrepanz zwischen Erwartungen und Alltagswirklichkeit der breiten Bevölkerungsschichten wird, analog der Inflation der „Freiheit" im Munde derer, die doch immer offener die sozialen ebenso wie die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der Bürger einschränken.

Zugkraft entwickeln kann der Modell-Anspruch heute noch am ehesten, wenn der ihm implizite Chauvinismus, das — wie nicht nur Psychologen wissen, oft zur Kompensation innerer Unsicherheit zur Schau getragene — Überlegenheitsgefühl gegenüber den anderen, Fremden, nach außen gewendet wird: Die im Zeichen anderswo bereits weiter fortgeschrittener Krisenprozesse derzeit *relativ* gestärkte ökonomische Position der Bundesrepublik wird so dem Wähler schulterklopfend als Ergebnis der spezifischen „deutschen Tüchtigkeit" präsentiert, damit er vor nationalistischer Begeisterung vergessen möge, daß seine eigene soziale Lage sich in den letzten Jahren weder absolut noch relativ verbessert hat, ja daß der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit z. B. in Italien niedriger ist als in der BRD, weil das höhere Klassenbewußtsein der italienischen Arbeiter und Angestellten die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerungsmehrheit eben nicht so leicht macht. Und indem der Modell-Anspruch die Problematisierung der realen eigenen Lage durch die Bevölkerung blockiert, dient er zugleich der Legitimierung bundesrepublikanischer Einmischung in die innenpolitischen und sozialökonomischen Angelegenheiten fremder Länder, in erster Linie der europäischen Nachbarn. Das ist die — unter dem Aspekt des friedlichen Zusammen-

lebens in Europa — beunruhigendste Variante der in diesem Wahljahr so ungeniert als Neoimperialismus zutage tretendenden Zurschaustellung und Anwendung wirtschaftlichen Gewichts als politischer Macht.

III

Diese Rehabilitierung nationalistischer und machtpolitischer Ansprüche läßt sich nur zu gut in 1945 ein für allemal diskreditiert geglaubte Traditionslinien deutscher Politik einordnen. „Die Traditionen der deutschen Geschichte sind lebendiges Unterpfand für eine kraftvolle Erneuerung", sagt die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm [2]) bereits wieder ganz ungeniert, und: „Wir bekennen uns zu unserer Geschichte." Während diese sozusagen „parteiamtliche" Renaissance des Nationalismus im Innern der Bundesrepublik von der Rechten mit erschreckender Selbstverständlichkeit, von vielen Liberalen und Linken mit unverständlichem Gleichmut aufgenommen wird, wächst ringsum im westlichen wie im östlichen Ausland die Bestürzung, gerade auch bei jenen, die noch vor wenigen Jahren in der Sozialdemokratie, in der Kanzlerschaft eines Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt eine Art Garantie gegen das Wiederaufleben deutsch-imperialistischer Gefährdungen gesehen haben und die nun ungläubig zur Kenntnis nehmen, welche Schleusen im Windschatten des Vertrauens zur Sozialdemokratie, z. T. von Amtsträgern dieser Partei selbst, in der BRD geöffnet wurden.

Noch sind die meisten Reaktionen aus dem Ausland eher zurückhaltend, bemüht, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Aber das Echo, das bereits Kritiker wie der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat in Frankreich, Mitterrand, bei maßgeblichen Politikern und Medien der Bundesrepublik hervorgerufen haben, muß der Sorge neue Nahrung geben. „Der eher alberne Einfall François Mitterrands, ein Komitee zur Verteidigung der Bürgerrechte in der Bundesrepublik zu gründen", schrieb Joachim Fest in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) [3]), zeige eben nur, daß die Bundesrepublik „noch immer die gleichsam ideale Besetzung für die Sündenbockrolle" sei, und einen Sündenbock brauche die Welt nun einmal zur Kompensation bzw. zur Projektion eigenen Versagens. „Soll man das ernst nehmen?" fragt Günter Zehm in Springers „Welt" mit Blick auf die „regelrechte Hetzkampagne" in „einigen westlichen Ländern" („Als Vorwand dient der *seinerzeitige* Radikalenbeschluß . . .") mit gespielter Souveränität und antwortet gleich selbst mit der Devise: „Net amoal ignorier'n!" [4]).

Zwei Wochen vor Springers „Welt" hatte bereits die FAZ [5]) in Verkehrung aller Tatsachen mokant behauptet: „Das war schon immer des deutschen Bürgers lebhafteste Sorge, daß etwas hierzulande ‚dem Ausland' nicht gefallen könnte." (Makaber wird diese im Gewande antikleinbürgerlicher Aufgeklärtheit vorgetragene Arroganz, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß *„etwas hierzulande"*, nämlich der deutsche Faschismus, von unserm Volk nicht aus eigener Kraft hat überwunden werden können, sondern erst nachdem das „Nichtgefallen" des „Auslands" sich in Form der Anti-Hitler-Koalition zur Notwehr formierte! Im „Ausland" jedenfalls hat kaum jemand diese zur Wachsamkeit geradezu verpflichtende Erfahrung vergessen.)

[2]) „Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen." — Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, 24 S., Bonn, Juni 1976. Hier zit.: S. 5 und S. 16.
[3]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 21. 7. 1976.
[4]) „Die Welt" v. 1. 4. 1976.
[5]) FAZ v. 17. 3. 1976.

Nur *ein* scheinbar ganz unpolitisches Beispiel möge veranschaulichen, welche Seelenlagen „hierzulande" durch die Rehabilitierung chauvinistischer Überlegenheitsmythen in Wallung gebracht werden können. Joachim Besser, ehemaliger Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers", äußerte sich in diesem Blatt kürzlich lobend über den Fahrstil französischer Autofahrer. Die Folge waren Leserbriefe [6]) wie dieser: „Wir brauchen uns vor Frankreich nicht zu schämen, denn wir haben die besten Straßen der Welt, und wir können uns erlauben, auf diesen Straßen zu fahren, wie wir wollen. Herr Besser, der sich einbildet, von Frankreich lernen zu können, ist ein ausgemachter Strohkopf." Oder dieser: „Herr Besser scheint zu jenen Bürgern zu gehören, die sich in einem Verbotsstaat (es geht um Geschwindigkeitsbegrenzungen, d. Verf.) am wohlsten fühlen ... Herr Besser sollte am besten nach Frankreich ziehen, der ‚großen Nation, der Führerin Europas'." Oder „zurückhaltender", mehr im Stil der FAZ: „Im übrigen könnte man den Eindruck haben, daß es sich bei Herrn Besser um einen typischen Deutschen handelt, der immer die anderen als Vorbilder hinstellt." Ohne solchen Stimmen mehr als eine symptomatische Aussagekraft beizumessen: die Aggressionen, die eine noch so politikferne Infragestellung deutscher Superiorität heute freisetzen kann, darf man in einem Land mit der Vergangenheit des unseren nicht so leicht nehmen, wie das in anderen vielleicht möglich sein mag.

Die Beunruhigung über die Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik im westlichen wie im östlichen Ausland sollten wir ernst nehmen, sehr ernst. Etwas Grundsätzliches scheint nicht zu stimmen in diesem Land.

IV

Der Blick hinter innere und äußere Erscheinungsformen dessen, was in diesem Wahlkampf — ob mit oder ohne „Modell"-Etikett — von CDU und SPD gleichermaßen als „beispielhaftes" und deshalb um jeden Preis zu erhaltendes System in die Köpfe eingehämmert werden soll (weit über den Wahltag hinaus kalkuliert), hat tiefe Widersprüche freigelegt. Wie erklärt es sich, daß dennoch von Wahlkommentatoren der verschiedensten Couleur fast einhellig der Mangel an alternativer Sachprogrammatik (nicht an Designs und Sonntagsgesinnungen) beklagt wird, anhand derer man die um die Regierungsbildung konkurrierenden Parteien unterscheiden könnte? Tiefgreifende Probleme wie die Massenarbeitslosigkeit oder der Anteil des Rüstungshaushalts z. B., die je nach den unterschiedlichen Interessenstandpunkten beispielsweise von Rüstungsindustriellen oder Gewerkschaftern zutiefst divergierende Bewertungen und Lösungswünsche hervorrufen müßten, sollten bei der Wahl nicht zur alternativen Entscheidung stehen? Tatsächlich sind viele politisch Interessierte in der Bundesrepublik auch durchaus anderer Meinung als die zitierten Beobachter: sie identifizieren sich mehr oder weniger stark, je näher der Wahltag rückt, desto gebannter auf das regelmäßig prognostizierte „Kopf-an-Kopf-Rennen" blickend, mit der einen oder der anderen Kanzlerwahlpartei, und zwar sehr wohl in der Annahme, mit ihrer Stimmabgabe zu *entscheiden,* und sei es auch nur zwischen — für kleiner oder größer gehaltenen — Übeln.

Als solch ein Übel, aber als eines, das man diesmal noch (wieder) in Kauf nehmen müsse, wird seit langem regelmäßig zur Wahlzeit Teilen der Öffentlichkeit die SPD nahegebracht. Engagierte Bürger, die eigentlich nicht (mehr) SPD wählen wollen, bemühen sich u. a. in Wählerinitiativen unter Erläuterung all ihrer Skrupel Bürger, die die gleichen Skrupel haben und eigentlich die SPD ebenfalls nicht

6) Alle in: „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 20. 8. 1976.

(mehr) wählen wollten, zu überreden, sie doch zu wählen, weil es keine Alternative gebe. Rückblickend müßten sie, ehe sie sich vier Jahre später verdrossen von neuem anschicken, auf eine Partei zu orientieren, deren Führung es nach dem Wahltag freilich gleichgültig sein kann, ob sie als „kleineres Übel" gewählt worden ist oder warum auch immer, zur Kenntnis nehmen, daß das „kleinere Übel" im Grunde wenig mehr war als CDU-Politik unter anderem Etikett. Oder vielmehr: nicht CDU- und nicht SPD-Politik, sondern die Politik derer, auf die SPD-Regierende wie CDU-Regierende sich bisher in letzter Instanz noch stets orientiert haben: Politik der führenden Kapitalgruppen, die dieses Land wirtschaftlich beherrschen.

Eben *daher* rührt die Schwierigkeit, konzeptionelle Unterschiede zwischen den großen Wählmaschinerien zu erkennen: sie rührt aus dem übereinstimmenden Ursprung dieser mühsam auf „Scheitel rechts" oder „Scheitel links" frisierten Konzeptionen in der Strategie der Großindustrie, als deren optimales Partei-Vollzugsorgan sich jede der Bonner Parteiführungen zu profilieren versucht (dazu gehört auch die in der Konkurrenz um Wahlstimmen zu erweisende Fähigkeit, den größeren Teil der Wähler an sich zu binden, d. h. integrieren zu können). Frappierend deutlich wird die faktische Übereinstimmung und ihr Ursprung, wenn man die Wahlprogramme 1976 von SPD [7]) und CDU [8]) mit dem zuvor im Jahresbericht 1975/76 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) (Mai 1976) [9]) formulierten Programm der führenden Kapitalgruppen vergleicht. Versuchen wir, die Kongruenz in Grundfragen exemplarisch zu belegen.

Niemanden überraschen kann im Jahre 1976 der übergreifende Konsens zwischen Industrie und etablierten Parteien der BRD darüber, daß die NATO, die prinzipielle Bindung an die Politik der USA (bis hin nach Vietnam und zurück) und die Durchsetzung der deutschen Konzeption einer „westeuropäischen Gemeinschaft" den unabdingbaren Rahmen Bonner Politik abgeben sollen. Das ist bekannt, dennoch sollte man sich den Sachverhalt heute kritisch vergegenwärtigen, denn in anderen Ländern wie Holland oder Frankreich ist dieser Konsens keineswegs tabu wie für SPD, FDP oder CDU/CSU; und erst recht die Perspektive der KSZE, nicht ihre Ausgangsbeschreibung, aber ihre Konzeption für Europa, geht gewiß in eine andere, alternative Richtung.

Aber werden wir konkreter: „Der innere Zusammenhalt im NATO-Bündnis erscheint gefährdet.", mahnt der BDI (S. 91), besorgt über die Attraktivität der KSZE-Perspektive einer schrittweisen Auflösung der Militärblöcke und des Übergangs zu Abrüstungsschritten; und das SPD-Wahlprogramm verspricht unter „Außen- und Sicherheitspolitik" als Punkt 1: „Festigung des Zusammenhalts zwischen den Staaten des Atlantischen Bündnisses" (S. 47). „Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten", folgert die CDU (Wahlprogramm S. 10). Beim BDI heißt die Therapie zur zitierten Diagnose: „Revitalisierung des Bündnisses" (S. 91).

„Die Entspannungspolitik, wie sie der Westen versteht (!), stößt an ihre Grenzen", deklariert der BDI (S. 91) — Mißvergnügen mit dem Bemühen verbindend, sich alle Möglichkeiten freizuhalten. Im Wahlprogramm der CDU/CSU fehlt der ungeliebte Begriff „Entspannung" denn auch gänzlich (von „entschlossenem

7) „SPD. Weiter arbeiten am Modell Deutschland" — Regierungsprogramm 1976—80. Beschluß des Außerordentlichen Parteitages in Dortmund, 18./19. Juni 1976, 55 S., Bonn (1976).
8) Vgl. Anm. 2.
9) Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V., vorgelegt der 27. ordentlichen Mitgliederversammlung am 1. Juni 1976 in Köln (Berichtszeitraum: 10. 6. 1975 — 31. 5. 1976), 211 S. (Köln 1976).

Friedenswillen" spricht man stattdessen (S. 4)), während die SPD (S. 45) im Einklang mit Henry Kissinger den Hinweis wagt: „Es gibt keine Alternative zur Entspannungspolitik" (auch der BDI-Bericht nennt keine), zwei Seiten weiter (S. 47) aber für alle Fälle eine einschränkende Variante nachschiebt („Die Entspannungspolitik *auf der Basis eines militärischen Gleichgewichts* [10]) ist ohne Alternative.", eine Einschränkung, der man die gleiche Funktion wie dem BDI-Einschub — „wie sie der Westen versteht" — beimessen kann). Die entsprechende Kapitelüberschrift des SPD-Programms spricht von „Politik der Friedens*sicherung*" (S. 45) statt von „Entspannungspolitik", ein Begriff, der Verteidigungsminister Leber und seinem Amtsvorgänger, dem jetzigen Bundeskanzler, sicherlich behaglicher ist. (Ihr „Weißbuch 1975/76" betont die „Grenzen von Entspannungsbemühungen" [S. 70], warnt, die NATO dürfe „bei ihrer [!] Entspannungspolitik erste Erfolge nicht überschätzen" [S. 15], und erklärt die in Gänsefüßchen gesetzte *friedliche Koexistenz*, die 1972 zwischen USA und UdSSR in völkerrechtlicher Weise ausdrücklich sanktioniert wurde, zum „kommunistischen Prinzip" [S. 13].)

Aus keiner der zitierten Formeln spricht Entspannungseifer; die weitestgehende Äußerung erkennt immerhin an, daß es keine Alternative gibt — eine Nuance, eine wichtige, gewiß, doch was aus ihr wird, dürfte weniger von der Zusammensetzung der nächsten Bonner als von der nächsten Washingtoner Regierung abhängen (die Kontinuität der sowjetischen Entspannungsbereitschaft wahrscheinlichkeitshalber einmal vorausgesetzt). Soviel zur „Sicherheitspolitik".

„Die Bilanz der Europapolitik im Berichtsjahr ist alles andere als positiv.", moniert der BDI-Jahresbericht 1975/76 (S. 25) unter der Überschrift „Europa am Scheidewege". Die SPD erklärt, sie werde sich „unserer *Verantwortung* für Europa" (S. 43) nicht entziehen, auch nicht der *„besonderen Verantwortung* der EG für die europäischen Nachbarländer" (deren einstweilen erfolgreichen Einsatz gegen die mögliche Volksfrontentwicklung in Portugal die SPD sich in ihrem Wahlprogramm mehrfach stolz zugutehält) (S. 44). Während die SPD des weiteren versichert: „Wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft darauf achten, daß europäische Fehlentwicklungen vermieden werden." (S. 45), kann auch die CDU („Wir sind zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas geworden." [S. 2] und „wollen Frieden, Freiheit [„statt Sozialismus"! D. Verf.] und Sicherheit für Deutschland, Europa [!] und die Welt [!!]" [S. 4]) sich „internationaler Mitverantwortung" nicht verschließen. „Um die demokratische Ordnung in den freien Staaten Europas zu bewahren, zu stärken und zu sichern, sind wir zu großen Anstrengungen bereit. Wir sind willens, einen Teil unserer Wirtschaftskraft für dieses Ziel einzusetzen." (CDU, S. 8). Die SPD sagt, ehrlicher, *wessen* „Wirtschaftskraft" konkret für die außenpolitische Dimension der Systemerhaltung und bundesdeutscher „Sonderverantwortung" zur Ader gelassen werden soll und folglich für innenpolitische Reformen im Interesse ihrer Wählerschaft nicht zur Verfügung stehen wird: „Deshalb müssen wir dem deutschen *Steuerzahler* auch in Zukunft *Opfer* zugunsten der Gemeinschaft und zugunsten einzelner Partnerstaaten zumuten." (S. 43). Wohin das mit Gesetzmäßigkeit führt, hat Ende August mit einem die Strapazierfähigkeit potentieller SPD-Wähler hoch einschätzenden Freimut Bundesfinanzminister Apel angekündigt: Die Mehrwertsteuer will er von 11 auf 13 % erhöhen; darüber hinaus jedoch, wenige Tage später angekündigt, verlangt er, daß künftig auch *die Länder* sich an den *Kosten für Bundeswehr und EG-Politik* beteiligen. Die Konsequenzen falschgesetzter Prämissen ziehen unerbitt-

[10]) Diese und alle folgenden Hervorhebungen vom Verfasser.

lich ihre Kreise: nach der faktischen Ruinierung der Gemeindefinanzen sollen nun also auch die Länder — zuständig u. a. für die ohnehin defizitäre Bildungspolitik — an die Reihe kommen, um die Löcher, die in militär-, macht- und blockpolitische Ambitionen fernab der Interessen der Bürger gesteckte Milliarden in der Bundeskasse hinterlassen, zu stopfen. Bereitschaft, „Opfer zu bringen" (BDI, S. 29), die das SPD-Programm „dem deutschen Steuerzahler" zumuten zu können sich anheischig macht, erwartet auch der BDI, doch mit Blick auf die Zukunft skeptischer: „Die verantwortlichen Politiker sollten sich jedoch nicht darauf verlassen, daß diese Bereitschaft unbegrenzt fortbesteht." (S. 29). Denn: „Die Veränderungen der weltpolitischen Szenerie lassen Europa nicht mehr viel Zeit." (S. 29). „Europa" — das ist hier, wie an den meisten Stellen der CDU- und SPD-Papiere, analog zu dem gleichfalls bewußt „offengehaltenen" Begriff „Deutschland", das Konzept jener brisanten Mischung aus Westintegration (als Blockbildung) und noch immer nicht ausgeschwitzten Expansions- und „Anschluß"-Ambitionen gegenüber dem östlichen Teil Europas (bzw. Deutschlands); ein Konzept, über das die „weltpolitische Szenerie" eigentlich schon in Helsinki hinweggegangen ist, dessen anachronistische Aufpäppelung in den Programmen der herrschenden Kräfte der BRD uns alle allerdings noch viel Geld kosten soll. Soviel zum Thema „europäische Verantwortung", „weltpolitische Verantwortung" oder, präziser auf den Begriff gebracht, Neoimperialismus der BRD.

Nicht sehr vielversprechend, aber wenig überraschend und letzten Endes doch die Alltagssorgen der meisten — Stichwort: Arbeitsplatzsicherung, Lebenshaltungskosten — kaum berührend, mag man sagen. Der Zusammenhang zwischen unserer „besonderen Verantwortung" für dies und jenes und den „dem deutschen Steuerzahler" zumutbaren Opfern läßt die Entfernung zwischen Außen- und Innenpolitik allerdings etwas schrumpfen; doch wenden wir uns konkret der letzteren zu:

„Ölkrise, Inflation, wachsende Staatsverschuldung, hohe Arbeitslosigkeit, Rückschläge im Export und nicht zuletzt politische Verunsicherungen — all diese Faktoren haben ... Zweifel an der Lösbarkeit mancher Probleme genährt, die politische Systemveränderer für ihre Zwecke zu nutzen versuchen..." (BDI, S. 20), so die besorgte Diagnose des BDI, die, da keine Wahlbroschüre, uns plausibler erscheint als die Glanzbilder der Regierung. Diese ihrerseits benutzte gelegentlich gerade den düsteren Hintergrund, um ihre systemintegrative Leistung in schwerer Zeit als Nachweis verdienter Mandatsverlängerung herauszustreichen: „Die *soziale* und wirtschaftliche *Stabilität* der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der einschneidenden weltwirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre sei der *bedeutendste Leistungsnachweis,* den die sozial-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt erbracht" habe, referiert das Kommuniqué über die Sitzung des SPD-Vorstands am 22. März 1976 den Parteivorsitzenden Brandt.

Der besorgten Diagnose des BDI, der Realismus nicht abzusprechen ist, folgt die Therapie der Monopole. (Über demokratische Alternativen zu dieser Therapie haben die „Blätter" eine Reihe von Untersuchungen veröffentlicht; u. a. möchten wir, weil in der folgenden Synopse wiederum der irrige Eindruck entstehen könnte, Alternativen existierten gar nicht und seien schon deshalb nicht wählbar, vor allem auch auf das Memorandum der demokratischen Wirtschaftswissenschaftler „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" verweisen [11].)

[11] Wortlaut u. a. in: „Blätter", 11/1975, S. 1287 ff.

„Die Aufgabe ist klar: *Modernisierung der Volkswirtschaft* unter erschwerten Bedingungen." (S. 21), sagt der BDI, *„Modernisierung der Volkswirtschaft"* (S. 18) ist einer von „drei Schwerpunkten" der SPD zur „Sicherung der Arbeitsplätze" — beim BDI ist allerdings „Modernisierung" präziser auf Rationalisierung hin definiert: sie „wird in jedem Einzelfall bestimmt von den Rationalisierungsmöglichkeiten, die noch genutzt werden können." (S. 21 f.). Eine „aktive, stabilitätsorientierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik" ist der andere Hauptpunkt, den die SPD unter dem Titel „Sicherung der Arbeitsplätze" aufführt (S. 18); den gleichen Titel wählt die CDU für Versprechungen, die sich eher unmittelbar an die Adresse der Industrie richten: *„Zur Sicherung der Arbeitsplätze* werden wir die Ertragskraft der Unternehmen stärken und damit die Investitionskraft und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen fördern." (S. 21). Die gleiche Forderung nach staatlich geförderten Unternehmergewinnen, deren Erfüllung hier unter Spekulation auf wirtschaftspolitische Unaufgeklärtheit der Bevölkerung in einem Wahlprogramm den Monopolen zugesichert und zugleich dem Wähler als sozialpolitische Tat suggeriert wird, formuliert der BDI-Bericht naturgemäß wesentlich präziser: „Die Kernfrage lautet also: Wie kann die Gewinnerwartung und damit die Investitionsneigung der Unternehmer nachhaltig verbessert *und auf Dauer gesichert* werden?" (S. 13). Antwort: „Dabei kommt Löhnen, Steuern und Sozialabgaben als den wichtigsten beeinflußbaren (!) Kostenfaktoren eine Schlüsselrolle zu." (S. 13).

Noch klarer wird vom „Erfordernis einer Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmergewinne" (S. 14) gesprochen — das bedeutet: „stabilitätsorientierte Löhne" (S. 14; d. h. Lohnstopp bzw. Lohnleitlinien) beim BDI, „stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse" bei der CDU (S. 21); „konsequente Stabilitätspolitik bei der SPD (S. 10); — Steuersenkungen bei Vermögens- und Gewerbesteuer im BDI-Bericht (S. 13), „Förderung der Investitionen durch steuerliche Hilfen" (S. 21) bei der CDU und „stabilitätsorientierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik" (S. 18) bei der SPD (man erinnert sich an die Politik der Investitionsprämien und ihre sehr unterschiedliche Wirksamkeit hinsichtlich der Unternehmergewinne einer-, des Arbeitsplatzangebots andererseits!); — es bedeutet ferner, als scheinbare Kompensation für Lohnverzicht, in Wahrheit als weitere Umleitung von vorenthaltenem Arbeitnehmereinkommen in die Verfügung der Unternehmen, „Einkommen aus Gewinnbeteiligung" (S. 15), die auch „positiv auf den Beschäftigungsstand" (Wieso? Bei weiterer Einschränkung der verfügbaren Binnenkaufkraft? D. Verf.) und — darum geht es wiederum — „auf die Finanzierung der Investitionen" wirken würde, so der BDI (ebenda); „vermögensbildende Maßnahmen für den einzelnen" (S. 21) fordert dementsprechend die CDU, „noch bestehende rechtliche Hemmnisse ab(zu)bauen, damit Gewerkschaften und Arbeitgeber ihren vermögenspolitischen Spielraum voll ausschöpfen können.", die SPD (S. 27).

Während der BDI eine großzügige „Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmergewinne" (s. o.) programmiert, verlangt er bei den Staatsabgaben andersgerichtete Korrekturen, nämlich „wirksame Begrenzungen im Bereich der konsumtiven Ausgaben" (S. 16). „Der Staat", so das CDU-Echo (S. 11), „muß sich auf die Aufgaben beschränken", die nicht andre übernehmen könnten, denn: „Manche Aufgaben, die heute die öffentliche Verwaltung ausführt, können nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen besser und billiger erfüllt werden." — sicherlich, wenn man *„manche"* Aufgabenbereiche, nämlich die gewinnträchtigen, Privatunternehmen zuschustert, die anderen Bereiche aber, die im sozialpolitischen Interesse notwendigerweise aus den gewinnträchtigen

Bereichen alimentiert werden müssen (wie z. B. Paketzustellung, Berufsverkehr etc.) als Negativ-Exempel für die Überlegenheit der Privatwirtschaft weiter in öffentlicher Hand Verluste machen läßt! Die SPD zieht sich mit einer Gummiformel aus der Affäre, die eine Billigung von Privatisierungen impliziert: „Privatisierung scheidet als Lösungsmöglichkeit aus, wo sie neue soziale Randgruppen, neue Ungerechtigkeiten und neue Monopole schafft." (S. 37).

Gewinnsteigerungen als erste Priorität, daneben Lohnpause und der BDI-Auftrag, „die Quote der Staatsausgaben zu begrenzen" (S. 93), natürlich durch „wirksame Begrenzungen im Bereich der konsumtiven Ausgaben" (s. o., S. 16), sowie vor allem die „*Anspruchs*inflation" (S. 10, S. 18) zu bremsen — ein Programm, das wenig Raum für eine Sozialpolitik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit läßt? Nun, da bleibt immerhin noch die Reformpolitik neuen Typs: „Wir reformieren aber auch, um Geld zu sparen. So z. B. muß das Gesundheitswesen verbessert werden, *um* die steigenden *Kosten einzudämmen.*", liest man bei der SPD (S. 27), und beim BDI: „In der Krankenversicherung (sind) alle Chancen einer *Eindämmung der Kosten* zu nutzen . . ." (S. 14).

Der BDI hat gewiß recht, wenn er im Geleitwort zum diesjährigen Jahresbericht hervorhebt, die Bekämpfung der Krise durch das von ihm geforderte Programm selektiven Gürtel-enger-und-weiter-Schnallens mache „ein konsequentes, auf mehrere Jahre angelegtes Handeln in den Verantwortungsbereichen des Staates, der Unternehmen und der Gewerkschaften" erforderlich. Ohne die Integration des DGB als „Verantwortungsbereichs"-Statthalter, die ihn den notwendig gegen die Politik des Kapitals gerichteten Abwehr- und Offensivinteressen seiner Mitglieder immer mehr entfremden müßte, wird das Konzept sich so wenig realisieren lassen, wie es das beispielsweise gegenwärtig in Italien täte. Das Vertrauen, das BDI, CDU und SPD in die Bereitschaft der Gewerkschaften setzen, den ihnen zugedachten Part zu übernehmen bzw. weiter zu spielen, weist Nuancen auf: Das SPD-Wahlprogramm setzt zuversichtlich auf „die verantwortungsvolle Politik der Gewerkschaften", die einen entscheidenden Beitrag leiste zur „Leistungsfähigkeit" — der Interessenvertretung der Arbeitnehmer? Nein: — „unserer Volkswirtschaft" (S. 19). Der BDI mahnt, unter Verweis auf das von allen Bundestagsparteien verabschiedete nichtparitätische Mitbestimmungsgesetz: „Die Gewerkschaften müssen mit der erheblichen Ausweitung ihrer rechtlichen und faktischen Einflußmöglichkeiten auf die Unternehmen auch eine entsprechende *Mitverantwortung* tragen" (S. 21), und die CDU verbindet mit der Zusicherung an die Gewerkschaften, sie seien (als „Verbände") „verfassungsrechtlich gesicherte Bestandteile" unserer Gesellschaft, die „Gemeinwohl"-These: „Sie müssen sich dem gesellschaftlichen Ganzen *einordnen,* weil sie *dem Gemeinwohl verpflichtet sind*" (S. 13).

Die Orientierung der einen wie der anderen Kanzlerwahlpartei auf die wesentlichen BDI-Leitlinien ist, bei allen notwendigen Zugeständnissen an die jeweiligen Integrationsaufgaben in den jeweiligen *„Verantwortungsbereichen"* (BDI) — „links von der Mitte", „rechts von der Mitte" —, so zweifelsfrei und bis zur Selbstverleugnung total, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie von den bevorstehenden Wahlen mit auffälliger Gelassenheit sprechen kann, wie von einer eher beiläufigen Veranstaltung: „Die Wirtschaftspolitik sollte sich im allgemeinen Interesse nicht durch Wahltermine davon abhalten lassen, die nötige Weichenstellung vorzunehmen . . ." (S. 12). (Was ist „die Wirtschaftspolitik", die hier als selbsttätiges Subjekt auf die Bühne tritt, und wer befindet welche Weichenstellung für „notwendig"? Offensichtlich ist eines: Jedenfalls nicht der am 3. Oktober an die Urne tretende Wähler.)

Auffallen sollte jedenfalls, wie gelassen der sonst — etwa durch Streiks — oft leicht erregbare Verband der Industriellen sich einem Termin gegenüber zeigt, der nach Ansicht des CDU-Wahlprogramms — und einer Reihe engagierter Bürger — über „das Schicksal Deutschlands und Europas" entscheidet (S. 2). Diese Auffassung scheint der Führungsausschuß der herrschenden Klasse, wenn diese Bezeichnung des BDI-BDA gestattet ist, nicht zu teilen.

V

Aber *was* beweist die weitgehende Übereinstimmung zwischen BDI, CDU und SPD? Gibt es angesichts der Geschlossenheit, mit der die Interessen der Monopole, selbst in Wahlprogrammen, dem Wähler gegenüber vertreten werden, also tatsächlich keine Alternative? Bleibt also jedem, der nicht gänzlich Abschied von der Politik und Zuflucht zur privaten Utopie nehmen will, gar keine andere Wahl, als in den sauren Apfel zu beißen und durch seine Stimme diese oder jene als Übel, wenn auch als „kleineres", bewertete Partei zur Fortsetzung ihrer Politik zu legitimieren? (In Italien verband bei den jüngsten Wahlen ein prominenter Kommentator seinen Aufruf, die Christdemokraten zu wählen, mit dem Tip, man könne sich dabei ja die Nase zuhalten . . .)

Der seit einigen Jahren in jedem Jahresbericht des BDI beschworene Hinweis auf „die Veränderungen der weltpolitischen Szenerie", die „Europa", sprich: dem Konzept der Monopole zur dauerhaften Einbunkerung ihrer Macht in Festungen wie „Deutschland" (alias „Europa"), USA, Südafrika etc. „nicht mehr viel Zeit" lassen (1975/76, S. 29, s. o.), ruft ins Gedächtnis, daß das in der Bundesrepublik scheinbar lückenlose, unerschütterliche Kartell monopolistischer Machterhaltung sich zumindest außerhalb der BRD, auf der internationalen Ebene und schon in nächster Nachbarschaft, sehr wohl mächtigen, von Jahr zu Jahr erstarkenden Gegentendenzen gegenübersieht. International — die Entwicklung der UNO-Positionen ist vielleicht der sichtbarste Gradmesser — treten allenthalben demokratische und sozialistische Alternativen in den Vordergrund des Geschehens, ziemlich unberührt davon, daß in der BRD keine der etablierten Parteien sie zur Wahl stellt. Die letzten Bastionen des Kolonialismus geraten ins Wanken, und während die Bonner Außenpolitik sich oft bis zur letzten Minute an diese Ruinen klammert, gehen die nationalen Befreiungsbewegungen über sie hinweg; während in der BRD auch außerhalb Bayerns weiterhin offen oder versteckt um „Verständnis" z. B. für die Apartheidspolitik geworben wird, nimmt die Ächtung des Rassismus im Weltmaßstab immer umfassendere Gestalt an; während in der BRD — ungeachtet der negativen Erfahrungen der so viel mächtigeren und so viel weniger verletzlichen USA mit der von ihnen beanspruchten Rolle des „Weltgendarmen" — für „weltpolitische Verantwortung", für ein angebliches Recht der Einwirkung auf fremde Staaten kraft des eigenen ökonomischen Gewichts geworben wird, wird auf internationaler Ebene der Druck der großen Mehrzahl der Staaten in Richtung auf ein neues System der Weltwirtschaft und des Welthandels immer mächtiger. Nichteinmischung, das Recht jedes Volkes, sein eigenes gesellschaftliches System unabhängig von anderen frei zu wählen und seine Bodenschätze und Wirtschaftspotentiale aus der Beherrschung durch die großen nationalen Rangliste heute vornan. Für die Bundesrepublik besonders relevant BRD-Konsens „radikalen" und „extremistischen" Prinzipien stehen in der internationalen Rangliste heute vornean. Für die Bundesrepublik besonders relevant und in ihrer Bedeutung von vielen noch kaum erkannt ist dabei die Tatsache,

daß für Europa die Alternative zur noch vorherrschenden Macht- und Blockpolitik bereits als ein bis in manche Details konkretisiertes Programm ausgearbeitet und kodifiziert vorliegt: die Schlußakte der KSZE, insbesondere ihre 10-Punkte-Prinzipienerklärung, eine Art Charta für das neuzuschaffende Europa der Koexistenz und Kooperation, die letzten Endes auch die Bundesrepublik unterschrieben hat — womit es freilich nicht sein Bewenden haben kann.

Auch hier wird, blickt man über die bundesrepublikanischen Kirchtürme oder Schornsteine hinaus, die Alternative schon konkret faßbar. Und sie hat viele Verbindungslinien auch in die gelegentlich als „Insel in der Brandung" gesehene Bundesrepublik hinein: die scheinbare Formalität ihrer Unterschrift unter Verträge und KSZE-Schlußakte hat zum Inhalt ja nicht nur die „Veränderungen der weltpolitischen Szenerie" (BDI), sondern ist unter innenpolitischem Aspekt auch nicht zu trennen von den — zeitweise massiven — demokratischen Aktionen zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und der sozialistischen Staaten in Europa, einschließlich der ungeliebten DDR. Und der internationale Vormarsch der Befreiungsbewegungen, die internationale Solidarität gegen Faschismus und Imperialismus von Vietnam über Südafrika bis nach Chile finden zwar in der „offiziellen" BRD-Öffentlichkeit immer noch ein zumeist grotesk verzerrtes Echo, doch sind selbst unter diesen Bedingungen auch in der BRD vielfältige Solidaritätsinitiativen entstanden, deren Gewicht, insbesondere, aber keineswegs ausschließlich unter der Jugend, auch in Kirchen- und Gewerkschaftskreisen und bis in die regierenden Parteien hinein, zwar schmerzlich unzureichend ist, aber oft doch unterschätzt wird.

Hier greifen die neuen Wirklichkeiten der internationalen Politik, wie vermittelt und abgebremst auch immer, bereits mitten in die innere Situation der scheinbar weitgehend unberührten „Insel" BRD hinein, die die Monopole und die an ihnen orientierten Parteiführungen vor jeglicher Regung systemkritischen Alternativdenkens glauben abschirmen zu können und zu müssen — durch ein ganzes Arsenal von Tabus, Sperren und Diskriminierungen, für die Berufsverbote, Sperrklauseln zur Fernhaltung der Kommunisten aus den Parlamenten, „Friedenspflicht" für Gewerkschafter hier nur als Stichworte in Erinnerung gerufen werden sollen.

Beim Blick auf die äußere Entwicklung ist vielfach deutlich geworden, daß eine Politik, die sich nicht aus der imperialistischen Kontinuität der deutschen Großindustrie und -finanz, aus ihrer politischen Blindheit, ihrer traditionellen Überschätzung der eigenen Kräfte und Fehleinschätzung der weltpolitischen Realitäten zu lösen vermag, immer neue internationale Mißerfolge produziert. Sollte es sich, wie der Anschein auch des diesjährigen Wahlkampfes es nahelegt, *innenpolitisch* gänzlich anders verhalten?

VI

Ein solches Urteil erscheint im Grunde als linke Kehrseite des rechten Anspruchs, „einzigartig in der Welt" dazustehen, und entspringt vorschneller Ineinssetzung des offiziell sanktionierten, durch die Bonner Parteiführungen repräsentierten Spektrums mit der realen, erheblich differenzierteren politischen Landschaft der Bundesrepublik. Abrüstung? Wer der Wahlkampfführung der etablierten Parteien folgt, müßte an ein unaufhaltsames Drängen der Bevölkerung nach weiterer, womöglich noch gesteigerter Rüstung glauben. Tatsächlich demonstrierten aber am 22. Mai dieses Jahres in Bonn 40 000 Bürger der Bundesrepublik,

Gewerkschafter und Geistliche, Hausfrauen und Schüler, Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, für die Ergänzung der Entspannung durch Abrüstungsschritte. Berufsverbote? Offiziell entweder geleugnet oder sogar als Ausdruck der zur Wahl gestellten Sorte „Freiheit" gepriesen, jedenfalls offiziell kein Problem. Tatsächlich aber entstehen, ermutigt durch wachsende Resonanz im In- und Ausland, immer neue Bürgerkomitees gegen die Berufsverbote, breiten sich in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen Sorge und Protest aus. Umweltzerstörung? Mehr und mehr Bürgerinitiativen unterschiedlichster sozialer und politischer Zusammensetzung, denen Industrie, Behörden und etablierte Parteien allenfalls Lippenbekenntnisse zu bieten haben, setzen sich über das Repräsentativ- und Etikettenwechselspiel des „offiziellen" (partei)politischen Lebens hinweg. Die vielfache Erfahrung, daß und wie dies Parteienspiel über ihre konkreten Interessen hinweggeht, hat bei vielen Bevölkerungsgruppen tiefes Mißtrauen gegen die herrschenden Parteien überhaupt keimen lassen. Oder die Arbeiter und Angestellten, die, wie zuletzt die streikenden Drucker und Journalisten im Mai 1976, sich organisiert gegen den wachsenden Druck der Wirtschaft zur Wehr zu setzen versuchen und damit das offizielle Bild der „Sozialpartnerschaft" anschaulich dementieren — gibt es eine Fraktion im Bundestag, die ihre Interessen „vertritt"?

Es zeigt sich also in Abrüstungsinitiativen, Komitees gegen Berufsverbote, Solidaritätsaktionen mit antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, in spontanen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in Betrieben und Verwaltungen, in Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke, Umweltzerstörung, Truppenübungsplätze usw. usf. ein Potential an demokratischer Selbsttätigkeit der Bevölkerung, an Bauelementen für jene demokratische Alternative, deren Existenz auf der Bonner politischen Bühne eben ignoriert oder geleugnet wird. Es zeigt sich, daß das „offizielle" Spektrum der Parteipolitik in Bonn zwar mit den Interessen der Monopole kongruent ist (und soviel an „Alternative" austragen darf, wie es innermonopolistische Interessengegensätze gibt), nicht kongruent jedoch mit der realen politischen Landschaft, dem tatsächlichen Kräfte- und Interessenspektrum! Und nur dies erklärt die Beunruhigung der Herrschenden, die angesichts der Nibelungentreue aller im Bundestag vertretenen Parteien zum bestehenden Macht- und Besitzsystem sonst unerklärlich schiene: Es gibt eben auch in der Bundesrepublik eine Alternativrichtung, die wir die demokratische Bewegung nennen und die getragen wird sowohl von im System der etablierten Parteien — abweichend von normalen westeuropäischen Staaten — nicht vertretenen Kräften wie entschiedene Antimilitaristen und Antiimperialisten unterschiedlichen Ausgangspunkts, von Radikaldemokraten, linken Christen, Sozialisten und Kommunisten, wie aber auch von Mitgliedern der Bonner Parteien. Und daß dieser im offiziellen Spektrum nicht vorgesehene Faktor existieren, sich halten und selbst unter ungünstigsten Bedingungen neue Einflußmöglichkeiten finden kann, dürfte vor allem auch darin begründet sein, daß es dem in Parteibeschlüssen, Berufsverboten, Behinderungen und Diskriminierungen massiv gegen diese außerparlamentarische Zusammenarbeit demokratischer Kräfte mobilisierten Antikommunismus — bei allen fatalen Auswirkungen — doch letzten Endes nicht gelungen ist und eigentlich immer weniger gelingt, Kommunisten und andere prinzipielle Systemkritiker aus den Bündnissen demokratischer Kräfte herauszudrängen und die demokratische Bewegung damit zu atomisieren oder wenigstens zu entschärfen.

Sicherlich trägt zum Beharrungs- und ständigen Regenerationsvermögen dieser demokratischen Bewegung bei, daß sie mehr als einmal — wie im Falle Vietnams

oder der Anerkennung der DDR — ihre Prognosen bestätigt und die herrschenden Parteien nach langem Sträuben vor dem Zwang hat stehen sehen, sich anzupassen. Gleichwohl: Eine Alternative für die Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 stellt die demokratische Bewegung doch offenkundig für viele nicht dar, da — wie immer die Wahl ausgehen wird — die Führungen der etablierten Parteien die Bildung der nächsten Bundesregierung in jedem Falle wiederum unter sich ausmachen werden?

VII

In der Tat, die deutschen Zustände leiden, noch immer, an notorischer Verspätung. Zu einem bezeichnenden Bild griff der stellvertretende Vorsitzende der französischen Sozialdemokraten, Pierre Mauroy, nach einem Besuch bei der SPD in Bonn Ende Juli 1976, als er den deutschen Bundeskanzler als einen Parteifreund bezeichnete, „der seine Uhr stellen muß. Sie geht um einige Jahre nach."

Während in Bonn auch 1976 noch zwar neue Gesichter und Varianten der Systemstabilisierung zur Wahl stehen, aber nicht die im Interesse der Bevölkerungsmehrheit notwendige Systemalternative, ist die Situation in großen westeuropäischen Nachbarländern wie Frankreich oder Italien bekanntlich grundverschieden, obwohl auch diese Länder kapitalistisch sind, obwohl auch sie der NATO und der EWG angehören wie die Bundesrepublik. Wenn dort demonstriert wird, daß unter vergleichbaren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sehr wohl die Herausbildung einer demokratischen Alternative, die in die Regierungsverantwortung gewählt werden kann, möglich ist, so fallen zugleich die in den als Beispiele genannten Ländern wirksamen, in der BRD aber noch fehlenden oder noch unzureichend entwickelten politischen Faktoren auf, auf deren Schaffung bzw. Stärkung eben auch im eigenen Lande sich also offenbar konzentrieren muß, wer die bundesdeutsche Politik lieber etwas „italienischer" oder „französischer" hätte: Bei ansonsten bemerkenswerten Unterschieden gibt es in beiden Ländern starke kommunistische Parteien, wird in beiden Ländern (wie fast überall außerhalb faschistischer Diktaturen und außerhalb der BRD) mit Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, daß die Kommunistische Partei authentischer und legitimer Bestandteil des politischen Spektrums ist, gibt es in beiden Ländern vielfältige und dichter werdende Formen der Zusammenarbeit der demokratischen und sozialistischen Kräfte. „Volksfront" läßt sich nur in der Bundesrepublik als Schimpf- und Schreckwort verwenden. (Noch. Aber das Thema, also die Möglichkeit, dringt auch hier, wie immer verzerrt, von Jahr zu Jahr zwingender in die politische Diskussion!)

VIII

Was also tun? Was tun vor allem am 3. Oktober? Alle notwendigen und vielfach unterlassenen Versuche, die Zusammenhänge und Rahmenbedingungen ins Gedächtnis zu rufen, führen nicht daran vorbei, daß niemand am 3. Oktober seine Stimme „verschenken" will. Nur, durch welche Wahl die eigene Stimme verschenkt wird, darüber gehen die Meinungen nach wie vor, und mit respektablen Begründungen, auseinander. Zitieren wir hier exemplarisch zwei „Blätter"-Autoren, die an einer Wahlumfrage [12]) teilgenommen haben:

[12]) In dem Hamburger Magazin „konkret", 8/1976, S. 10 und S. 12.

Professor Wolfgang Abendroth schreibt: „Das Dilemma dieser Bundestagswahlen ist bitter genug: Siegt die CDU/CSU, bekommt sie annähernd 48 Prozent der Stimmen und also — dank jener 5 Prozent-Klausel, die jede Neugruppierung des bundesdeutschen Parteiensystems (abgesehen von der Richtung auf potentielle neofaschistische Sandsturmbewegungen während einer Wirtschaftskrise, falls sich die CDU/CSU nicht in der Opposition befindet) objektiv nihiliert — die absolute Mehrheit im Parlament, dann geht der Weg zum autoritären Staat forciert weiter. Aber diesen Weg hat auch die sozial-liberale Koalition längst nicht nur vorbereitet, sondern einzuschlagen begonnen, mit dem Bundeskanzler und der SPD-Führung an der Spitze. Sie kann nur (und auch das nur sehr begrenzt) gelegentlich zu kleineren Rückzügen genötigt werden, besonders, wenn der Lärm im Ausland allzu groß wird (daher auch Willy Brandts widerspruchsvolle ‚Irrtums'-Erklärung zum ‚Radikalen'-Beschluß), aber ihre Marschrichtung ist die gleiche.

Kann man in dieser Lage aufrufen, gleichwohl die SPD als ‚kleineres Übel' zu wählen? Gewiß gibt es ‚kleinere Übel'. An sich ist selbst diese SPD, so sehr sie von Übel ist, gegenüber den Kohl, Dregger und Strauß ein *kleineres* Übel. Sie ist es aber nur dann, wenn man durch Protest von außen den Widerstandswillen in den Gewerkschaften und teilweise auch in der Partei selbst gegen das stärkt, was an ihr in bezug auf Preisgabe von Arbeiterinteressen und von demokratischen Verfassungspositionen, vor allem auch an Unterstützung jeder restaurativen und konservativen Machtposition in Europa und in der ‚Dritten Welt', von Übel ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß man in dieser Wahl von links gegen die SPD-Führung protestieren muß, also DKP wählen muß, denn sie ist doch die einzige rationale Kraft. Es ist klar, daß Stimmenthaltung kein Protest ist. Die Zahl der Protestierenden wird — leider — ohnedies klein bleiben. Aber diese ‚Erinnerungsstimmen' sind von Nöten, schon um den demokratischen Willensbildungsprozeß in den Gewerkschaften und in der SPD wenigstens in Resten am Leben zu erhalten. Gibt es diese linken Proteststimmen nicht, rutscht — ob sie insgesamt sich noch einmal zusammen mit der FDP in der Regierung behauptet oder nicht — die SPD noch weiter nach rechts. Das Risiko bleibt, so bitter das ist."

Günter Wallraff ist anderer Meinung: „Ja, ich wähle wieder mal das kleinere Übel. Das wird zwar immer größer — aber die kommende Scharfrichtergarde der Dregger, Carstens, Strauß würde einen autoritären Staat errichten, dessen Strukturen dann kaum mehr zu durchbrechen wären.

Sicher, auch viele CDU-Anhänger und ihre Presse bescheinigen Schmidt/Leber, daß die eine bessere Unions-Politik machen, als es Kohl/Strauß je möglich wäre. Und es hat ja in der Tat bei uns auch nie ein wirklicher Machtwechsel stattgefunden. Trotz Regierungswechsel behielt an den wichtigen Schaltstellen, in den Ministerialbürokratien, im Auswärtigen Amt, in den Lobbys vor allem die alte Garde das Sagen. Und die SPD stand mit ihrer knappen Mehrheit immer nur mit dem Rücken zur Wand, hat aus taktischen Gründen stets befürwortet oder bestenfalls abgemildert, was ihr von rechts diktiert wurde. Eigenvorstellungen hat sie in dieser Situation kaum entwickelt, geschweige denn durchgesetzt. Aber ich kann mir vorstellen und hoffe, daß ein Stimmenzuwachs bei dieser Bundestagswahl das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten stärken wird. Ich hoffe auch auf eine Klimaveränderung innerhalb der Sozialdemokratie, hoffe auf Zuwachs von Politikern wie Hansen und Gansel oder natürlich auch Brandt, der sich bisher als einziger SPD-Exponent öffentlich kritisch zu den Berufsverboten geäußert hat. Vielleicht ist das alles Illusion, aber was bleibt? Die Kommunisti-

sche Partei kann ich in der Bundesrepublik nicht wählen — eine Frage, die sich mir in Italien anders stellen würde.

Aber die DKP ist zu eingeigelt und abhängig. Ich weiß, es hat historische Ursachen; durch die Zeit der Verfolgungen und Illegalität ist dieses zu pauschale politische ‚Heimatverständnis' mit den ganzen vorschnellen Befürwortungen auch der sichtbarsten und eklatantesten Machtmißbräuche Bürokratisierugsformen und Fehlentwicklungen in sozialistischen Staaten zwar erklärbar, aber auf Dauer nicht entschuldbar. In einer Situation, in der es um die Weichenstellung für eine langfristige Politik geht, ist die SPD, die ja nicht allein aus opportunistischen karrierebesessenen Kulissenschiebern besteht, sondern gerade auch über aktive Unterbezirke, Gewerkschaftsbasis und Jusogruppen verfügt, für mich zur Zeit die einzige Partei, die eine weitere Klimaverbesserung im gesellschaftlichen Mikrobereich herzustellen in der Lage ist. Wohl ist mir allerdings bei dieser Stimmabgabe, muß ich gestehen, nicht."

Weitere „Blätter"-Herausgeber und -Autoren haben sich an einem Bremer „Aufruf" zur Bundestagswahl 1976" beteiligt, initiiert von den Bremer Professoren Jürgen A. E. Meyer, Peter Derleder, Christoph Schminck-Gustavus, Barbara Rohr, Hellmuth Lange, Gerhard Stuby, Nils Jaeger, Detmar Beyersmann, Thomas Metscher, Jörg Huffschmid, Hans Jörg Sandkühler, Wolfgang Jantzen und Manfred Hahn und abgestimmt mit einzelnen Kollegen anderer Universitäten, darunter Walter Jens (Tübingen), Helmut Ridder (Gießen), Gerhard Kade (Darmstadt), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Reinhard Kühnl (Marburg), Erich Wulff (Hannover), Wolfgang Abendroth (Frankfurt) und Frank Deppe (Marburg).

Dieser Appell ruft die ungelösten Folgen der Wirtschaftskrise in Erinnerung und stellt fest:

„In dieser Situation kommt es darauf an, auch durch die Wahlen den Weg für eine fortschrittliche Wende in der Politik zu öffnen.

CDU und CSU werden diese Wende nicht einleiten. Sie nutzen im gegenwärtigen Wahlkampf zielgerichtet und demagogisch die Angst und Sorge der Bevölkerung und schüren den immer noch wirksamen Antikommunismus. Sie geben vor, über eine Alternative zur Politik der Bundesregierung zu verfügen und die Wirtschaftskrise wirksam bekämpfen zu können, während sie gleichzeitig die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Misere unangetastet lassen und das ‚freie Unternehmertum' preisen. Sie reden von ‚sozialer Demontage' durch die Regierung und haben selbst in entscheidenden Fragen den Abbau sozialer Leistungen gefordert und für eine Steigerung der Unternehmergewinne zu Lasten breiter Schichten der Bevölkerung Partei ergriffen. Sie haben die Politik der internationalen Entspannung aufs schwerste behindert. Sie waren und sind die treibenden Kräfte bei der Einschränkung und Beseitigung grundlegender demokratischer Rechte. Sie sind der Motor der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis.

Jede Stimme *für* CDU und CSU wird zu einer Stimme *gegen* den demokratischen und sozialen Fortschritt."

Die Initiatoren fahren fort:

„Eine positive Wahlentscheidung fällt heute schwerer denn je, weil die jüngsten Tendenzen zur Annäherung der im Bundestag vertretenen Parteien fast wieder an den Punkt geführt haben, an dem sie sich wechselseitig die ‚große' Koalitionsfähigkeit bestätigen können.

Die führenden Kräfte der SPD haben in ihrer Politik in vielen Fragen dem Druck der CDU/CSU, der FDP und der durch diese Parteien in erster Linie vertretenen Interessen der Privatwirtschaft selbst da bereitwillig nachgegeben, wo durch die mögliche Zusammenarbeit von FDP, SPD und DKP eine reale Alternative zur reaktionären Politik der CDU bestanden hat. ...

Die politische und ökonomische Entwicklung der letzten Jahre hat zugleich auch diejenigen gesellschaftlichen Kräfte mobilisiert, die dem Abbau demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften entgegentreten und eine Fortsetzung der Reformpolitik und der Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit fordern.

Diese Kräfte äußern sich in den Gewerkschaften und in Bürgerinitiativen wie auch in den Komitees gegen Berufsverbote und im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. Sie artikulieren sich in kultur- und bildungspolitischen Verbänden, in Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen. Diese Kräfte haben in den vergangenen Jahren entscheidend zum Abschluß der Ostverträge und zum Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beigetragen.

Sie haben sich an vielen Orten der BRD bewährt im gemeinsamen Kampf für den Schutz von Mensch und Landschaft vor den Folgen einer Industrialisierung, die ausschließlich an Profitinteressen orientiert ist. Sie haben sich bewährt im Kampf für den Erhalt von Wohnungen und Arbeitsplätzen. Sie haben, unterstützt durch internationalen Protest und internationale Solidarität, Teilerfolge im nationalen Widerstand gegen die Berufsverbote erzielt.

Diese Kräfte und ihre Zusammenarbeit gilt es zu stärken. Ein Beitrag dazu kann auch die Bundestagswahl sein.

In dieser Situation rufen wir dazu auf, einen Wahlsieg von CDU und CSU auf jeden Fall zu verhindern, denjenigen Kräften in FDP und SPD, die objektiv die Politik der CDU/CSU mitbetreiben, Einhalt zu gebieten und die Position derer zu festigen und zu erweitern, die entschieden und glaubwürdig für ein Programm eintreten, das die folgenden Forderungen umfaßt:

— schnelle Beendigung der Arbeitslosigkeit und der Preissteigerungen,

— schrittweise Verbesserung der Realeinkommen und der sozialen Leistungen,

— Einführung wirksamer Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle auf allen Ebenen der Wirtschaft und in allen übrigen gesellschaftlichen Bereichen,

— Fortsetzung der Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit,

— Schluß mit der verfassungswidrigen Praxis der politischen Disziplinierung!

— Sofortige Einstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!

Kandidaten, die nicht eindeutig und ohne jedes taktische Wenn und Aber gegen die demokratiezerstörende Berufsverbotspraxis Stellung nehmen, sind nicht wählbar."

IX

Soweit einige Stellungnahmen zur Wahl, die repräsentativ sind für die unterschiedlichen Wahlentscheidungen, die aus weitgehend übereinstimmenden Beurteilungen der BRD-Situation und ihrer grundlegenden Defekte abgeleitet werden. Was für eine Wahl! Wer SPD wählt, tut dies im Bewußtsein der unter Helmut Schmidt in der vergangenen Periode vorangetriebenen Rechtsentwicklung und

doch zugleich in tiefer Sorge über diese Rechtsentwicklung in dem Wunsch, seine Stimme für die SPD, und sei es für Helmut Schmidt, möge als Stimme gegen die CDU zugleich eine Stimme gegen den Rechtstrend sein; ein besseres Abschneiden der SPD als 1972 kann er aber realistischerweise nicht erwarten, und eine Garantie, nicht einmal gegen die Möglichkeit einer neuen großen Koalition oder einer Allparteienregierung im Falle eines nicht ganz unwahrscheinlichen Patts, gibt ihm die SPD ausdrücklich nicht. Was für eine Wahl! Wer FDP wählt, mag zwar gegen den kleinbürgerlichen Anpassungsmief wählen, aber er wählt Genscher und Friderichs, wählt von Entspannungspolitik bis Mitbestimmung nach aller Erfahrung der letzten vier Jahre den Status quo minus; eine Garantie dagegen, daß die FDP im Falle einer beträchtlichen Stärkung der CDU dieser dann nicht letzten Endes doch im Namen der „Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems" eine Minderheitsregierung und später, nach einer Anstandsfrist, mit dem gleichen Argument eine Koalition anbietet, hat der FDP-Wähler, realistisch gesehen, nicht. Was für eine Wahl! Wer die DKP-Einschätzung — „Nur wer DKP wählt, stimmt gegen das große Kapital" — teilt und entsprechend wählt, hat nicht einmal mehr Anspruch auf die andere Wähler tröstende Annahme — sei sie auch eine Illusion —, über den Namen des nächsten Bundeskanzlers mitentschieden zu haben; dafür hat er das Argument auf seiner Seite, daß die Notwendigkeit, der 1976 noch weitaus durchsichtiger als in früheren Wahljahren gewordenen Kapitalabhängigkeit aller Bonner Parteien eine eigenständige demokratische Alternative entgegenzustellen, letzten Endes auch bei Bundestagswahlen einmal wird sichtbar gemacht werden müssen — als ein eigenständiges und als solches identifizierbares Alternativvotum — und daß ein solches Votum unter den gegebenen Umständen nur durch die Stimmabgabe für die Kommunistische Partei deutlich gemacht werden könne, die DKP also unter diesem Aspekt sozusagen als eine Teilrepräsentanz der demokratischen Bewegung zur Wahl stehe.

Die Vorwahldiskussion der Linken zeigt, daß wohl kaum jemand sich die Wahl so schwer macht, sich so gewissenhaft prüft wie gerade jene, die die Diskrepanz zwischen dem offiziellen politischen Spektrum in Bonn und seiner dürftigen Bandbreite einerseits und der tatsächlichen politischen Landschaft, selbst in einem Land wie der BRD, durchschauen oder doch spüren. Aber gerade das aus besonderem politischen Engagement herrührende Ernstnehmen der politischen Verantwortung — droht es nicht in diesen Wochen jeden von uns in Fixierungen einzuengen? Erreicht denn das Potential aller entschiedenen Linken in der BRD heute, zusammengenommen, überhaupt die Größe, die den Ausschlag gibt, ob Schmidt oder Kohl? Hieran zu zweifeln, ist durchaus nicht gleichbedeutend mit einer Geringschätzung der mobilisierenden Kraft, die die demokratische Bewegung auch in einem bundesdeutschen Wahlkampf freisetzen kann, sofern zwischen den großen, mehrheitsbildenden Parteien reale und erfahrbare Alternativen, und seien sie auch nur punktuell wie 1972 (Alternativfrage Ostverträge), sichtbar zu machen sind. Aber derartige Alternativen innerhalb des Bonner Spektrums sind durch die faktische Annäherung von SPD, FDP und CDU nun auch auf außenpolitischem Gebiet mit bloßem Auge kaum mehr zu erkennen. Was die jeweiligen Kanzlerwahlstrategen noch als Unterscheidungskriterien anzubieten haben, dient vor allem der Integration der je spezifischen Wählergruppen in den eigenen „Verantwortungsbereich", um es mit dem bezeichnenden BDI-Begriff zu benennen.

Unabhängig also davon, in welchem Votum oder in welcher Stimmenkombination der einzelne in der Wahlkabine am 3. Oktober 1976 den relativ aussichtsreichsten

Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 36 25 01

Betrifft: Buchbestellung

Abonnenten unserer Zeitschriften können nachfolgend aufgeführte Bücher beziehen, und zwar gegen Vorüberweisung des Kaufbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummern** sowie die **Anzahl** der Exemplare.

Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Beispiel:

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
2	1	9,80
13 a+b	je 2	168,–
113	3	84,–

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
1	*Abendroth u. a.:* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S.	**12,80 DM**
2	*Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55, 512 S.	**9,80 DM**
3	*Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche, 2. Auflage, 296 S.	**14,80 DM**
100	*Bethge u. a.,* **Die Zerstörung der Demokratie in der BRD durch Berufsverbote,** 390 S.	**7,80 DM**
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S.	**12,80 DM**
101	*Buhr/Irrlitz,* **Der Anspruch der Vernunft.** Bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus, 280 S.	**14,80 DM**
7	*Čagin,* Der subjektive Faktor, 257 S.	**12,80 DM**
10	*Czichon,* Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 105 S.	**9,80 DM**
11	*Däubler,* Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, 57 S.	**9,80 DM**
12	*Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S.	**12,80 DM**
102	*Deppe,* **Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration,** 368 S.	**14,80 DM**
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM	
13a	Bd. 1: 1939–1941.	**42,— DM**
13b	Bd. 2: Juni 1941–November 1942.	**42,— DM**
14	*Doernberg/Galtung u. a. (Hrsg.),* Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus Ost- und Westeuropa, 355 S.	**17,80 DM**
15	*Elsner,* Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, 208 S.	**9,80 DM**
16	*Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S.	**38,— DM**
18	*Foltin/Würzberg,* Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalyse, 126 S.	**12,80 DM**
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD),* **Schwangerschaft und der neue § 218.** Hdb. für Frauen, 203 S.	**9,80 DM**
19	*Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S.	**9,80 DM**
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S.	**14,80 DM**

bitte wenden

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1976

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
23	*Hahn*, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S.	14,80 DM
24	*Haltmann (Hrsg.)*, Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S.	9,80 DM
25	*Hanstein*, Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, 238 S.	14,80 DM
26	*Haug*, Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl.	12,80 DM
27	*Hervé*, Studentinnen in der BRD, 206 S.	12,80 DM
105	*Hinrichs/Peter*, Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S.	12,80 DM
106	*Hofmann*, Jan Amos Comenius. Bildbiographie, 108 S. Ln.	9,80 DM
29	*Hofschen/Ott*, SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S.	12,80 DM
30	*Kedrow*, Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S.	17,80 DM
31	*Kempe*, SPD und Bundeswehr, 279 S.	12,80 DM
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.)*, Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S.	14,80 DM
33	*Kramer*, Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S.	14,80 DM
34	Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S.	19,80 DM
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.)*, Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S.	12,80 DM
36	*Kuczynski*, Wissenschaft und Gesellschaft, 220 S.	14,80 DM
38	*Kühnl*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S.	9,80 DM
39	*Maase*, Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S.	12,80 DM
40	*Matthiessen*, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S.	9,80 DM
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S.	14,80 DM
99	*Menschik*, Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S.	9,80 DM
107	*Meyer*, Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband, 500 S.	14,80 DM
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S.	10,— DM
44	*Nedbailo*, Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie, 150 S.	9,80 DM
45	*Opitz*, Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S.	14,80 DM
46	*Oppolzer*, Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S.	19,80 DM
48	*Parygin*, Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. Ln.	17,80 DM
49	*Peter*, Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S.	17,80 DM
50	*Priester*, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S.	14,80 DM
52	*Räuschel*, Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S.	9,80 DM
108	Rechtswissenschaft und Arbeiterbewegung. Festschrift für E. Rabofsky, 295 S.	17,80 DM
109	*Ridder/Ladeur*, Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft. Rechtsgutachten. 2. Auflage	9,80 DM
54	*Schleier*, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S.	38,— DM
110	*Seidel*, Gottfried Wilhelm Leibnitz. Bildbiographie, 109 S. Ln.	9,80 DM
57	*Semjenow*, Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S.	19,80 DM
58	*Sorg*, Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S.	14,80 DM
111	*Stankowski*, Linkskatholizismus nach 1945 in der BRD, 383 S.	25,— DM
59	*Stiehler*, Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S.	19,80 DM
60	*Streisand*, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S.	9,80 DM
61	*Stuby/Mayer*, Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S.	14,80 DM
62	*Suchodolski*, Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S.	12,80 DM
63	*Tjaden-Steinhauer*, Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S.	12,80 DM
64	*Tuchscheerer*, Bevor „Das Kapital" entstand. Die Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 500 S.	19,80 DM
65	*Tumanow*, Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln.	17,80 DM
112	*Wagner*, Recht als Widerspiegelung und Handlungsinstrument, 196 S.	12,80 DM
113	Wörterbuch der Psychologie. 2500 Stichwörter und über 100 Abb., 596 S. Ln. Großformat	28,— DM

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Erziehung und Bildung

67	*Christian* Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S.	**14,80 DM**
104	*Gerhard-Sonnenberg,* **Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit** (MASCH), 250 S.	**14,80 DM**
68	*Heinemann* Arbeit und Technik in der Erziehung. Zum polytechnischen Unterricht in der DDR, 160 S.	**14,80 DM**
69	*Hofmann* Allgemeinbildung. Problemgeschichtliche Studie, 175 S.	**12,80 DM**
70	*Keseling u. a.* Sprach-Lernen in der Schule, 110 S.	**9,80 DM**
71	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S.	**14,80 DM**
72	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie, 544 S., Ln.	**19,80 DM**
73	*Lompscher (Hrsg.)* Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S.	**19,80 DM**
74	Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S.	**14,80 DM**
75	*Petrowski (Hrsg.)* Allgemeine Psychologie, 488 S.	**19,80 DM**
76	Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, Sammelband, 192 S.	**9,80 DM**

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

77	*Kühnl* Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S.	**3,— DM**
78	*Volpert* Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S.	**3,— DM**
79	*Grossner/Schierholz* Projekt MRCA, 64 S.	**
80	*Krusewitz/Kade* Anti-Enzensberger, 47 S.	*
82	Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S.	**
83	*Fülberth/Harrer* Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S.	*

bitte wenden

Bitte ausschneiden!

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM Pf

für Postscheckkonto Nr.

2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Kundennummer

Ausstellungsdatum Unterschrift

Postvermerk

Zahlkarte/Postüberweisung

DM Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

Absender der Zahlkarte

PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders

Postscheckteilnehmer

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM Pf für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Kln**

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis

B Kaufbetrag

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:
Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W = Berlin West
Dtmd = Dortmund
Esn = Essen
Ffm = Frankfurt am Main
Hmb = Hamburg
Han = Hannover
Klrh = Karlsruhe
Kln = Köln
Lshfn = Ludwigshafen am Rhein
Mchn = München
Nbg = Nürnberg
Sbr = Saarbrücken
Stgt = Stuttgart

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)
Gebühr für die Zahlkarte: 1,- DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)
Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
84	*Matthiessen u. a.* Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S.	**
85	*Becher/Bethge/Beutin u. a.* Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? 32 S.	*
114	*Wüstenhagen,* **Atomindustrie** und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung, 48 S.	*
115	*Heinemann/Gollwitzer/Benz/Améry/Fritzsche,* **Reden gegen das Berufsverbot,** 48 S.	*
116	*Hinz/Krusewitz/Krysmanski/Wüstenhagen,* **Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler,** 60 S.	**

* Einfachband – **4,— DM**
** Doppelband – **6,— DM**

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht
Je Heft 48 S., **3,– DM**

86	1 *Ermel* Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland	
87	2 *Fülberth* Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie	
88	3 *Halfmann* Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik	
89	5 *Albrecht* Die Wiederaufrüstung der BRD	
90	6 *Weiß* Geschichte der deutschen Spaltung 1945–55	
91	7 *Rupp* Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945	
92	8 *Breuer* Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932	

Sport · Arbeit · Gesellschaft

93	*Güldenpfennig* Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, 145 S., 2. Aufl.	**DM 12,80**
98	*Schulke (Hrsg.)* Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, 320 S.	**19,80 DM**
117	*Schulke (Hrsg.),* **Die Zukunft der olympischen Spiele.** Die olympische Bewegung zwischen Moskau und Montreal, 216 S.	**DM 14,80**

Gesamtverzeichnis bzw. ausführliche Reihenverzeichnisse bitte anfordern!

Versuch sieht, auch sein Wahlrecht im Kampf gegen eine weitere Rechtsentwicklung und insbesondere gegen die Regierungsübernahme durch Kohl und Strauß zu nutzen — und auf dies bescheidene Recht zu verzichten, wäre in der Tat unverantwortlich —, niemand sollte übersehen, daß es keineswegs nur um die Vergabe von Bundestagssitzen und damit Kanzlerwahl und Regierungsbildung geht, daß vielmehr die Bundestagswahl zugleich die Funktion einer gewaltigen Integrationsveranstaltung hat, die die wachsende Diskrepanz zwischen *offiziellem* und *realem* politischen Spektrum, zwischen einerseits vielfältiger demokratischer Selbsttätigkeit im Lande und andererseits fast totaler Abwesenheit der aus dieser demokratischen Selbsttätigkeit erwachsenden Alternativansätze in der amtlichen Bonner Politik überdecken und aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängen soll.

In dieser Situation, der die Gefahr innewohnt, durch unterschiedliche Partei- und Stimmpräferenzen gemeinsame und eben von keiner der Bonner Fraktionen repräsentierte demokratische Zielsetzungen und Aktionsmöglichkeiten aus den Augen zu verlieren, sich in letzten Endes künstliche und der eigenen Praxis widersprechende Frontstellungen gegeneinander zu verlieren, kommt es im Wahljahr für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, ob und wo parteipolitisch organisiert oder nicht, insgesamt darauf an, die eigene gemeinsame politische *Identität* als *die demokratische Bewegung* in dieser Republik zu behaupten und in bewußtem Widerstand gegen den Integrationsdruck der Wahlkonfrontation nicht aus dem Auge zu verlieren, daß ihre Verantwortung für die schritt- und stückweise Entwicklung einer demokratischen Alternative in diesem Land zu keiner Zeit suspendiert und an keine mehr oder weniger wohlmeinende Parteiführung in Bonn delegiert werden kann. Die Identität der demokratischen Bewegung, die Zusammenarbeit ihrer unterschiedlichen Strömungen zu behaupten und dem nach wie vor wirksamsten Gegenmittel der Rechtskräfte, dem Antikommunismus, konzessionslos entgegenzutreten — das ist auch im Wahljahr die Grundvoraussetzung, ohne die kein wirklich wirksamer Kampf gegen Rechts geführt werden kann.

Dies ist die Lebensfrage, nicht nur der Bundesrepublik. Man stelle sich doch nur einen Moment lang vor, wie es in Europa aussähe, hätten die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik ihr immer noch hartnäckig verfolgtes Ziel erreicht, ihre Macht auf die DDR und womöglich die Gebiete jenseits von Oder und Neiße auszudehnen! Zweimal in diesem Jahrhundert hat die Hybris des deutschen Großkapitals nicht nur unser Volk, sondern ganz Europa in unvorstellbare Katastrophen gestürzt, und schon wieder wächst in Europa die Sorge über die Entwicklung einer im Inneren autoritäten und nach außen entsprechend aggressiv expandierenden Bundesrepublik ungezügelter Monopolmacht.

Es gibt nur *eine* Kraft, die sich einer solchen Entwicklung der Bundesrepublik mit der notwendigen Konsequenz und Beharrlichkeit entgegenstemmt — die demokratische Bewegung. Heute noch schwach, viel zu schwach, gemessen an den Machtmitteln, über die ihre Gegner zur Zeit noch verfügen, hat diese demokratische Bewegung doch im Vergleich zur Situation vor 1914 oder vor 1933 international gesehen einen unvergleichlich stärkeren Rückhalt und die Gewißheit, daß die sich beschleunigende Veränderung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse um die Bundesrepublik keinen Bogen machen kann und wird. Es gibt auch für diese scheinbar zum Schicksal einer „Insel der Reaktion" verurteilte Republik keine Perspektive außer durch Frieden und Demokratisierung.

Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit

Anmerkungen zu Anspruch, Realität und Interesse

„Wo man von Gerechtigkeiten und Freiheiten redet, soll man durchaus nicht von Gerechtigkeit und Freiheit sprechen" (Johann Gottfried Seume). [1]

Von Karl Unger

I

Daß die Deutschen mit der Freiheit ihre Schwierigkeiten haben, ist bereits so etwas wie ein literaturhistorischer Gemeinplatz. Von Seume und Heine über die Gebrüder Mann bis heute ist die Auseinandersetzung zwischen der Freiheit des Individuums und den autoritären Eingriffen des Obrigkeitsstaates ein zentrales Thema im literarischen Schaffen.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes 1976 gewinnt man jedoch den Eindruck, daß es jetzt um eine Art Endlösung des Problems geht. Gegen den CDU/CSU-Slogan „Freiheit oder Sozialismus" setzte Willy Brandt auf dem Dortmunder Wahlparteitag der SPD die Behauptung, diese Partei sei die „Partei der deutschen Freiheit", „der Kern der sozialen Freiheitsbewegung in Deutschland".

Der inflatorische und oft auch demagogische Gebrauch des Begriffs „Freiheit" gibt in der Tat Anlaß zum Nachdenken über das Verhältnis der Deutschen zur Freiheit — einem der drei Grundwerte der Revolution von 1789. Haben wirklich *die* Deutschen immer Probleme, wenn es um die Freiheit geht, oder haben nicht vielmehr Deutsche mit Deutschen Schwierigkeiten, wenn es um die konkrete Realisierung dieser Kategorie geht?

Und wenn es in der deutschen Geschichte eine Freiheitsbewegung gegeben hat und heute noch gibt, aus wem besteht sie dann und wer treibt sie voran?

An einem kleinen Ausschnitt deutscher Geschichte soll versucht werden, auf diese Fragen Antwort zu geben und damit auch Anspruch und Realität der neuen selbsternannten Freiheitsbringer zu untersuchen.

II

Um festzustellen, was eigentlich der materielle Inhalt des politischen Freiheitsbegriffes ist, seien die Quellen zu Rate gezogen.

Die bürgerliche Freiheit als Errungenschaft vor allem der Französischen Revolution von 1789 besteht, wie klassisch in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte festgehalten ist (1789), vor allem aus der Freiheit der Person, der Garantie gegen willkürliche Verhaftung und Anklage, der Unterstellung der Unschuld bis zum Beweis des Gegenteils. Als Herren über ihre eigene Person können die Menschen frei reden und schreiben, drucken und veröffentlichen, sofern nicht die gesetzliche Ordnung gestört oder die Freiheit mißbraucht wird (Art. 4, 7, 9, 10, 11).

Wie unzureichend diese Bestimmung für sich genommen jedoch ist, wurde bereits im Verlauf der Französischen Revolution deutlich. In der Diskussion um die Jakobinerverfassung hält der Stadtrat von Paris Jacques Roux den Abgeordneten des Konvents ein „Manifest der Zornigen" entgegen: „Die Freiheit ist ein leerer Wahn,

[1] J. G. Seume, Mit dem Stempel der Wahrheit, Frankfurt/M. 1964, S. 33.

solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt [2])."

Diese Formulierung ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil sie eine wesentliche Erweiterung des Freiheitsbegriffs darstellt. Wird in der Menschenrechtserklärung eine von den materiellen Bedingungen abgehobene Sphäre der politischen Freiheit konstituiert, die von der Existenz gleichberechtigt anerkannter Staatsbürger (citoyen) in diesem Bereich ausgeht, so bringt Roux diese Kategorie auf den Boden der ökonomischen Lebensbedingungen.

Von diesem erweiterten Begriff ist im weiteren auszugehen.

III

Einen brauchbaren Bezugspunkt für die Analyse des Freiheitsverständnisses in der BRD und des realen Gehalts menschlicher Freiheit in diesem Staat gibt die Verfassung ab, da sie in ihrem Grundrechtskatalog Position und Spielraum individueller Freiheit absteckt.

Im Gegensatz zu den anderen großen europäischen Verfassungen (britische, französische und belgische) beschränkt sich das Grundgesetz der BRD aber nicht auf die Formulierung der Bürgerrechte. Als juristisches Instrument, das nach den Jahren des nationalsozialistischen Terrors und des Krieges einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte markieren soll, wohnen ihm, wie Gerhard Stuby hervorhebt, drei wichtige Tendenzen inne: eine antifaschistische, eine antimilitaristische und eine antimonopolistische [3]).

Insbesondere durch das Sozialstaatspostulat (Art. 20, Abs. 1) werden die Freiheitsrechte des Bürgers ausgedehnt, da hier die Sphäre der materiellen Produktion tendenziell in den Bereich der Freiheit und Gleichheit miteinbezogen wird. Damit ist eine uralte Forderung der Arbeiterbewegung faktisch in Verfassungsrang erhoben worden. Denn schon Bebel hatte 1870 in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Volkspartei deutlich gemacht: „Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des anderen, d. h. wo sie durch Übergriffe die Gleichheit verletzt [4])."

Somit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zur Freiheit in der BRD wesentlich konkreter: Werden die durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten genutzt, oder versucht man sie einzuschränken?

Aus der Antwort auf die Frage, wer die Grundrechte gegen Angriffe verteidigt, ergibt sich auch, wer in der BRD die Freiheitsbewegung darstellt bzw. wer an ihrer Spitze steht.

IV

Das Grundgesetz, und damit der in ihm fixierte Katalog demokratischer Rechte und Freiheiten, trägt bekanntlich Kompromißcharakter: Es ist weniger präsize als eine Reihe der vorher entstandenen Länderverfassungen, vor allem hinsichtlich der sozialen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung; der 1948/49 bereits

2) J. Roux, Manifest der Zornigen, in: J. Höppner, S. 8—18, hier S. 8.
3) Vgl. G. Stuby, Das Grundgesetz, seine Entstehung, seine Veränderungen und seine Perspektiven, in: VDJ (Hrsg.), Das Grundgesetz, Köln 1974, S. 9—31.
4) Zit. n. G. Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863—1870, in: Ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt/M., 1969, S. 108—178, hier S. 172.

machtvoll inganggekommene Restaurationsprozeß in der nachmaligen Bundesrepublik hatte die mit der Befreiung von 1945 freigesetzten Kräfte bereits geschwächt, aber die wirklichen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen derjenigen Kräfte, die auf die Wiederherstellung der uneingeschränkten Macht von Großindustrie und Banken hinarbeiteten, konnte man 1949 noch in keinen Verfassungstext schreiben. Noch war die Erinnerung an den Krieg und die verhängnisvolle Rolle des Großkapitals bei seiner Vorbereitung und Führung in der Bevölkerung frisch. Die Fragestellung in Sachen Freiheit war also eindeutig: Würde es gelingen, die im Grundgesetz fixierten Ergebnisse der Befreiung zu bewahren, die demokratischen und sozialen Rechte — also die Freiheit des Volkes — mit Inhalt zu füllen —, oder würde die volle Handlungsfreiheit des Großkapitals restauriert und dessen Herrschafts- und Expansionsinteressen also wieder zum — notwendig restriktiven — Maß der Freiheit werden? Die Freiheitsbewegung der Bundesrepublik ist dieser Fragestellung (und den fortschrittlichen Tendenzen des Grundgesetzes, wie sie eben nach Stuby zitiert wurden) entsprechend vor allem eine Bewegung antifaschistischer, antimilitaristischer und antimonopolistischer Aufgabenstellung.

Das Grundgesetz war noch kein Jahr alt, als der erste schwere Angriff gegen den darin enthaltenen antimilitaristischen Verfassungsauftrag durch die Regierung Adenauer unternommen wurde. Mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung zum Pleven-Plan machte sie deutlich, daß sie für die Wiederaufrüstung der BRD eintrat und eine Integration in ein westliches Bündnissystem anstrebte. In dieser Situation mußten sich zur Abwehr der drohenden Remilitarisierung all jene Kräfte zusammenfinden, denen es mit den grundsätzlichen Positionen der Verfassung ernst war. In der Bevölkerung selbst überwogen nach den Schrecknissen des Krieges und der Verurteilung faschistischer Generale als Kriegsverbrecher eindeutig pazifistische Stimmungen. So zeigte eine Leserbefragung der Konstanzer Zeitung „Die 7 Tage", an der über 16 000 Menschen teilnahmen, daß 73 % keine Wiederaufrüstung wollten und gar 85 % es ablehnten, Militärdienst zu leisten.

Im Frühjahr 1951 entstanden Volksbefragungsausschüsse, die von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien — ausgenommen die KPD — wesentliche Unterstützung erfuhren. Unter Berufung auf die Forderung des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller legten sie der Bevölkerung folgende Frage zur Abstimmung vor: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?".

Auf welch breite positive Resonanz diese Aktion in der Bevölkerung stieß, zeigt z. B. die Tatsache, daß allein in Rheinland-Pfalz innerhalb von drei Tagen 32 000 Unterschriften, d. h. Ja-Stimmen, gesammelt wurden, 12 000 mehr, als nach der Landesverfassung für ein Plebiszit notwendig waren.

Durch diese Aktionen sah Adenauer seine Pläne der Westintegration und der Wiederbewaffnung gefährdet. Da er aber nicht daran dachte, den Willen der Bevölkerung demokratisch zu akzeptieren, erließ er im April 1951 ein Verbot aller Volksbefragungsausschüsse, weil diese einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung darstellen würden.

Dennoch und trotz der nun verschärft einsetzenden polizeilichen Verfolgungen arbeitete der Hauptausschuß weiter und konnte im März 1952 mitteilen, daß von 6,2 Millionen befragten Bundesbürgern sich 5,9 Millionen gegen die Wiederbewaffnung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen hätten [5]). Da das Verbot der Volksbefragungsausschüsse der erste schwerwiegende

[5]) H.-K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970, S. 53.

Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger war, ist die Reaktion der SPD-Führung von besonderem Interesse. Diese Partei billigte nicht nur im nachhinein das Verbot, sondern Herbert Wehner hatte bereits zuvor im Bundestag gefordert, daß „diese Aktion als ungesetzlich unterbunden werden muß" [6]).

Dieses Verhalten entwuchs einem Demokratieverständnis, das Theo Pirker so charakterisierte: „Die SPD war und blieb eine rein parlamentarisch-demokratische Partei und scheute sich vor populistisch-radikalen Aktionen wie der Engel vor dem Hauch der Hölle" [7]).

Insgesamt war die Haltung der SPD widersprüchlich und keineswegs dazu angetan, die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung intensiv zu unterstützen, obwohl natürlich Sozialdemokraten in den einzelnen Ausschüssen mitarbeiteten. Doch die führenden Köpfe dieser Partei wie Schumacher und Carlo Schmid hatten sich ursprünglich bereits sowohl für die Stärkung der alliierten Truppen in Westdeutschland ausgesprochen wie auch für einen eigenen Wehrbeitrag. Erst der breite Widerstand gegen die Pläne Adenauers hatte zu einer Kurskorrektur, wenn auch nur einer halbherzigen, geführt. Die objektive Funktion der SPD bestand darin, diese Bewegung durch ihren integrationistischen Flügel zu lähmen.

Am deutlichsten wird dies am Beispiel der Paulskirchenbewegung (1955). Erst zu diesem Zeitpunkt, als die Verabschiedung der Pariser Verträge im Bundestag unmittelbar bevorstand, ergriff die SPD die Inititative zu einer außerparlamentarischen Aktion. Doch dabei beschränkte sie sich auf eine Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche und die Proklamation eines „Deutschen Manifestes". Obwohl von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — Politiker, Gewerkschafter, Theologen, Wissenschaftler und Künstler — unterzeichnet, mußte die ganze Aktion jedoch gegenstandslos bleiben, da die SPD-Führung sich weigerte, andere Aktionsformen auszunützen, und damit das ganze Unternehmen im Zustand der Hilflosigkeit beließ.

Pirkers Vermutung, daß „im Grunde genommen ... die Paulskirchen-Aktion ... nur den einen Zweck (hatte), den zunehmenden Radikalismus unter den aktiven Parteigenossen und Gewerkschaftlern in legitime Bahnen zu lenken" [8]), kann wohl kaum widersprochen werden.

In dieser ersten großen Auseinandersetzung um die Einschränkung der Freiheitsrechte der Bundesbürger zeigen sich bereits jene strukturellen Merkmale, die für alle weiteren innenpolitischen Kämpfe typisch sind.

Während der Angriff auf die demokratischen Freiheiten von den etablierten Parteien, allen voran der CDU/CSU ausgeht, formiert sich der Widerstand außerhalb und fast ohne Unterstützung der Bundestagsparteien. Auch Mitglieder dieser Parteien, z. B. viele Sozialdemokraten, arbeiten zwar in den spontan geschaffenen Organisationen mit, erfahren aber kaum Hilfe durch die Parteizentrale. Dadurch wird die Breite der Bewegung natürlich eingeengt. Außerdem erleichtert dies den konservativen Kräften, die Bürgerinitiativen als „undemokratisch" zu diffamieren. Dieser Vorwurf resultiert aus der Tatsache, daß sie sich nicht im Rahmen der etablierten parlamentarischen Regeln bewegen, was ja auch gar nicht möglich ist, sondern daß sie auf die urdemokratische Form des Plebiszits rekurrieren. Solche politischen Verhaltensweisen werden gleichzeitig als kommunistisch abgestempelt, um durch Mobilisierung des in der BRD immer noch breitenwirksamen Antikommunismus die Bewegung unter Kontrolle und letztlich zum Stillstand bringen zu können.

6) J. v. Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863—1975, Köln 1975, S. 321.
7) T. Pirker, Die SPD nach Hitler, Bad Godesberg/Liechtenstein o. J., S. 136.
8) Ebd., S. 205.

In die gleiche Periode fällt — als innenpolitisches Pendant zum Kampf um die Außen- und Militärpolitik — die Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz, um die Frage also, ob hinter den Werkstoren der demokratische Sektor der Bundesrepublik endet. Auch hier zeigten sich die Arbeiter kampfbereit, um ihre Freiheit auch im Bereich der materiellen Lebensbedingungen zu verteidigen. Dies verdeutlicht nicht nur der Aufruf der IG Metall zum Generalstreik, sondern auch die Urabstimmung bei den Bergleuten, die sich mit 96,7 % für Streik im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen aussprachen [9]).

Unter dem Einfluß und dem Druck der SPD-Spitze entschloß sich der DGB-Vorstand jedoch, die Aktionen einzustellen, was zu einer Resignation der an sich kampfbereiten Werktätigen führte. Mit ihrer Politik der Niederhaltung von Massenaktionen und der Orientierung allein auf die parlamentarische Auseinandersetzung haben die führenden Sozialdemokraten diese Bewegung im wesentlichen zur Niederlage geführt, da keine Kräfte vorhanden waren, und auch nicht sein konnten, die die Stelle des DGB als organisierendes Zentrum in dieser Auseinandersetzung einnehmen konnten.

Diese Fixierung auf nur eine einzige Form demokratischen Kampfes wurde vom damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Walter Freitag am deutlichsten gemacht: „Wir haben die Haltung eingenommen, alle zusammen, wie sie nur eingenommen werden konnte: das Parlament hat gesprochen, und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen" [10]).

Der nächste wichtige Schritt zur Aushöhlung der verfassungsmäßigen Freiheitsrechte durch konservative Kräfte war das KPD-Verbot im Jahre 1956 — die Konsequenz einer Strategie der Kapitalkräfte, die den Antikommunismus als entscheidenden Hebel für die Restauration der alten Besitz- und Machtstrukturen, für die Wiederaufrüstung und Blockbindung der Bundesrepublik brauchte und weiter braucht.

Neben der Tatsache, daß hier eine Partei verboten wurde, deren Mitglieder und Anhänger sich große Verdienste im antifaschistischen Widerstand und beim Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse erworben haben, stellt dieses Verbot den bis heute schwersten Angriff auf die Meinungsfreiheit der BRD dar. Die These des Bundesverfassungsgerichts, daß der Marxismus-Leninismus verfassungswidrig sei, hat für die weitere Geschichte der BRD so grundlegende Auswirkungen, daß sie keinesfalls überschätzt werden können.

Gerade angesichts der Tatsache, daß das Grundgesetz wie alle großen europäischen Verfassungen die politische Emanzipation, d. h. die Ausdehnung des Freiheitsbereiches der Bürger garantiert [11]), und progressive, gesellschaftsverändernde Bewegungen heute in größerem oder kleinerem Ausmaß marxistische Argumentationen in ihre Programmatik aufgenommen haben, bedeutet die These der Unvereinbarkeit des Marxismus-Leninismus mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht nur die juristische Rechtfertigung des Antikommunismus, sondern stellt eine schwerwiegende Einschränkung des Grundrechts der Freiheit der Lehre, des Grundrechts des freien weltanschaulichen Bekenntnisses und des Grundrechts der Meinungsfreiheit überhaupt dar. Die exzessive Auslegung der Strafrechtsbestimmungen zur Durchführung des KPD-Verbotes führten zu einer Massenverfolgung von Gegnern der Adenauerschen Aufrüstungspolitik, und schon 1959 mußten Heinemann und Posser feststellen, daß es ein Irrtum wäre,

[9]) v. Freyberg, a.a.O., S. 325.
[10]) U. Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., 1973, S. 332 f.
[11]) J. Seifert, Grundgesetz und Restauration, Darmstadt/Neuwied, ²1975, S. 9.

anzunehmen, die politische Justiz träfe „nur" Kommunisten oder ihnen nahestehende Kreise. Und der heutige Bundesinnenminister, Werner Maihofer, erklärte 1963, daß nach seinen Informationen inzwischen rund einhundertfünfzigtausend politische Ermittlungsverfahren durchgeführt worden seien.

Zurückgegriffen konnte dabei auf das erste Strafrechtsänderungsgesetz werden, das 1951 fast ohne Widerstand den Bundestag passierte und dessen Bestimmungen die Grundlage für den Einsatz der neugeschaffenen Straftatbestände als innenpolitische Disziplinierungsmittel im Kalten Krieg lieferten, die sich gegen jegliche Opposition wandten und mit Erfolg bis in die 60er Jahre hinein an die Stelle der offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit politischen Alternativen deren Unterdrückung setzte.

Zwei Faktoren vor allem waren es, die das politische Strafrecht im Kampf gegen die legale politische Opposition einsetzbar machten: zum einen die Schaffung von Straftatbeständen, die unter dem Vorwand neuer Arbeitsweisen moderner revolutionärer Bewegungen die „Verteidigungslinie des Staates" (bezeichnenderweise eine Terminologie der NS-Justiz) vorverlegten in den Bereich der Absichten und Meinungen und damit der Sphäre legalen politischen Handelns; zum anderen die Handhabung dieser Staatsgefährdungsdelikte durch einen Justizapparat, in dem nach wie vor Richter Dienst taten, die durch ihre faschistische Vergangenheit schwer belastet waren.

Wieweit dadurch die grundgesetzlich geschützten Freiheiten der Bundesbürger verloren gingen, sei an drei Komplexen demonstriert:

Entgegen aller Rechtsstaatlichkeit eröffnete der § 90 a StGB die Möglichkeit, bestimmte politische Straftaten rückwirkend zu verfolgen. Er besagte, daß das Gründen und Fördern einer politischen Partei erst dann verfolgt und bestraft werden darf, wenn diese Partei verboten ist. Damit war die Möglichkeit geboten, KPD-Mitglieder wegen ihres Eintretens für diese Partei zu einem Zeitpunkt, als sie noch nicht verboten war, vor Gericht zu bringen und zu verurteilen. 1957 reichten die Anwälte Ammann und Posser dagegen Verfassungsbeschwerde ein, und obwohl über den Ausgang kein Zweifel bestehen konnte, schob das Bundesverfassungsgericht das Urteil in einer Weise hinaus, die nahezu einer Rechtsverweigerung gleichkam, und hob den Paragraph erst 1961 auf.

Ebenso wurde das rechtsstaatliche Prinzip der richterlichen Tatsachenerhebung verletzt. An seine Stelle trat das Institut der Offenkundigkeit. Indem Meinungen, wie daß „die Machthaber der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) an(streben), ihr Herrschaftssystem auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auszudehnen" [12]), als gerichtsbekannt und offenkundig vorausgesetzt wurden, konnten die Gerichte Beweisanträge der Angeklagten und ihrer Verteidiger ablehnen, da sie dem widersprachen, was ohnehin schon offenkundig war.

Weiter ausgehöhlt wurde das Tatbestandsmerkmal noch durch die „Ähnlichkeitsmethode" (Konsensschuld). So machte sich im Sinne des KPD-Verbotes schuldig, „wer Zweifel in das Vertrauen unserer Justiz setzt (... ein tagespolitisches Nahziel der verbotenen KPD)" [13]), oder wer für bestimmte Parolen der DFU eintrat. Denn in seiner Anklageschrift gegen Gautier hatte der Generalbundesanwalt 1965 die ganze Tiefe des „staatsgefährdenden Konsenses" ausgelotet: „KPD: Wiederherstellung der im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten — DFU: Unbedingte Achtung des Grundgesetzes" [14]).

12) Zit. n. C. Nedelmann, Die Gewalt des politischen Staatsschutzes und ihre Instanzen, in: Schäfer/Nedelmann, Der CDU-Staat, Bd. 1, Frankfurt/M. 1972, S. 174—210, hier S. 189.
13) Ebd., S. 186.
14) Ebd., S. 187.

Zu dieser Praxis meinte RA Ammann sehr zutreffend, daß „im Kern als *Schutzobjekt* der politischen Justizpraxis nicht etwa die Verfassungsordnung des Grundgesetzes, sondern die *Regierungspolitik,* die vor dem Wirksamwerden einer politischen Alternative abgesichert wird, (bleibt)" [15]).

Angesichts dieser Tatsachen kann es nur als höchstes Ausmaß zynischer Demagogie gewertet werden, wenn jene Partei, die damals für die Änderung des Strafgesetzbuches und den KPD-Verbotsantrag zentral verantwortlich war, sich heute als Bewahrer der Freiheit geriert.

Ein beachtenswertes Indiz für die potentielle Stärke der demokratischen Bewegung in der BRD war, daß in einer solchen innenpolitischen Situation die Pläne der Bundesregierung, eine westdeutsche Atomstreitmacht zu schaffen, auf schärfsten Widerstand der Bevölkerung stießen. Aber wieder waren es nicht die etablierten Parteien, die sich zum Kampf anschickten, sondern — oft politisch gar nicht organisierte — Wissenschaftler, Theologen, Künstler, Arbeiter und Angestellte.

Es war der Göttinger Appell von 18 führenden westdeutschen Atomwissenschaftlern, der die Bevölkerung wachrüttelte und sie über die verderblichen Konsequenzen einer Atomstreitmacht auf dem Gebiet der BRD informierte. Er führte zu zahlreichen Protesten und lokalen Aktionen, Entschließungen vieler Betriebsbelegschaften, Gewerkschaftsorganisationen und Stadt- und Gemeindeparlamente. Daraus konstituerte sich schließlich der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod", dem sich auch führende SPD-Mitglieder und der Vorsitzende des DGB anschlossen. Wieder einmal hatte sich gezeigt, daß in der westdeutschen Bevölkerung ein beträchtliches demokratisches Potential vorhanden war und sie durchaus Bereitschaft zeigte, für die Verteidigung ihrer Freiheit aktiv einzutreten, sobald eine organisierende Kraft koordinierend an der Spitze stand.

Der Widerstand in der BRD wuchs innerhalb kürzester Zeitspanne, wie eine Reihe spontaner politischer Streiks, beispielsweise in den VW-Werken Braunschweig und Wolfsburg, zeigte, aber auch die ständig beim DGB-Vorstand eingehenden Briefe und Telegramme, die vom Gewerkschaftsbund die Einleitung von Kampfmaßnahmen forderten.

Angesichts dieser Entwicklung wurde auch die SPD-Führung aktiv und unterbreitete einen Gesetzentwurf für eine Volksbefragung zur atomaren Bewaffnung. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde dieser von der Bundestagsmehrheit abgelehnt. Der Versuch, in sozialdemokratisch regierten Ländern (Bremen und Hessen) Volksbefragungsgesetze zu erlassen, wurde durch eine einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts unterbunden, das sich hier, wie so oft, auf die Seite derer schlug, die den Freiheitsspielraum des Grundgesetzes so restriktiv wie möglich auslegen.

Trotz dieser Niederlage und der sich abzeichnenden weiteren Mißerfolge blieb die SPD bei ihrer Orientierung, den Kampf allein mit parlamentarischen Mitteln zu führen. Der abschließende Spruch des Bundesverfassungsgerichts, daß die Volksbefragung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sei, besiegelte die endgültige Niederlage dieser Strategie.

Obwohl führende Sozialdemokraten, wie etwa Helmut Schmidt, noch Anfang 1958 davon sprachen, daß im Falle des Mißlingens der Volksbefragungspläne man zum Mittel des befristeten Generalstreiks greifen werde, geschah nichts der-

15) Zit. n. ebd.

gleichen, und der damalige DGB-Vorstand lehnte sogar eine nur fünfminütige bundesweite Arbeitsruhe zu Beginn der Kopenhagener NATO-Tagung, auf der ein Beschluß über die Atombewaffnung erwartet wurde, ab.

Doch der Abwendungsprozeß der SPD von der fundamental-demokratischen Opposition ging weiter: „... Als es so aussah, als ob die Vereinigten Staaten eine deutsche Beteiligung an der multilateralen Atomstreitkraft hinnehmen oder gar begrüßen würden, trat der Karlsruher Parteitag 1964 (auf Initiative von Fritz Erler) auch noch dafür ein — ebenso wie für das Deutschland in den Grenzen von 1937" [16]).

Hand in Hand damit ging die Verketzerung der aus dem Kampf gegen den Atomtod hervorgegangenen Ostermarschbewegung als kommunistisch infiltiert und gesteuert.

Die Bildung der Großen Koalition 1966 und damit die Übernahme der Regierungsmitverantwortung durch die SPD markieren einen entscheidenden Punkt der Entwicklung. Jetzt konnten die Sozialdemokraten zeigen, wie ernst es ihnen war, die Freiheitsrechte gegen autoritäre Angriffe zu verteidigen, da sie ja nun an jenem Hebel saßen, den sie als einzig legitimen in der politischen Auseinandersetzung betrachten.

Zum Prüfstein dafür wurde die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition. Zwar stimmte ein Teil der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten dagegen, doch war insgesamt die SPD durch den Druck der konservativen Kräfte von ihren ursprünglichen Positionen abgerückt.

Bei dieser erneuten Grundgesetzrevision wurden insbesondere durch die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses die Freiheitsrechte der Bürger beschnitten. Selbst die Intervention führender liberaler Staatsrechtslehrer, die den Ausschluß der Rechtsweggarantie als verfassungswidrig bekämpften, blieb jeglicher Erfolg versagt; dies machte deutlich, wie sehr der Schutz der individuellen Rechte der Staatsbürger davon abhängt, daß sich die „akkreditierten sozialen Gruppen", wie Otto Kirchheimer sie nannte, dafür einsetzen.

Inzwischen hat sich herausgestellt, wie gefährlich diese Vorschrift auch außerhalb von Notstandszeiten ist. Ein riesiger Bespitzelungsapparat ist, begünstigt durch den technischen Fortschritt, entwickelt worden und soll nun datenmäßig zentralisiert werden, mit Anschluß an die Informationssysteme der Großindustrie.

Der Einsatz der bewaffneten Macht im Falle eines „inneren Notstands", die Möglichkeit von Dienstverpflichtung und das Arbeitsplatzwechselverbot sind Regelungen, die für die Arbeitnehmer und ihre Organisationen von zentraler Bedeutung sind. Gegenüber den ursprünglichen Plänen sind diese Bestimmungen zwar eingeschränkt, andererseits sind sie aber nicht mehr auf den Verteidigungs- bzw. Spannungsfall beschränkt, sondern sind auch zulässig, wenn der Bundestag ihrer Anwendung zugestimmt hat (Art. 80 a Abs. 1 GG).

Es waren die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die fortschrittliche Öffentlichkeit, nicht zuletzt die Studentenbewegung, die in diesen Jahren einen konsequenten Kampf gegen die Notstandsverfassung geführt haben und sich als wahre Hüter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, deren elementarer Bestandteil die Grundrechte sind, erwiesen. Obwohl es im Mai 1968 nach fast zehn Jahren zum erstenmal wieder zu spontanen politischen Streiks kam, waren die Auswirkungen gering, da der DGB auch hier inkonsequent blieb und sich

[16]) O. K. Flechtheim, Westdeutschland am Wendepunkt, Berlin (West) 1967, S. 39 f.

ausschließlich an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen orientierte. Der Gewerkschaftsbund folgte hier auf politischer Ebene einer „Orientierungshilfe", die der „Industriekurier" für den ökonomischen Bereich gegeben hatte: „Die engen Verbindungen zwischen SPD und Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen" [17]).

1969 schien mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition eine neue Etappe erreicht zu sein. Erstmals wurde die Bundesregierung nicht von den konservativen Kräften geführt. Auf die Regierung Brandt setzten nicht nur Sozialdemokraten und Liberale ihre Hoffnungen, sondern auch große Teile der damaligen außerparlamentarischen Opposition. Doch sehr bald zeigte sich, daß auch unter einem Bundeskanzler Brandt („Mehr Demokratie *wagen*") das schon sattsam bekannte Muster der Einschränkungen der Bürgerfreiheit weiterpraktiziert wurde.

Am Anfang stand der Ministerpräsidentenbeschluß zur Radikalenfrage. Das durch ihn induzierte Klima von Schnüffelei und Duckmäusertum führte innerhalb relativ kurzer Zeit zu einer wachsenden Protestbewegung — auch innerhalb von SPD und FDP —, wie sie von den Verantwortlichen wohl kaum erwartet worden war. Insbesondere der ausländische Druck hat inzwischen zu einigen Rückzugsgefechten geführt, die aber bisher die Substanz des Berufsverbots nicht angetastet haben.

Welches Verständnis von Freiheit und aktivem Eintreten für die Bürgerrechte Verwaltungsinstanzen bei der Handhabung des Radikalenerlasses haben, zeigt am deutlichsten eine Klageerwiderung des Oberschulamts Nordwürttemberg vom 13. Oktober 1972: „Wer — wie der Antragsteller — bei allen möglichen Ostermärschen, Kundgebungen gegen die Notstandsgesetze und Vietnamdemonstrationen im vorderen Glied mitmarschiert ist und die rote Fahne geschwungen hat, braucht zwar noch nicht unbedingt ein Kämpfer gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung des GG zu sein, aber eine positive Gewähr dafür, daß er jederzeit für die freiheitliche Grundordnung eintritt, liegt darin auch nicht."

Aber nicht nur in dieser für die Behauptung der politischen Freiheit gegenwärtig ganz zentralen Frage ist die SPD, wie es selbst Willy Brandt inzwischen zugeben mußte, vor dem Druck der konservativen Kräfte zurückgewichen und mitverantwortlich für den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, sondern auch — infolge der systematisch geschürten Terroristenhysterie — im Bereich der „inneren Sicherheit".

Ein Prozeß, als dessen Ergebnis Alfred Grosser festhielt: „Es scheint mir, daß in der Bundesrepublik immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der Grundfreiheit gegen den Staat" [18]).

Die wesentlichen Markierungspunkte der weiteren Beschneidung der bürgerlichen Freiheitsrechte stellen die 31. und bis jetzt letzte Änderung des Grundgesetzes von 1972, wo die Rechte der Staatsschutzorgane und des Bundesgrenzschutzes sowie der Polizei wesentlich erweitert wurden, und die 52 seit 1969 erlassenen Gesetze zur „inneren Sicherheit" dar.

[17]) „Industriekurier" v. 24. 1. 1967.
[18]) Zit. n. „stern" v. 10. 6. 1976.

Dieser teutonische Perfektionismus veranlaßte „Le Monde diplomatique" zu dem Kommentar, daß nur Deutsche wegen drei Anwälten, die im Verdacht terroristischer Betätigung stehen, das ganze Strafgesetzbuch umschreiben können [19]).

Hand in Hand mit der Einschränkung der Verteidigerrechte, der Ausweitung der Anzeigepflicht, der Einführung unbeschränkter Inhaftierung bei bestimmten Delikten etc. ging der systematische Ausbau sämtlicher Polizeikräfte. Allein der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz kletterte in den letzten sechs Jahren um 128 % auf 77,8 Mio. Mark [20]).

Der neue Paragraph 88 a StGB ist der bis jetzt letzte Versuch, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Danach wird die „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" mit Gefängnis bedroht. Danach könnte bereits das Zitieren der EKD-Denkschrift „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft" einen Verdächtigen ins Gefängnis bringen, da es dort heißt: „Auch aus dem Blickwinkel christlicher Sozialethik kann die Anwendung von Gewalt ausnahmsweise vertretbar sein."

Ein Fazit dieser Entwicklung zu ziehen, ist nicht schwer: Was die Ebene der Verfassung betrifft, so kann man nur mit Lassalle feststellen: „Keine Fahne, die hundert Schlachten mitgemacht hat, kann so zerfetzt und durchlöchert sein wie unsere Verfassung" [21]).

Denn während man beispielsweise in den USA rund 180 Jahre brauchte, um auf zwei Dutzend Verfassungsänderungen zu kommen, wurden am Grundgesetz innerhalb von 25 Jahren 350 Veränderungen vorgenommen, wobei mit Ausnahme der Senkung des Wahlalters keine demokratische Verfassungsposition weiterentwickelt, sondern vielmehr Schritt für Schritt die Machtfülle des Bundes und der Exekutive erweitert wurde.

Während dieser in den Regierungsjahren der CDU/CSU unter Adenauer eingeleitete Prozeß der Einschränkung statt Verwirklichung und Ausweitung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung mit zunehmender Geschlossenheit von allen etablierten Parteien getragen wird und diese sich im Maße ihrer Orientierung an den Positionen des Großkapitals zugleich zunehmend untereinander angenähert haben, ist als Gegenkraft — also, mit dem 1848er Begriff gesprochen, als die Freiheitsbewegung der Bundesrepublik — nur ein Potential zu erkennen: die in gewerkschaftlichen Kämpfen, Berufsverbotskomitees, Aktionen für Abrüstung und Entspannungsfortschritt, in zahlreichen Bürgerinitiativen usw. sich artikulierende und im Widerstand gegen die Rechtsentwicklung breiter werdende demokratische Bewegung dieses Landes.

---

19) „Le Monde diplomatique", April 1976. Nach dem Buch des Westberliner Schriftstellers Peter Schneider „Und schon bist du ein Verfassungsfeind".
20) „stern" v. 10. 6. 1976.
21) Zit. n. Seifert, a.a.O., S. 8.

Probleme des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts und die Entspannung

Von Henryk Trofimenko

Die in den letzten Jahren erzielte Minderung der internationalen Spannung, die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen der USSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft einerseits und den kapitalistischen Staaten andererseits, kurz — die Atmosphäre der Entspannung hat das internationale politische Klima wesentlich verbessert und die Weltkriegsgefahr vermindert. Das findet seinen materiellen Ausdruck in den Ergebnissen der gesamteuropäischen Konferenz, in der Erweiterung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten, in einer Serie wichtiger Maßnahmen, gerichtet auf die Festigung der Sicherheit und die Begrenzung des Wettrüstens. Darunter kommt den sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Begrenzung der strategischen Waffen erstrangige Bedeutung zu.

Am 28. Mai 1976 unterzeichneten die UdSSR und die USA einen Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken, der die Stärke solcher Explosionen auf abgestimmte Grenzwerte beschränkt. Um zu gewährleisten, daß die vertraglichen Bestimmungen eingehalten werden, wird man vorhandene nationale technische Kontrollmittel benutzen, einander Informationen übergeben und in besonderen Fällen Zutritt zu Stätten unterirdischer Explosionen zu friedlichen Zwecken gewähren.

Mit dem Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über unterirdische Explosionen zu friedlichen Zwecken ist einer der allerwichtigsten Schritte im Rahmen der Entspannungspolitik in den letzten Monaten getan worden. Er sollte der Einschränkung des Wettrüstens und der Nichtweitergabe von Kernwaffen förderlich sein.

Auf der Grundlage eines Entwurfs der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder wurde eine internationale Konvention über das Verbot und die Vernichtung der bakteriologischen Waffen erarbeitet, unterzeichnet und in Kraft gesetzt — der erste reale *Abrüstungs*schritt in der Geschichte der internationalen Beziehungen.

Der Wirkungsbereich des Kernwaffensperrvertrags hat sich erweitert. Ihm sind in der letzten Zeit noch mehrere große Staaten beigetreten, so die BRD, Italien und Japan. Es wurden auch andere Maßnahmen zur Begrenzung der Rüstungen und zur Abrüstung in Angriff genommen; z. B. laufen wichtige Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Wie die Sowjetregierung wiederholt erklärt hat, ist die Sowjetunion zu weitergehenden Vereinbarungen im Abrüstungsbereich auf der Basis der Gegenseitigkeit und Nichtbeeinträchtigung der Sicherheit der beteiligten Länder bereit. Mehr noch, die UdSSR betrachtet es als eine sehr wichtige Aufgabe, gerade in dieser Richtung zu wirken, da schon die Möglichkeit, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen, vor allem von der Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische abhängt.

All die obengenannten und andere Maßnahmen haben die Sache des Friedens ein gutes Stück vorangebracht, die Festigung des gegenseitigen Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern und die Entwicklung ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gefördert. In diesem Sinne kommen die Früchte der Entspannung allen zugute. Betrachtet man aber die Politik einzelner Staaten, so zeigt sich natürlich, daß die einen von ihnen für sich und ihre Völker mehr Nutzen aus diesem Prozeß ziehen konnten, weil sie auf dem Entspannungswege entschiedener vorankamen, z. B. die Vorteile der erstarkenden internationalen Wirtschaftszusammenarbeit aktiver nutzten, die anderen aber weniger, da sie den Bann der Dogmen des Kalten Krieges noch nicht restlos gebrochen und es nicht verstanden haben, bzw. nicht willens sind, ausgehend von der neuen Situation die eigenen außenpolitischen Konzeptionen wirklich allseitig und grundlegend zu überprüfen. Eine ablehnende Haltung haben in diesem Prozeß Vertreter der rechtsorientierten Kreise im Westen bezogen, die mit den militärisch-industriellen Komplexen ihrer Länder eng liiert sind. Sie greifen die Entspannungspolitik demagogisch an, kritisieren sie als eine „Einbahnstraße", die angeblich für die Sowjetunion viel vorteilhafter ist als für ihre westlichen Partner. Diese Linie ist für einige Politiker des rechten Flügels in den USA sehr charakteristisch, so für den Exgouverneur Kaliforniens, den Republikaner Ronald Reagan, den demokratischen Senator Henry Jackson und die hinter ihnen stehenden Politiker und Businessmen. In der BRD wird diese Linie von mehreren Politikern der CDU/CSU gesteuert.

Für die Tatsache, daß sich die Thesen konservativer Politiker, die die Entspannung kritisieren, einer gewissen Popularität erfreuen, gibt es eine durchaus logische Erklärung.

Man nehme z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika. Als die USA Anfang der 70er Jahre den Weg der Entspannung in den Beziehungen zu der Sowjetunion einschlugen, stellten die amerikanischen Ideologen und Massenmedien diese Veränderung in der Politik der USA nicht so sehr als eine Hinwendung Washingtons zum Realismus, wie vielmehr als eine durch die USA quasi erzwungene Veränderung in der Politik der UdSSR hin. Nicht rundheraus, sondern in Andeutungen (intern, aber ganz offen) gab man zu verstehen, die Vereinbarungen mit der UdSSR seien Resultat der amerikanischen Stärke, eine Art Sieg also, nur nicht im Wege der Konfrontation errungen, sondern mit raffinierteren Methoden, nämlich auf dem Verhandlungswege. Dieser Umstand erklärt, warum die Rechtskräfte anfangs ziemlich passiv oder gar verständnisvoll die Tatsache hinnahmen, daß die Washingtoner Administration den Weg der Entspannung beschritten hatte: suggerierte man ihnen doch, es handele sich um einen Rückzug der UdSSR, der den Vereinigten Staaten einseitige Vorteile bringe [1]).

Allerdings stellte sich recht bald heraus, daß der Entspannungsweg keinesfalls eine Einbahnstraße einseitigen Druckes, einseitiger Erfolge, sondern eine Straße mit Verkehr in beiden Richtungen, ein Weg zueinander ist. Mehr noch, es erwies sich, daß die Vereinigten Staaten eine größere Strecke als die Sowjetunion zurücklegen mußten, damit es zur Verständigung zwischen beiden Mächten kam. Warum?

1) Im „United States News and World Report" schrieb Präsident Nixon Anfang Juni 1972 z. B.: „Es sind bestimmte Veränderungen in den Kalkulationen der kommunistischen Politiker erfolgt", „sie suchen nunmehr, nach Möglichkeit mit den Vereinigten Staaten, mit Westeuropa und mit dem freien Asien nebeneinanderzubestehen, mit Regionen, die nicht schwächer, sondern immer stärker wurden", und dies habe den Kommunisten gezeigt, daß „die alte Taktik nichts taugt" („U.S. News and World Report" v. 26. 6. 1972, S. 33). Dergleichen wurde gesagt, obwohl es bekanntlich die Sowjetunion war, die sich unbeirrbar für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz einsetzte, während die Staatslenker der USA bis Anfang der 70er Jahre diese Konzeption als „taktischen Winkelzug der Kommunisten" abstempelten.

Weil die Politik der Sowjetunion realistisch war, weil die UdSSR immer für die friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit eintrat, während die USA lange Zeit entschieden dagegen auftraten; um die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als „Spielregeln" zu akzeptieren, mußten sie zu gründlicher Revision ihrer außenpolitischen Strategie greifen und ihre außenpolitische Handlungsweise merklich verändern.

„Vorbei sind die Zeiten, da die Vereinigten Staaten von zwei Alternativen die vorteilhaftere wählen konnten, und zwar: der Welt den Rücken kehren ... oder die Welt verändern" [2]), sagte der einflußreiche Berater des US-Außenministeriums Helmut Sonnenfeldt auf der Beratung der amerikanischen Botschafter in Europa, die im Dezember 1975 stattfand und um die viel Lärm geschlagen wurde.

Sonnenfeldts Chef Henry Kissinger vertiefte sich bei der gleichen Gelegenheit in die psychologischen Aspekte der Situation: „Unser Gefühl des Unbehagens kommt daher, daß wir die Außenpolitik mit relativen Mitteln durchführen müssen und nicht mit einseitigen Deklarationen. Tatsache ist, daß wir dazu verdammt sind (!), mit der Sowjetunion als einer wachsenden Supermacht zu koexistieren" [3]).

Dieser Umstand ist es, den heute die Rechtskräfte in den USA aufgreifen; sie machen sich die Tatsache zunutze, daß Washington seine Außenpolitik von Grund auf verändern mußte, um sich an die neue Situation anzupassen. Den mittels liebgewordener Illusionen von amerikanischer Allmacht aufgepäppelten Chauvinismus der Spießer schürend, trommeln sie mit Slogans wie „Einbahnstraße" herum und geben die zwangsläufigen Anpassungen der US-Politik an die Realitäten als Zugeständnisse an die Sowjetunion aus.

Im Register solcher „Zugeständnisse" figuriert vornean die offizielle Anerkennung der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen durch die Westmächte. In Wirklichkeit verhält es sich aber so, daß die Westmächte — die USA und Großbritannien — die Realität der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa faktisch noch während der Potsdamer Konferenz anerkannt haben. Später jedoch gingen die USA davon ab und versuchten mit Hilfe des Kalten Krieges, in den sie westeuropäische Länder dadurch einspannten, daß sie sie zur NATO zusammengeschlossen hatten, die Ergebnisse des Krieges zu revidieren. Warum wird dann aber die durch objektive Erfordernisse der Außenpolitik, vor allem der westeuropäischen Länder — der BRD, Frankreichs und Großbritanniens —, diktierte Rückkehr auf den Weg des Realismus heute als ein „kolossales Zugeständnis" an die Sowjetunion und nicht an den gesunden Menschenverstand hingestellt? Wurden etwa alle Varianten einer „Politik der Stärke", all die übrigen „Alternativen" westlicherseits nicht vorher ausprobiert? [4])

Zur Diffamierung der Entspannungspolitik wird von manchen auch versucht, all die Schlappen und Fehlgriffe in der Politik der westlichen Staaten, besonders

[2]) „International Herald Tribune" v. 12. 4. 1976, S. 21.
[3]) Ebd.
[4]) Ich meine die „objektiven Erfordernisse der Außenpolitik der westeuropäischen Staaten" in dem Sinne, wie sie Charles de Gaulle, Harold McMillan und sogar Kurt-Georg Kiesinger (während der Regierung der „großen Koalition") auffaßten. Die unabänderliche und kritiklose Unterstützung der harten Linie Washingtons durch Bonn, London und Paris hatte die Außenpolitik der westeuropäischen Staaten in eine Sackgasse hineinmanövriert. Da sie keine freie Hand hatten, waren sie gezwungen, sich den überseeischen Entscheidungen zu fügen, die öfters ihren eigenen nationalen Interessen Abbruch taten. Kein Wunder also, daß es gerade die westeuropäischen Staaten waren, die mit ihrer neuen Ostpolitik — mit der Politik der Umgestaltung der Beziehungen zu der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern Europas auf den Grundlagen der friedlichen Koexistenz — als erste auf die Initiativen der sozialistischen Staaten im Bereich der Entspannung reagierten. Diese Haltung der führenden Staaten Westeuropas (sowie die faktische Entziehung ihrer Unterstützung für das Indochina-Abenteuer Washingtons) hat letzten Endes auch die Vereinigten Staaten, insbesondere nach dem Fiasko in Vietnam, zu einem realistischerem Kurs der Politik bewogen.

der USA, auf Auswirkungen der Entspannung zurückzuführen, obwohl diese Schlappen mit der Entspannung nicht das Geringste zu tun haben, vielmehr Folgen des vorherigen unrealistischen Kurses des Kalten Krieges sind.

Zum Beispiel die Niederlage der USA in Indochina. Vertreter der Rechtskräfte in den USA mühen sich, diese als „typisches Resultat der Entspannung" auszugeben. Dabei erklärt sich der Weggang der USA aus Indochina keineswegs aus der Entspannung, sondern aus der Unfähigkeit Washingtons, mit dem Problem militärisch, auf dem Schlachtfeld, von der „Position der Stärke" aus fertig zu werden. Das wurde noch vor der Entspannung, noch unter Präsident Johnson klar. Mehr noch — man kann sich nicht dem Rückschluß verschließen, daß die Entspannung der amerikanischen Administration sogar geholfen hat, sich aus Indochina mit geringeren Prestigeverlusten zurückzuziehen, da es möglich wurde, die Öffentlichkeit des Landes auf positive Aspekte der Verbesserung des außenpolitischen Klimas in der Welt rasch umzuorientieren. Auch verzichtete die siegreiche Seite, die Völker Vietnams und Kambodschas, darauf, in den Wunden der USA zu wühlen. Will man also unbedingt die Entspannung und die Vorgänge in Indochina in einem Zusammenhang sehen, dann nur so, daß ohne die Entspannung die psychologische und die diplomatische Situation für die USA noch schlimmer wäre. Zu der Tatsache der Niederlage der USA als solcher sei nur gesagt, daß sie eine Folge früherer strategischer Fehlkalkulationen ist, die auf falscher Beurteilung der realen Möglichkeiten des Landes in der Welt von heute beruhen. Der Entspannungskurs bedeutet für die USA u. a. auch das Streben, gegen neue Fehlrechnungen in Zukunft gefeit zu sein.

Oder man nehme die Politik der USA in Afrika. Ist etwa die Sowjetunion schuld daran, daß Washington mit seiner Unterstützung für den Kolonialismus und Rassismus die große Mehrheit der Länder Schwarzafrikas abgestoßen hat? Es bedurfte der Lehren von Angola, damit man in Washington begriff, daß die Vereinigten Staaten nun wieder auf der verkehrten Seite kämpften und daß es galt, das ins Wanken geratene Prestige Amerikas in Afrika so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Allerdings bringen es manche Leute in den USA fertig, selbst die Schlappen der CIA auf die Entspannung abzuwälzen und dabei — wohl aufgrund mangelnder Informiertheit des breiten Publikums — seltsamerweise manchmal ungeschoren zu bleiben.

Der in den letzten Jahren besonders bevorzugte Gegenstand für Spekulationen aller Art ist das sowjetisch-amerikanische Gleichgewicht im Bereich strategischer Waffen.

Bekanntlich haben sich die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gut ein Vierteljahrhundert lang darum bemüht, eine „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion zu praktizieren, wobei sie zunächst auf ihr Kernwaffenmonopol bauten und dann, als dieses Monopol nicht mehr existierte, auf die Kalkulation, bei der Entwicklung des Rüstungspotentials werde man die Sowjetunion abhängen können. Diese außenpolitische Strategie hatte zur Folge, daß die Vereinigten Staaten immer neue Runden im Wettrüsten in Gang setzten, was alle maßgeblichen amerikanischen Spezialisten auch eingestehen [5]).

[5]) „Im Laufe der letzten 30 Jahre unternahmen die USA immer wieder einseitige Handlungen, die das Wettrüsten unnötig beschleunigten", konstatiert der bekannte amerikanische Physiker Herbert York, der einst das Programm zur Entwicklung neuer Waffensysteme der USA leitete (H. York, Race to Oblivion. A Participant's View of the Arms Race, New York 1971, S. 230).

„Kannst du etwas tun, so tu es" — dies ist das Prinzip, von dem sich das Pentagon in seiner militär-technischen Politik leiten ließ [6]).

Die USA hofften dabei, nicht allein die Diskrepanz im Rüstungspotential der beiden Länder, vor allem hinsichtlich der strategischen Waffen, zu erhalten und zu vergrößern. Sie waren auch darauf aus, sich ein sogenanntes Gegenstärkepotential („counterforce") zu sichern, d. h. die Fähigkeit zu einem entwaffnenden ersten Schlag gegen die UdSSR, nach dem der Gegenschlag der UdSSR für die USA „akzeptabel", d. h. erträglich wäre [7]). Eben solche Erwägungen lagen dem in den 60er Jahren in den USA aufgezogenen kolossalen Programm des Baus strategischer Rüstungen zugrunde. Das Programm war die Schöpfung der Pentagonfüchse (so wurden sie in den USA getauft), denen der Verteidigungsminister McNamara und seine Assistenten Ch. Hitch, P. Nitze und andere vorstanden.

Eine andere Möglichkeit, aus dem „Wettstreit" als „Sieger" hervorzugehen, für den Fall, daß die Schaffung des „Counterforce"-Potentials gegen die UdSSR sich in die Länge ziehen sollte, sah man darin, die Sowjetunion durch das Wettrüsten zu „erschöpfen", ihr ein immer höheres Tempo der Aufrüstung vorzugeben. Man rechnete damit, daß die Sowjetunion mit ihrem geringeren Bruttonationalprodukt als erste das vorgelegte Tempo nicht schaffen, das ihr aufgenötigte Ausmaß an militärischer Bautätigkeit nicht bewältigen und so sich „geschlagen geben", d. h. in die bedingungslose Hegemonie der USA einwilligen würde. Nicht anders als die Kalkulationen der amerikanischen Strategen, sich eine militärische Kräfteüberlegenheit sichern zu können, erwiesen sich auch ihre Rechnungen auf eine „Erschöpfung" der Sowjetunion eben als Fehl-Kalkulationen — sie gingen nicht auf.

Bereits im Jahre 1963 sah sich US-Verteidigungsminister Robert McNamara gezwungen, Kongreßmitgliedern gegenüber zuzugeben, daß die USA außerstande waren, ein „vollwertiges counterforce-Potential" gegen die Sowjetunion zu schaffen: „Die sehr bedeutende Vergrößerung der Zahl der sowjetischen ballistischen Interkontinentalraketen und der mit Kernbrennstoff angetriebenen und mit ballistischen Raketen bestückten U-Boote vermindert unsere Fähigkeit, die sowjetischen strategischen Nuklearkräfte restlos zu vernichten. Auch wenn wir unsere Kräfte verdoppeln oder verdreifachen würden, könnten wir alle oder fast alle ihre betonierten Rampen für ballistische Interkontinentalraketen nicht rasch treffen. Und selbst wenn wir dies könnten, haben wir nicht die Mittel, um die raketentragenden U-Boote des Gegners gleichzeitig zu vernichten" [8]).

Zu dem Schluß, daß die Sowjetunion trotz des geringeren Bruttonationalprodukts in keinem Programm, dem sie erstrangige Bedeutung beimißt, um so weniger in Programmen des Verteidigungsaufbaus, hinter den USA zurückbleiben wird,

6) Fewbeany zufolge (seinerzeit stellvertretender Chef der Abteilung für militärische Forschungen und Entwicklungen im US-Verteidigungsministerium). Zitat nach A. Yarmolinsky, How the Pentagon Works, in: „Atlantic", March 1967, S. 60.

7) „Das Verteidigungsministerium der USA hat Milliarden von Dollars ausgegeben, um unsere Raketen zu befähigen, die sowjetischen Raketen zu Lande zu vernichten. Unsere strategische Position war in diesem Sinne immer die Strategie des ersten Schlages und nicht nur die Position des Gegenschlages. Jeder solide Kenner dieser Probleme weiß, daß es sich genau so verhält", betont der bekannte amerikanische Spezialist für Fragen des strategischen Kernkrieges J. Stone (American Militarism 1970. A Dialogue on the Distortion of our National Priorities and the Need to Reassert Control over the Defense Establishment, New York 1969, S. 69).
Das permanente Streben der USA, solche „counterforce"-Möglichkeiten zu sichern, wird auch in den jüngsten Berichten der Verteidigungsminister Schlesinger und Rumsfeld an den US-Kongreß ganz offen bestätigt (siehe z. B.: „Report of the Secretary of Defense James R. Schlesinger to the Congress on the FY 1975 Defense Budget and FY 1975—1979 Defense Program, March 4, 1974", S. 35; „Report of Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld to the Congress on the FY 1977 Budget . . ., January 27, 1976", S. 46—47).

8) „Hearings on Military Posture. Committee on Armed Services, House of Representatives", Washington 1963, S. 308.

gelangten zunächst eine größere Expertengruppe in der sogenannten „Proxmire-Unterkommission" der Vereinigten Wirtschaftskommission des US-Kongresses und dann auch der Rat für nationale Sicherheit der USA, der sich mit dem gleichen Problem befaßte [9]). Einer der entscheidenden Faktoren hierbei ist die sowjetische Planwirtschaft.

Da Washington erkannte, daß die Hoffnungen, die UdSSR „zu erschöpfen" und im strategischen Raketen- und Nuklearpotential zu überholen, unbegründet waren, da sich die Positionen der USA in der Welt im allgemeinen verschlechterten und auch eine Reihe innerer Probleme ihrer Lösung harrten, sah die US-Führung die Notwendigkeit ein, sich mit der Sowjetunion über die Stabilisierung des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts auf paritätischer Grundlage zu einigen.

Die Sowjetunion, die nie auf besondere Vorteile gegenüber den USA im militärischen Bereich erpicht war und lediglich danach strebte, ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem Niveau aufrechtzuerhalten, das hinreicht, um eine Aggression zurückzuschlagen, erklärte sich bereit, die Frage auf paritätischer Grundlage zu lösen. Dadurch wurden die bekannten sowjetisch-amerikanischen Abkommen von 1972 über die Begrenzung von Rüstungen ermöglicht. Das sind der Vertrag über Einschränkung der Raketenabwehrsysteme (damit werden diese Systeme auf zwei Stationierungsräume beiderseits begrenzt, wobei jeweils höchstens hundert Antiraketen auf den Startpositionen beider Räume vorhanden sein dürfen [10]) und das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen.

Die US-Führung war im großen und ganzen mit diesem Abkommen zufrieden. Verteidigungsminister Schlesinger hob am 26. Oktober 1974 anläßlich der ersten Vorführung des amerikanischen B-1-Bombers hervor, daß nach dem Moskauer Abkommen von 1972 die USA und die Sowjetunion ungefähre Parität in der sogenannten äquivalenten Megatonnage der strategischen Offensivkräfte besitzen. Die von Senator Jackson angeführten Rechtskräfte der USA warfen jedoch der Administration beinahe Kapitulation vor der UdSSR vor und zögerten monatelang die Billigung des Zeitweiligen Abkommens im Kongreß hinaus.

Der US-Kongreß billigte schließlich das Zeitweilige Abkommen mit großer Stimmenmehrheit, und es trat im Oktober 1972 in Kraft. In der Resolution des US-Senats, die dem Zeitweiligen Abkommen zustimmte, wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß jede neue Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR einen Gleichstand der interkontinentalen strategischen Kräfte beider Länder vorsehe. Diese Resolution forderte auch dazu auf, daß keine Seite einseitige Vorteile durch die Schaffung des Potentials für einen Erstschlag anstrebe [11]). Der vom US-Senat geäußerte Wunsch, daß der Gesamtstand aller strategischen Kräfte und nicht schlechthin nur eine ihrer Komponenten, nämlich die Zahl der ballistischen Interkontinentalraketen, angeglichen wird, wofür Jackson und seine Gruppierung plädierten, sowie der Hinweis des Senats auf die Unzulässigkeit einseitiger Vorteile bedeutete die Bestätigung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit als Grundlage der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen in diesen Fragen.

9) Siehe: „The Military Budget and National Economic Priorities. Hearings before the Subcommittee on Economy in Government of the Joint Economic Committee Congress of the United States, 91st Congress, 1st session. Part 3. The Economic Basis of the Russian Military Challenge to the United States", Washington (G.P.O.) 1969.

10) Fach dem Protokoll zum Vertrag über die Raketenabwehrsysteme vom 3. 6. 1974 kamen die Seiten überein, die Zahl der Stationierungsgebiete für die Raketenabwehrsysteme auf je einen Raum mit 100 Antiraketen zu begrenzen.

11) Siehe: Joint Resolution on Interim Agreement. Public Law 2—448 „Legislation on Foreign Relations with explanatory notes", US Congress, Washington (G.P.O.), March 1974, S. 1173—1174.

Die Wichtigkeit dieses Prinzips wurde bei der Zusammenkunft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, mit dem US-Präsidenten G. Ford im November 1974 in Wladiwostok erneut erhärtet. Die Repräsentanten der beiden Staaten einigten sich über den Umfang und Charakter weiterer gemeinsamer Schritte in diesem Bereich, ausgehend von den 1972—1974 bereits verwirklichten Maßnahmen zur Begrenzung der strategischen Waffen der beiden Länder.

Die Wladiwostoker Vereinbarung zwischen Breschnew und Ford sieht vor, daß das neue sowjetisch-amerikanische Abkommen in dieser Frage langfristigen Charakter tragen und bis Ende 1985 gelten muß. Es wurden nicht nur die gemeinsamen Höchstwerte für die Gesamtzahl der Träger strategischer Waffen jeder Seite abgestimmt, sondern auch qualitative Begrenzungen in Form von Limits für die zahlenmäßige Stärke der strategischen Offensivsysteme festgelegt, die mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV-Systeme) bestückt werden. Die führenden Repräsentanten der beiden Staaten brachten schließlich das Streben zum Ausdruck, das neue Abkommen so bald wie möglich, jedenfalls vor Ablauf der Geltungsfrist des Zeitweiligen Abkommens von 1972, abzuschließen.

Fragen der Erarbeitung des neuen sowjetisch-amerikanischen Abkommens über strategische Waffen wurden bei Zusammenkünften zwischen Breschnew und Ford in Helsinki im Juli 1975, bei mehrmaligen Zusammenkünften der Außenminister beider Länder, Gromyko und Kissinger, und schließlich während des Besuchs Kissingers in Moskau im Januar 1976 besprochen. Infolge dieser Aussprachen auf höchster Ebene wurden Fortschritte in mehreren wichtigen Fragen erzielt. Auch die Verhandlungen zwischen Delegationen der UdSSR und der USA in Genf gehen weiter, wo ebenfalls entsprechende Fragen im Hinblick auf die Abfassung des Wortlauts des Abkommens durchgesprochen werden.

Gerald Ford erklärte am 26. Mai 1976 in Los Angeles, die Erzielung eines neuen Abkommens zwischen der UdSSR und den USA auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Kernwaffen sei absolut notwendig, denn es werde zur weiteren Eindämmung des Wettrüstens und zur Verhinderung eines nuklearen Konflikts beitragen.

Allerdings wird in den Vereinigten Staaten neben diesen positiven Deklarationen eine gegensätzliche Kampagne aufgezogen, die darauf gerichtet ist, gegenüber den Zielen und Absichten der Sowjetunion Mißtrauen zu säen und schon die Möglichkeit einer neuen Vereinbarung über strategische Waffen in Frage zu stellen. Eine der augenfälligsten Strömungen dieses Negativismus stellen Versuche dar, zu suggerieren, jedes beliebige neue sowjetisch-amerikanische Abkommen, selbst wenn es auf der Angleichung der zahlenmäßigen Gesamtstärke der strategischen Trägersysteme beruhen sollte, würde den USA zum Nachteil gereichen, denn es gewähre der Sowjetunion einseitige Vorteile hinsichtlich der Größe der sogenannten „zu befördernden Last" („Throw-weight"). Dieser Gedanke wurde z. B. von Paul Nitze in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" vom Januar dieses Jahres sehr aufdringlich vorgetragen [12]).

Paul Nitze bekleidete zeitweilig das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers der USA und gehörte 1969—1974 der amerkanischen SALT-Delegation in Genf an. Darum ist seine Informiertheit in dieser Problematik natürlich über jeden Zweifel erhaben. Doch diese seine Informiertheit verwendet Nitze recht

12) Siehe: Paul H. Nitze, Assuring Strategic Stability in an Era of Détente, in: „Foreign Affairs", Vol. 54, No. 2 (January 1976), S. 207—232.

sonderbar (wenn auch im Sinne des Pentagon). Unter Mißbrauch der sehr lükkenhaften Kenntnis von Einzelheiten und Nuancen der Probleme des strategischen Gleichgewichts beim Leserpublikum malt er die angebliche „sowjetische Kriegsgefahr" in einer Weise aus, daß jeder Amerikaner sich veranlaßt fühlen kann, mit beiden Händen für jedes noch so stark aufgeblähte Militärbudget zu stimmen.

Freilich benutzt Paul Nitze anstelle von Argumenten lieber das „Ehrenwort des Gentlemans": Die Informationen, aus denen er und sein Assistent Rückschlüsse auf das erschreckend wachsende „Gegenstärkepotential" der UdSSR ziehen, seien derart vertraulich, daß sie nicht publik gemacht werden dürften. Da auch manche andere amerikanische Autoren zu verschiedenen Erfindungen hinsichtlich „schwerer sowjetischer ballistischer Interkontinentalraketen" greifen, sei mir gestattet, in diesem Zusammenhang noch einiges zu sagen.

Vor etwa zwei Jahren wurde im Pentagon, wenn vom Vergleich der Möglichkeiten der sowjetischen und der amerikanischen ballistischen Interkontinentalraketen die Rede war, das nebelhafte Wort „Throw-weight" geprägt, als handele es sich bei einer Rakete um so etwas wie eine Art Lastkraftwagen. Das Wörtchen wurde dann nicht ohne Zutun des damaligen US-Verteidigungsministers Schlesinger in die Spalten westlicher Zeitungen und Zeitschriften lanciert. Der Terminus „zu befördernde Last" ist für die Pentagon-Propagandisten schon darum bequem, weil er über die Verteilung des Gewichts in der „zu befördernden Last" zwischen der eigentlichen Kernladung und den verschiedenen Hilfssystemen im unklaren läßt. Der Terminus „zu befördernde Last" sagt sehr wenig über die Kampfmöglichkeiten des strategischen Systems aus, da doch bei ein und derselben „zu befördernden Last" die Sprengkraft der Kernladung oder, genauer gesagt, die Relation zwischen der Sprengkraft der Ladung und ihrem Gewicht sehr unterschiedlich sein kann.

Dazu ein Beispiel. Nach der amerikanischen Technologie vom Anfang der 70er Jahre kann die Kernladung des auf Hiroshima abgeworfenen Gewichts eine Sprengkraft nicht von 20 Kilotonnen, wie es bei der Bombe von Hiroshima der Fall war, sondern von 8,5 Megatonnen haben, d. h. hundertfach größer sein. Dabei verändert sich die Technologie fortwährend. Wie im US-Kongreß verlautete, gedenken die USA demnächst die Wirkungskraft der neuen Variante der Sprengköpfe der ballistischen Interkontinentalraketen Minuteman-3 beim Treffen stark befestigter Ziele siebenfach zu erhöhen, ohne die „zu befördernde Last" der Rakete irgendwie zu vergrößern [13]). Nicht von ungefähr fehlt in dem vom US-Verteidigungsministerium bestätigten offiziellen „Lexikon militärischer und damit zusammenhängender Fachausdrücke" der Begriff „zu befördernde Last" völlig. Die amerikanischen Militärangehörigen halten es also nicht einmal für möglich, diesen Ausdruck, seinem Wesen nach Jargon, in ihrer täglichen beruflichen Tätigkeit zu gebrauchen. Wenn es aber gilt, dem unwissenden Spießer Sand in die Augen zu streuen, ihn mit der „sowjetischen Gefahr" zu schrekken, wird die „zu befördernde Last" sofort ans Tageslicht gezerrt. Dabei werden den sowjetischen Systemen, vor allem den Raketensystemen, in der Regel zu große „Lasten" unterschoben, während für die amerikanischen Systeme die Mindestgröße angegeben wird. Man verschmäht nicht einmal plumpe Fälschungen. Da gibt Paul Nitze die „zu befördernde Last" des neuen amerikanischen B-1-Bombers mit 19 000 Pfund (8617 kg) an [14]). Ein maßgebliches Dokument des

13) Congressional Record, March 23, 1976, S. H. 2284.
14) „Foreign Affairs", January 1976, S. 224.

US-Verteidigungsministeriums, „The Joint Strategic Bomber Study", schätzt dagegen die „Nutzlast" des B-1-Bombers auf 155 000 Pfund (70 300 kg), d. h. nennt reichlich das 8fache [15]). Der B-52-Bomber besitzt laut Nitze eine 10 000 Pfund schwere „zu befördernde Last" (4535 kg) [16]), während das obige Dokument des Verteidigungsministeriums die „Nutzlast" dieses Bombers mit mindestens 50 000 Pfund (22 675 kg) angibt [17]). Dabei sei erwähnt, daß es sich bei der „Nutzlast" laut der Definition um eine viel *geringere* Größe als bei der „zu befördernden Last" handelt, da als Nutzlast nur die Munition bezeichnet wird, ohne die anderen Komponenten der „zu befördernden Last", die jeder Träger an Bord nimmt. Um es kurz zu fassen: es liegen offenkundige Fälschungen vor. Man könnte nicht wenige Beispiele dafür nennen.

Autoren wie Nitze ereifern sich ganz besonders beim Vergleich der „zu befördernden Last" der einzelnen Komponenten der strategischen „Triade" der UdSSR und der USA, insbesondere der strategischen Raketen, die aus der Gesamtgleichung der strategischen Kräfte beider Länder willkürlich herausgegriffen werden. Damit werden Unterschiede ihrer militär-technischen Politik wissentlich ignoriert. Da ist aber die Frage erlaubt, was mit was verglichen wird? Welchen Anteil an der „zu befördernden Gesamtlast" der strategischen Kräfte der USA (soweit man zu Zwecken der Polemik diesen amerikanischen Terminus akzeptiert) haben die amerikanischen ballistischen Interkontinentalraketen?

Laut Schlesinger entspricht die „zu befördernde Last" der existierenden 1054 amerikanischen ballistischen Raketen Minuteman und Titan 2 Mio. Pfund (1907 Tonnen) [18]). Die „zu befördernde Last" oder, genauer gesagt, die Nutzlast der jetzigen strategischen Luftwaffe der USA hat laut „The Joint Strategic Bomber Study" 21 Mio. Pfund (9524 Tonnen) aufzuweisen [19]). Und schließlich beträgt die „zu befördernde Last" der existierenden 656 ballistischen Raketen an Bord von U-Booten der Typen Poseidon und Polaris A-3, wie aus veröffentlichten Statistiken ersichtlich, 691 000 Pfund (313 Tonnen) [20]).

Das bedeutet, daß auf die amerikanische strategische Luftwaffe 88,6 % der gesamten „zu befördernden Last" der amerikanischen strategischen Trägersysteme, auf die strategische Seekomponente 2,9 % und auf das Heer 8,5 % entfallen. Und nun werden diese 8,5 % mit der „zu befördernden Last" der sowjetischen strategischen Raketen verglichen, wo doch bekanntlich die sowjetischen strategischen Raketentruppen die Hauptstoßkraft der sowjetischen Streitkräfte sind. Hat diese Vergleichsweise Hand und Fuß?

Die mit dem militärisch-industriellen Komplex liierten amerikanischen Autoren stellen vielfach Spekulationen hinsichtlich der sogenannten schweren sowjetischen ballistischen Interkontinentalraketen an, als wüßten sie nicht, daß die neuen amerikanischen ballistischen Raketen für Trident-2-U-Boote (Startgewicht 126 000 Pfund bzw. 57,1 Tonnen) eigentlich schwere Raketen darstellen werden. Sie ergehen sich in Auslassungen über „sowjetische Vorbereitungen zu einem

15) Siehe: Congressional Record, June 4, 1975, S. S. 9663.
16) „Foreign Affairs", January 1976, S. 244.
17) Congressional Record, June 4, 1975, S. S. 9663. Das Dokument gibt das Gesamtgewicht der Nutzlast für 463 Flugzeuge vom Typ B-52 (Modelle D, F, G und H) und vom Typ FB-III mit 21 Millionen Pfund an (d. h. 45 356 Pfund je Flugzeug). Da die FB-III-Flugzeuge eine viel geringere Tragfähigkeit als B-52-Maschinen haben, fällt die durchschnittliche Größe der Nutzlast je Flugzeug etwas geringer aus als die eigentliche Nutzlast bei B-52-Flugzeugen.
18) „US-USSR Strategic Policies. Hearing before the Subcommittee on Arms Control, International Law and Organization of the Committee on Foreign Relations United States Senate, 93d Congress, 2nd session", Washington (G.P.O.) 1974, S. 5.
19) Congressional Record, June 4, 1975, S. S. 9663.
20) Siehe: „Newsweek", July 8, 1974, S. 13. — N. I. Morosow, deutsch: „Ballistische Raketen für strategischen Einsatz", Moskau 1974, S. 195 (russ.).

‚counterforce-Schlag' ", während reale Drohungen mit einem solchen Schlag aus den USA und nicht aus der Sowjetunion zu vernehmen sind. Erst im Sommer 1975 sprach Schlesinger von einer Möglichkeit für die Vereinigten Staaten, als erste einen Nuklearschlag, so auch gegen die UdSSR, zu führen [21]).

Zu den maßgeblichen sowjetischen Erklärungen sei gesagt, daß darin unverrückbar die Notwendigkeit unterstrichen wird, den Frieden im Wege der Vertiefung der politischen und der militärischen Entspannung in gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten zu festigen.

Bekanntlich schlug die Sowjetunion den Vereinigten Staaten wiederholt und ausdrücklich vor, es nicht bei der Begrenzung der existierenden Arten der strategischen Waffen bewenden zu lassen. Wie auf dem XXV. Parteitag der KPdSU hervorgehoben wurde, hält es die Sowjetunion für möglich, weiter zu gehen. Die UdSSR schlug konkret vor, sich über das Verbot der Entwicklung neuer Vernichtungssysteme mit noch größerer Zerstörungskraft zu einigen, so der neuen Trident-U-Boote mit ballistischen Raketen und der neuen strategischen Bomber vom Typ B-1 in den USA. Natürlich muß ein solches Verbot auch auf entsprechende Systeme in der UdSSR ausgedehnt werden.

Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung strategischer Waffen begegnen gegenwärtig mehreren Schwierigkeiten und schwebenden Problemen.

„Die UdSSR legt in dieser Frage nach wie vor guten Willen und ein konstruktives Verhalten an den Tag", erklärte Leonid Breschnew auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. „Um so merkwürdiger ist es, daß man in verantwortlichen Kreisen der USA hin und wieder Appelle zur beschleunigten Aufrüstung vernimmt, wobei auf die Verzögerung der Verhandlungen mit der UdSSR hingewiesen wird, eine Verzögerung, die bereits seit mehreren Monaten zu verzeichnen ist und, um es offen zu sagen, keineswegs von uns verschuldet ist."

Die Hauptschwierigkeit bei der militärischen Entspannung wurzelt meiner Meinung nach nicht in diesen oder jenen konkreten militärischen oder technischen Problemen, wie sie bei beliebigen Verhandlungen — ob in Genf oder in Wien — aufkommen, sondern der Psychologie der militärischen Kreise in den USA und manchen anderen Ländern des Westens.

Die politische Führung der USA hat die Notwendigkeit erkannt, Probleme des amerikanisch-sowjetischen strategischen Gleichgewichts auf paritätischer Grundlage, auf dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten zu lösen. Manche Leute im Pentagon suchen aber immer noch nach Winkelzügen, um unter dem Aushängeschild von Gleichheit und Parität einseitige Vorteile für sich zu erhandeln, sei es in bezug auf solche Systeme wie strategische Flügelraketen („cruise missiles"), die das Pentagon außerhalb des Rahmens des Abkommens über Begrenzung strategischer Rüstungen zu belassen versucht, oder in bezug auf die fällige strategische Konzeption von der Art der berüchtigten „Schlesinger-Doktrin", die faktisch auf die Legalisierung des Nuklearkrieges unter dem Schein seiner „Begrenzung" [22]) abzielt. Die Gefährlichkeit all dieser

[21]) Siehe: „Congressional Quaterly Weekly Report", August 9, 1975, S. 1748.

[22]) Die „Schlesinger-Doktrin" (vom neuen US-Verteidigungsminister D. Rumsfeld in seinem Bericht an den Kongreß über das Militärbudget der USA für 1977 voll und ganz unterstützt) läuft ihrem Sinne nach auf den Vorschlag hinaus, die „Kraftprobe" auf dem europäischen Schauplatz auszutragen. Diesen Umstand dürfen die westeuropäischen Strategen nicht übersehen, die mitunter viel zu rosig allerlei neue Doktrinen aufnehmen, wenn diese von den USA kommen.

Versuche, einseitige materielle oder konzeptionelle Vorteile zu erlangen, besteht darin, daß sie zwangsläufig die Gegenreaktion der anderen Seite bewirken und so zu einer neuen Runde im Raketen- und Nuklearwettrüsten drängen, wodurch sie der Begrenzung der Rüstungen den Weg verbauen.

Ein Vierteljahrhundert lang ist die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg des Kalten Krieges und Wettrüstens gegangen. Dieser Weg hat seinen Befürwortern und Theoretikern keine Lorbeeren eingebracht. Man kann internationale Probleme in Europa und anderen Räumen des Erdballs eben nur auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, im Wege politischer Kompromisse lösen, bei denen die Interessen aller interessierten Seiten berücksichtigt werden. Auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und der Nichtbeeinträchtigung der Sicherheit einer beliebigen Seite ist es möglich geworden, auch die Lösung des Problems der Begrenzung der Rüstungen, so auch der strategischen, über den toten Punkt hinwegzubringen. Dieser Weg der Festigung des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung ist die Hauptstraße der Menschheit.

Feststellungen und Forderungen der demokratischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik

Von Marie-Louise Berg, Alma Kettig, Hildegard Proft und Elly Steinmann [1])

Die Situation der Frauen in der Bundesrepublik ist geprägt von Unsicherheit und Diskriminierungen. In allen gesellschaftlichen Bereichen spüren die Frauen und Mädchen heute ihre Benachteiligung, ob als Berufstätige, als Hausfrau, als Jugendliche in Ausbildung und Studium und erst recht im Alter.

Ernsthafte Bemühungen zur Lösung der Probleme und zur Verwirklichung der im Grundgesetz geforderten Gleichberechtigung blieben trotz zahlreicher Festreden im Jahr der Frau und danach aus. Geändert hat sich jedoch eins: Die Frauen sind nicht länger bereit, sich mit ihrer Lage abzufinden, sie engagieren sich, sie gehen mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit und nehmen ihre Rechte wahr. Die demokratische Frauenbewegung wird stärker.

[1]) Die Verfasserinnen gehören der „Demokratischen Fraueninitiative" an, die aus der „Initiative Internationales Jahr der Frau '75" hervorgegangen ist. In ihr engagieren sich Berufstätige, Hausfrauen und Studentinnen gemeinsam für die Durchsetzung der Rechte der Frau in der Bundesrepublik. Die vorliegenden Ausführungen stützen sich auf die von der Demokratischen Fraueninitiative" erhobenen Forderungen (vgl. „Blätter", 8/1976, S. 959 f.) und dienen ihrer Begründung und Präzisierung. Sonderdrucke dieses Artikels können bezogen werden bei der „Demokratischen Fraueninitiative", Postfach 300665 (Ingeborg Küster), 5000 Köln 30.

I. Frau und Beruf

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Im Grundgesetz Artikel 3 heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt (Art. 3 Abs. 2). Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden" (Art. 3 Abs. 3).

Aus diesem Grundrecht wird die Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" abgeleitet. Der Gleichheitsgrundsatz wird in grober Weise verletzt, wenn Frauen wegen ihres Geschlechts weniger Lohn erhalten als Männer. Auch nach Artikel 119 des EWG-Vertrages von 1957 und der Konvention Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben die Frauen Anspruch auf gleichen Lohn.

Bis zum Jahre 1955 waren in den Tarifverträgen sogenannte Frauenabschlagsklauseln üblich, d. h., Frauen erhielten wegen ihres Geschlechtes nur 75 bis 80 % des Männerlohns. Diese Praxis ist vom Bundesarbeitsgericht 1955 für verfassungswidrig erklärt worden. Obwohl dieses Urteil als Fortschritt betrachtet werden muß, war es insofern widersprüchlich, als es Tarifaufgliederungen nach sogenannter leichter oder schwerer Arbeit zuließ.

Gestützt auf dieses Urteil stellte ein ordentliches Gericht 1955 in einer — übrigens noch heute gültigen — Urteilsbegründung fest: „Sollte eine solche Methode der Tarifaufgliederung dazu führen, daß Frauen alsdann geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichtere Arbeit oder die überwiegend leichte Arbeit leisten, so bestehen dagegen keine rechtlichen Bedenken" [2]). Dies hatte zur Folge, daß in Zukunft die Unternehmer dazu übergingen, Leichtlohngruppen einzuführen, in die fast ausschließlich Frauen eingruppiert wurden, mit der „Begründung", ihre Tätigkeit sei „leichte Arbeit" oder „Arbeit ohne besondere körperliche Belastung".

Erforderlich ist eine Neubestimmung der Bewertung von Arbeit. Es muß eine Aufwertung der Leistungen erfolgen, die häufig an Frauenarbeitsplätzen erbracht werden müssen, z. B. Geschicklichkeitsleistungen oder besondere nervliche Beanspruchungen durch Monotonie, Arbeitstempo, Konzentration usw. Diese Leistungen dürfen nicht länger geringer bewertet werden als beispielsweise Muskelkraft. Die Ergebnisse einer vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebenen Forschungsarbeit der Professoren Rutenfranz und Ronald unterstreichen diese seit langem erhobenen gewerkschaftlichen Forderungen.

Die Vorenthaltung des Lohns geschieht heute durch verschiedene Methoden:

1. Nach wie vor werden Frauen in Leichtlohngruppen eingegliedert. 104 der insgesamt 364 Tarifverträge enthalten noch Leichtlohngruppen [3]).

2. Dort, wo durch gewerkschaftlichen Druck die Leichtlohngruppen abgeschafft werden konnten — wie in der Textil-, der Chemie- und Papierindustrie, werden die Frauen in den meisten Fällen in die untersten Lohngruppen eingestuft. Hier lautet die gewerkschaftliche Forderung: „Richtige Eingruppierung" durch höhere Bewertung der Tätigkeitsmerkmale von Frauenarbeitsplätzen.

3. Häufig werden übertarifliche Zulagen nur den Männern, nicht aber den Frauen gezahlt, selbst wenn sie die gleiche Arbeit verrichten.

[2]) Zit. nach „Süddeutsche Zeitung" v. 2. 10. 1974.
[3]) Vgl. „Sozialpolitische Umschau", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 45/1975, v. 14. 3. 1975.

Obwohl rund ein Drittel der Berufstätigen Frauen sind, entfällt auf sie nur knapp ein Viertel der gesamten Brutto-Lohn- und -Gehaltssummen. Das sind pro Kopf gerechnet rund 30 % weniger als die Männer erhalten.

Die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Arbeiterinnen in der Industrie lagen im Jahr 1973 um 30 % niedriger als die der Arbeiter, die der weiblichen Angestellten in Industrie und Handel lagen sogar um 38 % niedriger als die der Männer [4]).

Vergleich der durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen der weiblichen und der männlichen abhängig Erwerbstätigen in der BRD [5])

Arbeiterinnen	*Arbeiter*	*weibliche Angestellte*	*männliche Angestellte*
bis zu 800,— DM verdienten			
98 %	*68 %*	*77 %*	*48 %*
bis zu 600,— DM verdienten			
81 %	*35,6 %*	*48 %*	*28,4 %*

Die jahrzehntelange Unterbezahlung der Frau schlägt sich auf die Altersrente nieder. So erreichten vor der Rentenreform 1972/73 in der Arbeiterrentenversicherung 87 % der Frauen nicht den Betrag von 300 DM im Monat, in der Rentenversicherung für Angestellte waren es 44,1 %. Inzwischen wurde die Mindestrente auf 450 DM monatlich angehoben.

Zumindest in der Frage der Leichtlohngruppen hätte die Regierung die Pflicht einzugreifen, um dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen. Das häufig von Regierungsvertretern — aber auch von Unternehmerverbänden — vorgebrachte Argument, dies sei Sache der Tarifpartner, ist irreführend. Das Grundgesetz steht über der Tarifhoheit und kann nicht nach Gutdünken der Tarifpartner erfüllt werden oder nicht.

Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit gehört zu den Grundrechten des Menschen; es ist nicht im Grundgesetz verankert, wohl aber in mehreren Länderverfassungen (NRW, Bremen, Hessen).

Frauen sind aus dem Berufsleben heute nicht mehr wegzudenken; trotzdem wird die Berufstätigkeit der Frau häufig nur als Zuverdienst zum Einkommen des Mannes betrachtet. Wie die Gewerkschaften immer wieder betonen, benutzen die Unternehmer die Frauen als industrielle Reservearmee, die man nach Belieben rufen und wieder auf die Straße setzen kann.

Von insgesamt 27,2 Millionen Erwerbstätigen sind 10,07 Millionen oder 36,9 % Frauen. Von 7,6 Millionen Müttern mit Kindern unter 15 Jahren stehen 3 Millionen im Berufsleben. Von der Arbeitslosigkeit sind die Frauen in besonders hohem Maße betroffen: Die Arbeitslosenquote betrug bei Männern im April 1976 4,1 %, bei den Frauen jedoch 5,9 %. 46 % der Arbeitslosen sind Frauen, obwohl ihr Anteil an den Beschäftigten nur 36 % beträgt [6]).

„Zuerst gefeuert, zuletzt geheuert", dieser Satz kennzeichnet scharf, in welch bitterer Lage sich die berufstätigen Frauen befinden. Die jüngste Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf weist nach, daß die Zahl

4) Vgl. ASF-Frauenalmanach 1976, S. 175.
5) Statistisches Jahrbuch für die BRD 1972.
6) Vgl. den Geschäftsbericht der 9. Frauenkonferenz der IG Metall vom 10./11. 6. 1976 in Leverkusen.

der arbeitslosen Frauen in der Bundesrepublik vom April 1975 bis April 1976 um 60 000 stieg, während die Zahl der erwerbslosen Männer sich im gleichen Zeitraum um 55 000 verringerte [7]).

Es gibt mehrere Gründe für die besonders hohe Frauenarbeitslosigkeit:

1. Die starke Konzentration von Frauen in nur wenigen Berufen und Wirtschaftszweigen, die zudem von der Krise in besonderem Maße erfaßt wurden (z. B. Textilindustrie).

2. Die im Durchschnitt geringere berufliche Qualifikation von Frauen; Rationalisierungen werden eher an solchen Arbeitsplätzen vorgenommen, für die eine nur geringe berufliche Qualifikation erforderlich ist.

3. Es gibt zu wenig spezielle Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für Frauen.

4. Die Teilzeitarbeitsplätze sind außerordentlich konjunkturabhängig. Hier zeigt sich, daß die Teilzeitarbeit für Frauen nur eine Notlösung sein kann, aber keineswegs eine echte Lösung für das Problem vieler Frauen, Berufstätigkeit und familiäre Pflichten miteinander zu vereinbaren.

Dringend erforderlich sind durchgreifende Maßnahmen gegen die Frauenarbeitslosigkeit. Gefordert wird von den Gewerkschaften u. a. die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Darunter ist zu verstehen: die Verlängerung des Urlaubs, Einführung eines Bildungsurlaubs und Verlängerung der Schulzeiten. Um über Ausweitung oder Einschränkung der Produktion, über die Investitionen und damit über das Angebot an Arbeitsplätzen mitentscheiden zu können, fordern die Gewerkschaften mit Recht die Einführung der paritätischen Mitbestimmung. Investitionszulagen und Subventionen sollen vom Staat nur mit der Auflage vergeben werden, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen auch für Frauen zur Verfügung zu stellen. Es müssen besondere Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um den seit Jahren berufstätigen Frauen einen Aufstieg zu ermöglichen und um den Frauen, die wegen der Erziehung der Kinder aus dem Berufsleben ausgeschieden waren, die Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit zu ermöglichen. Im Augenblick ist es aber so, daß die Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes eingeschränkt werden. Davon sind besonders Frauen, die nach längeren Jahren der Tätigkeit in Haushalt und Familie wieder berufstätig sein wollen, betroffen, da ihnen nur noch geringe Möglichkeiten zur Weiterbildung bzw. Umschulung offen stehen.

Mit der Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit wird ein konservatives Leitbild propagiert, das die Frauen auf die Rolle der Hausfrau und Mutter beschränken soll. Das Schlagwort von den „Doppelverdienern" dient als Rechtfertigung für die Entlassung von Frauen und soll Frauen und Männer vom solidarischen Eintreten für die Erhaltung der Arbeitsplätze abhalten.

II. Bildung und Ausbildung

Eine wesentliche Voraussetzung für die Gleichberechtigung sind gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen für Mädchen und Jungen. Davon kann bei uns gar keine Rede sein. Die Chancenungleichheit beginnt bereits in Elternhaus und Schule mit der unterschiedlichen Behandlung von Jungen und Mädchen.

7) „Generalanzeiger", Bonn, v. 29. 7. 1976.

Das in Fernsehen, Film und Illustrierten dargestellte Bild der Frau entspricht überholten Vorstellungen, nach denen die Frau ins Haus gehört oder sie dient in Werbung und Reklame als Sex-Symbol. Das Leben und die Probleme der berufstätigen Frauen werden nur in unzureichendem Maße und nicht den Realitäten entsprechend dargestellt. Dies erschwert es den Mädchen, Selbstbewußtsein und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln.

Bei den Mädchen herrscht große Ratlosigkeit bezüglich des zu ergreifenden Berufes. Selbst in Berufsfachschulen haben 36,3 % der Mädchen noch keine konkreten Vorstellungen über ihre berufliche Zukunft. Mädchen bedürfen also in besonderem Maße der Unterstützung durch gesellschaftliche Institutionen. Aber auch hier stehen die Mädchen weit hinter den Jungen zurück.

Berufliche Bildung

Bis zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes 1969 stellten die Mädchen 90 % der Lehrlinge im Anlernverhältnis, also in der niedrigsten Form der Berufsausbildung, wodurch sich während der späteren Berufstätigkeit geringere Aufstiegschancen ergeben und kaum Weiterbildungsmöglichkeiten für gehobenere Tätigkeit. Zur Verdeutlichung einige Zahlen:

Von den rund 10 Millionen erwerbstätigen Frauen

— sind über 75 % als ungelernte oder angelernte Arbeiterinnen tätig,

— üben noch keine 10 % leitende oder aufsichtsführende Funktionen aus.

Nach dem Berufsbildungsgesetz von 1969 gibt es die Bezeichnung Anlernberuf nicht mehr; geblieben ist aber die Tatsache, daß die Mädchen mehrheitlich in Ausbildungen mit kurzer Lehrzeit und niedriger Qualifikation beschäftigt sind.

Das Lehrstellenangebot für Mädchen ist völlig einseitig ausgerichtet. Dies wird auch durch jüngste Untersuchungen des Bundesarbeitsministeriums belegt: „Zur Verteilung (der Lehrlinge) auf die einzelnen Ausbildungsberufe läßt sich allgemein feststellen, daß die männlichen Auszubildenden sich weitaus mehr auf die bestehenden Ausbildungsberufe verteilen und ihnen eine größere Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten geboten wird, als das bei den weiblichen Auszubildenden der Fall ist. Beschränkt man sich jeweils auf die ersten zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe, so werden bei den Männern knapp 47 % der Gesamtzahl erfaßt, wobei jedoch die Skala der Ausbildungsberufe recht vielfältig ist: Schlosser, Elektriker, kaufmännische Berufe, Werkzeugmacher, Maler und Lackierer; bei den Frauen dagegen werden schon 70 % aller weiblichen Auszubildenden erreicht, deren Ausbildungsziel im wesentlichen nur in den kaufmännischen Berufen und in Bürotätigkeit liegt" [8]).

Aus der gleichen Untersuchung geht hervor, daß in solchen Berufen wie Florist, Näher, Schneider, Drogist und Friseur der Anteil der Mädchen über 90 % liegt. Darüber hinaus gibt es noch reine Mädchenberufe wie z. B. Apothekenhelferin, Bürogehilfin, Arzthelferin, Hotelgehilfin, Hauswirtschaftsgehilfin und Hauswirtschafterin. Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Mädchen in Berufen wie Dreher, Feinmechaniker, Mechaniker, Werkzeugmacher, fernmeldetechnische Berufe, Elektrogerätemechaniker, Radio- und Fernsehtechniker weit unter einem Prozent. In diesen Berufen wurden im Jahr 1974 insgesamt 209 Mädchen ausgebildet, bei einer Gesamtzahl von 102 831 Lehrlingen [9]).

[8]) „Arbeits- und Sozialstatistik", Mitteilungen des Bundesministeriums für Arbeit- und Sozialordnung, 4/1974.
[9]) Berufliche Aus- und Fortbildung 1974, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Statistisches Bundesamt, September 1975, Tabelle 4.

Diese Berufe erfordern keine besondere Körperkraft, im Gegenteil: Fingerfertigkeit und Geschicklichkeit der Frauen, die bisher nur für monotone Fließbandarbeiten in der elektronischen Industrie angewandt werden, sind in diesen Berufen gut zu nutzen. Aber diese Berufe, die stark mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verbunden sind und in denen eine relativ gute Ausbildung möglich ist, sind den Mädchen verschlossen.

Heute sind durch die skrupellose Einschränkung der Lehr- und Ausbildungsplätze seitens der Unternehmer die Mädchen besonders hart betroffen. Die Arbeitsämter verzeichneten von 1972/73 auf 1973/74 bei den männlichen Bewerbern einen Rückgang der besetzten Berufsausbildungsstellen in Industrie und Handel von 11,8 %. Bei den weiblichen Bewerbern betrug der Rückgang jedoch 19,7 % [10]).

Für die Zukunft bahnt sich eine Ausbildungskrise von bedrohlichem Ausmaß an: Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit werden im Jahrzehnt 1977 bis 1968 für 9 Millionen Schulabgänger nur 6,7 Millionen Ausbildungsplätze in der betrieblichen Berufsausbildung, in beruflichen Vollzeitschulen und im Hochschulbereich vorhanden sein. Das bedeutet, daß in diesem Jahrzehnt etwa jeder 4. Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz erhalten wird [11]).

Schule und Hochschule

Die vor einigen Jahren von der Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit" veröffentlichten Zahlen haben auch heute noch Gültigkeit. Dort hieß es: „70 Prozent aller Mädchen besuchen nach der Volksschule keine weiterführende Schule, von 10 Mädchen auf der Oberschule erreichen nur 3 das Abitur, nur zwei studieren, und nur eine schließt das Studium ab" [12]).

Hierbei sind die Arbeitertöchter besonders benachteiligt. Sie stellen nur 9,9 % der Studentinnen, die ohnehin nur etwa ein Drittel der Studierenden ausmachen [13]). Für diejenigen, die es trotz aller Hindernisse bis zum Abitur bzw. bis zur Erlangung eines Studienplatzes gebracht haben, tun sich an den Hochschulen und Universitäten neue Schwierigkeiten auf. Denn auch dort sind Vorurteile zählebig, ist die Ansicht, Frauenstudium sei überflüssig, latent vorhanden. 1971 stellte die Studienstiftung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fest, daß nur eine geringe Anzahl begabter Schülerinnen und Studentinnen zur Studienförderung vorgeschlagen werde, da man immer davon ausgehe, daß Forschung und Wissenschaft eine rein männliche Tätigkeit sei. Mehr als 80 % der Stipendiaten, die in den vergangenen vier Jahren mit Hilfe von Geldern aus dem Graduiertenförderungsgesetz ihre Doktorarbeit schrieben und damit das Entrée für die Hochschullaufbahn erwarben, waren Männer.

Studentinnen sind mehrheitlich in den Kurzstudiengängen zu finden — das bedeutet eine geringere Qualifikation und eine Beschränkung auf wenige Berufsziele. In den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern ist die Zahl der weiblichen Studierenden unverhältnismäßig gering. Diese Probleme werden sich infolge der noch stärkeren Reglementierung der Studiengänge nach dem Hochschulrahmengesetz weiter verschärfen. Viele Studentinnen erreichen nicht das Examen. Die Abbruchquoten sind mit 25 % doppelt so hoch wie die von männlichen Studierenden. Die Ursachen dafür liegen vor allem in den schwierigen

[10]) Berufsberatung 1973/74, Ergebnisse der Berufsberatung, Statistik, Bundesanstalt für Arbeit, Oktober 1975, S. 47.
[11]) Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt. Modellrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Dezember 1975, unveröffentlichtes Manuskript.
[12]) „Welt der Arbeit" v. 24. 9. 1971.

Studien- und allgemeinen Lebensbedingungen. Massenbetrieb und Konkurrenzkampf, überfüllte Hörsäle und mangelnde Lehrkräfte sind für die Studentinnen besonders belastend. Sind Kinder vorhanden, so bedeutet dies wegen der fehlenden Kindergärten und -krippen für viele Studentinnen, das Studium abbrechen zu müssen.

Was ist zu tun?

Gegen die Benachteiligung der Mädchen sind ernsthafte Bemühungen zu unternehmen. Vor allem müssen Mädchen aus Arbeiterfamilien besondere Förderung erfahren. Dazu sind die Klassenfrequenzen in den allgemeinbildenden und weiterführenden Schulen auf 25 Schüler zu senken, was angesichts der Lehrerarbeitslosigkeit als Sofortmaßnahme möglich ist. In der Schule und in der Berufsberatung muß gewährleistet sein, daß die Mädchen nicht auf die typischen Frauenberufe orientiert oder festgelegt werden, sondern die Chance erhalten, ihre Fähigkeiten und Begabungen allseitig zu entwickeln, auch auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet. Richtlinien und Lehrpläne sind in diesem Sinne zu überarbeiten. Es ist ein Unding, daß im Jahr 1974 (!) im „Bayerischen Ministerialblatt" zu lesen war: „Um den Mangel an Mathematiklehrern nicht weiter zu vergrößern, sollte man Schülerinnen möglichst vom Mathematikunterricht fernhalten."

Angesichts der katastrophalen Zustände im Bereich der Bildung und Ausbildung ist es völlig unverständlich, daß der Bildungsetat des Bundeshaushalts 1976 im Vergleich zum Vorjahr um 11,4 % gekürzt wurde, von 4,399 Mrd. DM auf 3,897 Mrd. DM [14]).

III. Familie und gesellschaftliche Rolle der Frau

Eigenständige soziale Sicherung der Frau

Die Frau und Mutter erfüllt durch ihre Tätigkeit als Hausfrau und Erzieherin der Kinder eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe. Doch die Anerkennung dafür wird ihr vorenthalten. Frauen, die sich jahrelang der Erziehung ihrer Kinder widmen, haben als „Nur"-Hausfrauen ein geringes soziales Ansehen und müssen viele Benachteiligungen in Kauf nehmen. Ihre Leistungen sollten jedoch durch die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau honoriert werden. Eine aus öffentlichen Mitteln zu leistende Beitragszahlung für einen angemessenen Zeitraum während der Betreuung von Familie und Kindern würde Voraussetzung für eine gewisse Unabhängigkeit der Frau sein. Dadurch wäre erreicht, daß viele Frauen nach einem arbeitsreichen Leben (ob in Beruf oder Familie) einem sozial gesicherten Lebensabend entgegensehen können.

Die Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen ist schon allein deshalb keine Lösung, weil gerade kinderreiche Familien die Beiträge nicht aufbringen können. So muß z. B. ein Monatsbeitrag von 108 DM gezahlt werden, um einen Rentenanspruch zu erzielen, der einem Monatseinkommen von 600 DM entspricht. Anstatt den Familien diese zusätzlichen Belastungen aufzubürden, müßten die Beitragszahlungen für die Jahre der Kindererziehung aus öffentlichen Geldern bestritten werden.

[13]) „Informationen für die Frau", hrsg. v. Deutschen Frauenrat, Bonn, 6/1976, S. 9.
[14]) Lt. Angabe des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bundeshaushaltsplan 1976, „Bulletin" v. 12. 9. 1975.

Mütter- und Säuglingssterblichkeit

Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist in der Bundesrepublik immer noch alarmierend hoch. Nach einer von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen veröffentlichten Analyse hat die Bundesrepublik von den neun EG-Ländern nach Italien die höchste Säuglingssterblichkeit; nämlich 17,9 auf 1000 Lebendgeburten in den ersten 28 Lebenstagen und 23,2 im ersten Lebensjahr [15]).

Die Ursachen für diesen beschämenden und bedrohlichen Zustand liegen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen, dem unzureichenden Mutterschutz. Der DGB fordert in seinem Programm für Arbeitnehmerinnen von 1969 wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Mutterschutzbestimmungen:

— Herabsetzung der Arbeitszeit für werdende und stillende Mütter;

— Verlängerung der Schutzfrist vor und nach der Entbindung auf je zehn Wochen;

— absolutes Beschäftigungsverbot während der Schutzfrist vor der Entbindung;

— absolutes Verbot für Akkord- und Fließarbeit während der Schwangerschaft;

— Sonderurlaub nach Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung bis zu 18 Monaten bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln als Ausgleich für entgangenen Verdienst.

Diese Forderungen sind bis heute nicht erfüllt worden. Hinzu kommt, daß während der Krise Unternehmer die Angst der Frauen um den Arbeitsplatz ausnutzen und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen versuchen, wie z. B. das Verbot, Lasten zu heben, in gebückter Haltung oder unter Einwirkung von Erschütterungen und schädlichen Stoffen zu arbeiten.

Doppelbelastung der Frau

Die Wirtschaft kann heute auf die Arbeit der Frauen — der alleinstehenden wie der verheirateten Frauen und der Mütter — nicht mehr verzichten. Trotz ihrer Leistungen für die Volkswirtschaft bleibt es aber den Frauen selbst überlassen, wie sie Berufstätigkeit und die Versorgung und Erziehung der Kinder miteinander in Einklang bringen. Die berufstätigen Mütter sind doppelt und dreifach belastet. Ihr Gesundheitszustand ist alarmierend. Ihre Lebenserwartung ist nach Berechnungen der Rentenversicherungsanstalten um 10 Jahre geringer als die von Hausfrauen [16]).

Die Gesellschaft hat die Pflicht, die notwendigen sozialen Einrichtungen bereitzustellen, um die Belastung der Frauen zu verringern. Nur so kann gewährleistet werden, daß den Frauen neben Berufstätigkeit und Sorge um die Familie noch Zeit und Muße bleibt, gesellschaftliche Interessen zu entwickeln und ihnen nachzugehen.

Familienfeindliche Umwelt

Unsere Gesellschaft muß familien- und kinderfreundlich werden.

Dazu gehören vor allem:

1. Preiswerte und in ihrer Größe und Ausstattung den Bedürfnissen der Familie entsprechende Wohnungen.

15) „Ausblick", Zeitschrift der Gewerkschaft HBV, 10/1973.
16) SPD-Pressedienst v. 5. 6. 1976.

Eine Untersuchung des Städtebauinstitutes in Nürnberg ergab, daß zwei Drittel der Wohnungen kinderreicher Familien in der Bundesrepublik nicht die erforderliche Mindestgröße haben. Fast jedes 2. Kind unter 18 Jahren wohnt in einer zu kleinen Wohnung. Je mehr Kinder in einem Haushalt wohnen, desto größer ist die Unterversorgung. Sie beträgt bei Familien mit 6 Kindern 79 % [17]).

2. Mehr und bessere Spielplätze

Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes (Ergebnis einer Untersuchung des Kreisverbandes Düsseldorf) herrscht in den Städten der Bundesrepublik ein großer Mangel an Kinderspielplätzen.

Pro Einwohner stehen zur Verfügung	
In München	*1,7 m² Fläche an Kinderspielplätzen*
In Köln	*1,15*
In Düsseldorf	*0,8*
In Essen und Hannover	*0,7*
In Stuttgart	*0,6*
In Frankfurt	*0,4*

Im Vergleich mit dem Ausland wird das Problem noch offensichtlicher [18]):

Dort stehen pro Einwohner zur Verfügung	
In London	*9,2 m² Fläche an Kinderspielplätzen*
In New York	*11,9*
In der Schweiz	*6,0*
In Schweden	*7,0*
In der UdSSR	*8,0*
In England	*20,0*

3. Mehr und besser ausgestattete Kindergarten- und Krippenplätze, Jugendzentren und andere sozialpädagogische Einrichtungen

Nach einer Veröffentlichung der Gewerkschaft HBV schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich schlecht ab [19]).

Von allen 3- bis 5jährigen Kindern erhielten im Jahr 1970/71 einen Kindergartenplatz:

In Belgien	*97,5 %*
In Frankreich	*86 %*
In den Niederlanden	*68 %*
In Luxemburg	*51,1 %*
In Italien	*51 %*
In der Bundesrepublik	*38 %*

In der Bundesrepublik ist bis 1973 eine Verbesserung auf 44 % eingetreten.

Ein großes Problem sind die zu kurzen Öffnungszeiten der Kindergärten, die der Arbeitszeit der berufstätigen Eltern angepaßt werden müßten.

Eine große Belastung stellt auch die Versorgung erkrankter Kinder oder Angehöriger dar: Die Freistellung von der Arbeit für 5 Tage po Jahr zur Pflege

17) Wohnen Kinderreicher. Untersuchung des Städtebauinstituts Nürnberg, zit. nach „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 1. 7. 1976.
18) Öffentliche Spielplätze in Städten und Gemeinden, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW, siehe auch DVZ v. 6. 5. 1976.
19) „Ausblick", 10/1973.

von Kindern unter 8 Jahren muß sowohl zeitlich verlängert als auch auf ältere Kinder und Angehörige ausgedehnt werden.

Überhöhte Mieten und Kindergartengebühren, die Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten belasten die kinderreichen Familien stark. Zu den 1 Million Sozialhilfeempfängern in der Bundesrepublik gehören besonders viele kinderreiche Familien. Der Gang zum Sozialamt bringt aber die Familien in Abhängigkeit und wird als sozialer Abstieg empfunden.

Der § 218 StGB

Erst eine familien- und kinderfreundliche Umwelt schafft die Voraussetzungen dafür, Kinder nicht als Belastung zu sehen, sondern als Bereicherung des Lebens. Jedes Kind hat ein Recht darauf, ein Wunschkind zu sein, jede Frau hat ein Recht, frei zu entscheiden, wann sie Kinder haben möchte. Diese Freiheit wird durch ökonomische Zwänge und schlechte Wohnverhältnisse beschnitten. Der § 218 StGB, nach dem ein Schwangerschaftsabbruch unter Strafe steht, hat nie illegale Abtreibung verhindert, die oft auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Frauen durchgeführt wurden. Die jetzt gültige Reform des § 218 im Sinne einer Indikationsregelung stellt keine Lösung des Problems dar. Deshalb fordern wir weiterhin die Durchsetzung der Fristenregelung.

Eine Abtreibung ist nie wünschenswert. Sie kann die Frau körperlich und psychisch stark belasten und stellt deshalb immer einen letzten Ausweg dar. Mehrfache Abtreibungen sind sogar sehr bedenklich. Deshalb ist die Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln und die Aufklärung über ihre richtige Anwendung sowie über die mit einer Abtreibung verbundenen Probleme eine vorrangige gesundheitspolitische Aufgabe. Schon in der Schule muß damit begonnen werden, jedoch ohne moralisierende Vorschriften zu machen.

Zunehmendes gesellschaftliches Engagement

Immer mehr Frauen erkennen, daß sie die Gleichberechtigung nur durchsetzen werden, wenn sie selbst aktiv für ihre Rechte und Interessen eintreten. Sie sind immer weniger bereit, sich mit ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen abzufinden und zu schweigen, wo Reden und Handeln nötig ist. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Gewerkschaften und Parteien, nehmen in Streiks und Demonstrationen ihre Rechte wahr.

Anteil der weiblichen Mitglieder in Parteien [20])

SPD	*20 %*
CDU	*18,6 %*
CSU	*10 %*
FDP	*18 %*
DKP	*35 %*

Mitgliedschaft in Gewerkschaften

Im Internationalen Jahr der Frau erhöhte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder im DGB um ca. 15 %. Die Zahl der *weiblichen Betriebsratsmitglieder* hat sich bei den letzten Betriebsratswahlen 1975 um 28,2 % erhöht.

Das demokratische Engagement der Frauen, ihre zunehmende Aktivität darf nicht eingeschränkt oder diskriminiert werden. Berufsverbote und Antikommu-

[20]) Nach eigenen Angaben der Parteien.

nismus, die Verleumdung von Streikenden sind Druckmittel, mit denen nicht zuletzt die Frauen eingeschüchtert und vom politischen Handeln ferngehalten werden sollen. Inzwischen sind über 3000 Bürger vom Berufsverbot betroffen, über 800 000 Überprüfungen wurden durchgeführt; so wird Angst und Duckmäusertum erzeugt. Nur wenn die Berufsverbote aufgehoben und die demokratischen Rechte und Freiheiten gestärkt werden, wird ein politisches Klima entstehen, in dem auch die Frauen ihre sozialen Rechte durchsetzen können.

IV. Die Entspannungspolitik als Voraussetzung für die Emanzipation

Jährlich werden in der Welt über 300 Mrd. Dollar für die Rüstung ausgegeben. Auf der anderen Seite können die großen Probleme, vor denen die Menschheit heute steht, nur unzureichend gelöst werden. Wichtige internationale Aufgaben sind: die Sicherung der Welternährung, die Beseitigung des Analphabetentums, die Eindämmung von Seuchen und Krankheiten. Die UNO forderte auf ihrer 28. Vollversammlung 1973 eine Senkung der Rüstungsausgaben um 10 %, wobei die freiwerdenden Gelder zur Bewältigung dieser internationalen Aufgaben und zur Lösung von sozialen Problemen in den einzelnen Ländern verwendet werden sollen.

In der Bundesrepublik beträgt der offen ausgewiesene Verteidigungshaushalt für 1976 31,8 Mrd. DM. Gegenüber 1975 ist dies eine Steigerung von 2,6 % oder etwa 800 Mio. DM [21]). Wenn man die NATO-Kriterien zugrunde legt, wonach einige in anderen Haushaltsposten versteckte hohe Ausgaben eigentlich dem Verteidigungshaushalt zugerechnet werden müßten, kommt man sogar auf 47,6 Mrd. DM für den Verteidigungshaushalt 1976 [22]).

Während der Bildungshaushalt um ca. 11 % gekürzt wurde [23]), wurde andererseits der Kauf von 322 MRCA-Kampfbombern bewilligt, zum Stückpreis von ca. 85 Mio. DM. Der Verzicht auf einen einzigen dieser Bomber würde bedeuten, daß 2500 Lehrer eingestellt und ein Jahr lang bezahlt werden könnten.

Zur Finanzierung von sozialen Reformen zugunsten der Frauen sind große Geldmittel erforderlich. Diese könnten durch die Senkung der Rüstungsausgaben um zunächst 10 % beschafft werden. Weitere Geldquellen lassen sich erschließen durch wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität, wodurch Beträge von schätzungsweise 300 Mrd. DM jährlich gewonnen werden könnten.

Es ist der Kern der Gleichberechtigung, daß es den Frauen möglich ist, Kinder zu haben und ihnen in ihrer Erziehung gerecht zu werden und dabei gleichzeitig einen qualifizierten Beruf ausüben und am politischen und kulturellen Leben teilhaben zu können.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, dafür die Voraussetzungen zu schaffen, indem sie genügend soziale Einrichtungen bereit stellt, die den Frauen ihre Doppel- und Mehrfachbelastungen abnehmen oder erleichtern. Nur so wird es den Frauen und gerade den Müttern mehrerer Kinder erst möglich, gesellschaftliche Interessen zu entwickeln und ihnen nachzugehen, am politischen Leben teilzuhaben, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten. Bessere Bildungschancen für Mädchen, Weiterbildung, Umschulung, eine eigenständige soziale Sicherung, all das sind unbedingte und minimale Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau.

21) Siehe: Weißbuch 1975/76. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Im Auftrag der Bundesregierung hrsg. v. Bundesminister der Verteidigung, S. 209.
22) Ebd., S. 208.
23) Siehe Anm. 14.

Nach der Konferenz von Helsinki sind die Chancen gewachsen, durch internationale Verhandlungen das Wettrüsten zu beenden, mit der Abrüstung zu beginnen. Die Politik der Entspannung und Völkerverständigung muß fortgesetzt werden. Nur in einem gesicherten und dauerhaften Frieden kann sozialer Fortschritt gewährleistet werden, ist es möglich, die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen und die Grundlagen für die Emanzipation des Menschen zu schaffen.

Die Weltwirtschaft des Kapitals

Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

I. Wandel in der „Konjunkturstimmung"

Wir bemühen uns, in unseren Vierteljahresübersichten nicht nur Analysen der Weltwirtschaftsentwicklung des Kapitals in der unmittelbaren Vergangenheit zu geben, sondern auch gewisse Prognosen für die nächste Zukunft zu stellen bzw. zumindest die Aufmerksamkeit auf mögliche Entwicklungen zu lenken.

In unserer letzten Vierteljahresübersicht („Blätter", 6/1976) hatten wir auf den Gegensatz in der Entwicklung der Wirtschaft in Großbritannien und Italien auf der einen und in den übrigen imperialistischen Ländern auf der anderen Seite aufmerksam gemacht und dann bemerkt:

„Bedenkt man, daß kluge Politökonomen der Bourgeoisie an sich schon kein sehr großes Vertrauen in die Länge des Aufschwungs aus dem Krisentief haben, daß die imperialistischen Länder, zum Teil noch recht weit, dem vorangegangenen Höhepunkt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1973 fern sind, daß die Weltwirtschaftslage sowieso schon aufgrund der allgemeinen Krise sehr labil ist, wie soeben erst die Währungskrise in den ersten 4 Monaten des Jahres gezeigt hat, dann muß man damit rechnen, daß die beiden Katastrophenherde Großbritannien und Italien noch Wesentliches dazu beitragen können, um den Wirtschaftsaufschwung aus der Krise, den wir heute in den USA, in der BRD und in Frankreich beobachten, zeitweise zum Stillstand zu bringen oder gar in einen Rückfall zu verwandeln.

Das ist noch keine Prognose, sondern nur eine Erwägung, die bei jeder Prognose berücksichtigt werden muß. Vorläufig steigen noch in den USA, in der BRD, in Frankreich, auch in der Schweiz, in Holland und anderen Ländern Westeuropas die Profite kräftig an. Ich meine, daß ich erst in der nächsten Vierteljahresübersicht in der Lage sein werde, eine Prognose über die Wirtschaftsentwicklung für das Weltkapital in der nächsten Zeit zu geben" (ebd., S. 651).

Schon als ich diese Zeilen im Mai schrieb und noch keine Wirtschaftszahlen für diesen Monat veröffentlicht waren, hatte eine solche Abflachung der Steigerung der Wirtschaftstätigkeit eingesetzt, daß man sie fast als Stagnation kennzeichnen kann. Der „Wirtschaftsaufschwung aus der Krise" ist, wie ich als Möglichkeit voraussah, „zeitweise zum Stillstand" gekommen.

Aus aller Welt kommen Nachrichten wie die folgenden:

„Morgan Guaranty Survey", Juni (USA): „Die guten Nachrichten von den meisten Indikatoren für Mai (Beschäftigung, Produktion, Einkommen usw.) geben Vertrauen, daß der wirtschaftliche Aufschwung andauern wird. Dennoch, aus den Zick-Zack-Kurven der letzten Einzelhandelsstatistiken geht klar hervor, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum sich gegenüber dem Eilschritt im ersten Vierteljahr verlangsamt hat. Solch eine Verlangsamung nach einem schnellen Aufstieg ist keineswegs überraschend — oder gar beunruhigend —, insbesondere wenn die Erholung mehr als ein Jahr angedauert hat und nun reif für etwas Mäßigung ist." Shakespeare hätte gesagt: Man scheint mir zu viel zu protestieren — zumal die Arbeitslosigkeit im Juni anstieg!

„Monthly Economic Letter" der City Bank, Juli (USA): „Einige bittere Noten tauchten auf, um die Harmonie der wirtschaftlichen Erholung im zweiten Quartal zu zerstören ... Der Fall in den Verkäufen des Einzelhandels von März bis Mai zeigt einen noch stärkeren Abfall im realen Einzelhandelsumsatz. Das, zusammen mit der Stagnation im Bauwesen — Neubauten blieben praktisch unverändert im April und Mai gegenüber dem ersten Quartal —, und die Andeutungen, daß die Lagerakkumulation nur noch wenig zunimmt, sind die Ursache für eine langsamere Wachstumsrate im zweiten Quartal." Nach der Veröffentlichung wurden die „Andeutungen" über die Lagerakkumulation bestätigt: Die Lager stiegen im Mai nominal um 0,7 %, während die Verkäufe um 0,3 % absanken.

Der „Manufacturers Hanover Trust", stets optimistisch über die Entwicklung, brachte seinen letzten speziellen Wirtschaftsbericht für seine Kunden unter der Überschrift „Was kann schief gehen?" heraus, in dem er besonders beunruhigt über die Stagnation der Kapitalanlagen ist: „Ein anderes rätselhaftes Element (das erste ist das schon erwähnte Benehmen des Einzelhandels, d. Verf.) im gegenwärtigen Wirtschaftsbild ist die Trägheit der Kapitalinvestitionen in neuen Fabriken und Ausrüstungen. Das Wachstum der realen Investitionsausgaben betrug im ersten Jahr der gegenwärtigen Erholung nur 0,3 Prozent, dem in früheren Nachkriegserholungen von Krisen während des ersten Jahres ein Wachstum von 3½ bis 9 Prozent gegenübersteht ... Wie soll man die letzte Angabe des Wirtschaftsministeriums über Ausgabenpläne der Betriebe für Fabriken und Ausrüstungen von nur 7 Prozent Steigerung gegenüber dem Vorjahr erklären, die überdies nach Ausschaltung der Inflation praktisch überhaupt keine Steigerung bedeutet?"

Gleichzeitig vermeldet die Presse der BRD ganz Ähnliches. „Die Welt" vom 19. Juli 1976 fand die Konjunktur „durchwachsen". Und weiter heißt es dort: „Während konsumnahe Branchen überwiegend gut im Rennen liegen, verzeichnen die Investitionsgüterhersteller weiter Zurückhaltung bei ihrer Kundschaft." Am Tag zuvor hatte „Die Welt" berichtet: „Chemische Industrie rechnet mit einem Abflachen der Nachfrage". Schon zu Beginn der zweiten Juliwoche mußte sie melden: „Stahlgeschäft schon wieder beängstigend ruhig", und einen Tag später erklärte der Präsident des Industrie- und Handelstages, Otto Wolff v. Amerongen: „Eine Stagnation des Erholungsprozesses zeichnet sich in der Eisen- und Stahlindustrie ab."

Fast überall in der Welt des Kapitals ist „das Geschäft ruhig" geworden, und das beunruhigt die Monopole mit Recht.

Begann unsere vorangehende Vierteljahresübersicht mit der Feststellung: „So eng auch die Wirtschaften der einzelnen führenden Länder des Kapitals heute miteinander verflochten sind, schließt das doch nicht aus, daß die einzelnen Wirtschaften sich recht verschieden entwickeln können. Niemand kann bezweifeln, daß es mit der Wirtschaft in den USA seit einem Dreivierteljahr, in der BRD seit einem halben Jahr, in Frankreich seit einem Vierteljahr langsam aufwärts geht. Und niemand kann bezweifeln, daß es mit der Wirtschaft in Großbritannien und Italien weiter abwärts geht. Ja, man wäre durchaus berechtigt, Großbritannien und Italien zwei Katastrophenherde der kapitalistischen Weltwirtschaft zu nennen" — so gilt heute festzustellen, daß die außerordentlich ungünstige Entwicklung in Großbritannien und Italien zwar andauert, daß aber der Unterschied ihrer Entwicklung zu der in den anderen führenden imperialistischen Ländern wegen des dortigen Abflauens der Konjunktur wesentlich geringer geworden ist.

II. Das Problem der Erneuerung des fixen Kapitals

Am 2. März 1858 fragte Marx bei Engels an: „Apropos. Kannst Du mir sagen, in wieviel Zeit, in Eurer Fabrik z. B., Ihr die Maschinerie erneuert? Babbage behauptet, im Durchschnitt werde in Manchester the bulk of machinery renovated every 5 years. Dies scheint mir etwas startling und nicht quite trustworthy. Die Durchschnittszeit, worin die Maschinerie erneuert wird, ist *ein* wichtiges Moment in der Erklärung des mehrjährigen Zyklus, den die industrielle Bewegung durchläuft, seit die große Industrie sich konsolidiert hat."

Engels schließt seinen Antwortbrief: „Zehn bis zwölf Jahre reichen hin, dem bulk der Maschinerie einen andern Charakter zu geben, ihn also mehr oder weniger zu erneuern. Die Periode von 13½ Jahren wird natürlich durch Bankerotte, Zusammenbrechen wesentlicher Stücke, die eine Reparatur zu kostspielig machen, usw., und dergleichen Zufälligkeiten so affiziert, daß man sie etwas kürzer nehmen kann. Aber unter 10 Jahren gewiß nicht."

Marx antwortete: „My best thanks for your éclaircissements über Maschinerie. Die Zahl von 13 Jahren entspricht, soweit es nötig ist, der Theorie, da sie eine *Einheit* für one epoch of industrial reproduction setzt, die plus ou moins koinzidiert mit der Periode, worin sich die großen Krisen wiederholen, deren Verlauf natürlich noch durch ganz andere Momente, ihrer Reproduktionszeit nach, bestimmt wird. Das Wichtige ist mir, in den unmittelbaren materiellen Voraussetzungen der großen Industrie *ein* Moment der Bestimmung für die Zyklen zu finden" [1]).

Im Band II des „Kapital" finden diese Überlegungen dann folgenden Niederschlag: „In demselben Maße also, worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals entwickelt, entwickelt sich das Leben der Industrie und des industriellen Kapitals in jeder besonderen Anlage zu einem vieljährigen, sage im Durchschnitt zehnjährigen. Wenn einerseits die Entwicklung des fixen Kapitals dieses Leben ausdehnt, so wird es andererseits abgekürzt durch die beständige Umwälzung der Produktionsmittel, die ebenfalls mit der Entwicklung der kapi-

[1]) Marx/Engels, Werke, Bd. 29, Berlin (DDR) 1963, S. 291—296.

talistischen Produktionsweise beständig zunimmt. Mit ihr daher auch der Wechsel der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres beständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleißes, lange bevor sie physisch ausgelebt sind. Man kann annehmen, daß für die entscheidendsten Zweige der großen Industrie dieser Lebenszyklus jetzt im Durchschnitt ein zehnjähriger ist. Doch kommt es hier nicht auf die bestimmte Zahl an. Soviel ergibt sich: Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch — die ganze Gesellschaft betrachtet — mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus" [2]).

Die Erneuerung des fixen Kapitals, insbesondere der Maschinen, aber auch der Bau von neuen Fabriken und die Installierung von Maschinen in ihnen zur Erweiterung der Reproduktion des Kapitals spielen eine große Rolle in der Zyklentheorie von Marx. Wie recht er damit hatte und auch heute noch hat, zeigt die gegenwärtige Beunruhigung des Monopolkapitals über das Ausbleiben der stärkeren Belebung der Investitionsgüterindustrie. Man denke nur etwa an das oben gegebene Zitat aus dem Bericht des „Manufacturers Hanover Trust"; es ließe sich wirklich tausendfach in dieser oder jener Fassung und Sprache wiederholen. Aus Raumgründen sei nur ein anderer Wirtschaftsbericht zu dieser Frage zitiert, der der „Neuen Zürcher Zeitung" zum Ende des ersten Halbjahrs 1976, wo es heißt: „Steigende Realinvestitionen — zur Untermauerung des Aufschwungs unbedingt notwendig — scheinen trotzdem, zumindest in Westeuropa, für die nähere Zukunft kaum zu erwarten zu sein, da die vorhandenen Kapazitäten noch nicht wieder voll ausgelastet sind. Obwohl Kredite gegenwärtig zu günstigen Bedingungen angeboten werden, hat die Bereitschaft zur Verschuldung nicht weiter zugenommen" [3]).

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat völlig recht, von einer „unbedingt notwendigen Untermauerung des Aufschwungs" durch mehr Kapitalinvestitionen zu sprechen. Sie hat auch recht, daß die gegenwärtig immer noch nicht ausreichende Auslastung der Betriebe wenig Anlaß für mehr Kapitalinvestitionen gibt. Zugleich aber verspricht auch die im ersten Abschnitt unserer Ausführungen angedeutete „Verflachung der Konjunktur" keine wesentliche Zunahme in der Auslastung. Das heißt, die „Untermauerung der Konjunktur" durch Kapitalinvestitionen wird auf sich warten lassen — und was wird mit der Konjunktur werden, wenn sie weiter nicht untermauert bleibt?

Manche Ökonomen sehen einen Vorteil darin, daß die „Bereitschaft zur Verschuldung" bei den Unternehmen so gering ist, da dadurch die ohnehin schon gewaltige Verschuldung der Unternehmen nicht weiter wächst und auch die Zinsen niedrig bleiben. Man muß sich jedoch fragen: was ist der Nutzen relativ niedriger Zinsen, wenn keine Anleihen aufgenommen werden? Aber, sagen sie, dadurch wird dann auch die Inflation nicht weiter angeheizt. Und damit haben sie insofern recht, als große Kapitalaufnahmen nun nicht als Inflationsfaktor wirksam werden.

[2]) Ebd., Bd. 24, S. 185 f.
[3]) „Neue Zürcher Zeitung" v. 2. 7. 1976.

III. Zur Entwicklung der Inflation

Doch gibt es zahlreiche andere wirksame Inflationsfaktoren.

Was die Lebenshaltungskosten betrifft, so haben sie im ersten Halbjahr praktisch stagniert — mit Ausnahme von zwei imperialistischen Ländern:

Veränderungen der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr im ersten Halbjahr 1976

1976	*Großbritannien*	*Italien*	*OECD*
Januar	*23,4*	*10,9*	*9,1*
Februar	*22,9*	*11,8*	*9,3*
März	*21,2*	*13,9*	*9,3*
April	*18,9*	*15,4*	*9,5*
Mai	*15,4*	*16,7*	*9,0*
Juni	*13,8*	*16,9*	*9,0 *)*

*) Vorläufig.

In Italien hat sich das Tempo der Inflation außerordentlich verschärft, in Großbritannien hat es sich erheblich vermindert. Im Rahmen der OECD hat das Tempo der Inflation, gemessen an den Lebenshaltungskosten, nur wenig geschwankt: die Lebenshaltungskosten lagen in jedem Monat um zwischen 9,0 und 9,5 % höher als im Vorjahr, das heißt, sie verdoppeln sich bei diesem Tempo in 8 bis 9 Jahren.

Anders sieht das Bild jedoch aus, wenn wir uns die Entwicklung der „Deflation" des Bruttosozialprodukts ansehen, also einen Durchschnitt aller Preise, nicht nur der Lebenshaltungskosten. In der OECD stieg die Inflation, so gemessen, gegenüber dem Vorjahr: 1. Vierteljahr 1976 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1975 + 8,8 %; zweites Vierteljahr 1976 gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1975 + 10,5 %.

Das heißt, die „Vor-Lebenshaltungs-Preise", die Preise im Großhandel und ab Fabrik, zeigen bereits ein beschleunigtes Wachstum. Am stärksten sind die Rohstoffgroßhandelspreise heraufgegangen, die nach verschiedenen Berechnungen um 25 bis 35 % über denen des Vorjahres liegen und die (auch infolge der schlechten Ernten in Westeuropa) voraussichtlich noch weiter steigen werden.

Man kann darum damit rechnen, daß das Inflationstempo auch für die Lebenshaltung im zweiten Halbjahr 1976 wieder ziemlich allgemein zunehmen wird. Nicht zum geringsten in Großbritannien (wo es im letzten Halbjahr so merklich abgenommen hat), da dort auch die durch die Pfundabwertung des letzten Halbjahrs so bedeutend gestiegenen Einfuhrpreise bis zu den Lebenshaltungswaren durchdringen werden; auch in der BRD, wo das Tempo der Inflation der Lebenshaltungspreise vom 1. bis zum 2. Vierteljahr 1976 ein wenig nachgelassen hat.

Selbst der Druck der relativen Stagnation der Geschäftstätigkeit, die eingesetzt und die in früheren Zeiten stets zu einer Senkung oder zumindest zu einer Stagnation der Preise geführt hat, wird daran kaum etwas ändern.

IV. Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Man betrachte folgende Zahlen:

Frankreich	*Arbeitslose*	*Produktion, % Steigerung über Vorjahr*
Juni 1975	*877 500*	
Mai 1976	*961 000*	*8,0*
Juni 1976	*966 700*	*12,0*

Oder auch folgende:

USA	Arbeitslosigkeit	Produktion, % Steigerung über Vormonat
	Mai 1976 7,3 %	+ 0,5
	Juni 1976 7,5 %	+ 0,3

In Großbritannien erreichte die Arbeitslosigkeit in jedem Monat des ersten Halbjahrs 1976 und im Juli (unter Ausschaltung der Saisonschwankungen) einen neuen Höhenrekord nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig aber meldet die amtliche Statistik eine leichte Steigerung der Produktion im zweiten Vierteljahr 1976 gegenüber dem ersten. Wie ist das zu erklären?

Betrachten wir folgende Statistik für die BRD:

*Entwicklung von Produktion und Produktivität in der Industrie *)*

1975	Produktion	Produktivität	Produktion Produktivität
1. Vierteljahr	100	100	100
2. Vierteljahr	98	102	96
3. Vierteljahr	99	103	96
4. Vierteljahr	103	107	96
1976			
1. Vierteljahr	105	109	96
2. Vierteljahr	108	111 **)	97

*) Saisonbereinigt.
**) Vorläufig.

Die Produktivität ist — genau wie in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen — stärker gestiegen als die Produktion, und die Dienstleistungsbetriebe wie auch die staatliche Bürokratie nahmen kaum noch zusätzliche Arbeiter auf. Weniger Arbeiter werden benötigt, um mehr zu produzieren!

Und das gilt mehr oder weniger auch für die anderen imperialistischen Länder, in denen die Produktivität im allgemeinen schneller stieg als die Produktion.

Am 15. Juli 1976 gab „Die Welt" aus einem Bericht der OECD über die BRD folgende Einschätzung: „Trotz sonst günstiger wirtschaftlicher Aussichten wird die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ‚unbequem hoch' bleiben." Und an anderer Stelle wird in dem Bericht von dem „beunruhigend hohen Stand", auf dem die Arbeitslosigkeit bleiben wird, gesprochen.

Noch „unbequemer" ist der Stand der Arbeitslosigkeit in Großbritannien, wo die Zahl der Arbeitslosen, an der Bevölkerung gemessen, fast doppelt so hoch ist wie in der BRD, in Frankreich ist sie ebenfalls höher und auch in den USA. Nirgends aber ist die Arbeitslosigkeit eines großen imperialistischen Landes in Westeuropa so hoch wie in der BRD, wenn man die exportierte Arbeitslosigkeit, die aus dem Lande vertriebenen „Gastarbeiter", miteinrechnet.

Die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat auch bei steigender Produktion hohe, ja bisweilen noch steigende Arbeitslosigkeit gebracht. Wir haben es mit einer echten Depression besonderer Art zu tun, in der sowohl das Bruttosozialprodukt, die Industrieproduktion wie auch die Profite steigen, während die Arbeitslosigkeit von dieser Entwicklung praktisch unberührt bleibt.

V. Die Entwicklung der Kaufkraft der Werktätigen

Nach allen früheren Krisen begann auch die Kaufkraft der Werktätigen zu steigen. Selbstverständlich war das auch nach der gegenwärtigen Krise für einen Teil der Arbeiter der Fall. Und zwar vor allem für die Kurzarbeiter, die wieder Vollarbeiter wurden, und für die Arbeitslosen, die wieder Arbeit fanden, obgleich, wie bemerkt, ihre Zahl relativ klein war. Außerdem zeigt das Gesamteinkommen aller Werktätigen eine steigende Tendenz, weil durch Bevölkerungsvermehrung die Zahl der Beschäftigten — mit Ausnahmen wie die BRD — im letzten Jahr gestiegen ist.

Und doch ergibt sich eine erstaunliche Entwicklung. Nehmen wir die USA als erstes Beispiel:

USA	*Realeinkommen pro beschäftigten Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Vorjahr*	
Januar	*1976*	*+ 4,1 %*
Februar	*1976*	*+ 4,5 %*
März	*1976*	*+ 4,2 %*

Eine durchaus merkliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr!

Und nun betrachten wir die Entwicklung des Realeinkommens über eine etwas längere Zeit hinaus:

USA	*Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten in $*	
März	*1973*	*91,60*
März	*1974*	*87,80*
März	*1975*	*83,80*
März	*1976*	*87,20*

Das Realeinkommen liegt beachtlich unter dem vor der Krise — um 5 %, wenn wir nur die vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten berücksichtigen, um mehr als 7 %, wenn wir die zusätzlichen Lohnverluste durch „zeitweilige Arbeitslosigkeit" hinzurechnen.

Oder betrachten wir als zweites Beispiel Großbritannien:

Großbritannien	*Realeinkommen pro Arbeiter und Angestellten Januar 1974 = 100*		
März 1975	*102*	*Oktober 1975*	*99*
April 1975	*101*	*November 1975*	*99*
Mai 1975	*98*	*Dezember 1975*	*100*
Juni 1975	*97*	*Januar 1976*	*99*
Juli 1975	*99*	*Februar 1976*	*98*
August 1975	*100*	*März 1976*	*98*
September 1975	*100*	*April 1976*	*99*

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten finden wir in Großbritannien für die beschäftigten Arbeiter und Angestellten seit einem Jahr praktisch Stagnation. Jedoch hat die Regierung mehrmals erklärt, daß 1976 insgesamt einen Rückgang (!) des Realeinkommens bei steigender Produktion bringen würde.

Man kann wohl sagen, daß weder in den USA noch in Großbritannien die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr so ungünstig war wie in der BRD (s. S. 1036) — dagegen war sie in der BRD wohl besser im Vergleich zu vor zwei Jahren als in diesen Ländern.

Ein letzter Blick auf ein drittes Land, die Bundesrepublik:

BRD	Realeinkommen pro beschäftigten Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Vorjahr
Januar 1976	— 2½ %
Februar 1976	— 2 %
März 1976	— 2 %

VI. Prognose

Man wird damit rechnen können, daß die gegenwärtige „Abflachung" der Konjunktur im dritten Vierteljahr und bis in den Winter hinein andauern wird, sich in einzelnen Ländern sogar in einen erneuten Rückgang der Konjunktur verwandeln kann. Lebhaftere Steigerungen der Produktion im Herbst und Winter werden Ausnahmen sein.

Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich konjunkturell steigen.

In einer Reihe von Ländern wird die Streikaktivität beachtlich zunehmen.

Zur jüngsten Entwicklung in Indien*)

Seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975

Von Manohar L. Sarin

V

Am 26. Juni 1975 verhängte der indische Staatspräsident Ahmed nach Art. 352 (1) der indischen Verfassung den Ausnahmezustand über Indien [152]). Diese Maßnahme, die die nach Teil III, Art. 19—22, der indischen Verfassung garantierten Freiheitsrechte [153]) einschränkte, steht im Einklang mit der indischen Verfassung. Teil XVIII, Art. 352—360, der indischen Verfassung sieht ausdrücklich die Möglichkeit der Ausrufung des Notstands vor und gibt der Bundesregierung für diesen Fall uneingeschränkte Vollmachten [154]).

Die Entscheidung über die Verhängung und die Beendigung des Ausnahmezustands steht nach der Verfassung allein dem von der Regierung beratenen

*) Fortsetzung der Aufsätze „Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975" in Heft 12/1975, S. 1367 ff., und „Zur Entwicklung Indiens seit 1947" in Heft 5/1976, S. 559 ff.

152) Vgl. „The Times of India" v. 3. 7. 1975; „The Statesman Weekly" (New Delhi und Calcutta) v. 19. 7. 1975; „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 2. 10. 1975; „Archiv der Gegenwart" v. 26. 8. 1975; G. Viratelle, „L'Inde en état d'urgence", in: „Le Monde" v. 1., 2., 3./4. 8. 1975; „The Guardian" v. 27. 6. 1975; „Der Spiegel" v. 1. 9. 1975; „Die Zeit" v. 13. 2. 1976.

153) Vgl. The Constitution of India. As modified up to the 1st January, 1973 (The Government of India. Ministry of Law and Justice, New Delhi 1973).

154) Ebd., S. 132 ff.

Präsidenten zu. Dieser kann den Ausnahmezustand erklären, wenn die äußere oder innere Sicherheit Indiens oder eines Teilgebiets unmittelbar bedroht ist. Art. 352 (1) und (3) lautet: „(1) Wenn nach begründeter Überzeugung des Präsidenten ein schwerer Notstand besteht, der die Sicherheit Indiens oder eines Teils des indischen Territoriums bedroht, sei es durch Krieg oder durch Angriff von außen oder durch innere Unruhen, kann der Präsident den Ausnahmezustand erklären. ... (3) Eine Proklamation des Ausnahmezustands, die erklärt, daß die Sicherheit Indiens oder eines Teiles des indischen Territoriums durch Krieg oder durch Angriff von außen oder durch innere Unruhen bedroht ist, kann auch vor Ausbruch eines Krieges oder eines entsprechenden Angriffs oder von Unruhen erfolgen, wenn der Präsident davon überzeugt ist, daß eine solche Gefahr unmittelbar bevorsteht" [155]).

Die Ausrufung des Notstands tritt nur in Kraft, wenn innerhalb von zwei Monaten beide Häuser des indischen Parlaments zustimmen [156]). Die indische Verfassung schweigt darüber, wie lange der Ausnahmezustand aufrechterhalten werden darf. Der Rajya Sabha (Oberhaus) gab am 22. Juli 1975 mit 136 gegen 33 Stimmen der Proklamation des Ausnahmezustands seine Zustimmung, der Lok Sabha (Unterhaus) am 23. Juli 1975 mit 336 gegen 59 Stimmen. Hierbei muß man jedoch bedenken, daß in beiden Häusern des Parlaments bereits eine große Zahl von Abgeordneten der Opposition und eine kleine Anzahl von Abgeordneten des regierenden INC verhaftet waren und an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten [157]).

Während des Ausnahmezustands ist die Bundesregierung berechtigt, sich über die verfassungsmäßigen Eigenkompetenzen der Bundesstaaten hinwegzusetzen. Die Bundesregierung ist ferner befugt, die Garantie der Freiheitsrechte und deren gerichtlichen Schutz für die Dauer des Ausnahmezustands aufzuheben (Art. 32—35) [158]). Sie kann auch eine gerichtliche Nachprüfung von Verhaftungen verhindern. Die Rechtsstellung der Verhafteten im gegenwärtigen Ausnahmezustand wurde noch durch eine zusätzliche Regelung verschlechtert, wonach dem Verhafteten nicht der Grund seiner Verhaftung mitgeteilt werden muß.

Die indische Notstandsregelung gibt damit der Regierung noch weiter gehende Befugnisse als Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung dem Reichspräsidenten. In der Verfassungsgebenden Versammlung für die indische Verfassung waren die Notstandsartikel heftig umstritten. Eine Minderheit wies auf mögliche Gefahren eines Mißbrauchs der Notstandsregelung und das Beispiel der Weimarer Republik hin. Der Abgeordnete Kamath äußerte am 2. August 1949, daß die indischen Notstandsartikel der Weimarer Verfassung ähnelten, die von Hitler mit Hilfe der Notstandsbestimmungen zugrunde gerichtet worden sei. Er betonte ferner, daß die indische Notstandsregelung das Fundament zu einem Polizeistaat legen würde, in dem die Rechte und Freiheiten von Millionen Indern ständig bedroht seien. Die Mehrheit der Verfassungsgebenden Versammlung war

155) Vgl. The Constitution of India, a.a.O. Art. 352 (1) und (3) der indischen Verfassung lautet: „(1) If the President is satisfied that a grave emergency exists whereby the security of India or of any part of the territory thereof ist threatened, whether by war or external aggression or internal disturbance, he may, by Proclamation, make a declaration to that effect." ... „(3) A Proclamation of Emergency declaring that the security of India or of any part of the territory thereof is threatened by war or by external aggression or by internal disturbance may be made before the actual occurrence of war or of any such aggression or disturbance if the President is satisfied that there is imminent danger thereof."

156) Vgl. The Constitution of India (Art. 356 [3] und [4], a.a.O.; vgl. auch „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 24. 7. 1975.

156) Vgl. The Constitution of India (Art. 356 [3] und [4], a.a.O.; siehe auch „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 24. 7. 1975.

157) Vgl. „Indo-Asia", 4/1975, S. 294.

158) Vgl. The Constitution of India (Art. 358 und Art. 359), a.a.O.

jedoch der Ansicht, daß eine solche Notstandsregelung zur Abwehr innerer oder äußerer Gefahren für die Sicherheit des Landes unerläßlich sei [159]).

Vor dem 26. Juni 1975 gab es in Indien bereits zwei solche Notstandsfälle [160]). Im Dezember 1971 wurde wegen des Bangla Desh-Konflikts mit Pakistan der äußere Notstand ausgerufen, der die Bundesregierung auch ermächtigte, die Grundfreiheiten und -rechte der Bürger einzuschränken. Ferner wurde 1971 ein Sicherheitsgesetz, MISA (Maintenance of Internal Security Act) genannt, vom Parlament verabschiedet, das hauptsächlich gegen Schmuggler und Wirtschaftsverbrecher gerichtet war. Ende Juni 1975 wurden die Bestimmungen bezüglich der Haft dahingehend verschärft, daß der Grund für die Verhaftung nicht mehr genannt werden mußte. Dieses zweite Notstandsgesetz wurde vor allem erlassen, um die in Westbengalen inhaftierten Naxaliten, die bei Beendigung des äußeren Nostands hätten entlassen werden müssen, weiter gefangenhalten zu können. Zu diesem Zeitpunkt war bereits der dritte Ausnahmezustand vom 26. Juni 1975 ausgerufen worden. Indien befindet sich somit seit 1971 gewissermaßen in einem permanenten Ausnahmezustand. Die neueste Ausrufung des Notstands gab der Regierung jedoch viel weiter gehende Befugnisse.

Die Ministerpräsidentin Indiens, Frau Gandhi, begründete die Ausrufung des Ausnahmezustands damit, daß Einheit und innere Stabilität des Landes stark bedroht seien. Es sei eine weit verbreitete Verschwörung gegen die Bundesregierung im Gange, seit diese Reformen für die Masse der armen Bevölkerung durchzusetzen versuche. Die Demokratie sei in Indien in Gefahr. So seien zum Beispiel ordnungsgemäß gewählte Regierungen behindert und in manchen Fällen Mitglieder zum Rücktritt gezwungen worden, um gesetzmäßig gewählte Staatsversammlungen aufzulösen. Die indische Armee und Polizei seien sogar zu Meuterei und Rebellion aufgefordert worden. Von den Oppositionsparteien sei ein Programm ausgearbeitet worden, welches im ganzen Land Agitation, die Auslösung von Unruhen und die Aufhetzung der Polizei und der Streitkräfte zum Zwecke der Lahmlegung der Arbeit der Zentralregierung vorgesehen habe. Die Einführung der Pressezensur sei erforderlich, da verschiedene Zeitungen seit einiger Zeit bewußt verfälschte Nachrichten sowie böswillige und provokatorische Kommentare veröffentlicht hätten [161]).

Außer den von Frau Gandhi angeführten Gründen führten jedoch auch andere gewichtige Vorgänge zur Ausrufung des Ausnahmezustands. Am 12. Juni 1975 verurteilte das Oberlandesgericht von Allahabad in Uttar Pradesh Frau Gandhi dazu, 6 Jahre lang kein öffentliches Amt auszuüben, da sie 1971 ihren Wahlkreis Rae Baraeli mit korrupten Mitteln gewonnen habe [162]). Das Gericht befand sie in seiner Entscheidung, die das vorparlamentarische Konzept „staatlicher Neutralität" sichtbar werden läßt, in zwei Punkten für schuldig. Sie habe gesetzwidrig Regierungsbeamte im Bundesland Uttar Pradesh im Wahlkampf für sich arbeiten lassen. Diese hätten u. a. Lautsprecheranlagen installiert und Transparente, Schilder und Tribünen gebaut. Ferner habe sie ihren Sonderberater Jashpal Kapoor mit Wahlvorbereitungen beauftragt, bevor dieser offiziell aus dem

159) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 3. 7. 1975.
160) Vgl. „The Hindu" (Madras) v. 1. 7. 1975; „The Times of India" v. 1. 7. 1975; „Indo-Asia", 4/1975, S. 294 ff.
161) Vgl. Why Emergency (Government of India, Ministry of Home Affairs, Neu Delhi 1975), S. 53 ff.; „The Hindu" (Madras) v. 26. 6. 1975; „The Statesman Weekly" (New Delhi und Calcutta) v. 23. 8. 1975; „Archiv der Gegenwart", a.a.O.; Sardesai, „Das reaktionäre Wesen der Allianz der Rechten und der ‚Linken' in Indien", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 4/1976, S. 484 ff.; DVZ v. 31. 7. 1975; E. Schaller, „Zur Verschärfung des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt in Indien im Jahre 1975", in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 1/1976, S. 51 ff.
162) Vgl. „Patriot" (Neu Delhi) v. 19./20. 3. 1975; „Indio-Asia", 4/1975, S. 289; „National Herald" (Lucknow, Indien) v. 13. 6. 1975; „Archiv der Gegenwart" v. 13. 6. 1975; W. H. Morris-Jones, „Whose Emergency — India's or Indira's?", in: „The World Today", November 1975, S. 454 ff.

Staatsdienst ausgeschieden sei. Diesen Prozeß gegen Frau Gandhi hatte Raj Narain, ein führendes Mitglied der Sozialistischen Partei, angestrengt, der in der Parlamentswahl von 1971 gegen Frau Gandhi mit 71 499 gegen 183 309 Stimmen verloren hatte. Am 19. Juni legte Frau Gandhi Berufung gegen dieses Urteil beim Obersten Gerichtshof in Neu Delhi ein.

Am 18. Juni wurde in Ahmedabad Babhubhai Patel, der dem INC („Opposition"), auch „Syndikat" genannt, angehört, neuer Chefminister des Bundeslandes Gujarat [163]). Damit gelangte neben Tamil Nadu [164]) in einem zweiten Bundesland die Opposition zur Regierung. Zum erstenmal hatte der INC trotz des starken persönlichen Engagements von Frau Gandhi in Wahlen auf Landesebene verloren. Dies gab der Opposition großen Auftrieb, löste beim INC größte Enttäuschung aus und gab ihm zum Nachdenken Anlaß.

Im Bihar bemerkte der symbolische Führer der Opposition, Jaya Prakash Narayan (bekannt als J. P.), daß vor einigen Jahren der Abgeordnete D. P. Mishra durch Entscheidung des Obersten Gerichtshofs sein Mandat für sechs Jahre verloren habe, weil er 250 Rupien mehr, als gesetzlich zugelassen, für seine Wahl ausgegeben habe. Was für Mishra Gesetz sei, müsse auch für Frau Gandhi gelten [165]). Die oppositionellen Parteien erklärten, daß Frau Gandhi illegal im Amt sei. Sie warfen der INC-Regierung ferner Korruption und Mißbrauch der Macht vor. Die kleine Sozialistenpartei forderte sogar zum „Civil Disobedience" („Ziviler Ungehorsam") auf — erstes Anzeichen der unmittelbar bevorstehenden Spannungen. In einer Kundgebung in Westbengalen sprach schließlich Narayan die indischen Streitkräfte an, sie sollten keine Befehle der indischen Regierung ausführen, da diese illegal im Amt sei [166]).

Inzwischen entschied der Oberste Gerichtshof Indiens in einer Zwischenentscheidung durch Richter Iyer [167]), daß Frau Gandhi bis zur endgültigen Entscheidung über ihre Berufung das Amt des Premierministers weiter ausüben dürfe. Sie dürfe auch an den Parlamentssitzungen teilnehmen, aber nicht im Parlament mit abstimmen. Durch diese Zwischenentscheidung sah der INC die Premierministerin in ihrer Stellung bestätigt. Dagegen behauptete die Opposition, wenn Frau Gandhi nicht im Parlament abstimmen dürfe, sei sie auch als Premierministerin untragbar. Die indische Verfassung lasse nicht zu, daß ein Abgeordneter mit solch beschränkten Rechten Minister oder Premierminister bleibe. In solchen Fällen müsse der Betreffende zurücktreten, auch wenn er Berufung eingelegt habe. So hatte Frau Gandhi selbst nach einem entsprechenden Urteil gegen den Abgeordneten Dr. C. Reddy dessen Rücktritt gefordert [168]). Ferner warfen die Oppositionspolitiker Frau Gandhi vor, daß sie einen „faschistischen Weg" in Indien eingeleitet habe. Narayan empfahl erneut der Armee, der Polizei und den Beamten, keine ungesetzlichen Befehle der Regierung zu befolgen, und forderte die Bevölkerung auf, nicht mehr mit der Regierung zu kooperieren und keine Steuern mehr zu zahlen.

Die INC-Regierung wies die Vorwürfe und Kritik der Opposition zurück und nahm deren Verhalten zum Anlaß für ein rigoroseres Vorgehen zwecks Unterbindung der durch das Verhalten beider Seiten verschärften politischen Spannungen. Durch das Urteil gegen Frau Gandhi wurden alle diese politischen Unruhen

163) Siehe SZ v. 17. 3. 1976; „Indo-Asia", 4/1975, S. 290; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 16. 3. 1976.
164) Vgl. SZ v. 17. 3. 1976.
165) Vgl. „Indio-Asia", 4/1975, S. 290 ff.
166) Siehe „The Sunday Times" (London) v. 28. 12. 1975; Why Emergency, a.a.O., S. 53 ff.; vgl. „The Observer" v. 27. 7. 1975.
167) „Archiv der Gegenwart" v. 7. 11. 1975.
168) Vgl. „Indo-Asia", 4/1975, S. 292—293.

manifest; die tiefergehenden und wirklichen Ursachen lagen in den langjährigen wirtschaftlichen Versäumnissen der INC Regierung und der weitverbreiteten Korruption und Ineffizienz der immobilen indischen Bürokratie. Schließlich war auch die Kluft zwischen der politischen Elite und den Massen zu groß geworden.

Einen der wichtigsten sachlichen Gründe für die Ausrufung des Ausnahmezustandes stellte deshalb auch die Nichtrealisierung der oft verkündeten wirtschaftlichen Programme der INC-Regierung dar [169]). Ihre ständig propagierten nationalen Programme — wie die Beseitigung der Armut, Bodenreform, wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Errichtung des „Socialist Pattern of Society" („Sozialistische Gesellschaft") — hatten am Ende eine tiefe Enttäuschung bei der Masse der armen Bevölkerung hervorgerufen, die seit der Unabhängigkeit nur mit winzigen Reformbröckchen abgespeist worden war. Sogar in der Mittelschicht hatte der INC Sympathie und Vertrauen eingebüßt, wie die Wahlniederlage des INC in Gujarat zeigte. Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Lage Indiens in den Jahren 1974/75 besonders ungünstig war. Der Staatshaushalt wies 1974/75 ein Rekorddefizit von 7 Mrd. Rupien auf. Das Pro-Kopf-Einkommen hatte um etwa 2 % abgenommen. Die Agrarproduktion ging zurück, und es gab rund 29 Millionen 29 Mio. Arbeitslose [170]).

Der Ausnahmezustand wurde von wirtschaftlichen Maßnahmen [171]), dem „21-Punkte-Programm", begleitet. Danach hat nun eine Beschleunigung der Landreform [172]) Priorität. Denn obwohl die Limitierung des Grundbesitzes auf durchschnittlich 7 ha pro Familie schon vor Jahren festgesetzt worden war, blieb sie bis jetzt unrealisiert, nicht zuletzt wegen des Widerstands der Großgrundbesitzer, die die Mehrheit im regierenden INC bilden. Diese Hindernisse sollen zwar überwunden werden, über die Größe des an besitzlose Landarbeiter zu verteilenden Überschußlandes herrscht jedoch nach wie vor keine Übereinstimmung. Während einige Minister von 16 Mio. ha reden, schätzen andere die zu verteilende Fläche höchstens auf die Hälfte. Dies erklärt sich auch daraus, daß der Grundbesitz nicht oder nur unzureichend registriert ist. Seit Verkündung des Wirtschaftsprogramms sind zwar einige tausend ha Land unter die Landlosen verteilt worden, aber es wird, wie die Regierung zugibt, mindestens noch 10 Jahre dauern, bis sich die Lage in diesem Bereich verbessert. Ebenso lang wird die gleichfalls propagierte Bereitstellung von Hausgrundstücken für Landlose und schwächere Bevölkerungsgruppen dauern. Ferner wird ein besserer Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung angestrebt. Die in einigen Bundesstaaten noch bestehende ländliche Leibeigenschaft („Bonded Labour") soll endgültig abgeschafft werden; die Landarbeiterlöhne, die zum Teil bei nur 1 DM pro Tag liegen, sollen gesetzlich erhöht und die ländliche Bevölkerung aus der Abhängigkeit skrupelloser Geldverleiher befreit werden. Viele Bundesstaaten haben auch bereits zur Beseitigung der ländlichen Verschuldung ein gesetzliches Moratorium erlassen [173]). Das Wirtschaftsprogramm sieht schließlich vor, daß das künstliche Bewässerungssystem um 5 Mio. ha Land erweitert wird und gleichzeitig eine verstärkte Nutzung des Grundwassers erfolgt. Außerdem ist eine Verbesserung der Stromversorgung durch Errichtung zusätzlicher Großkraftwerke

169) H. Sharma, „‚National Emergency' in India", in: „Journal of Contemporary Asia", 4/1975, S. 462 ff.; „Zur Lage in Indien", in: „Links", Oktober 1975, S. 9—10.
170) Vgl. H. Magdoff: „Madame Gandhi: Rhetoric and Repression", in: „Monthly Review", September 1975, S. 50 ff.; H. Sharma, ebd., S. 465 ff.; J. M. Hunck, „Eine neue Ära?", in: „Indo-Asia", 4/1975, S. 303 ff.
171) „Indira Gandhi: Die Armen müssen fühlen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt", in: „Horizont" (Berlin/DDR), 38/1975); DVZ v. 31. 7. 1975; FAZ v. 20. 10. 1975; „The Statesman Weekly" (New Delhi und Calcutta) v. 11. 10. 1975.
172) DVZ v. 31. 7. 1975.
173) Ebd.; J. M. Hunck, a.a.O., S. 304 ff.; FAZ v. 20. 10. 1975.

unter Bundeskontrolle vorgesehen. Bis dahin lag die Elektrizitätsversorgung in der Kompetenz der einzelnen Bundesstaaten.

Durch das Wirtschaftsprogramm soll ferner die Entwicklung der Handweberei vorangetrieben und eine Verbesserung der Produktion und Distribution billiger und einfacher Kleidung erzielt werden. Darüber hinaus ist generell eine bessere Verteilung der lebensnotwendigen Konsumgüter durch den Staat vorgesehen.

Die Regierung kündigte außerdem eine harte Bestrafung der mißbräuchlichen Ausnutzung von Lizenzen, der Steuerhinterziehung und des Schmuggels an. Unrechtmäßig erworbener Reichtum soll beschlagnahmt werden. So trieb die Steuerfahndung bis Ende Oktober 1975 etwa 500 Mio. DM ein.

Das Investitionsklima sollte durch Beschleunigung des Lizenzverfahrens verbessert werden. Es ist zwar die Einführung der betrieblichen Mitbestimmung vorgesehen; da seit der Ausrufung des Ausnahmezustands aber ein allgemeines Streikverbot verhängt worden ist, haben die Unternehmer eine starke Position. Hinzu kommt, daß die indische Regierung keine weiteren Verstaatlichungen von Betrieben plant, sondern, wie früher, einen Wettbewerb zwischen öffentlichem und privatem Sektor — die alte „Mixed-Economy" — propagiert [174]).

Das Wirtschaftsprogramm sieht auch die Zentralisierung des Straßentransports vor, der bis jetzt den oft miteinander konkurrierenden Bundesstaaten oblag. Schließlich soll die Einkommensteuer-Freigrenze von 6000 Rupien auf 8000 Rupien jährlich erhöht und der Steuerhöchstsatz bei der Einkommensteuer von 95 % auf 77 % verringert werden. Nach dem Wirtschaftsprogramm ist ferner eine Begrenzung des städtischen Wohnbesitzes und die Sozialisierung von städtischem Landbesitz über eine bestimmte Grenze hinaus geplant. Die Regierung sieht außerdem eine Ausdehnung der Berufsausbildung vor und verpflichtet die Betriebe, bei der Einstellung von Lehrlingen die schwächeren Bevölkerungsschichten zu begünstigen.

Seit Verkündung des Ausnahmezustands sind die Preise, vor allem für einige Grundnahrungsmittel wie Getreide, Speiseöl und Zucker, gesunken. Das ist zwar vor allem auf die witterungsbedingte gute Ernte zurückzuführen, hierzu trugen aber auch die strengen Maßnahmen der Regierung gegen Schwarzhändler, Hamsterer und Schmuggler bei. Die Inflationsrate, die im Jahre 1974 fast 30 % betrug, ist seit Herbst 1974 als Resultat der restriktiven Finanzpolitik gegenwärtig unter 5 % gesunken [175]).

Ferner hat sich das Notstandsregime günstig auf die immobile und korrupte Bürokratie ausgewirkt. Die Beamten, die nie pünktlich zum Dienst erschienen, sind jetzt pünktlich. Die Akten werden schneller bearbeitet und die Entscheidungen rascher getroffen. Mehrere hundert Verwaltungsbeamte wurden wegen des Verdachts der Korruption oder unzureichender Arbeitsleistung vom Dienst suspendiert. Die Notstandsmaßnahmen haben jedoch nicht das Grundübel indischer Verwaltung beseitigt, das darin besteht, daß Indien 1974 das aus der Kolonialzeit hinterlassene britische Verwaltungssystem übernommen hat. Betrachtet man die Haltung der Beamten gegenüber der Bevölkerung, so sind sie weiterhin nicht „Public Servants", sondern „Public Masters" [176]).

---

174) Vgl. M. L. Sarin, „Zur Entwicklung Indiens seit 1947", in: „Blätter", 5/1976, S. 570 ff.; E. Schaller a.a.O., S. 56 ff.
175) DVZ v. 23. 10. 1975 und 27. 5. 1976; FAZ v. 29. 3. 1976; „Indo-Asia", 4/1975, S. 297 ff.; „The Sunday Times" (London) v. 28. 12. 1975; NZZ v. 26. 5. 1976.
176) „The Times" (London) v. 18., 21. und 27. 7. 1975; „Indo-Asia", 4/1975, S. 297 ff.; SZ v. 31. 3. 1976; vgl. „The Statesman Weekly" (New Delhi und Calcutta) v. 4. 10. 1975.

Mit Erleichterung nahmen die armen Bauern und Landarbeiter die Pläne der Regierung zur Umgestaltung der ländlichen Sozialstruktur auf. Die Leibeigenschaft wurde beseitigt. Ferner wurden die Kleinbauern, Landarbeiter und Pächter, die zu ca. 65 % bei privaten Geldverleihern in Höhe von insgesamt 20 Mrd. DM verschuldet waren, von diesen Schulden befreit [177]). Jetzt sollen die staatlichen Banken den Bauern Kredit gewähren. Diesen dürfen die Bauern nicht für die enorm kostspieligen traditionellen Hochzeiten und Mitgiften verwenden. Solchen volkswirtschaftlich schädlichen Traditionen [178]) unter der indischen Bevölkerung soll ein Ende gesetzt werden.

Dieses sozio-ökonomische Programm ist, wie Frau Gandhi selbst zugibt, alles andere als neu. Es wurde bereits früher verkündet, aber nicht realisiert. Jetzt wurde es teilweise durchgeführt; wichtigste Forderungen, wie die Bodenreform, blieben aber weiterhin unerfüllt. Die Ausführung des Programms stößt nach wie vor auf Hindernisse, nicht zuletzt auch innerhalb des INC. So sah sich zum Beispiel der INC-Präsident gezwungen, im Oktober 1975 viele Führungskräfte zu verwarnen, weil sie eine Weisung nicht befolgt hatten, wonach alle Funktionäre der Partei bis zum August 1975 den in ihrem Besitz befindlichen Grund und Boden offenlegen sollten [179]). Ferner gibt es reaktionäre regionale Gruppen innerhalb des INC, wie z. B. in Uttar Pradesh, die, allein an der Stärkung ihres persönlichen politischen Einflusses und an internen parteilichen Richtungskämpfen interessiert, diese Programme torpedieren wollen [180]). Das Wirtschaftsprogramm wurde außerdem von arbeiterfeindlichen Maßnahmen begleitet. Das allgemeine Streikverbot in Indien, von den reaktionären Kräften des INC befürwortet, beraubte die indischen Arbeiter jeder Einflußmöglichkeit auf die in Indien herrschenden kapitalistischen Produktionsbedingungen. Mehr Produktion und mehr Arbeitsdisziplin sind jetzt die dominierenden Parolen. Schließlich dürfen die Arbeiter auch keine höheren Lohnforderungen mehr stellen. Außerdem bestimmt das Dekret der Regierung vom 25. September 1975, daß das im Jahr 1965 gewonnene Recht der indischen Arbeiter auf eine Gratifikation des Jahresverdienstes in Zukunft von einem Gewinn der Betriebe abhängig ist [181]). Ferner leitete die Regierung in den indischen Großstädten rigorose Säuberungsaktionen ein [182]). Nach kurzfristigen Räumungsaufforderungen, zum Teil mit nur einstündiger Frist, wurden die Hütten und Verkaufsstände der Slumbewohner abgerissen. Die Bewohner, denen oft nicht einmal genug Zeit verblieb, ihre armselige Habe zu retten, wurden in abgelegene Gegenden verfrachtet, meist 25 bis 40 km von den Städten entfernt. Hier gab ihnen die Behörde keine neuen Unterkünfte, obwohl sie dies zunächst versprochen hatte. Außerdem fanden die Slumbewohner hier keine Arbeit. Die Polizei, verstärkt durch Grenzpolizei, ging brutal gegen die Bewohner vor, die sich den Räumungsarbeiten widersetzten. Dabei wurden Hunderte von Menschen getötet. Gegen dieses erbarmungslose Vorgehen der Behörden protestierten die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Indiens, bis jetzt jedoch ohne Erfolg [183]).

Am 26. Juni 1975 wurden nach Pressemeldungen etwa 6000 Oppositionspolitiker verhaftet [184]). Ende August wurde die Zahl der inhaftierten politischen Gegner

177) Vgl. „The Times of India" v. 28. 7. 1975; FAZ v. 20. 10. 1975 und 29. 3. 1976.
178) Vgl. S. Sardesi, a.a.O., S. 484 ff.
179) Vgl. „Amrit Bazar Patrika" v. 6. 10. 1975.
180) Siehe CPI (KPI), „Central News Service", v. 5. 9. 1975; E. Schaller, a.a.O., S. 60 ff.
181) „New Age" (Neu Delhi) v. 5. 10. 1975; „The Sunday Times" (London) v. 28. 12. 1975; „Die Welt" v. 22. 7. 1975.
182) Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 4. 6. 1976; G. Viratelle, „L'Inde et le Bangladesh relancent leurs campagnes de limitation des naissances", in: „Le Monde Diplomatique", Mai 1976, S. 21; „The Economist" v. 29. 5. 1976.
183) Vgl. „The Times" (London) v. 7. 1. 1976; E. Schaller, a.a.O., S. 56 ff. und 60 ff.
184) „Archiv der Gegenwart" v. 26. 8. 1975.

des regierenden INC bereits auf 11 600 geschätzt. So sollen z. B. im Tihar-Gefängnis von Delhi, das für 3000 Gefangene vorgesehen ist, 8000 Oppositionelle gefangengehalten worden sein [185]). Nach offizieller indischer Darstellung sollen dagegen nach Inkrafttreten des Notstands nur etwa 700 oppositionelle Politiker verhaftet worden sein, darunter u. a. Jaya Prakash Narayan, Morarji Desai, Ashoka Mehta, Charan Singh und K. R. Malkani. Danach soll es sich um nichtkommunistische Oppositionelle und Kritiker innerhalb des INC gehandelt haben, wie z. B. Chander Shekhar, Ram Dhun und Bhim Sen Sachar. In Wirklichkeit wurden jedoch auch Personen, die eine bedeutende Rolle in der indischen Arbeiterbewegung gespielt haben, und Mitglieder der „parallelen" Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) — (KPI [M]) —, die die Notstandsmaßnahmen kritisiert hatten, verhaftet. Hierunter befanden sich bekannte Marxisten, wie E. M. S. Namboodripad, A. K. Gropalan, und Gewerkschaftler. Nur einige wenige konnten entfliehen, darunter George Fernandez, der Führer der Eisenbahnergewerkschaft, einer der größten Gewerkschaften Indiens. Er war als Organisator des Eisenbahnerstreiks bereits im Jahre 1974 verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden. Vor kurzem ist er erneut verhaftet worden [186]).

Kurze Zeit nach der Proklamation des Ausnahmezustands verordnete die indische Regierung die Auflösung von insgesamt 26 rechts- und linksextremistischen Organisationen [187]). Von den rechtsextremen Organisationen wurden hiervon u. a. die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS — Nationale Selbsthilfe-Union) verbunden mit der hindu-orthodoxen Bharatiya Jana Sangh — Oppositionspartei (BJS — Indische Volkspartei), die Hindu-Vereinigung Anand Marg (Weg zur Glückseligkeit) und Jamaat-i-Islam, Sammelbewegung der orthodoxen und militanten Moslems, betroffen. Unter den aufgelösten linksextremen Parteien befanden sich viele kommunistischen Splittergruppen, u. a. die Naxaliten (Kommunistische Partei Indiens [Marxisten-Leninisten] — KPI [M-L]). Keine der verbotenen Organisationen ist im indischen Parlament vertreten. Viele Mitglieder dieser Organisationen wurden verhaftet, nach offizieller Meldung insgesamt 3800 [188]).

Von den verbotenen Organisationen hatte die extreme rechte und faschistische RSS den relativ größten politischen Einfluß. Ihre Ursprünge gehen auf Hindu-Organisationen des 19. Jhs., wie z. B. die Arya Samaj [189]) (arische Gesellschaft), zurück. Sie wurde im Jahre 1925 von Dr. Keshav Hedgewar aus Nagpur als eine Kulturgemeinschaft zur Reformierung der Hindu-Gesellschaft mit stark antiislamischem Akzent gegründet. Ziel dieser Organisation ist die Errichtung des Systems einer erneuerten und gereinigten hinduistischen Gesellschaft innerhalb der eigenen Gruppe, um es dann im ganzen Land zu verbreiten [190]). Es handelte sich um eine streng hierarchisch aufgebaute kampfbundartige Organisation, die die männliche Jugend mit Gesang, Spiel, Hindumythen und antiislamischer Propaganda schulte. Hinzu kam ein paramilitärisches Training der Jugendlichen mit Dolchen, Speeren und Lathis. An der Spitze der RSS-Hierarchie steht der Sar Sanghchalak, eine Mischung aus Parteiführer und Guru (Lehrer und Seelenführer). Die lokalen Gruppen (Shakhas), die etwa aus 50 Personen bestehen, treffen sich jeden Tag zu einer einstündigen Schulung, die aus Sans-

185) Ebd.
186) Vgl. „The Crisis in India", in: „Monthly Review", September 1975, S. 43 ff.; FR v. 15. 6. 1976.
187) NZZ v. 4. 7. 1975.
188) J. Werbke, „Wen traf das Verbot?", in: „Indo-Asia", 4/1975, S. 325 ff.
189) Vgl. C. Schrenck-Notzing, Hundert Jahre Indien, Stuttgart 1961, S. 37 ff.; H. v. Glasenapp, Die Philosophie der Inder, Stuttgart 1958, S. 414 und 450.
190) M. Weiner, Party Politics in India — The Development of a Multi-Party System, Princeton 1957, S. 316 ff.; J. A. Curran, Militant Hinduism in Indian Politics, a study of the R.S.S., New York 1952.

krit-Gebeten und dem Salut ihrer ockerfarbenen Flagge (Bhagwa Jhanda) besteht, die sie statt der Trikolore als einzige indische Fahne betrachten [191]).

Nach der Unabhängigkeit schlug die RSS starke antipakistanische Töne an. Sie trat gegen die Teilung Indiens und für „Akhand Bharat" („Das eine Indien") ein. An den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems als Folge der Teilung Indiens waren ihre Mitglieder stark beteiligt. Als am 30. Januar 1948 N. V. Godse, ein ehemaliges Mitglied der RSS, Mahatma Gandhi aus Protest gegen die von ihm öffentlich geforderte Ablösungssumme von 550 Mio. Rupien an Pakistan in Delhi erschoß, wurde die Organisation verboten und ein Teil ihrer Mitglieder verhaftet [192]). Als ihre Führer versprachen, ihre Tätigkeit auf den kulturellen Sektor zu beschränken und auf politische Aktivitäten aller Art zu verzichten, wurde sie im Jahre 1951 wieder zugelassen. Um ihre politischen Ziele weiterverfolgen zu können, wurde im Jahre 1951 der BJS gegründet. Nach Schätzungen verfügt die RSS über etwa eine Million Mitglieder [193]). Sie besitzt Zweigstellen in allen größeren Städten, wie in Delhi und Bombay.

Die nächsteinflußreiche extreme rechte Organisation, die verboten wurde, ist die genauso fanatische und streng hierarchisch aufgebaute Anand Marg [194]) (d. h. Weg zur Glückseligkeit). Sie gewann mit vager Philosophie und unklaren Ritualen Popularität. Ein Eisenbahnangestellter aus Bihar, P. S. Sarkar, propagierte im Jahre 1955 unter seinen Arbeitskollegen eine private Hinduphilosophie, die sich vor allem aus Yoga- und Tantriklehren und -übungen zusammensetzte. Allmählich gewann er viele Anhänger, die ihn nach „Shiva" und „Krishna" als dritten „Avtar" (Gott) verehrten. Seine Ahänger gaben ihm den Titel „Anandmurti" (Heiliger).

Anand Marg bezeichnet sich als eine sozio-spirituelle Organisation. Die Hauptmerkmale ihrer sozio-ökonomischen Philosophie sind: Dienst an der Menschheit und Befreiung des Individuums. Im Jahre 1962 dehnte sie ihre Arbeit auch auf soziale Gebiete aus und errichtete Ausbildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Colleges und technische Lehrinstitute. An diesen Einrichtungen waren außer indischen Acharyas (Lehrer) auch Amerikaner, Europäer und Australier tätig. Diese Organisation hat drei Millionen Anhänger, die zum Teil auch außerhalb Indiens leben, so z. B. in der BRD, den USA, Großbritannien und Frankreich. Die Reinhaltung der Verwaltung steht an erster Stelle ihrer Ziee. Hierfür wurde eine Basisbewegung aufgrund der Theorie „Progressive Utilisation Theory" — PROUTismus genannt — ins Leben gerufen, die über ganz Indien verbreitet wurde. PROUT-Vereinigungen bekennen sich zur „benevolent dictatorship" („freundlichen Diktatur") der „Sadvipras" (Intellektuelle, die höchste Moralität verkörpern). Die Gesellschaft wird als ein System mit vier Klassen entsprechend den indischen Kasten gesehen. Das Oberhaupt ist „Anandmurti". Nach diesem System, das stark antikommunistisch ausgerichtet ist, besitzt das Proletariat überhaupt keine Fähigkeit zur Herrschaft.

Diese Organisation sieht Mahatma Gandhi und Jawahar Lal Nehru als die Hauptschuldigen an der katastrophalen Lage Indiens nach der Unabhängigkeit an. Zur Durchsetzung ihrer Ziele scheut sie nicht vor Gewalt und Mordtaten zurück. Nackte Gewalt wird verherrlicht und als „Substanz des Lebens" angesehen. Nach

191) D. R. Goyal, Secret Societies: The RSS, in: „Seminar" (Neu Delhi), März 1972; C. Schrenck-Notzing, a.a.O., S. 198 ff.
192) Vgl. D. E. Smith (Hrsg.), South Asian Politics and Religion (Princeton 1966), S. 78 ff.; E. Schaller, „Zur Politik der Bharatiya Jana Sangh (BJS) und ihrer Funktion im politischen System der indischen Bourgeoisie", in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 4/1975, S. 656 ff.; L. Collins und D. Lapierre, Um Mitternacht die Freiheit (München 1976), S. 492 ff.
193) Vgl. E. Schaller, „Zur Politik der Bharatiya Jana Sangh (BJS) und ihrer Funktion im politischen System der indischen Bourgeoisie", a.a.O., S. 656; J. Werbke, a.a.O., S. 327.
194) Vgl. J. Werbke, a.a.O., S. 328 ff.

ihrem Verbot wurden bei Durchsuchungen ihrer Büros in ganz Indien größere Waffenlager gefunden. Sie ist eine eindeutig faschistisch-kriminelle Organisation. Die Jamaat-i-Islami-i-Hind stellt eine Sammelbewegung militanter Moslems dar, die rechts von der Moslem-Liga (ML) steht [195]). Sie wurde im Jahre 1941, nachdem im Jahre 1940 in Lahore die bekannte Resolution der ML — Förderung für Pakistan — verabschiedet worden war, von Maulana Syed Abul Ala Mandoodi, einem islamischen Schriftgelehrten, zusammen mit 75 anderen „Vätern" gegründet. Die Gründungsmitglieder besaßen eine strenge, orthodox islamische Weltanschauung und ordneten sich bedingungslos ihrem geistlichen Führer unter Um die Massen für sich zu gewinnen, dehnte die Organisation ihre Tätigkeit auf soziale Bereiche aus, indem sie z. B. Koranschulen mit Speiseküchen, mobile Ambulanzen und Büchereien für die armen Schichten der muselmanischen Bevölkerung errichtete. Nach der Teilung Indiens formierte sie sich neu. Nach ihrer Verfassung ist der „Emir" (geistlicher Führer), Maulana Abdul Lais Nadvi, ihr Oberhaupt. Auf der politischen Ebene hat sie niemals eine Erfolgschance gehabt. Direkten politischen Einfluß errang sie kaum. Wegen ihrer sozialen Tätigkeit und Indoktrinationsversuche übte sie gleichwohl großen Einfluß auf die muselmanische Bevölkerung aus. Hierdurch wurde der religiöse Fanatismus verstärkt, was mehrmals zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Hindus führte. Auch sie ist im Grunde genommen eine — moslemische — rechtsextremistische und faschistische Organisation. Nach ihrem Verbot befinden sich ca. 400 Mitglieder in Haft.

Die Naxaliten (KPI [M-L] bilden seit 1969 neben den beiden offiziell zugelassenen Kommunistischen Parteien eine eigenständige extreme linke und revolutionäre kommunistische Organisation [196]). Ihren Namen leiten sie von dem Ort Naxalbari im nördlichen Westbengalen ab. Am 3. März 1967 begann im Distrikt Darjeeling in den Kreisen Naxalbari, Phansideva und Kharibari unter der Leitung einer linksextremistischen Fraktion der KPI (M) um Charu Mazumdar, Kanu Sanyal und Jangal Santhal ein bewaffneter Bauernaufstand. Seit Jahren hatte die Fraktion die armen und landlosen Bauern dieses Gebiets, die die Mehrheit der dortigen Bevölkerung bilden, in militanten Bauernvereinigungen organisiert. Denn die Bauern, die größtenteils verschiedenen Stämmen, wie den Adivasis, Chotanagpuris und Gurkhas, angehören, wurden seit Jahren durch Großgrundbesitzer, Wucherer und die Eigentümer der Teeplantagen in feudaler und halbfeudaler Manier rücksichtslos unterdrückt und ausgebeutet. Ihre soziale und wirtschaftliche Lage hatte sich trotz der Fünfjahrespläne und Verfassungsabsicherungen seit der Unabhängigkeit nicht verbessert, sondern sogar erheblich verschlechtert [197]). Selbst die bürgerliche indische Zeitung „Statesman" (Calcutta) bemerkte, daß die Vertragsarbeiter der Teeplantagen in brutaler Sklaverei arbeiten müßten [198]). Die Großgrundbesitzer gingen sogar so weit, eine Vielzahl von Kleinbauern und Teilpächtern von dem von ihnen bestellten Land zu vertreiben. Im Frühjahr 1967 begannen die Naxaliten mit organisierten Bauern gegen diese Mißstände zu demonstrieren. Schließlich gingen sie dazu über, bewaffnet mit Speeren, Dolchen, Schwertern, Schlagstöcken, Pfeil und Bogen und anderen selbstgefertigten Waffen, gewaltsam Ländereien zu besetzen und zu verteilen. Teilweise übten sie Volksjustiz aus. Vor schnell errichteten Volksgerichtshöfen wurden Großgrundbesitzer verurteilt, auf der Stelle aufgehängt oder auf andere

195) Ebd., S. 332.
196) Vgl. C. P. Bhambhri, „The Indian Left Movements", in: „The Indian Journal of Political Science", April-Juni 1975, S. 195 ff.; M. Ram, Indian Communism, Delhi 1969, S. 225 ff.; A. Krause, „Theorie und Praxis des Naxalismus", in: Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaft, R., 2/1975, S. 171 ff.
197) Siehe L. und L. Berg, Face to Face: Fascism and Revolution in India, California 1970, S. 201 ff.; vgl. A. Krause, a.a.O., S. 171 ff.
198) „The Statesman" (New Delhi und Calcutta) v. 6. 6. 1967.

Weise umgebracht [199]). Manche Dörfer befanden sich völlig unter Kontrolle der Naxaliten, die Staatsfunktionen ausübten. Die bewaffneten Auseinandersetzungen der Bauern gegen Großgrundbesitzer und Polizei erreichten im Sommer 1967 ihren Höhepunkt [200]). Die Grundherren versuchten erfolglos, die Aufständischen mit Leibwachen und Privatarmeen zu bekämpfen. Einige Minister der Vereinigten Front von Westbengalen, die diese Erhebungsgebiete im Juni 1967 besuchten, versprachen den Bauern rascheste Eliminierung der grausamen Verhältnisse und Untersuchung aller Beschwerden und verlangten dafür, bis zum 21. Juni 1967 Ruhe und Ordnung zu bewahren oder wiederherzustellen. Ein entsprechendes Abkommen wurde mit Kanu Sanyal geschlossen, das wegen weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen verlängert werden mußte. Diese Intervention der westbengalischen Regierung ging auf die Initiative des Ministerpräsidenten von Westbengalen, Ajoy Mukerjee, eines Mitglieds des INC, zurück, dem auch die meisten betroffenen Großgrundbesitzer angehörten. Die Bundesregierung übte auch Druck auf die Landesregierung aus, weil sie fürchtete, daß durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände die strategische Verbindung zu den nordostindischen Grenzprovinzen, hauptsächlich zu Assam mit seinen Ölreserven, abgeschnitten werden könnten. Der Innenminister Westbengalens, Jyoti Basu, der der KPI (M) angehörte, taktierte in dieser Frage zunächst zurückhaltend. Die KPI (M) [201]), die nach Richtungskämpfen innerhalb der Kommunistischen Partei Indiens (KPI) 1964 gegründet worden und zunächst pro-chinesisch orientiert war, entschied sich schließlich jedoch gegen die Naxaliten, ihre eigene Fraktion, und gab damit die pro-chinesische Richtung auf. Bei dieser Entscheidung spielten wohl auch Profilierungsgedanken eine Rolle, da die Naxaliten der KPI (M) hinderlich waren. Die KPI (M) vertritt heute eine unabhängige Position in der kommunistischen Welt, ist jedoch eher „moskaufreundlich".

Starke Polizeieinheiten intervenierten am 12. Juli 1967 im Aufstandsgebiet und schlugen die Erhebung schließlich nieder. 562 Aufständische, darunter Jangal Santhal, wurden gefangengenommen.

Der Aufstand in Naxalbari fand die uneingeschränkte Unterstützung der Volksrepublik China, die die KPI (M) scharf wegen der Unterdrückung der Naxaliten kritisierte und sie dafür verantwortlich machte.

Die Naxaliten (KPI [M-L]) sind eine linksextremistische und revolutionäre Gruppe, die die bürgerliche parlamentarische Demokratie und die indische Verfassung prinzipiell verwerfen und physische Gewalt als Mittel zum Zwecke der Revolution befürworten. Sie operierten von Anfang an im Untergrund. Sie stellen ihre pro-chinesische Haltung in der kommunistischen Bewegung heraus und erhalten auch von der VR China starke Unterstützung.

Während des Bangla Desh-Konflikts im Jahre 1971 identifizierten sie sich voll mit der chinesischen Position und büßten damit Sympathien in der indischen Bevölkerung ein. Als sich die soziale und wirtschaftliche Lage der indischen Bevölkerung weiter verschlechterte und im benachbarten Bangla Desh wegen des Mißerfolgs der Regierung die pro-chinesischen Kräfte wieder zunahmen, faßten auch die Naxaliten erneut Fuß, gewannen jedoch ihre frühere Stärke nicht mehr zurück. Es kam nicht mehr zu großen Aufständen, sondern es blieb bei mehreren vereinzelten Überfällen auf Großgrundbesitzer. Die Naxaliten operieren in West-

[199]) Siehe L. und L. Berg, a.a.O., S. 201 ff.; vgl. „The Naxalite Movement", in: „India Today" (hrsg. v. Research Bureau United News of India, Neu Delhi 1970), S. 105 ff.; M. Ram, a.a.O., S. 249 ff.
[200]) Siehe K. Gough und H. P. Sharma (Hrsg.), Imperialism and Revolution in South Asia, New York 1973, S. 345 ff.; vgl. B. Dasgupta, „Naxalite armed struggles and the annihilation campaign in rural areas", in: „Economic and Political Weekly" (Bombay), 4—6/1973, S. 177 ff.
[201]) Vgl. M. Ram, a.a.O., S. 210 ff.; K. Gough und H. P. Sharma (Hrsg.), a.a.O., S. 338 ff.

bengalen, Bihar, Orissa, Punjab, Andrha Pradesh, Tamil Nadu und Kerala. Eine bewaffnete Revolution in Indien zuwegezubringen, sind sie nicht imstande. Daß sie, die selbst intensiv in den Dörfern gearbeitet haben, auf die miserable Lage der armen Bauern und landlosen Arbeiter und die grausame Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer und Geldverleiher aufmerksam gemacht haben, kann ihnen als Verdienst nicht abgesprochen werden.

Nach der Verlängerung des Ausnahmezustands wurden laut offizieller Mitteilung ca. 400 Naxaliten verhaftet. Viele führende Mitglieder befinden sich bereits seit 1971 im Gefängnis. Nach einem neuesten Bericht von Amnesty International [202]) hat Westbengalen die größte Zahl politischer Gefangener in Indien, davon sind die meisten Naxaliten, die oft ohne gerichtliches Verfahren inhaftiert sind. Die Zahl der politischen Gefangenen wird hier auf 15 000 bis 20 000 geschätzt. Einige von ihnen befinden sich schon seit 5 Jahren in Haft. Einige sind aufgrund der Vorbeugehaftgesetze, wie z. B. das Gesetz zur Wahrung der Inneren Sicherheit und die Verordnung zur Verteidigung Indiens, die im Jahre 1971 mit Verhängung des Ausnahmezustands in Kraft traten, inhaftiert. Die Gefangenen befinden sich laut Amnesty International in überfüllten Gefängnissen, was zum Tode von 88 Gefangenen innerhalb zweier Jahre — von Dezember 1970 bis Januar 1972 — geführt hat. Dieser Bericht kommt ferner zu dem Ergebnis, daß Gefangene an Stangen gefesselt wurden (manchmal bis zu zwei Jahre), hygienisch und medizinisch unzureichend versorgt sind und während polizeilicher Verhöre gefoltert werden [203]). Die indische Regierung bestritt die von Amnesty International genannte Zahl politischer Gefangener und behauptete, daß es sich lediglich um 1609 Gefangene handele, die für extremistische Aktivitäten in Westbengalen verantwortlich seien. Die indische Zeitung „The Times of India" erklärte die Differenz beider Zahlen damit, daß politische Gefangene, wenn sie wegen angeblich krimineller Delikte inhaftiert werden, nach den Gefängnisbestimmungen von 1956 nicht als politische Gefangene eingestuft und behandelt werden [204]).

Die Ausrufung des Ausnahmezustands in Indien ist, innerhalb und außerhalb Indiens, mit Begeisterung auf der einen und mit Kritik und Ablehnung auf der anderen Seite aufgenommen werden. Die KPI [205]) begrüßte zunächst vorbehaltlos die Notstandsmaßnahmen und forderte die Realisierung des Wirtschaftsprogramms. Als die INC-Regierung jedoch arbeiterfeindliche Maßnahmen, wie z. B. das Streikverbot, verkündete, nahm sie eine differenzierte Haltung ein.

Dagegen haben die rechtsgerichteten indischen Oppositionsparteien, wie z. B. BJS, INC (Opposition) und Swatantra Partei („Freiheitspartei"), die Sozialistische Patei und die KPI (M) die Ausrufung des Notstands von Anfang an kritisiert. Dabei warfen die rechtsgerichteten Parteien und die Sozialistische Partei der indischen Regierung vor, durch Aufhebung der Grundfreiheiten und -rechte und Einführung der strikten Pressezensur die Demokratie in Indien untergraben zu

202) Amnesty International, Jahresbericht 1974/75, Hamburg 1975, S. 95—97.
203) Ebd., S. 95; Amnesty International, Bericht über die Folter, Frankfurt/M. 1975, S. 154—156.
204) Ebd., S. 96; M. Tyler, „Zur Lage der politischen Gefangenen in Indien", in: „Befreiung", Mai 1976, S. 25—26; „International Herald Tribune", Paris, v. 17. 6. 1976.
205) Siehe The Communist Party of India (KPI), CPI Central Secretariat Statement on Present situation, in: KPI, „Central News Service" (Neu Delhi) v. 27. 6. 1975; Resolution des Zentralen Exekutivkomitees der KPI: Der nationale Ausnahmezustand und unsere Aufgaben, in: „Horizont" (Berlin/DDR), 35/1975; „Neues Deutschland" v. 27. 6. 1975; N. Krishnan, „Eine schroffe Wende", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 10/1975, S. 1327 ff.; R. Rao, „Bewußtsein der historischen Verantwortung", in: Ebd., 5/1975, S. 634 ff.; E. Schaller, „Zur Verschärfung des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt in Indien im Jahre 1975", a.a.O., S. 60; „The Times" (London) v. 7. 1. 1976; „International Herald Tribune" v. 12./13. 7. 1975.
206) Vgl. J. P. Narayan, „Emergency in India" (Letter) in: „The Times" (London) v. 5. 6. 1976; FR v. 30. 7. 1975 und 10. 6. 1976; „International Herald Tribune" (Paris) v. 2. 1. 1976; „International Herald Tribune" (Paris) v. 2. 1. 1976; „The Guardian Weekly" v. 5. 7. 1975; „Time" v. 7. 7. 1975.

haben [206]). Die KPI (M) erblickte in der Verkündung des Ausnahmezustands die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Indien [207]).

Der Führer dieser Oppositionsparteien, insbesondere des INC (Opposition), der BJS, Swatantra Partei und der Sozialistischen Partei, wurde Jaya Prakash Narayan [208]). Narayan war Anfang der 30er Jahre dem INC als ein überzeugter Sozialist mit marxistischer Prägung beigetreten. Er hat zusammen mit J. L. Nehru eine bedeutende Rolle in der indischen Unabhängigkeitsbewegung gespielt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Jahre 1946 übernahm er die Führung der Sozialistischen Partei, die in den Wahlen von 1951/52 eine unerwartete Niederlage erlitt. Später erteilte er dem Marxismus und Materialismus eine Absage und zog sich Ende der 50er Jahre vorübergehend aus der aktiven Politik zurück, die er als ein schmutzig und korrupt gewordenes Geschäft verurteilte. Er übte scharfe Kritik an der parlamentarischen Demokratie Indiens und forderte einen neuen Staatsaufbau auf der Grundlage der Dorfgemeinschaft [209]). Er schloß sich der Bewegung des gewaltlosen Widerstands unter der Führung von Vinoba Bhave und dessen Landschenkungsbewegung („Bhudan-Bewegung") an [210]).

Hierdurch erwarb er sich den Ruf eines Gandhi-Anhängers. Nach seiner Rückkehr ins aktive politische Leben im Jahre 1974 nahm er einen prononciert antikommunistischen und prowestlichen Standpunkt ein. Er rechnet sich zu den Revolutionären, die Gewalt ablehnen. Er glaubt, daß er der Nachfolger von Marx, Lenin, Gandhi und Mao zugleich sei und ihre politischen Lehren synthetisch vereine. Er plädiert für eine „totale Revolution", die die „parteilose Demokratie" in Indien hervorbringen werde [211]). Er forderte die INC-Regierung auf, die Korruption zu beenden und Armut, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen zu bekämpfen. Aus der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Lage in Indien, für die die INC-Regierung größtenteils verantwortlich war, konnte die rechte Opposition und ihr Führer Narayan politisches Kapital schlagen. In den Jahren 1973 und 1974 gelang es Narayan, eine große Anhängerschaft in ganz Indien gegen die INC-Regierung zu mobilisieren. Vor allem in den Bundesstaaten Bihar und Gujarat fanden Massendemonstrationen statt, die mit blutigen Unruhen und Gewalttätigkeiten einhergingen [212]).

Narayans „Lösung" der sozialen und wirtschaftlichen Probleme Indiens, nämlich die „totale Revolution" und eine „parteilose Demokratie", ist natürlich in höchstem Maße unrealistisch und utopisch. Das gegenwärtige Indien ist eine ausgeprägte Klassengesellschaft, in der sich jede Klasse zur Wahrnehmung ihrer Interessen vor allem politisch organisieren muß. Narayan gründete überall nichtparteigebundene Kampfkomitees des Volkes, die zu Vorläufern der künftigen „parteilosen Demokratie" deklariert wurden. Diese Komitees wurden jedoch von Großgrundbesitzern, Händlern, Spekulanten und Mitgliedern der rechtsextremistischen und reaktionären Parteien und Organisationen wie der BJS, RSS, Anand Marg, Swatantra Partei und dem INC (Opposition) beherrscht, und auch der Kampf für eine „parteilose Demokratie" führte zu Ausschreitungen, bei denen Kommunisten, Funktionäre von Gewerkschaften und Bauernorganisationen

207) Vgl. H. Sharma, a.a.O., S. 468 ff.; „The Crisis in India", a.a.O., S. 40 ff.; Y. Gu-ping, „Regierung Indira Gandhi: Bösartiges Wesen tritt völlig zutage", in: „Peking Rundschau", 27/1975, S. 26; H. Papendieck, „Die Politik der Gandhi-Regierung und die Rolle der Sowjetunion in Indien", in: „Befreiung", Mai 1976, S. 6 ff.; „Internationale Solidarität", 3/1976, S. 3 ff.

208) Siehe T. K. Mahadevan (Hrsg.), Jaya Prakash Narayan and the future of Indian democracy, Neu Delhi 1975, S. 45 ff. und 97 ff.; S. Sardesi, a.a.O., S. 487 ff.

209) J. P. Narayan, Towards a new society, Neu Delhi 1958; ebd.: A Plea for reconstruction of Indian policy, Delhi 1959; ebd.: Socialism to Sarvodaya, Madras 1956; C. Schrenck-Notzing, a.a.O., S. 206 ff.; D. Kantowsky, Indien — Gesellschaftsstruktur und Politik, Frankfurt/M. 1972, S. 143—145.

210) Vgl. M. L. Sarin, „Indien vor und nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975", in: „Blätter", 12/1975, S. 1375.

211) Vgl. T. K. Mahadevan (Hrsg.), a.a.O., S. 20 ff. und 116 ff.; S. Sardesi, a.a.O., S. 487—488.

212) Siehe T. K. Mahadevan (Hrsg.), a.a.O., S. 45 ff. und 71 ff.; „The Guardian Weekly" v. 5. 7. 1975.

überfallen, Brände gelegt und Ausbildungseinrichtungen und Zeitungshäuser verwüstet wurden [213]).

Die indischen Gewerkschaften [214]), in denen gegenwärtig etwa 6 Millionen Arbeiter organisiert sind, waren in der Beurteilung des Ausnahmezustands zunächst gespalten [215]). In Indien besteht keine Einheitsgewerkschaft, die einzelnen Gewerkschaften sind vielmehr parteipolitisch orientiert. Die Gewerkschaftsbewegung wird in Indien außerdem durch traditionelle Faktoren wie Kaste, Religion, Sprachbarrieren und Analphabetentum gehemmt. Die INC- und KPI-treuen Gewerkschaften — Indian National Trade Union Congress (INTUC/Indischer Nationaler Gewerkschaftskongreß) und All India Trade Union Congress (AITUC/Allindischer Gewerkschaftskongreß) — unterstützten zunächst uneingeschränkt die Notstandsmaßnahmen. Als die Gewerkschaften jedoch durch Lohnstopp und Streikverbot hiervon selbst betroffen wurden, nahm der AITUC jedenfalls insoweit eine Gegenposition ein. Die anderen Gewerkschaften, wie das Centre of Indian Trade Unions (CITU/Indisches Gewerkschaftszentrum), das der KPI (M) nahesteht, die Hind Mazdoor Sabha (HMS/Indische Arbeiter-Vereinigung) und andere Gewerkschaften, die der Sozialistischen Partei nahestehen, und die unabhängigen Gewerkschaftsföderationen, wie die der Eisenbahner, kritisierten von An fang an die Ausrufung des Ausnahmezustands. Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung brachten schließlich eine Aktionseinheit unter den meisten Gewerkschaften zustande [216]).

Durch die Verhängung des Ausnahmezustands hat Indien das Image der „größten Demokratie der Welt" eingebüßt. Man muß sich aber darüber klar sein, daß diese Bezeichnung von Anfang an nicht zutraf. Die sogenannte größte Demokratie der Welt bestand, wie in den vorausgegangenen Beiträgen dargetan worden ist, in Wirklichkeit nur für eine kleine wohlhabende Oberschicht. Die Masse der armen indischen Bevölkerung hatte weder sozial und politisch noch wirtschaftlich einen Anteil an dieser Demokratie. Es stellt sich damit die Frage, ob die bürgerliche parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild Westminsters überhaupt die geeignete Staatsform für ein Entwicklungsland wie Indien sein konnte. Andere Kolonialmächte haben bekanntlich ebenfalls versucht, ihr Regierungssystem in den ehemaligen Kolonien einzuführen. Indien ist eines der wenigen Entwicklungsländer, die die Institutionen und Formen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie modellgerecht angenommen haben. Großbritannien hatte Indien nicht ohne eigennützige Motive auf diese Staatsform vorbereitet. Es schuf bereits in der Mitte des 19. Jhs. parlamentarische Institutionen in Indien, an denen das unabhängige Indien nichts zu kritisieren und zu ändern fand. Da die Segnungen dieser Verfassung nicht den breiten Massen zugutegekommen sind, die Mahatma Gandhi im Kampf um die Unabhängigkeit mobilisieren konnte, sondern nur einer kleinen Elite, ist es verständlich, daß bei der Masse der armen indischen Bevölkerung, die die Verfassung nicht verinnerlicht hat, die neuen Notstandsmaßnahmen der INC-Regierung bis jetzt nicht auf Ablehnung gestoßen sind, obwohl sie keine sofortige Erweiterung der Nationalisierung und keine Strukturveränderung in der Wirtschaft vorsehen. Hinzu kommt, daß das Notstandsprogramm auch einige Erfolge zu verzeichnen hat. Die Preise sind durchweg gesunken, obwohl das allgemeine Preisniveau noch keine stabile Basis hat.

213) Vgl. S. Sardesi, a.a.O., S. 484—488; „Neues Deutschland" v. 27. 8. 1975; S. Mitra, „Demokratische Kräfte Indiens in der Offensive", in: „Marxistische Blätter", 6/1975, S. 39 ff.
214) Siehe Studien zum Kampf um den sozialen Fortschritt in Indien, Berlin/DDR 1975, S. 287 ff., A. A. Raman Rao, Indian Trade Unions, Honolulu 1967.
215) Vgl. E. Schaller, „Zur Verschärfung des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt in Indien im Jahre 1975", a.a.O., S. 60 ff.; FAZ v. 22. 7. 1975.
216) Vgl. FR v. 15. 6. 1976; E. Schaller, „Zur Verschärfung des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt in Indien im Jahre 1975", a.a.O., S. 60 ff.

Die Bürokratie arbeitet schneller, hat jedoch noch mehr an Macht gewonnen, und noch immer besteht eine unheilige Allianz zwischen ihr und dem Großgrundbesitz, die eine Realisierung der Landreform verhindert. Die Industrieproduktion, die vor zwei Jahren um 0,2 % rückläufig gewesen war, erreichte wieder einen Zuwachs von 4,5 %. Hauptanteil daran hat der staatliche Sektor. Ferner haben sich die staatlichen Dienstleistungen verbessert.

Der Land- und Fabrikarbeiter, die Masse der armen indischen Bevölkerung überhaupt, ist naturgemäß viel stärker an der Verbesserung der alltäglichen materiellen Lebensbedingungen als an bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechten, wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Wahlen, interessiert. Und deutlicher noch als anderswo und zu anderen Zeiten erweist sich am Beispiel Indien, daß ohne die Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Demokratie mit der formalen Demokratisierung des staatlichen Ämter- und Organgefüges eine Nation nicht demokratisiert werden kann. So erklärt sich, daß seit langem Diskussionen unter den fortschrittlichen Kräften Indiens darüber im Gange gewesen sind, ob nicht im Interesse der sozio-ökonomischen Entwicklung bürgerliche Freiheiten zugunsten einer größeren Disziplinierung einzuschränken seien. Es stellt sich aber die Frage, ob es der INC-Regierung unter der Führung von Frau Gandhi bei Ausrufung des Notstands um eine sozio-ökonomische Entwicklung ging. Der INC ist und bleibt eine „bürgerliche" Partei. Er kann daher nur gewisse Reformen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, aber keine grundlegenden Veränderungen herbeiführen. Es ist aber einmalig in der Geschichte des unabhängigen Indiens, daß eine Regierung den Ausnahmezustand mit der Begründung ausruft, ihr gemäßigtes sozio-ökonomisches Programm durchzusetzen. Dieses Programm hält sich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, da die Regierung unverrückbar an der bürgerlichen Eigentumsverfassung festhält. Sie ermöglicht ferner jede Kooperation mit In- und Auslandsinvestoren, die das System weiter befestigt. Das Budget der INC-Regierung von 1976/77 enthält auch große Zugeständnisse an die Unternehmer. Der wichtige Getreidehandel ist z. B. nicht verstaatlicht. Dagegen sind durch das Verbot von Streiks und höheren Lohnforderungen die legitimen Rechte der Arbeiter eingeschränkt.

Der INC — an dieser bitteren Wahrheit ist nicht vorbeizukommen — hat seit Jahren Indien nur mit Hilfe von Rhetorik regiert. Er hat der Bevölkerung immer wieder „Sozialismus" oder eine „sozialistische Gesellschaft" versprochen, seine Ankündigungen aber nie erfüllt. Bedurfte es erst der Ausrufung des Ausnahmezustands, um dieses Programm zu verwirklichen? Der INC besaß in beiden Häusern des Parlaments schon vorher sogar die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit und verfügte auch in den meisten Bundesländern über eine Mehrheit. Danach drängt sich nur zu leicht der Verdacht auf, daß die Notstandsmaßnahmen vor allem dazu dienten, die durch die Gerichtsurteile gefährdete personbezogene Macht von Frau Gandhi und des INC aufrechtzuerhalten, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Frau Gandhi vorgeworfenen Praktiken im Westen weithin als unanstößig gelten.

Die in keiner Weise zu rechtfertigenden blutigen Unruhen sind zwar einerseits durch Rechtskräfte ausgelöst worden, hatten aber andererseits ihre Ursache in den Versäumnissen der INC-Regierung und waren nur der äußere Anlaß für die Ausrufung des Ausnahmezustands. Die Regierung hat denn auch früh auf den Versuch verzichtet, durch Einsatz polizeilicher und gerichtlicher Mittel des verfassungsmäßigen Normalzustands die Lage unter ihre Kontrolle zu bringen.

Seit Bestehen des Notstands gibt es nun in Indien kein Kontrollorgan mehr. Die ohnehin schwache politische Opposition ist weiter geschwächt worden. Büro-

kratie und Polizeiapparat werden verstärkt gegen Regierungsoppositionelle und -kritiker eingesetzt. Die Regierung hat unter dem Vorwand des Notstands auch politische Oppositionelle willkürlich ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert. Es ist zu bedauern, daß der Oberste Gerichtshof („Supreme Court") in Neu Delhi sich in seinem Grundsatzurteil [217]) letztenendes den Ansichten der Regierung gebeugt und damit buchstäblich das gesamte indische Volk für rechtlos erklärt hat. Danach ist die Habeas-Corpus-Akte als Hauptgarant der freiheitlichen Grundrechte unter den Sondergesetzen des Ausnahmezustands außer Kraft gesetzt. In Zukunft kann jeder Inder verhaftet werden, ohne auch nur ein Recht auf Verteidigung zu haben. Es ist nicht einmal eine Gerichtsverhandlung oder die Darlegung der Gründe der Verhaftung erforderlich. Das Urteil richtet sich hauptsächlich gegen Tausende von politischen Gefangenen, denen gegen ihre Verhaftung kein Rechtsmittel mehr zur Verfügung steht. So hat die Justiz ihre eigene rechtsstaatliche Kontrollfunktion aufgehoben.

Trotz all dieser negativen Auswirkungen wäre die Ausrufung des Ausnahmezustands dann zu befürworten, wenn hierdurch das lang verkündete sozio-ökonomische Programm verwirklicht und damit durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der indischen Bevölkerung die entscheidende Grundlage für eine demokratische Entwicklung in Indien gelegt würde. Doch leider sieht es bis jetzt so aus, als ob der Ausnahmezustand sich institutionalisierte und verselbständigte und so zur permanenten „Verfassung" einer Diktatur der Bourgeoisie werden könnte. Nach einem Jahr seit Verkündung des Notstands wäre es hoch an der Zeit, daß die indische Regierung mit Hilfe dieses Instruments die noch ausstehenden Reformen, vor allem die Bodenreform, durchführt und dann zu den Regularien der verfassungsmäßigen Normalität zurückfindet.

217) Vgl. „The Statesman Weekly" (New Delhi und Calcutta) v. 1. 5. 1976; „International Herald Tribune" (Paris) v. 29. 4. und 4. 5. 1976; abweichend nur Richter H. R. Khanna, der in seinem Minderheitsvotum bemerkte: „The power of the courts to issue a writ of habeas corpus is regarded as one of the most important characteristics of democratic states and the rule of law. The principle that no one shall be deprived of his life or liberty without the authority of law is rooted in the consideration that life and liberty are precious possessions". Ebd., 4. 5. 1976; FAZ v. 21. 5. 1976; siehe auch E. Schaller, „Verfassung und sozialer Fortschritt in Indien", in: „Asien, Afrika, Lateinamerika", 3/1976, S. 383 ff.

Frank Deppe (Hrsg.)

Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration

Mit Beiträgen von Detlev Albers, Heinz-Jürgen Axt, Manfred Boni, Frank Deppe, Werner Goldschmidt, Franz Holzberger, Joachim Lau, Wolfgang Müller, Paul Oehlke, Klaus Ruhwedel und Ulrich Wacker.

Kleine Bibliothek, Bd. 53, 383 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Integration als Krisenprozeß – Klassenkämpfe und die Perspektive der Mitbestimmung – Westeuropäische Integration. Nationalstaat und Arbeiterbewegung – Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen seit dem Ende der sechziger Jahre – Der Europäische Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration – Zur „Europapolitik" der französischen Gewerkschaft C.G.T. – Investitionskontrolle und monopolistischer Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft – Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf. Zur Europapolitik der Kommunistischen Parteien.

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

DIE GROSSE KUNST DES WEGLASSENS

Der Bundestagswahlkampf ist in vollem Gang, tagtäglich strahlt das Fernsehen Werbesendungen der politischen Parteien aus, Was allerdings dem „Recht der Bürger auf Information" Genüge leisten sollte, kann bestenfalls als Fortsetzung des Werbeblocks bezeichnet werden — quasi als Wurmfortsatz.

Hinreißend hingegossen wie ein Standbild aus Erz — Helmut Schmidt, die Rechte lässig in der Rocktasche versenkt, den Blick kühn in die Zukunft gerichtet; dann ein Peter Stuyvesant-Schwenk und um ihn herum die Staffage der Regierungsmitglieder. Man *erkennt* sofort, auf diesen Kanzler kommt es an; er und seine Partei wollen die „Freiheit" verwirklichen: glückliche Kinder, die auf grüner Au ein Flugzeug steigen lassen, jauchzen, lachen; glückliche Auszubildende, bravwißbegierige Studenten. Es ist *alles in Ordnung* in dieser Werbewelt, und es wird „gesichert und ausgebaut".

Auch Helmut Kohl will *die* „Freiheit", wirkt nicht so schön und kühn, „argumentiert" aber ehrbar-gefaßt, er sei nun wirklich endgültig und gemeinsamer Kanzlerkandidat, und damit die Kinder wieder glücklich lachen, muß endlich wieder mehr *persönliche Freiheit in Verantwortung des einzelnen* stattfinden. Alles in schönen Bildern. Da war der „gesunde Menschenverstand" (NPD, 1. 9. 76) schon unansehnlicher; es gab keine bunten Bilder mit glücklichen Menschen, und so nett wie die beiden Helmuts sahen die Sprecher auch nicht aus.

Die Sendung der DKP (ARD, 3. 9.) nahm sich gegenüber all dem exotisch aus; da stellte man doch wirklich recht ausgefallene Forderungen: Recht auf Arbeit, Preisstopp, Abschaffung der Berufsverbote.

Wo sich die Wahlstrategien der etablierten Parteien offensichtlich primär nach der Schönheit der Akteure und deren schauspielerischer Eleganz richten, da bleibt kaum Platz für wirkliche politische Information — dem suchenden Zuschauern bleibt eigentlich nur die Verwirrung, die gleiche inhaltliche Desorientierung, mit der viele dem politischen Geschehen gegenüberstehen.

Genau dies ist auch die Bruchstelle, an der die Profis der Werbeagenturen und Meinungsforschungsinstitute ansetzen. In der Erkenntnis, daß „Werbung die Kunst des Weglassens" („Frankfurter Rundschau", 3. 9.) ist, lassen sie weg und gehen heimliche Wege; mit dem Ziel, „eine im Unterbewußtsein schlummernde Sympathie zum offenen Bekenntnis zu verstärken" (ebd.) werden tiefenpsychologische Erkenntnisse der kommerziellen Werbung ausgeschlachtet:

Man gibt den Werbesendungen der politischen Parteien einen gewissen, harmonisierenden Unterhaltungswert bei und läßt die „Argumente" um möglichst allgemeine Denkfiguren des Alltagsbewußtseins kreisen. Man betont filmtechnisch die ideologisch eingeschliffene *Überhöhung der Persönlichkeit*, an welche die propagierten Ziele und erbrachten Leistungen einer Partei gebunden werden, um so mit Instinkt und Sprachgefühl „verkauft" zu werden, als Synthese aus originellsympathischem Spruch und vager politischer Aussage. Diese Persönlichkeit umgibt man mit zustimmenden, (je nach dem) glücklichen oder „kritischen" Menschen, wie man sie aus der Welt der Werbung kennt, und inmitten dieser zustimmenden Schar betont die Führungspersönlichkeit ernst/dezent/entschlossen ihre jeweilige Frontstellung in einer geschichtslosen politischen Landschaft mit einigen Forderungen, die um die Varianten der zentralen Leerformel von der unspezifizierten Freiheit kreisen.

Präzise politische Positions- und Zielbestimmungen werden weggelassen; finden sie in Ausnahmen statt, dann wirken sie eher störend — wahrscheinlich erzeugen sie im Unterbewußtsein vieler eher emotionale Dissonanzen als Kauffreudigkeit.

Henning Walter

Franz Herre, Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Weltmacht, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 303 S., 29,80 DM.

Hans R. Guggisberg, Geschichte der USA, 2 Bände, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1976 (Urban Taschenbücher, Bd. 209 und 210), 320 S., zus. 20,— DM. — Einmal mehr populär (Herre), einmal mehr wissenschaftlich (Guggisberg) geschrieben, sind dies zwei Beispiele aus der US-Bücherwelle anläßlich des 200jährigen Jubiläums der Unabhängigkeitserkl.rung. Das zweite ist besser.

Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932—1935, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1976, 184 S., 14,— DM. — 60 Seiten Text, 30 Seiten Dokumente, 80 Seiten Anmerkungen und Literaturverzeichnis: ein Arbeitsbuch.

Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO? Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik von 1927 bis 1929, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975, 159 S., 7,50 DM.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zum Strukturwandel der Arbeitslosigkeit

Obwohl die wirtschaftliche Belebung — verstanden als Zunahme der industriellen Produktion — inzwischen drei Vierteljahre andauert, hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt scheinbar kaum verändert. Die ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen liegen nur wenig unter den Vorjahreswerten. Seit Mai 1976 nehmen die von Saisonschwankungen bereinigten Arbeitslosenzahlen nicht mehr ab. Im Juli lagen sie nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank bei 1 045 000.

In welchem Maße aber die ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen irreführen, zeigt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB). Es wurde eine repräsentative Gruppe von 8000 deutschen Arbeitslosen befragt, die im September 1974 arbeitslos gemeldet waren. Davon waren ein Jahr später nur 38 % wieder berufstätig. 34 % waren noch immer oder wieder arbeitslos, 29 % waren aus dem Berufsleben ausgeschieden, darunter 11 % als Hausfrauen, 8 % als Rentner und 5 % wegen Aufnahme einer Ausbildung („Handelsblatt" v. 2. 8. 1976).

horizont

sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft aus der DDR

horizont

bringt Informationen, die Sie brauchen!

horizont

Mit *horizont* bietet sich Ihnen eine interessante Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

horizont bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

horizont erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern.
Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag,
DDR — 1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Wünschen Sie ein Abonnement, senden Sie den Kupon an

Brücken-Verlag
Literaturvertrieb Export-Import-Barsortiment
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

☐ Ich möchte *horizont* im Abonnement beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Da es sich bei denjenigen, die aus dem Berufsleben ausscheiden, ganz überwiegend um arbeitsmarktbedingte „Abgänger" handelt, also eigentlich um Arbeitslose, kann abgesehen werden, in welchem Maße die veröffentlichten Daten die Lage beschönigen. Der leichte Rückgang der offiziellen Zahlen ist zudem allein auf den Rückgang der Zahl der ausländischen Arbeitslosen zurückzuführen, die zunehmend gezwungen sind, nach Ablauf der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes in ihre Heimatländer zurückzukehren. Dies zeigt die Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1976.

Arbeitslose nach ausgewählten Merkmalen

	Mai 1974		Mai 1975		Mai 1976	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Arbeitslose insgesamt	*457*	*100*	*1018*	*100*	*954*	*100*
darunter:						
Männer	*239*	*52,3*	*593*	*58,3*	*500*	*52,4*
Frauen	*218*	*47,7*	*425*	*41,7*	*454*	*47,6*
Deutsche	*401*	*87,7*	*850*	*83,6*	*852*	*89,3*
Ausländer	*56*	*12,3*	*167*	*16,4*	*102*	*10,7*
Angestellte	*141*	*30,9*	*286*	*28,1*	*357*	*37,4*
Arbeiter	*315*	*69,1*	*732*	*71,9*	*597*	*62,6*

Quelle: Strukturanalyse der Arbeitslosen, Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende Mai 1976, Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit.

Es fällt bei dieser Tabelle auf, daß sich die Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit von Mai 1974 und Mai 1976 in etwa gleichen, während das Jahr 1975 aus dem Rahmen fällt. Das hängt damit zusammen, daß das Jahr 1975 ein ausgesprochenes Krisenjahr war, in dem die Arbeitslosigkeit vor allem zyklische Momente widerspiegelte. Im Mai 1974 dagegen stand die Krise erst an ihrem Anfang und machte sich noch nicht voll auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit resultierte zu diesem Zeitpunkt noch in erster Linie aus „nicht-zyklischen" Faktoren ‚die vereinfacht als „strukturell" bezeichnet werden. Auch in den Zahlen vom Mai 1976 gewinnen diese „strukturellen" Momente wieder an Gewicht, wobei jedoch die absoluten Zahlen mehr als verdoppelt sind. Während sich die absoluten Arbeitslosenzahlen seit dem Höhepunkt der Krise nur wenig verändert haben, hat sich doch der Charakter der Arbeitslosigkeit gewandelt. Vor allem der hohe Anteil der Angestellten ist Indiz für den dauerhaften Charakter der Arbeitslosigkeit. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist überproportional im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, in Sektoren also, in denen Beschäftigung und Produktion noch in einer vergleichsweise engen Beziehung zueinander stehen. Zugenommen hat die Arbeits-

Arbeitslose nach Berufsausbildung

	Mai 1974		Mai 1975		Mai 1976	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Arbeitslose insgesamt	*457*	*100*	*1018*	*100*	*954*	*100*
davon:						
nicht abgeschlossene Berufsausbildung	*260*	*56,9*	*565*	*55,5*	*525*	*55,0*
abgeschlossene Berufsausbildung	*197*	*43,1*	*453*	*44,5*	*429*	*45,0*
darunter:						
*Anlernung *)*	*27*	*6,0*	*59*	*5,8*	—	—
Lehre	*139*	*30,3*	*343*	*33,7*	*355*	*37,3*
Berufsfachschule	*17*	*3,7*	*25*	*2,5*	*41*	*4,3*
Fachhochschule	*6*	*1,4*	*12*	*1,2*	*14*	*1,5*
Hochschule	*8*	*1,7*	*13*	*1,3*	*18*	*1,9*

*) Seit 1975 wird die Kategorie „Anlernung" nicht mehr gesondert erhoben, so daß die Zahlen nicht voll vergleichbar sind. Je nach Anlernberuf erscheinen nun die „Angelernten" unter „Lehre" bzw. unter „nicht abgeschlossene Berufsausbildung". Der Rückgang der Ungelernten unter den Arbeitslosen ist daher stärker, als es die Tabelle ausweist.
Quelle: Ebd.

losigkeit dagegen im „tertiären" Sektor, also im Handel, in Verwaltungen und im Dienstleistungsgewerbe. Auch die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen hat sich „verbessert", d. h. der Anteil der qualifizierten Arbeitslosen ist gestiegen. Auch das ist ein Indiz für den „strukturellen" Charakter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Immer weniger schützt eine gute Berufsausbildung vor Entlassung, immer weniger ist eine hohe Qualifikation Garant eines sicheren Arbeitsplatzes.

Wenn auch der Anteil der Unqualifizierten unter den Arbeitslosen nach wie vor hoch ist, so fällt doch der wachsende Anteil insbesondere der Hochqualifizierten, also der Akademiker und Fachschüler, auf. Unter ihnen sind zahlreiche Berufsanfänger, bei den Akademikern fast ein Drittel aller Arbeitslosen. Ihr Anteil ist ebenfalls steigend.
Wenig Veränderungen unterlag die Altersstruktur der Arbeitslosen.

Arbeitslose nach Altersgruppen

	Mai 1974		Mai 1975		Mai 1976	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
unter 20 Jahre	39	8,5	86	8,5	83	8,7
20 bis 25	67	14,6	168	16,4	156	16,5
25 bis 30	60	13,1	157	15,4	145	15,2
30 bis 40	107	23,6	250	24,6	128	23,9
40 bis 50	83	18,2	181	17,7	161	16,8
50 bis 60	64	13,9	120	11,8	131	13,7
über 60	37	8,1	57	5,6	50	5,2
insgesamt	457	100	1018	100	954	100

Quelle: Ebd.

In der Presse wurde der Rückgang der altersspezifischen Arbeitslosenquote der unter 20jährigen von 4,6 % im Mai 1975 auf 3,7 % im Mai 1976 als großer Erfolg gefeiert. Statistisch sind diese Quoten jedoch fragwürdig. Die altersspezifischen Arbeitslosenquoten errechnen sich nämlich, indem die registrierten Arbeitslosen des Jahres 1976 bezogen werden auf die Zahl der abhängigen Erwerbspersonen des Jahres 1975. Gerade bei den Jugendlichen steckt schon in dieser Berechnungsart ein systematischer Fehler. Zahlreiche Jugendliche verschwinden nach längerer Arbeitslosigkeit aus der Statistik, weil sie meist weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch auf Arbeitslosenhilfe haben. Sei es, daß notgedrungen eine Bildungsmaßnahme der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch genommen wird, sei es, daß Jugendliche — das ist besonders bei Mädchen oft der Fall — einfach im Haushalt der Eltern helfen: sie sind nicht mehr arbeitslos gemeldet.

Diejenigen faktisch arbeitslosen Jugendlichen, die zwischen Mai 1975 und Mai 1976 auf diese Art aus der Statistik verschwunden sind, zählen bei der Berechnung der altersspezifischen Arbeitslosenquote im Mai 1976 zwar im Zähler als „abhängige Erwerbspersonen", im Nenner aber nicht als Arbeitslose. Daher ist die leicht unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote der Jugendlichen eine statistische Irreführung. Tatsächlich ist die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen trotz „Arbeitsmarktreserve" und trotz umfangreicher Förderung durch öffentliche Gelder nur unterdurchschnittlich zurückgegangen. Um nur eine der Förderungsmaßnahmen zu nennen: in NRW erhielten Unternehmen, die arbeitslose Jugendliche zusätzlich einstellten, eine Zulage von 60 % des Arbeitsentgelts für die Dauer von 6 Monaten. Vom 25. 2. bis zum 20. 8. 1976 wurden fast 14 000 Jugendliche unter Inanspruchnahme der Prämie eingestellt, allerdings mit einem öffentlichen Aufwand von 41 Mio. DM. Das sind etwa 3000 DM pro Person. Berücksichtigt man, daß ja nur ein Teil der Jugendlichen allein wegen der Prämie eingestellt wurde und stellt man in Rechnung, daß dadurch sicherlich kaum neue Dauerarbeitsplätze geschaffen wurden — kein Unternehmer beschäftigt auf die Dauer Arbeiter oder Angestellte, die er nicht auslasten kann —, dann fragt sich, ob der Effekt nicht größer gewesen wäre, wenn diese Mittel zur Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, bei Bahn und Post usw. eingesetzt worden wären. (Angaben nach: „Handelsblatt" v. 27./28. 8. 1976.)
Aufmerksam gemacht sei hier noch auf eine häufig geübte Praxis: In der Presse werden oft die Zahlen jugendlicher Arbeitsloser aus der Strukturuntersuchung vom September mit denen vom Mai verglichen, wobei natürlich immer ein Rückgang verzeichnet werden

kann, der dann als Erfolg der Arbeitsmarktpolitik der jeweiligen Regierung (in Bund und/oder Land) registriert wird. Die beiden Termine sind natürlich völlig unvergleichbar. Im September schlagen die Schulentlassungen erstmals statistisch zu Buche, während im Mai ein Teil der arbeitslosen Jugendlichen bereits in der „Arbeitsmarktreserve" verschwunden ist. Ein Rückgang der Zahlen in diesem Zeitraum ist also nur natürlich und sagt nichts über Erfolge bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus.

Der veränderte Charakter der Arbeitslosigkeit zeigt sich vor allem in der verlängerten Dauer der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit

	Mai 1974		Mai 1976		Mai 1975	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
unter 1 Monat	*83*	*18,2*	*123*	*12,1*	*110*	*11,6*
1 bis 3 Monate	*143*	*31,2*	*292*	*28,6*	*218*	*22,9*
3 bis 6 Monate	*23*	*27,1*	*277*	*27,3*	*199*	*20,8*
6 bis 12 Monate	*83*	*18,2*	*255*	*25,0*	*266*	*27,9*
1 bis 2 Jahre	*18*	*4,0*	*60*	*5,9*	*130*	*13,6*
über 2 Jahre	*6*	*1,3*	*11*	*1,1*	*30*	*3,2*
insgesamt	*457*	*100*	*1018*	*100*	*954*	*100*

Quelle: Ebd.

Der Anstieg der Zahl der Dauerarbeitslosen ist um so schwerwiegender, als der Übergang zur flexiblen Altersgrenze den Arbeitsmarkt statistisch erheblich entlastet hat.
Diese Verschiebung dürfte auch sozial von großer Bedeutung sein. Denn einmal verschlechtert sich die materielle Situation der Arbeitslosen systematisch mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Ersparnisse werden aufgezehrt, der Übergang zur „Arbeitslosenhilfe" bringt erhebliche materielle Einbußen mit sich. Die seit Anfang 1976 infolge des „Haushaltsstrukturgesetzes" eingeschränkte Unterstützung von Berufsanfängern macht viele Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern. Hinzu kommt die diskriminierende Behandlung der längerfristig Arbeitslosen, die einen Bedürftigkeitsnachweis beibringen müssen. Fast noch schwerwiegender aber dürfte die Veränderung in der Haltung gegenüber der Arbeitslosigkeit sein. Eine Arbeitslosigkeit von einigen Monaten, mitten in einer Krise, kann als vorübergehendes Mißgeschick aufgefaßt werden. In vielen Fällen wird sie nicht als existenzbedrohend angesehen. Mit wachsender Dauer aber sinken die Zukunftsaussichten. Jahrelange Arbeitslosigkeit schließlich verändert den sozialen Status entscheidend. Qualifikationen werden entwertet, der „Marktwert" der Arbeitskraft sinkt. Arbeitslosigkeit wird nun zu einer existenziellen Bedrohung. Dadurch aber wird die Haltung der Arbeitslosigkeit gegenüber verändert. Selbst wenn die absoluten Zahlen etwas zurückgehen, wächst die Dimension des Problems.

Das gilt in erster Linie für die unmittelbar Betroffenen. Darüber hinaus aber verstärkt sich auch der Konkurrenzdruck der Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt, der für die gesamte Arbeiterklasse von unmittelbarer Bedeutung ist. Die anfangs erwähnte Untersuchung des IAB kommt zu dem Schluß: „Die hohen Wiedereingliederungschancen der Facharbeiter seien teilweise verbunden mit einem Einsickern in Beschäftigungsbereiche der weniger qualifizierten Arbeiter."

Die Arbeitslosigkeit als soziales Kernproblem erhält so mit wachsender Dauer einen immer größeren Stellenwert. Die Existenz eines „Kerns" von Dauerarbeitslosen, auch in Phasen der wirtschaftlichen Belebung, stellt für die Politik der Arbeiterbewegung und für die demokratische Bewegung insgesamt ein neues Datum dar, das nicht ohne Konsequenz für ihre Strategie bleiben kann.

Inflation in Frankreich: Vom Regierungswechsel zur Regimekrise?

Der Rücktritt des gaullistischen Ministerpräsidenten Chirac kam nicht unerwartet. Überrascht hat die kompromißlose Form, die vom pompösen Protokoll der V. Republik nur mit Mühe übertüncht werden konnte. Das ungeschriebene Ritual kannte bisher nur feierliche Entlassungen in eine „Bereitstellungsreserve". Chiracs Begründung gipfelt in dem Satz: „Ich verfüge nicht über die Mittel, die ich heute für notwendig halte, um meine Funktionen als Premierminister wirksam zu erfüllen". Präsident Giscard hat in der Tat verschiedentlich und offenbar gegen seinen Ministerpräsidenten in die Tagespolitik eingegriffen und seine in der Verfassung definierte Rolle als Schiedsrichter weiter ausgelegt als seine Amtsvorgänger de Gaulle und Pompidou.

Die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung Chirac, die 27 Monate im Amt war, nimmt sich vergleichsweise bescheiden aus. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten fiel in eine Zeit der Inflation, die mit über 12 % die Toleranzgrenze überschritten hatte. Finanzminister Fourcade wurde angehalten, eine Inflationsrate von 6 % zu realisieren. Die Durchführung des mit seinem Namen verknüpften Antiinflationsplans verschärfte die weltmarktinduzierte Rezession in unerträglicher Weise. In 10 Monaten fiel die Industrieproduktion in Frankreich um 15 %, die Zahl der Konkurse und der Arbeitslosen stiegen sprunghaft. Gewerkschaften und Unternehmerverbände forderten Konjunkturunterstützungsprogramme. Die Regierung zögerte und beschränkte sich bis zum Herbst 1975 auf wirtschaftspolitische Retuschen wie fiskalpolitische Maßnahmen zu Investitionsförderung, Kredite an die Bauwirtschaft, beschleunigte Auszahlung öffentlicher Ausgaben etc. Die Unternehmer verschärften die Rezession mit einer überzogenen prozyklischen Lagerhaltung. — Am 4. September 1975 wird das Steuer herumgeworfen, ohne daß die Antiinflationspolitik erfolgreich gewesen wäre. 18 Mrd. Franken werden vom Staat in die Zirkulation gepumpt, davon 5 Mrd. für Konsumzwecke und 13 Mrd. für öffentliche Investitionen. Steuertermine der privaten Unternehmen wurden für Steuerschulden in Höhe von immerhin 9 Mrd. Franken differiert. Steuererleichterungen von über 3 Mrd. Franken wurden für vorgezogene Käufe von Investitionsgütern gewährt. — Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen führten einen allmählichen Wirtschaftsaufschwung herbei, der sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte 1976 stark abzuschwächen scheint. Gleichzeitig aber verschärfte sich die Inflation, das Handelsbilanzdefizit stieg deshalb sprunghaft, ebenso das Defizit des Budget. Die Arbeitslosenzahl stagnierte weiterhin, je nach Berechnungsmethode zwischen 900 000 und 1 100 000. Die internationale Devisenspekulation koalierte gegen die französische Währung. In den vergangenen 5 Monaten hat der Kurs des französischen Franken im Verhältnis zum Schweizer Franken 13 %, im Verhältnis zur Deutschen Mark 11 % und zum Dollar 9 % verloren. Angesichts der zu erwartenden Erdölpreiserhöhungen und der Abwertungstendenzen des französischen Franken, die eine Erhöhung der Importpreise verursachen, ist mit einer weiteren Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position Frankreichs zu rechnen. Insgesamt gesehen war die Konjunktursteuerung der Regierung Chirac, die vom Staatspräsidenten maßgeblich beeinflußt wurde, ihrer Inkonsequenzen wegen ein folgenschwerer Mißerfolg.

Im strukturpolitischen Bereich hat die Regierung Chirac sich bemüht, auf Drängen des Präsidenten und gegen den Widerstand der Gaullisten eine vorsichtige Liberalisierung der französischen Wirtschaft einzuleiten, die notwendig zu einer verstärkten Integration in den nordatlantischen Wirtschaftsverbund führen mußte. Eingeleitet wurde diese Seite der französischen Wirtschaftspolitik mit einer allmählichen Lockerung der Preisbindungen für Industrieerzeugnisse, die jedoch für Kraftfahrzeuge z. B. Preiserhöhungen von durchschnittlich 40 % in 20 Monaten brachte. Getreu den Richtlinien, die noch vom vorherigen Präsidenten Pompidou stammten, wurde mit staatlicher Unterstützung am Aufbau französischer Großunternehmen, die internationalen Vergleichen stand-

halten können, weitergearbeitet. Die Zusammenschlüsse der Autofirmen Peugeot und Citroën, ebenso Renault und Berliet, der Computerfirmen CII und Honeywell-Bull, der Aufbau des Monopols der französischen Atomindustrie Framatom etc. liegen auf der Linie dieser Politik. Weitere staatliche Initiativen werden in der Uhrenbranche, der pharmazeutischen Industrie und im Werkzeugmaschinenbau erwartet. Neu in dieser Politik jedoch, die damit im scharfen Gegensatz zu den gaullistischen Traditionen gerät, ist die Annäherung an US-amerikanische multinationale Unternehmen: In der Computerindustrie wird eine europäische Lösung mit Siemens oder Philips zugunsten von Honeywell-Bull verworfen, bei der Reorganisation des Telefonbaus wird der berüchtigten US-amerikanischen ITT der Vorzug gegeben, im Flugzeugbau bahnt sich eine Kooperation mit der US-amerikanischen Firma Douglas an. Parallel zu dieser Öffnung Frankreichs gegenüber US-amerikanischen Kapitalgruppen ist eine erste militärpolitische Öffnung gegenüber der NATO und eine „Entdramatisierung" der geldpolitischen Differenzen mit den USA zu beobachten. Ökonomische und politische Strategien zeichnen sich ab, die als eine schrittweise und zögernde Integration in den Machtbereich der USA bzw. der NATO interpretiert werden können — Strategien, die von der orthodoxen Fraktion der gaullistischen Partei UDR aufs heftigste befehdet werden.

In jenen westlichen Ländern, in denen sich der Wirtschaftsaufschwung, der möglicherweise die Intensität früherer Boomperioden bei weitem nicht erreichen wird, bisher am deutlichsten durchgesetzt hat (USA, BRD, Japan, mit Einschränkungen England), ist eine Reallohnstagnation, wenn nicht sogar eine Reallohnsenkung zu beobachten. Die Kapitalseite kann in diesen Ländern dagegen von einer Gewinnexplosion berichten, abgesehen von einigen Branchen, die von Strukturkrisen geschüttelt werden. Die schwerste Krise des kapitalistischen Systems seit 1929/32 wird in diesen Ländern von den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen, d. h. Regierungen und Zentralbanken, zu Lasten der Arbeiterklasse gelöst. Die Durchsetzungschancen dieser Politik werden durch die Existenz einer in der Nachkriegsepoche bisher unbekannt hohen Arbeitslosigkeit begünstigt, die sich in allen vorher genannten Ländern trotz Aufschwungstendenzen wenn überhaupt, so doch nur unwesentlich verringert hat. Spätestens seit Marx jedoch konnte in der Theoriediskussion nicht mehr unterdrückt werden, daß das Reallohnniveau als Schnittpunkt hypothetischer, statistisch jedoch nicht bekannter Angebots- und Nachfragekurven nach Arbeit nicht hinreichend definiert ist, sondern wesentlich vom Gewicht der industriellen Reservearmee, d. h. der Masse der Arbeitslosen, bestimmt wird. Die industrielle Reservearmee verstärkt die Konkurrenz unter beschäftigten Arbeitern und setzt sich als Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen durch. Die Durchsetzungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Lohnforderung werden dadurch erschwert. In dieser Konstellation sind angesichts der gegenwärtigen Inflationstendenzen die Voraussetzungen für die Erzwingung von Reallohnstagnation oder Reallohnsenkungen gegeben.

In Frankreich ist diese Politik bisher gescheitert. 1975 sind die durchschnittlichen Stundenlöhne um 14,8 % gestiegen, der Preisindex für die Lebenshaltungskosten jedoch nur um 9,7 %. Gemessen an den Stundenlöhnen (die mit den allerdings gesunkenen monatlich geleisteten Arbeitsstunden zu multiplizieren wären, um das für Arbeitnehmerhaushalte relevante Bruttoeinkommen vor Steuerabzug zu erhalten) sind die Reallöhne gestiegen. Diese Tendenz scheint sich 1976 im staatlichen Bereich noch fortzusetzen: die Einkommen der Eisenbahner sind im ersten Halbjahr 1976 mit 7,1 % stärker als die Lebenshaltungskosten mit 4,1 % gestiegen. Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat die gegenüber früheren Konjunkturzyklen vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Frankreich ihre Wirkung verfehlt. Kampfkraft und Solidarität der Organisationen der französischen Arbeiterklasse waren stark genug, alle bisherigen Versuche von Unternehmer- und Regierungsseite, eine Reallohnstagnation wie in der Bundesrepublik zu erzwingen, zum Scheitern zu bringen. Auch Chiracs Ansinnen, die Arbeitslosenunterstützung sei mit 90 % des vorherigen Einkommens zu hoch, müsse herabgesetzt werden, nicht zuletzt um „Berufsarbeitslose" abzuschrecken, hat die französische Arbeitklasse nicht entmutigt, obwohl aus dem veröffentlichten Zahlen-

material hervorgeht, daß von den 996 000 registrierten Arbeitssuchenden nur 111 000 eine Arbeitslosenunterstützung von 90 % ihres vorherigen Einkommens erhalten.

Ein entscheidender Grund für die Fähigkeit der französischen Arbeiterklasse, dem krisenbedingt verschärften Druck seitens Regierung und Unternehmer standzuhalten, liegt in der Existenz einer gesellschaftspolitischen Alternative, die von der Linksunion verkörpert wird. Die Vorstellungen über eine „fortgeschrittene liberale Demokratie", wie sie der Staatspräsident verkündet hat, würden gegenüber der „sozialistischen Demokratie" der Linksunion wenig Überzeugungskraft haben, wenn sie Arbeitslosigkeit auch noch zusätzlich mit Reallohnsenkungen verknüpfen würde. Die Existenz der Linksunion stützt die Aktionen der Arbeiterorganisationen in Frankreich im Sinne ihres gewerkschaftlichen „Kampfes innerhalb des Lohnsystems", gerade weil sie als gesellschaftspolitische Alternative die Möglichkeit des „Kampfes gegen das Lohnsystem" offenhält. — Expremier Chirac hat als exponierter Vertreter der französischen Rechten zuletzt in seiner eingangs zitierten Stellungnahme anläßlich seines Rücktritts deutlich zu erkennen gegeben, daß ihm die Mittel fehlen, um die wirtschaftspolitische Stabilisierung in Frankreich zustande bringen zu können. Er glaubte zu wissen, daß die Zeit für die Linksunion arbeitet und die anstehenden Kommunalwahlen im Frühjahr 1977 der Linksunion mit hoher Wahrscheinlichkeit Positionen verschaffen wird, aus denen heraus sie in den Parlamentswahlen des Jahres 1978 als zweifelsfreier Sieger wird hervorgehen können. Wahlen in diesem Herbst dagegen hätten nach Chiracs Strategie der Linksunion nur eine hauchdünne Parlamentsmehrheit und eine kurzlebige Regierungszeit beschert, aus der sie handlungsunfähig und deshalb politisch diskreditiert in eine verfassungsrechtlich zulässige Wiederwahl getrieben worden wäre, die sie kaum hätte gewinnen können. Mit diesen Mitteln hoffte Chirac die Linksunion und ihren Präsidentschaftskandidaten politisch zu vernichten und auf diese Weise die Voraussetzungen für eine Stabilisierungspolitik nach oben beschriebenem Muster zu schaffen.

Der Staatspräsident hat anders entschieden. Der Premierminister hat daraufhin seinen Rücktritt erklärt. Mit Raymond Barre, der zusätzlich das Wirtschafts- und Finanzministerium übernommen hat, wurde ein bekannter Wirtschaftsprofessor mit umfassenden Beratungs- und Regierungserfahrungen in das Amt des Premierministers berufen. Staatspräsident Giscard hat zu erkennen gegeben, daß er nach Chiracs Rücktritt die bisher wenig erfolgreich liberal-konservative Reformpolitik fortsetzen will und bereit ist, seine Mehrheit und seine Politik „nach links zu öffnen". Angesichts der Kohäsion der Linksunion werden diesem Versuch nur geringe Chancen eingeräumt. Barre hat in seiner ersten Pressekonferenz erklärt, daß die „Inflation nicht als technisches, sondern als politisches Problem zu behandeln ist". Ein politisches Problem dieses Umfangs kann nur mit einer breiten politischen Mehrheit gelöst werden, die weder der Staatspräsident noch sein neuer parteiloser Premierminister wird zustande bringen können.

Unter den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Bedingungen und bei den gegebenen gesellschaftspolitischen Optionen des Regimes jedoch kann die französische Inflation nur durch ein Programm der Austerität gezügelt bzw. überwunden werden. Das bedeutet Reallohnstagnation oder, angesichts des französischen Nachholbedarfs an „Stabilität", Reallohnabbau. Auch mit technokratischen Kunstgriffen wird sich nicht verhindern lassen, daß die weltmarkt- und regimebedingten unpopulären wirtschaftspolitischen Eingriffe über den Premierminister dem Staatspräsidenten und den konservativen gesellschaftlichen Kräften, die er vertritt, angelastet werden. Der Linksunion kann — wenn es ihr gelingt, wie bisher ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative glaubhaft zu vertreten — aus dieser Situation nur Zuwachs an politischem Gewicht entstehen, das sie bei einer möglich erscheinenden Regierungs- und Machtübernahme, spätestens anläßlich der Wahlen 1978, in die Waagschale werfen wird.

Gerhard Leithäuser

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumentation zur internationalen Kritik der Berufsverbote und anderer Rechtstendenzen in der BRD

Vorbemerkung

Die demokratische Öffentlichkeit Westeuropas betrachtet die Entwicklung in der BRD mit wachsender Sorge. Die Berufsverbote in der BRD, verbunden mit Einmischungsversuchen des Bundeskanzlers Schmidt in Italien und das Anpreisen der BRD als „Modell für Europa" haben in breitesten Kreisen des Auslands Befürchtungen geweckt, daß die Bundesrepublik ihre ökonomische Potenz zur Hegemonie über die west-, süd- und nordeuropäischen Nachbarstaaten ausnützen könnte und ihnen ihre spezifisch antikommunistischen Ordnungsvorstellungen aufdrücken könnte. Das hat zahlreiche Parteien, Gewerkschaften und demokratische Organisationen zu kritischen Stellungnahmen gegenüber den Berufsverboten in der BRD veranlaßt und kritische Presseartikel ausgelöst.

Die politischen Kräfte der BRD reagieren auf diese Kritik des Auslands unterschiedlich: CDU/CSU und Springer-Presse artikulieren rüden Chauvinismus und sprechen von einer „Hetzkampagne". Der CDU-Generalsekretär forderte, die ausländischen Teilnehmer der „Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD" vom 29. Mai 1976 auszuweisen [1]) und nährte nationalistische Ressentiments (das Bild vom „häßlichen Deutschen") [2]). Die Bundesregierung und insbesondere die SPD, die sich einem starken Druck durch die Bruderparteien Frankreichs, Dänemark, der Niederlande und Schwedens ausgesetzt sieht, versuchen im Ausland Ausmaß und Folgen der Berufsverbote herunterzuspielen und ihre Kritiker als uninfomiert hinzustellen. Die Bundestagsabgeordneten Prof. Schäfer, Liedke, Lattmann und Ehmke sowie Willy Brandt führen seit dem Frühjahr 1976 sogenannte „Aufklärungsreisen" durch. Die Botschaften in Frankreich, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und England sind mit dem Schreiben beschwichtigender Antwortbriefe beschäftigt. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung fertigt Übersichten über die Presse-, Funk- und Fernsehberichterstattung über die Berufsverbotediskussion im Ausland an und Minister Maihofer lädt ausländische Journalisten zum Gespräch. Gleichzeitig wurde durch die Verabschiedung der acht Punkte durch die Bundesregierung (am 19. Mai 1976) und etliche SPD-geführte Landesregierungen sowie die breite Publizierung der Äußerung Willy Brandts „Ich habe mich damals geirrt" [3]) im In- und Ausland der Eindruck erweckt, als hätte sich die Situation geändert. Doch die Berufsverbotspraxis erweist, daß prinzipiell keine Änderung eingetreten ist.

In der BRD ist zwar jetzt bekannt, daß das Ausland die Berufsverbote in der BRD kritisiert. Die dazu vorgebrachten Argumente verdienen jedoch eine größere Verbreitung. Die folgende Dokumentation — eine Auswahl der fast nicht mehr übersehbaren vielfältigen und breiten Kritik — konzentriert sich auf kritische Berichte renommierter westlicher Presseorgane, die zumeist in der BRD noch nicht veröffentlicht wurden [4]). Sie zeigt folgendes:

1. Die Kritik an der Berufsverbotspolitik ist umfassend und fundamental (weshalb „Aufklärungsreisen" und kosmetische Korrekturen an Verfahrensregeln auch nichts fruchteten).

2. Die Gemeinsamkeit der Argumentationsstränge zwischen ausländischen Kritikern und Berufsverbots-Gegnern in der BRD ist evident.

3. Die ausländische Öffentlichkeit ist über die Berufsverbotspraxis sehr wohl gut informiert.

4. Sie weiß zwischen Berufsverbote-Gegnern und -Befürwortern sehr wohl zu differenzieren und ist frei von nationalistischen Pauschalierungen.

5. Die historische Kontinuität der Berufsverbote-Politik wird sehr viel stärker gesehen als in der Bundesrepublik.

Im übrigen sprechen die Dokumente für sich selbst. *Horst Bethge*

---

1) „Frankfurter Allgemeine" v. 31. 5. 1976.

2) Vgl. Pressespiegel, Materialien der Internationalen Konferenz, Teil 1, Hrsg.: Initiative „Weg mit den Berufsverboten", Arbeitsausschuß, Heft 6 seiner Schriftenreihe.

3) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 4. 6. 1976, in bezug auf seine Unterschrift unter den Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. 1. 1972.

4) Weitere ausländische Stimmen in Bethge/Bünemann/Enderlein u. a., „Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote", Köln 1976, Materialien der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD, Teil 1, 2 und 3 (Hefte 6, 7, 8 der Schriftenreihe, Hrsg.: „Initiative Weg mit den Berufsverboten"); weitere ausländische Pressestimmen in „Berufsverbote — Stimmen der internationalen Presse", Hrsg.: Komitee Verteidigung demokratischer Grundrechte, Berlin (West), Juli 1976.

Gesellschaftswissenschaften

eine Zeitschrift aus der UdSSR, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Gesellschaftswissenschaften

bringt Beiträge sowjetischer Wissenschaftler zu

- Philosophie · Geschichte · Ökonomie
- Politik · Recht · Soziologie
- Philologie · Psychologie
- Ethnographie · Archäologie
- und andere Wissenschaften

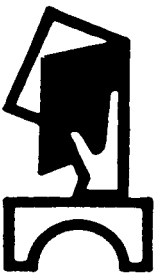
Gesellschaftswissenschaften

erscheint vierteljährlich und kostet einschließlich Versandkosten im Abonnement DM 20,–.

Probehefte werden gegen Einsendung von DM –,50 in Briefmarken zugesendet.

bestellen bei:

Brücken-Verlag GmbH
Literaturvertrieb-Import/Export
Postfach 1928
4000 Düsseldorf 1



Frankreich

LE MONDE

...

Selbst wenn man die Ansicht des Baden-württembergischen Innenministers teilte, daß man, um die Freiheit zu schützen, Freiheiten einschränken müsse, könnte man sich fragen, inwieweit eigentlich ein kommunistischer Lokführer eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt. Sind es nicht vielmehr gerade bestimmte inquisitionsähnliche Methoden, die diese Gesellschaftsordnung bedrohen? Im gleichen Sinne ist es zumindestens bedauerlich, daß beim Bundesverwaltungsgericht jemand über die Berufung gegen Ablehnungsbescheide zu befinden hat, der, wie der Richter Edmund de Chapeaurouge, unter der Naziherrschaft beflissen nach den Rassengesetzen geurteilt hat. Es geht dabei, wie der Spiegel kürzlich schrieb, nicht nur um eine Kritik an der Kontinuität der Personen, sondern vor allem an der Kontinuität der Funktionen: „Eine Justiz, die gerade eben fähig war, ‚Rassenschande' zu verfolgen und abzuurteilen, hat zurückzuschrecken, hat aufzuwachen, wenn ihr schon wieder eine Minorität vorgeführt und behauptet wird, diese Personengruppe gefährde die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung' — so wie von 1933 bis 1945 behauptet wurde, die Juden bedrohten das ‚deutsche Blut'."

Ist es aber ausreichend, die schlimmsten Auswüchse anzuprangern; muß nicht vielmehr jener Grundsatz selbst kritisiert werden, wonach ein „Radikaler" dem öffentlichen Dienst nicht angehören darf? In der BRD wird dieser Grundsatz inzwischen von den meisten Politikern und Juristen gutgeheißen, so daß die verschiedenen Komitees gegen „Berufsverbote" politisch wie juristisch wenig Aussichten auf Erfolg haben. Darüber hinaus hat die Berufsverbotspraxis eine einschüchternde Wirkung auf Studenten und Professoren, was zum Rechtsruck an den deutschen Universitäten beiträgt. Die erklärten Gegner des Berufsverbots sind oft selber bedroht. Nach Ansicht von Wolfgang Roth gibt es neben der offiziellen Begründung des Berufsverbots ein ganz anderes Motiv: die Konservativen nehmen Rache an der Studentenbewegung von 1967/68.

Trotz einiger Skrupel hauen die Sozialdemokraten letzten Endes in dieselbe Kerbe, um gegenüber der CDU nicht ins Hintertreffen zu geraten. So etwa beim „Radikalenerlaß" und bei der Änderung der Strafprozeßordnung. So auch beim bevorstehenden Verbot aller Schriften, die Gewalt als „begrüßenswert, notwendig oder unvermeidbar" darstellen. In einem Roman zum Thema Berufsverbot schreibt der Berliner Schriftsteller Peter Schneider: „In keinem vergleichbaren Land gibt es gleichzeitig so wenig Kommunisten und so viele gesetzliche Vorkehrungen gegen sie."

(5. 12. 1975)

L'UNITÉ

(Wochenzeitung der Sozialistischen Partei Frankreichs)

Francois Mitterand hätte, lebte er in Bayern, keinerlei Chance, im öffentlichen Dienst eine Stelle als Jurist zu finden, und George Marchais dürfte in der BRD nicht einmal Volksschullehrer werden. Dort wird heute nicht nur die extreme Linke verfolgt, sondern inzwischen bekommen auch Hunderte von Sozialdemokraten und Kommunisten die Auswirkungen einer Politik zu spüren, die so etwas wie eine neue McCarthy-Ära eingeleitet hat. ...

Ist es also vorbei mit jener großzügigen Politik, die Willy Brandt bei seinem Regierungsantritt im Jahre 1969 mit der Formel „Mehr Demokratie wagen!" angekündigt hatte? Ist das die berüchtigte „Tendenzwende", die in fast allen deutschen Zeitungen beschworen wird?

Sogar die „Financial Times", der man kaum umstürzlerische Neigungen nachsagen kann, stellt in Deutschland einen „leichten Anfall von Obrigkeitsdenken" fest. All dies muß aber unverständlich bleiben ohne genauere Kenntnis zumal der historischen Zusammenhänge.

Die deutsche Öffentlichkeit — zumindest soweit sie durch Fernsehen, Rundfunk und Presse repräsentiert ist — ist aufgeschreckt durch „terroristische Umtriebe". Man hat böse Geister der Vergangenheit geweckt, und als willkommener Anlaß dienten zunächst die Konstituierung einer „Außerparlamentarischen Oppositon" und die Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre. Schon damals ging der Staatsapparat mit Gewalt vor: am 2. Juni 1967 wurde ein junger Mann, Benno Ohnesorg, bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien durch die Kugel eines Polizisten getötet. Zur gleichen Zeit, während die Studentenbewegung immer mehr Zulauf bekam, startete die Springer-Presse eine Hetzkampagne gegen den Studentenführer Rudi Dutschke. Das Ergebnis ist bekannt: am 11. April 1968 wurde Dutschke von einem Psychopathen und Sympathisanten der neofaschistischen NPD niedergeschossen und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Einige Monate später brachte die Große Koalition die „Notstandsgesetze" durchs Parlament,

die eine Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten beinhalten und den Einsatz der Armee bei innenpolitischen Konflikten vorsehen. Nach dem Scheitern ihres eigenen „Mai 1968" entschließt sich die Außerparlamentarische Linke zu einer langfristigen Strategie, nämlich zum „langen Marsch durch die Institutionen". Um entsprechenden Einfluß auf die Entscheidungszentren zu gewinnen, tritt ein großer Teil der aktiven Linken der SPD bei, um die Juso-Politik zu stärken; andere werden Mitglied der DKP.

Einige links von der DKP stehende Gruppen ohne nennenswerten Einfluß können sich an den Universitäten halten. Andere knüpfen an die Tradition des Anarchismus an; die „Rote Armee Fraktion" entsteht. Im Mai 1970 wird Baader von einem Kommando aus dem Gefängnis befreit, in dem er eine dreijährige Haftstrafe wegen Kaufhausbrandstiftung verbüßt. Nach mehreren Banküberfällen holt die „Baader-Meinhof-Bande" im Februar 1972 zum großen Schlag aus: eine Bombe explodiert im europäischen Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte und zerstörte einen für die Logistik der in Vietnam eingesetzten B-52 erforderlichen Computer. Drei amerikanische Offiziere werden getötet. Im März explodiert eine zweite Bombe im US-Offizierskasino von Frankfurt und tötet einen Offizier.

Von da an steht die Bundesregierung unter Handlungszwang, denn die Beziehungen zum „großen Bruder" Amerika sind gefährdet. Eine Menschenjagd ohnegleichen stürzt das Land für sieben Monate, bis zur Verhaftung der Gruppe, in nahezu chaotische Zustände. Eine Zeit der Hysterie, in der nicht nur die Presse à la „Bild-Zeitung", sondern auch die parlamentarische Rechte lostobt: der christdemokratische Führer Rainer Barzel fordert eine Verfassungsänderung „zum Schutze des Staates vor Extremisten und Radikalen". Die Brandt-Regierung, die ihre Ostpolitik über die Bühne bringen möchte, versucht den innenpolitischen Konflikt loszuwerden und läßt sich auf einen (damals als geschickte Taktik angesehen) Kompromiß ein. Daraus wird der „Radikalen-Erlaß", mit dem jeder Bewerber, der „verfassungsfeindliche Aktivitäten" entwickelt, der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehr wird. Ein folgenreicher Beschluß ...

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Carstens, erklärte 1974, der Rechtsextremismus sei „eine bloße Randerscheinung im politischen Leben", während „unserem Staat von der Linken äußerste Gefahr droht". Daß diese Linke sich auf die geschriebene Verfassung berufen kann, kümmert Carstens und seine Gesinnungsfreunde wenig! Daß sie sich auf den Artikel 14 stützen kann, der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit vorsieht, wen interessiert das schon? Auf diese Weise wird jede linke Bewegung — dank einer juristischen Neuschöpfung, die herhalten muß, weil der Vorwurf wirklicher Verfassungswidrigkeit nicht erhoben werden kann — für „verfassungsfeindlich" erklärt, sobald sie sich gegen das kapitalistische System richtet. ...

Das Erstaunliche ist, daß das deutsche Volk gegen diese reaktionären Praktiken nicht protestiert. Jean Jaurès sagte einmal, Klassenkampf sei nur unter drei Bedingungen möglich: die Gesellschaft muß in antagonistische Klassen gespalten sein; das Proletariat muß ein Bewußtsein von der künftigen Gesellschaft haben; und es muß von der Notwendigkeit seiner Emanzipation aus eigenen Kräften überzeugt sein. Die Strategie der deutschen Rechten richtet sich in den letzten Jahren gegen die zweite Bedingung: ein breiteres Bewußtsein von einer zukünftigen anderen Gesellschaft wurde verhindert. Und der Inhalt der dritten Bedingung hat mit der Passivität der meisten Deutschen zu tun: es fehlt nämlich die Uberzeugung von der kollektiven Emanzipation als Resultat einer *tiefgreifenden Veränderung der Gesellschaftsstrukturen* ...

Es mußte erst eine neue Generation kommen, damit neue Ideen entstehen konnten. Gegen sie versucht die Reaktion sich zu wappnen. Die alten Nazis dagegen sind immer noch im öffentlichen Dienst ...

(27. 2. 1976)

LE MONDE DIPLOMATIQUE

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht Ruhe. Die Studenten sind wieder brav und wählen bei *universitätsinternen* Wahlen *rechts*; im Ruhrgebiet wird der Klassenkampf wieder über Lohnverhandlungen ausgetragen; die „Terroristen" sitzen entweder im Gefängnis oder im Südjemen. Die 1972 mit euphorischem Reformeifer begonnene Legislaturperiode endet in Enttäuschung und Resignation. Aber nur wenige scheint das zu kümmern. „Welches Land steht besser da als die Bundesrepublik?" so fragt Kanzler Schmidt beifallheischend. Europa und der ganzen Welt preist sich die Bundesrepublik als ein Muster politischer Stabilität, wirtschaftlichen Erfolgs und sozialen Friedens an. Selbst die Rezession scheint an ihr fast spurlos vorübergegangen zu sein. Die Gewerkschaften haben die Arbeitslosigkeit als Unkosten abgebucht, und eine disziplinierte Arbeiterklasse opfert ohne Murren ihre Kaufkraft auf dem Altar des „Aufschwungs".

In Deutschland herrscht Ruhe. In solcher Atmosphäre sind während der letzten Jahre und vor allem Monate eine Reihe von Gesetzen und Vorschriften verabschiedet worden,

die in Westeuropa einzig dastehen und eine beispiellose Einschränkung der Grundrechte beinhalten. Unter dem Vorwand der Abwehr des „Terrorismus" wurde die Strafprozeßordnung geändert, eine Art Zensur eingeführt und eine neue „Hexenjagd" ausgelöst.
„Wer außer den Deutschen käme auf die Idee, wegen drei Anwälten gleich das ganze Strafgesetzbuch umzuschreiben?" fragt der Westberliner Schriftsteller Peter Schneider in einem Roman zum Thema „Berufsverbot". Für den Stuttgarter Prozeß gegen die Gruppe, die man in der BRD mit dem Polizeijargon den „harten Kern der Baader-Meinhof-Bande" nennt, hat der Bonner Bundestag mehrere Änderungen der Strafprozeßordnung verabschiedet, welche die Rechte der Verteidigung beschneiden: Möglichkeit des Verteidigerausschlusses; Begrenzung der Zahl der Verteidiger für einen Angeklagten; Verbot der Verteidigung mehrerer wegen desselben Delikts angeklagter Personen durch einen einzigen Anwalt; Möglichkeit der Verhandlungsführung auch in Abwesenheit der Angeklagten, wenn diese „wissentlich und vorsätzlich" ihre Verhandlungsunfähigkeit herbeigeführt haben.
Gewiß hat die Absicht eine Rolle gespielt, für den Baader-Meinhof-Prozeß über entsprechende Gesetze zu verfügen; doch sie erklärt nicht alles. Genausowenig gibt der von der CDU ausgeübte Druck eine ausreichende Erklärung für die allgemeine Verschärfung der Gesetze, die noch zu Beginn dieses Jahres durch die Einführung einer Zensur demonstriert worden ist. Auf den ersten Blick scheint der neue Paragraph 88 a ganz harmlos. Er sieht eine 3-jährige Gefängnisstrafe für denjenigen vor, der eine Schrift, die zur Begehung von Straftaten „gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze" auffordert, „1. verbreitet, 2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder 3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, ankündigt oder anpreist, (...) einzuführen oder auszuführen unternimmt...". Ausdrücklich ausgenommen von der Verfolgung sind Kunst, Wissenschaft, Literatur und die Arbeit der Journalisten. Dieses Gesetz, das vom Bundestag einstimmig verabschiedet wurde, ohne daß es die Öffentlichkeit so recht zur Kenntnis nahm, ist die entschärfte Fassung eines ersten Entwurfs, der das Verbot nahezu jeder Schrift über die Klassenkämpfe in Europa oder die nationalen Befreiungskriege in der Dritten Welt ermöglicht hätte. Welcher Demokrat aber wäre nicht bereit, die Aufforderung zu Straftaten gegen den Bestand und die Sicherheit seines Landes zu verurteilen?

Verpflichtung auf die herrschende Ideologie

Nehmen wir aber ein Buch, daß die Erfahrung der Lip-Arbeiter — Angriff auf das Privateigentum, Fabrikbesetzung, wilder Streik — positiv darstellt; da dieses Buch auch als schlechtes Beispiel für die deutschen Arbeiter angesehen werden kann, kann es verboten werden. Die Klausel über Kunst, Literatur und Wissenschaft bietet ebensowenig einen wirksamen Schutz. Denn wer wird den Unterschied zwischen Kunst und Politik, Wissenschaft und Klassenkampf, Literatur und Propaganda festlegen? Staatsanwalt und Richter! Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht hat bereits in einem Beschluß von 1973 für die Professoren die durch Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes garantierte Freiheit der wissenschaftlichen Forschung eingeschränkt. Ein Beschluß des Verwaltungsgerichts von Baden-Württemberg führt dazu aus, daß nur diejenigen sich auf die Grundgesetzgarantie berufen dürfen, die „ihre Hypothesen, Darlegungen und Ergebnisse vorurteilslos geprüft haben."
Eine gute Definition der Wissenschaft. Es sei aber noch einmal daran erinnert, daß es ja die Gerichte sind, die darüber befinden sollen, ob dieser oder jener Wissenschaftler Vorurteile hat oder nicht. Hat derjenige, der das herrschende System ohne Einschränkungen akzeptiert, weniger Vorurteile als der, der es kritisiert? Daß die politischen Instanzen und Universitätsbehörden diese Frage ganz offensichtlich bejahen, zeigen einige Briefe, die abgelehnte Bewerber um ein Lehramt im öffentlichen Dienst von den Kultusbehörden erhalten haben. Der schleswig-holsteinische Kultusminister beispielsweise erklärt einem Assistenten die Verweigerung eines Lehrstuhls in Kiel folgendermaßen: „Besonderes Gewicht bei meiner Entscheidung hat die Tatsache gehabt, daß Sie als Soziologie-Professor bei der Ausbildung von Studenten, die später einmal an verantwortlicher Stelle in Staat und Gesellschaft stehen werden, einen besonderen Auftrag zur Erhaltung und Stärkung unserer freiheitlichen Staatsordnung haben."
Diese restriktive Definition der Wissenschaftsfreiheit gilt nicht allein für Geistes- und Sozialwissenschaften. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen schreibt an einen Atom-Physiker: „Die Freiheit der Forschung endet da, wo wissenschaftliche Erkenntnisse ins Politische übergehen, wo sie zu politischer Propaganda oder Agitation werden und eine Aufforderung zu politischem Handeln implizieren."
In diesem Kontext kann über die Funktion des neuen Paragraphen 88 a des Strafgesetzbuches gar kein Zweifel bestehen: es handelt sich um einen Schlag — und sei es auch erst durch Einschüchterung — gegen linke Literatur, gegen marxistische Theoretiker, gegen Schriftsteller und Publizisten, die die herrschende Ideologie nicht mitmachen. Um

sie zum Schweigen zu bringen und die Jüngeren von vornherein abzuschrecken, ist es nicht gleich nötig, sie ins Gefängnis zu stecken, wie es das Gesetz vorsieht: die Drohung tut's auch.
Das beweist auch der Erlaß zur Frage der Beschäftigung von „Radikalen" im öffentlichen Dienst. Er hat eine doppelte Wirkung: ganz unmittelbar hat er den Behörden bisher die Ablehnung von fast 500 linken Bewerbern ermöglicht; mittelbar schafft er ein Klima der Einschüchterung und Bespitzelung, das eine breitere Protestbewegung gar nicht erst aufkommen läßt. Im Jahre 1972, als die Zeitungen voll waren von den Aktionen der „Roten Armee Fraktion", haben die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit dem Bundeskanzler einen Erlaß verabschiedet, der allen „Radikalen" den Zugang zum öffentlichen Dienst versperrte. Was aber ist ein „Radikaler"? Definitionen werden von denen festgelegt, die die Macht haben.
Seit 1972 hat sich in der BRD die Bezeichnung „Verfassungsfeind" durchgesetzt. Das ist ein sehr ungenauer Begriff. Neben den vom Karlsruher Verfassungsgericht verbotenen verfassungswidrigen Parteien hat man eine neue Kategorie von Organisationen geschaffen, nämlich diejenigen, die „verfassungsfeindliche Ziele verfolgen" und, obgleich nicht verboten, besonders überwacht werden. So fallen beispielsweise die Mitglieder der nicht verbotenen DKP unter den „Radikalen"erlaß. Der Regierungspräsident von Darmstadt nennt die DKP „eine aus Gründen politischer Opportunität nicht verbotene Partei". Diesen fragwürdigen juristischen Begriff einer „noch nicht verbotenen Partei" hat das Verfassungsgericht in seinem Beschluß vom 22. Mai 1975 legitimiert; indem die obersten Richter die Formulierung „Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen" als rechtmäßig anerkannt haben, haben sie selbst auf eines ihrer Vorrechte (nämlich die Verfassungswidrigkeit einer Partei festzustellen) verzichtet, und zwar zugunsten der Exekutive, welcher es nunmehr freisteht zu bestimmen, wer ein „Verfassungsfeind" ist oder nicht. In einem Minderheitsvotum hat einer der Karlsruher Richter diesen Macht- und Kompetenzzuwachs des Staates bedauert, der, wie er meint, „bis zur Grenze der Willkür" führen kann.

Ein Klima der Verdächtigung und Einschüchterung

Am beunruhigendsten ist freilich auf längere Sicht die indirekte Wirkung des Erlasses. Denn vor einer Ablehnung nehmen die Behörden systematische Ermittlungen vor, die in den letzten zwei Jahren eine halbe Million Beamte bzw. Bewerber für den öffentlichen Dienst betroffen haben. In etwa 5000 Fällen verfügte der Verfassungsschutz über Akten; die Betroffenen werden dann entweder sofort abgelehnt oder regelrechten Verhören nach Polizeimanier unterzogen. Dabei müssen sie Rechenschaft über ihre Aktivitäten, Schriften oder Äußerungen der letzten 10 Jahre ablegen. Man schnüffelt in ihrem Privatleben, überprüft ihre Gesinnung, deutet ihre Schriften. Oft sind schon die Teilnahme an einer Demonstration, die Unterzeichnung einer Petition oder das Flugblattverteilen hinreichende Ablehnungsgründe.
Das Klima der Verdächtigung und Bespitzelung breitet sich aus. „Es gibt die, die sich durch die Verfassung geschützt glauben, und die anderen, die unter einem ständigen Rechtfertigungszwang stehen, weil ihnen manchmal der Gedanke kommt, daß eigentlich vieles kritisierbar sei", schreibt der Westberliner Politologie-Professor Wolf-Dieter Narr, der selbst Opfer der „Radikalen"jagd geworden ist (Narr ist SPD-Mitglied).
Die linkssozialistische Zeitschrift „links" hat in einer ihrer letzten Nummern den Brief eines Frankfurter Schulaufsichtsbeamten veröffentlicht: darin zeigt dieser dem Regierungspräsidenten in Darmstadt „ungeheuerliche" Vorfälle an, die er selbst in einer Schule beobachtet habe; für diese sei er zwar formal nicht zuständig, aber es sei ja seine „beamtenrechtliche Verpflichtung, jederzeit aktiv für die Wahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten". Er bittet seinen Dienstvorgesetzten untertänigst, Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer einzuleiten, die ein Flugblatt unterzeichnet haben: darin werden die „Berufsverbote" verurteilt und „Verfassungsschützer und Kultusbürokraten" kritisiert, weil sie „willkürlich bestimmen, wer Verfassungsfeind ist."
Mehrere Universitätsprofessoren haben mir versichert, die Studenten weigerten sich, über bestimmte Themen zu arbeiten oder sich prüfen zu lassen, weil es ihnen später vorgehalten werden könnte. Amnesty International hat sich beim Bundespräsidenten darüber beklagt, daß die Deutschen inzwischen Angst hätten, irgendwelche Petitionen zu unterschreiben, sogar solche zugunsten politischer Gefangener in der UdSSR. Die Gefahr des Mitläufertums und des Konformismus, vor der Alfred Grosser bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt gewarnt hat, ist unabweisbar. Nach Ansicht von Heinrich Böll ist der „Radikalenerlaß" ein „Erlaß gegen die Hoffnung, er führt zu Verzweiflung und Apathie". Das Modewort von der „Ausgewogenheit" bedeute „Schweigen, Tod, Leere, Lethargie".

In Deutschland herrscht Ruhe. Diese Gesetze und Erlasse sind keine bloßen ad-hoc-Maßnahmen gegen bestimmte politische Aktivitäten, obwohl meistens „Terror"akte als Vorwand gedient haben. Die Ära sozialdemokratischer Regierung hatte 1969 mit der Ankündigung von Reformen, Demokratisierung und Verbesserung der Lebensqualität begonnen. Heute herrscht ein anderer Ton. Wer von Reformen redet, ist bereits verdächtig. Die Rechte freut sich über die sogenannte „Tendenzwende". Einem allzu großen Ausschlag nach links folge nunmehr die natürliche Gegenbewegung nach rechts. Der Kanzlerwechsel vom Frühjahr 1974 ist dabei nicht Ursache, sondern Folge, Symptom. Tatsächlich erlebt Westdeutschland seine zweite Restauration nach der Ära Adenauer.
Nach der Regierungsübernahme hat die SPD zunächst versucht, die Studentenrevolte der Jahre 1966—68 durch eine zweifellos sehr liberale Politik zu integrieren. Gleichzeitig brachte die gute Wirtschaftslage für die Lohnabhängigen Kaufkraftsteigerungen und bessere Sozialleistungen, ohne daß Profit oder Macht der Unternehmer geschmälert worden wären. Die Krise hat diesen Mechanismus lahmgelegt. Die SPD mußte auf den größten Teil der versprochenen Reformen verzichten und gegenüber den Forderungen der Lohnabhängigen offen die Position der Unternehmer vertreten. Damit aber das Krisenmanagement à la Helmut Schmidt Erfolg hat, müssen die Störenfriede, die ewigen Protestierer, Kritiker und Nörgler zum Schweigen gebracht werden. „Die Bourgeoisie hat es verstanden", schreibt Peter Schneider, „mit Hilfe eines Teils der Presse der Bevölkerung weiszumachen, daß der Terrorismus — der doch nur einige wenige betrifft — das Problem Nr. 1 sei; und damit rückt die Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen betrifft, in den Hintergrund."
Um die Linke zu isolieren, braucht man gar nicht erst so weit zu gehen wie Strauß und seine Gesinnungsfreunde, die vom Todesstoß gegen das „Rot-Wild" träumen. Es gibt keine massenhafte oder offen brutale Repression, vielmehr findet sie selektiv und in aller Stille statt. Die Überprüfungen, die Ermittlungen, die administrativen oder polizeilichen Schikanen betreffen nur eine Minderheit in der Bevölkerung, nämlich die Linke. Der „Ausnahmezustand" gilt nur für einzelne bzw. wenige Gruppen. Aber aufgrund der diffusen Angst, die der „Radikalen"erlaß (ebenso wie der neue Zensurparagraph) auslöst, kommt es zu Selbstzensur sowie zur Verinnerlichung der Bedrohung und der Repression.

Willkür und Machtfülle

Zur unauffälligen Kontrolle im Alltag kommen die Polizeikontrollen. In Baden-Württemberg hat die Polizei durch ein neues Gesetz die Möglichkeit erhalten, in einem „bestimmten Stadtviertel" jederzeit Hausdurchsuchungen vorzunehmen, wenn der dringende Verdacht besteht, daß dort eine Geisel festgehalten wird; ebenso kann sie jederzeit, auch ohne Durchsuchungsbefehl, Personen oder Fahrzeuge kontrollieren, „wenn sie eine Person darin vermutet, deren Identität festgestellt werden muß". So sind etwa eines Morgens sämtliche Reisende aus Westberlin bei ihrer Ankunft auf dem Stuttgarter Flughafen ohne irgendeine Begründung systematisch durchsucht worden. Mit Ausnahme eines Anwalts haben sich alle gefügt, ohne eine Erklärung zu verlangen.
„Die vom ‚Radikalen'erlaß ausgelöste allgemeine Verdächtigung und die tägliche Verletzung der Grundrechte sind sozusagen in die Poren der westdeutschen Gesellschaft eingedrungen", schreibt Wolf-Dieter Narr.
Eine Darmstädter Immobiliengesellschaft behält sich das Recht vor, allen Mietern, die „in Wort, Tat oder Schrift" als „Verfassungsfeinde" bekannt sind, frist- und entschädigungslos zu kündigen. In Saarbrücken wurde ein FDP-Mitglied von der deutschen Polizei beim Grenzübertritt festgenommen, und zwar aufgrund seiner Teilnahme an dem in Paris veranstalteten Parteitag der „Radicaux de gauche": dieser Terminus, der auf deutsch wörtlich „Linksradikale" heißt, aber im Französischen etwas ganz anderes bedeutet, hatte den Verdacht der Grenzpolizisten geweckt. Die Kriminalpolizei hat die Tankwarte zur Mithilfe aufgerufen, weil sie am ehesten Gelegenheit haben, „verdächtige" Fahrzeuge zu identifizieren; sie will auch andere Berufsgruppen, die viel mit Publikum zu tun haben, um Mitarbeit bitten.
Die „Radikalenjagd" geht weit über die Grenzen des öffentlichen Dienstes hinaus; auch die Privatunternehmen werden von „störenden" Elementen gesäubert. Die Gewerkschaften haben es vorgemacht, indem sie Maoisten und andere „Linksextremisten" ausschlossen. DKP-Mitglieder werden so gerade noch geduldet. Alle, die aktiv opponieren oder auch nur Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie üben, werden bedroht und der Verfolgung durch die Unternehmer ausgeliefert. Im allgemeinen sind sie die ersten Opfer der Entlassungen „aus wirtschaftlichen Gründen", die mit Zustimmung des Betriebsrats vorgenommen werden.
Auch innerhalb der SPD ist jede gemeinsame Aktion mit der DKP oder anderen „Extremisten" verboten. In Westberlin ist jemand aus der SPD ausgeschlossen worden, weil er

die Vernichtung aller Verfassungsschutzakten über Studenten forderte. In Niedersachsen sind drei Jungsozialisten gerügt worden, weil sie zusammen mit DKP-Mitgliedern den Aufruf zu einer Gedenkfeier in einem ehemaligen Konzentrationslager unterzeichnet hatten.

Es wäre falsch, von „Faschismus" oder „Neofaschismus" zu sprechen — es sei denn, man definiert den Begriff neu. Die gegenwärtige Situation in der BRD ist nicht vergleichbar mit der Zeit vor dem Faschismus und noch weniger mit dem Dritten Reich selbst. Der derzeit geschaffene gesetzliche Apparat ist nichtsdestoweniger besorgniserregend. In der Sprache freilich offenbaren sich bestürzende Ähnlichkeiten: so übernimmt der Beschluß des Kanzlers und der Ministerpräsidenten über die Beschäftigung von „Radikalen" im öffentlichen Dienst bis auf zwei Formulierungen wörtlich das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, in dem es heißt: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden." Der Beschluß vom 28. Januar 1972 formuliert positiv: „In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt."

Der in letzter Instanz mit der Durchsetzung des Beschlusses beauftragte Justizapparat ist noch immer durchsetzt mit Richtern, die sich ihre Sporen in der Zeit des berüchtigten Volksgerichtshof-Präsidenten Freisler unter Hitler verdient haben. Beunruhigend sind allerdings nicht einige einzelne Richter, auch wenn sie früher Nazis gewesen sind; beunruhigend ist vielmehr die Diskriminierungsfunktion einer ganzen Justiz, die gegen besondere gesellschaftliche Gruppen Sondergesetze anwendet.

Bestimmte Methoden, bestimmte Fragen nach politischer Gesinnung oder Privatleben bei Verhören, die gelegentliche Verwertung anonymer Denunziationen — all das trägt zweifellos „faschistoide" Züge; gleichwohl kann man eine Politik der versteckten Einschüchterung nicht mit der brutalen physischen Repression faschistischer Regime gleichsetzen.

Politische Breschen und Wirtschaftskrise

Die ganze Praxis wird abgestützt durch jenen Antikommunismus, dank dessen Adenauer in den Gründerjahren der BRD politisch reüssierte. Dieser Antikommunismus hat indessen eine neue Form angenommen. Was früher die Parole „Geh' doch nach drüben" (nämlich in die DDR) war, ist heute die Suche nach dem „inneren Feind". Eine ältere Frau hat in einem Brief zum Fall eines vom „Radikalen"erlaß betroffenen Professors auf ihre eigene Erfahrung mit dem Antikommunismus hingewiesen. Nach dem KPD-Verbot von 1956 wurden die KPD-Mitglieder gerichtlich verfolgt und zum Teil zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Briefschreiberin selber war 1961 mit einem Jahr Gefängnis und der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre bestraft worden, weil sie Kinder in DDR-Ferien-Lager begleitet hatte. Sie wurde der Fortführung einer verbotenen Vereinigung und der Agententätigkeit bezichtigt. Ihr Fall zeigt einige Ähnlichkeiten mit der Lage der heutigen „Verfassungsfeinde".

Es herrscht Ruhe in Deutschland. Welche Gefahren sind es also eigentlich, die die Rückkehr zu McCarthyismus und Zensurpraktiken legitimieren? In der gegenwärtigen Entwicklung spielt sicher die Reaktion auf die Studentenbewegung der Jahre 1966—68 eine Rolle. Die Rechte holt zum Gegenschlag aus, sie stillt geradezu ihren Rachedurst; auf jeden Fall will sie das in den sechziger Jahren verlorene Terrain zurückgewinnen. Die Universität zum Beispiel macht zur Zeit unvermerkt eine Veränderung durch — „die einschneidendste seit einem Jahrhundert", wie der Tübinger Philosophie-Professor Walter Jens meint —, die sie um Jahrzehnte zurückwirft. Das Bezeichnendste an dieser politischen Entwicklung ist aber nicht ihr „reaktionärer" Zug. Im entwickeltsten kapitalistischen Land Westeuropas setzt sich die perfekteste Form der „fortgeschrittenen liberalen Gesellschaft" durch: sie ist gekennzeichnet durch eine immer stärkere Kodifizierung, Normierung und Formalisierung der sozialen Verhältnisse, die jede Äußerung spontanen gesellschaftlichen Handelns im Keim ersticken soll. Dies ist der „Fortschritt" der BRD gegenüber anderen europäischen Ländern. Das Scherzwort, wonach „in Deutschland der Klassenkampf immer vor dem Richter endet", erhält damit seine volle Bedeutung. „Das Kapital kann sich nur reproduzieren, wenn die Maschen im Netz sozialer Kontrolle immer enger werden", erklärt Professor Agnoli von der Westberliner Universität.

Die Studentenrevolte von 1966 bis 1968 hatte einige Breschen in die Institutionen von Politik, Familie und Universität geschlagen; eben diese Breschen sollen nach dem Willen der politischen und juristischen Instanzen in der BRD jetzt wieder geschlossen werden.

Gleichzeitig hat die Wirtschaftskrise den sozialen Konsensus erschüttert, auf dem die Integration der Arbeiterklasse beruht. Da das ökonomische und soziale System das kontinuierliche Wachstum, welches es garantieren sollte, nicht mehr sicherstellt, hat es einen

Teil seiner Legitimation verloren. Daher müssen die herrschenden Klassen nun die Entstehung neuer Breschen und die Ausbreitung der Kritik am System verhindern. Der „Radikalen"erlaß soll zusammen mit den anderen Repressionsmaßnahmen die außerparlamentarische Linke isolieren und aufreiben, sowie auch den Graben zwischen ihr und den Arbeitern vertiefen. Nicht zufällig betrifft er vor allem Lehrer.
Es handelt sich um eine Art „präventiver Konterrevolution", was von den politischen Führern der BRD indirekt auch eingestanden wird. „Mit dem Schlimmsten rechnen, das Äußerste dagegen unternehmen", so definiert der Innenminister das Prinzip seines Handelns. Nicht bloß von Strauß kommt der Ruf nach dem starken Staat. Auch Kanzler Schmidt hat erklärt, man müsse „innerlich bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist". Der hessische Oppositionsführer Dregger, Innenminister im Fall einer christdemokratischen Regierung, hat es noch deutlicher gemacht: „langfristig", so sagte er, „sei für die Zukunft des Landes nicht entscheidend, was sich in den Parlamenten abspielt, sondern an den Schulen, auf den Lehrakademien, an den Hochschulen, in den Massenmedien, überall dort, wo politische Meinungen geprägt und gebildet werden... Zur Abwehr dieser Gefahr für den Bestand unserer freiheitlichen Demokratie müssen wir rechtzeitig Vorkehrungen treffen."
Der juristische Perfektionismus ist eine typisch deutsche Tradition, die einerseits durch die schlechten Erfahrungen der Weimarer Republik, andererseits durch die ersten Nachkriegsjahre bestärkt worden ist. Deutschland hat nie eine starke liberale Bourgeoisie gehabt, die die „formalen Freiheiten" ernstgenommen hätte. Die Demokratie, die die Westdeutschen seit 1949 kennen, haben sie weder selbst erkämpft noch durchsetzen können; sie haben sie von den Alliierten übernommen. In Reaktion auf eine Zeit, in der die Grundrechte mit den Füßen getreten wurden, haben sie sie nach 1945 mit großer Beflissenheit respektiert. Demokratie war nie eine Selbstverständlichkeit. Allerdings darf man diese „deutsche" Eigentümlichkeit nicht überschätzen.
In diesem Staat, den man als „obrigkeitlichen Rechtsstaat" bezeichnen könnte, der alles regelt, kodifiziert und in ordnungsgemäße Bahnen lenkt, muß das Recht strikt befolgt werden. Dieses Recht hat seine Grundlage und seinen Ausdruck in der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung", deren Hüter das Bundesverfassungsgericht ist. Den Kommunisten, die 1956 geltend machten, daß ihre Partei zugelassen worden sei, hielten die Verfassungsrichter entgegen, daß damals der Begriff der Demokratie nur negativ als Antifaschismus definiert worden sei, während er inzwischen einen positiven Gehalt bekommen habe.

Die Zersplitterung der linken Kräfte

Die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" wird durch eine Reihe von Verfassungsgrundsätzen definiert: Menschenrechte, Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung, auf Leben und Unversehrtheit, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Mehrparteienprinzip, Unabhängigkeit der Gerichte usw. Zur Identifizierung eines „Verfassungsfeinds" genügen jedoch allgemeine Fragen zu diesen Prinzipien keineswegs, so befindet ein amtliches Handbuch für Verfassungsschützer.
Gestellt werden müssen vielmehr konkrete Fragen, wie etwa: „Wird es in dem von Ihnen angestrebten System noch eine CDU oder eine CSU geben?" Die den Bewerbern für den öffentlichen Dienst vorgelegten Fragen wie: „Was ist Ihre Einstellung zum Privateigentum, zum Marxismus, zum Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats?" lassen den Schluß zu, daß für die Behörden in den meisten Fällen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" mit der kapitalistischen Gesellschaft identisch ist.
Das Verfassungsgericht ist mit der Forderung einer Treuepflicht der Beamten nicht nur gegenüber der Verfassung, sondern auch gegenüber dem Staat noch einen Schritt weiter gegangen. Allein durch die Formulierung wird die Verfassung zum bloßen Anhängsel des Staates erklärt. „Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt..." erklären die Verfassungsrichter. Den ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann veranlaßte das zu einer besorgten Feststellung, man erlebe „gebenwärtig eine sich verstärkende Gleichsetzung der Strukturen unserer Gesellschaft mit der Verfassung selbst. Der Staat soll wieder einmal als das hohe, über uns schwebende Etwas verstanden werden, das unabhängig von Parlamenten, Parteien und Volkssouveränität als Inbegriff von ausübender Gewalt besteht. Deshalb werden radikale Verfechter von Freiheit und Demokratie auch da in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gerückt, wo sie mit und aus der Verfassung für bessere Freiheit und Demokratie eintreten. Das läßt an Parallelen zu Metternich denken."
Im Rahmen des von den drei im Parlament vertretenen Parteien definierten politischen und ökonomischen Systems — „Soziale Marktwirtschaft" — und Bündnis mit den USA — sind alle Meinungen zugelassen. Wer aber diese Grundsätze, die keineswegs in der Verfassung verankert sind, in Frage stellt, macht sich verdächtig. Zwischen Systemkritikern

und „Terroristen" werden kaum noch Unterschiede gemacht. Durch eine ganze Reihe von Maßnahmen versuchen die Behörden, die außerparlamentarische Linke zu kriminalisieren. Wie die Justiz eines demokratischen Staates mit „Terroristen" verfährt, zeigt auf eindringliche Weise der Stuttgarter Prozeß gegen Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe.

Dieser in mehrerlei Hinsicht exemplarische Prozeß läuft praktisch unbemerkt von der Öffentlichkeit ab. Die außerparlamentarische Linke zeigt wenig Interesse; wenigstens vermeidet sie jede Stellungnahme, die nur Wasser auf die Mühlen ihrer Gegner wäre. Diese Linke ist bunt zusammengewürfelt: sie besteht aus einzelnen Sozialdemokraten, orthodoxen Kommunisten, aus Maoisten verschiedener kleiner Gruppen und unorganisierten Intellektuellen; was sie verbindet, ist indes, daß sie denselben Schikanen ausgesetzt sind, von denselben Verboten betroffen sind. Doch selbst gegen den „Radikalen"erlaß, der sie doch alle in gleicher Weise betrifft, gelingt es der außerparlamentarischen Linken nicht, sich zusammenzuschließen.

Die DKP macht regelmäßig die Probe auf ihre Bedeutungslosigkeit durch Teilnahme an den Wahlen; die Maoisten unterstützen die proamerikanische Politik Bonns gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus"; die Nicht-Organisierten bemühen sich ohne Erfolg um einen organisatorischen Zusammenschluß, wenn sie nicht gleich resignieren. Andere hoffen auf ein Wiedererstarken der sozialdemokratischen Linken, das jedoch nichts weniger als gewiß ist.

Zwar hat der linke Flügel der SPD gegen die „Berufsverbote" protestiert, als auch Sozialdemokraten davon betroffen waren, aber er blieb ohnmächtig angesichts der geschlossenen Front von eigener Parteimehrheit und CDU. Die Opposition, die 1968 in SPD und DGB gegen die Notstandsgesetze bestand, gibt es nicht mehr.

Eigentlich war die SPD-Linke gegen die Änderung der Strafprozeßordnung, aber sie beugte sich der Fraktionsdisziplin; sie war auch gegen die Einführung einer Zensur, und doch hat sie schließlich zugestimmt. Ein einziger Abgeordneter, der frühere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Dieter Lattmann, hat es gewagt, sich im Bundestag gegen dieses Gesetz auszusprechen — und hat dann, aus taktischen Gründen, dafür gestimmt.

„Das haben wir nicht gewollt", jammern jetzt die redlicheren Sozialdemokraten, die anfangs dem Berufsverbot zugestimmt hatten, aber nun sehen müssen, wie es praktiziert wird. Die linken SPD-Abgeordneten haben gegenüber der Fraktionsmehrheit eine deutliche Warnung ausgesprochen: „Wir werden für die Strafrechtsänderung stimmen. Aber das ist das letzte Mal. Selbst bei einem neuen Vorschlag sind wir zu mehr nicht bereit."

(Daniel Vernet, 2. 4. 1976)

Großbritannien

PARLIAMENTARY AFFAIRS

Die Frage des Berufsverbots hat zwei wesentliche Aspekte. Der politische Aspekt hat mit der Grundfrage zu tun, wie weit oder eng ein demokratisches politisches System den inneren Ring seiner Selbstverteidigung ziehen will. Das zeigt als ein Problem die Schwierigkeiten, in die demokratische Regierungen geraten, wenn sie versuchen, ihre Feinde zu identifizieren und schnell zu erledigen. Es gibt das Problem der Definition von „Feinden", denn dies eröffnet ernsten Widerspruch, und ihrer Behandlung (Sind verfassungswidrige Mittel gerechtfertigt, und falls ja, wann?). Demokratische Regierungen, die versuchen, solche Probleme methodisch zu behandeln, enden bezeichnenderweise in peinlichen und sich selbst widersprechenden Positionen. Die Last der Vergangenheit verschlimmert dieses Problem in Westdeutschland. Es kann festgestellt werden, daß historisch gesehen der Antikommunismus unglückliche Folgen mit sich gebracht hat, für Thomas Mann war er „die Grundtorheit unserer Epoche". Während der Weimarer Zeit lenkte er die Aufmerksamkeit der SPD von der Gefahr des Rechtsradikalismus ab; in den 50er Jahren führte er zu einer Einschränkung der Diskussion über innenpolitische Alternativen; und in den frühen 70er Jahren war er mit Angriffen gegen die Linke statt gegen die Rechte verbunden. Das Beweismaterial, das als Ergebnis der Fälle Jacob, Gohl und Lenhart veröffentlicht wurde, ist für die Regierungen peinlich gewesen, und Andeutungen über Drangsalierung und Verfolgung durch Bundes- und Landesämter des Verfassungsschutzes (das Bundesamt stand lange Zeit unter der Führung von Herbert Schrübbers, einem Ex-Nazi) haben sich vermehrt.

Die Frage, ob Antikommunismus ein Schutz für die Demokratie oder ein Angriff auf sie ist, wirft zwei Probleme auf. Erstens: sind die erwähnten „Kommunisten" auch „Demokraten"? Hier gibt es die Schwierigkeit des Widerstreits von Demokratietheorien; „Kommunistische" Theorie kann entweder elitär/autoritär in einem leninistischen Sinn sein oder radikaldemokratisch (im Sinne aller Teilhaber). Auf jeden Fall wird das gegen konservativ-demokratische Ideen in der CDU/CSU und in der SPD verstoßen. Zweitens werden die Mittel, die benutzt werden, um die Kommunisten aus der Politik zu entfernen, die Demokratie selbst schwächen. Ein Aspekt ist hierbei die Gefahr, daß das notwendige „Vertrauen" in die demokratische Gemeinschaft unterminiert wird.

Die Lösung der Frage des Berufsverbots wird noch komplizierter durch die vage ideologische Rhetorik, die sie provoziert. In Westdeutschland hat es eine enge Beziehung zwischen dem Wiederaufleben marxistischen Denkens und dem Sichtbarwerden eines neuen Konservativismus gegeben, ein komplizierter Vorgang von Bewegung und Gegenbewegung, wodurch Auffassungen, geschieden von der Wirklichkeit, wichtiger wurden als diese selbst. Unmäßigkeit tritt nicht nur bei Linksradikalen, sondern auch bei „verantwortungsbewußten" Politikern auf. Insbesondere haben CDU- und CSU-Politiker (gemeinsam mit der Springer-Presse) die Ängste des Volkes ausgenutzt und sogar angeregt. Die Baader-Meinhof-Affäre wurde Grundlage einer umfassenden „law and order"-Kampagne, auf die die SPD-Führung besonders 1972 reagieren mußte, wenn sie sich die Unterstutzung des Volks erhalten wollte. Sie hatte deshalb keine richtige Ausgangsposition, um der Entscheidung von 1972 zu widerstehen. Für die CDU/CSU war das Berufsverbot natürlich ein ausgezeichnetes Instrument gegen kritische radikale Kräfte, die versuchten, die Demokratie auf weitere Bereiche des öffentlichen Lebens auszudehnen. Die CDU/CSU und viele SPD-Politiker beriefen sich auf den Begriff einer „streitbaren Demokratie" und auf die Furcht vor einem zweiten Weimar. Tatsächlich war aber das Problem von Weimar nicht so sehr, daß es zu viele radikale Demokraten gab, sondern zu viele reaktionäre konservative Beamte. Außerdem liegt in der Beschränkung auf „streitbare Demokratie" die Gefahr, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" mit verfassungswidrigen Mitteln schützen zu wollen.

Es ist lebenswichtig für die Politiker selbst, die Verfassung zu respektieren, und einige Interpretationen des Grundgesetzes, besonders von rechts, lassen zeitweise Zweifel an diesem Respekt aufkommen. Man könnte argumentieren, daß je nach Gelegenheit die CDU/CSU versucht hat, die Verfassung für taktische Zwecke auszunutzen, insbesondere dadurch, daß sie politische Gegner „Verfassungsfeinde" nannte. Ein Beispiel für solche Taktik war der CDU/CSU-Antrag vom 15. Februar 1974 im Bundestag, der von anderen Parteien die Bestätigung ihres Respekts vor der Verfassung verlangte. Das Grundgesetz ist tatsächlich ein weit gewissenhafteres und flexibleres Dokument, als sie zulassen wollten. Es erlaubt nicht, daß Gegner der konstitutionellen Ordnung, und ganz bestimmt nicht diejenigen, die nur vermeintlich Gegner sind, so behandelt werden. Wenn CDU-Regierungen mit Problemen des radikalen Rechtsextremismus kontrontiert wurden, haben sie interessanterweise genausoviel Spielraum im Grundgesetz entdeckt wie viele SPD-Mitglieder heutzutage gegenüber der Linken. Auf jeden Fall ist das Problem des Linksradikalismus das einer so geringen Zahl von Fällen, daß die Regierung es sich erlauben kann, sorgfältige individuelle Behandlung zu gewähren statt gegen Grundrechte zu verstoßen.

Nicht nur stellen CDU/CSU-Politiker „Demokratie" zu oft mit wenig mehr als Antikommunismus und Antisozialismus gleich, sondern sie neigen dazu, „Freiheit" mit dem bestehenden ökonomischen System gleichzusetzen. Anders ausgedrückt versuchen sie, das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft" gesetzlich festzulegen. Dadurch werden diejenigen, die die bestehende ökonomische Ordnung kritisieren, „Verfassungsfeinde". In ihrer ersten Phase bezog die CDU selbst Ideen der Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur in ihr Programm ein. Das kurzlebige Ahlener Programm vom Februar 1947 machte einen scharfen Unterschied zwischen politischer Freiheit und wirtschaftlichem Liberalismus, bestätigte, daß der Kapitalismus gescheitert sei und die Planwirtschaft notwendig wäre; und machte sich zum Wahlspruch: „Die CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus." Sogar die CSU brachte in ihrer Gründerzeit radikale Ideen zum Ausdruck, besonders in ihrer Veröffentlichung „Unsere soziale Revolution" (1947). Der Parlamentarische Rat, in dem auch die Kommunisten vertreten waren, verzichtete bewußt auf jeden Versuch, ein besonderes Wirtschaftssystem festzulegen. Die Verfassung versucht, eine politische Ordnung zu errichten, die auf Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Regierungsverantwortlichkeit, Recht auf Opposition, Grundrechten und juristischer Unabhängigkeit aufbaut, statt auf einem besonderen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen System. Es ist unklug und auch unnötig, zu versuchen, das bestehende wirtschaftliche System in der Verfassung zu verankern. Eigentlich eröffnen die Artikel 14 und 15 GG mit ihrem Hinweis auf die soziale Verantwortung des Eigentums und auf öffentliches Eigentumsrecht die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft und die Linke kann für sich beanspruchen, daß sie einen wesentlichen Aspekt der Verfassung vertritt, der von der derzeitigen politischen Führung ignoriert wird . . .

THE TIMES (Beitrag von Kenneth M. F. Dyson in Nr. 1/1975)

. . .

Bis zu diesem Punkt (d. h. bis zu den Wahlerfolgen der CDU bei den Landtagswahlen um die Jahreswende 1974/75, d. Ü.) schien die Wende zugunsten der Konservativen eine relativ gesunde Erscheinung zu sein, eine Reaktion auf neue Probleme und eine Korrektur

des politischen Gleichgewichts in Richtung auf die Mitte. Der extremen Rechten hat sie nicht viel gebracht. Es gibt jedoch einen Aspekt dieser Wende, der unter den Liberalen wachsende Besorgnis auslöst. Es handelt sich hierbei um die Auswirkung des Beschlusses, „Radikale" aus dem öffentlichen Dienst, wozu das Schulwesen, ein großer Teil des Rechtswesens und die öffentliche Verwaltung zählen, auszuschalten.
Der Beschluß war eine verständliche Reaktion auf die erklärte Absicht einer linken Gruppe, sich auf einen „langen Marsch durch die Institutionen" zu machen, und auf die Art und Weise, in der ziemlich extreme dogmatische Linkskräfte an einigen Universitäten und Schulen entscheidenden Einfluß gewannen. Aber jetzt besteht die Gefahr, daß man zu weit geht.
Das Überprüfungsverfahren bringt ein verhängnisvolles System der Überwachung hervor. Seit Ende 1972 wurden allein in Baden-Württemberg etwa 55 000 Personen überprüft, wobei gegen 400 etwas vorlag und 40 abgelehnt oder entlassen wurden.
Die Landesregierungen mischen sich häufiger in die Einstellung von Lehrkräften für die Universitäten ein. Die Studenten haben das Gefühl, beobachtet, photographiert und registriert zu werden. Einige von ihnen meinen, sie müßten selbst den harmlosesten Kontakt mit der Linken meiden und es unterlassen, Examensarbeiten über Themen mit linker Färbung zu schreiben. Sie mögen übertreiben, aber die psychologische Wirkung ist beträchtlich.
Die Radikalen und die wandlungsfähigen Opportunisten, die ihr Mäntelchen nach dem Wind hängen, tragen ihren Teil der Verantwortung hierfür. Viele von ihnen mißbrauchten die Macht, als sie die Chance dazu hatten. Aber die Reaktion ist in ihrer langfristigen Konsequenz kaum weniger beunruhigend.
Die bürokratische Überwachung kann sich leicht selbständig machen und eine deutsche Variante des McCarthyismus oder der osteuropäischen Gedankenkontrolle erzeugen. Sie ist bereits ein grobes Instrument, das viele Unschuldige dazu veranlaßt, sich zu ducken. Sie könnte sehr leicht dem politischen und intellektuellen Pluralismus, den sie eigentlich schützen soll, Schaden zufügen. (4. 7. 1975)

THE ECONOMIST

Stellenbewerber im westdeutschen öffentlichen Dienst werden nicht nur nach dem Geburtsnamen ihrer Mutter gefragt, sondern werden einer strengen Überprüfung ihrer politischen Aktivitäten, der vergangenen und der gegenwärtigen, unterzogen. Wie streng die Überprüfung ausfällt, hängt weitgehend davon ab, wo sie sich bewerben. Die von den Sozialdemokraten oder einer Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten regierten Länder neigen dazu, weniger starr zu sein als jene Länder, in denen Christlich Soziale regieren. Aber es gibt Ausnahmen. Der FDP-Innenminister von Niedersachsen sagte vor einigen Monaten, daß sogar ein Totengräber aufgefordert werden würde, aus dem öffentlichen Dienst auszuscheiden, wenn er aktives Mitglied der Kommunistischen Partei wäre. Sein Amtskollege in West-Berlin, ein Sozialdemokrat, meint auch, daß die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei automatisch zum Ausschluß aus dem Staatsdienst führen sollte. Nicht nur Kommunisten, sondern auch einige Sozialdemokraten und Liberale sprechen von Hexenjagd, McCarthyismus und der unheilvollen Unterdrückung von Minderheiten. ...
Die Überprüfungen werden mit verschiedenen und manchmal fragwürdigen Mitteln auf der Grundlage eines vor dreieinhalb Jahren vom damaligen Bundeskanzler Brandt und den Ministerpräsidenten der Länder gefaßten Beschlusses vorgenommen. ...
Das Bundesministerium des Innern erklärt unter Berufung auf die Zuständigkeiten der Länder, es wisse nicht, wieviele Kandidaten überprüft worden sind. Inoffizielle Schätzungen liegen zwischen 300 000 und 450 000. Gegner des Verfahrens haben die Namen von 457 abgewiesenen Bewerbern gesammelt. ... (2. 8. 1975)

THE FINANCIAL TIMES

Westdeutschland leidet an einem leichten Anfall von Autoritarismus. Ich benutze das Wort „leicht", weil es scheint, daß das was sich in der Bundesrepublik abspielt, heilbar ist — und auch weil es wichtig ist, den Fehler zu vermeiden, die Ereignisse der letzten Zeit als Rückkehr zu Nazi-Verhaltensweisen oder gar als Hexenjagd im McCarthy-Stil zu beschreiben. Er (d. h. der Anfall von Autoritarismus, d. Ü.) ist keins von beiden, obwohl er im Erscheinungsbild eines Gemeinwesens, das nach wie vor eines der anziehendsten West-Europas ist, einen schweren Makel darstellt. ...
Man könnte denken, da die eigene Partei des Kanzlers Helmut Schmidt so sehr gegen das Berufsverbot („Berufsverbot" im Original, d. Ü.) eingestellt ist, können wir beruhigt darauf vertrauen, daß es aus der Welt geschafft wird. Fehlanzeige. Der Hauptunterschied zwischen der Bundesregierung und der Opposition, wie er sich in einem Gesetzentwurf ausdrückt, der jetzt dem Parlament vorliegt, aber aller Voraussicht nach scheitern wird, ist ein gradueller.

Für die Unionsparteien reicht die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei bereits als Ablehnungsgrund aus. Sie sind nicht so besorgt über Mitglieder rechtsextremistischer Parteien wie der berüchtigten NPD. Die Koalitionsparteien beziehen beide Arten von Extremisten ein, und sie bestehen darauf, daß mehr als die bloße Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen nachgewiesen werden muß. Sie wollen auch die Überprüfung von Bewerbern auf „Ausnahmefälle" — wozu Lehrer zu rechnen sind — beschränken, und sie schlagen umfangreiche rechtliche Sicherungen und Widerspruchsrechte der Betroffenen vor.

Was sie anscheinend nicht in Erwägung zu ziehen vermögen, ist die einfache Abschaffung solcher gesetzlicher Regelungen. Westdeutsche aller Parteien pflegen Fragesteller auf die Erfahrung der Weimarer Republik zu verweisen, in der Nazi-Sympathisanten mithalfen, den demokratischen Staat von ihnen zu zerstören. Viele berufen sich auf weniger weit zurückliegende Erfahrungen, so die Welle studentischer Unruhe nach 1968, als radikale Studenten mit einem „langen Marsch durch die Institutionen" drohten. Bis vor etwa zwei Jahren schien die Drohung sehr real; heute sind diese Radikalen anscheinend in die Vergessenheit marschiert. Andere erinnern einen an den Sicherheitsskandal, der den Rücktritt Willy Brandts als Kanzler umgab. Wieder andere weisen auf den Terrorismus-Fall Baader-Meinhof hin, der immer noch verhandelt wird, nach einer vieldiskutierten Gesetzesänderung, durch die die Obstruktionstaktik der Angeklagten und ihrer Verteidiger bekämpft werden sollte.

Christdemokratische Politiker fügen all dem das Argument hinzu, daß Deutschland ein geteiltes Land ist, mit einer von Kommunisten beherrschten Hälfte, deren Ziel es sei, die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik zu untergraben. ...

Während all dies angesichts der außerordentlich kurzen Geschichte der Demokratie in Deutschland verständlich ist, ist es nicht wirklich überzeugend. Auf die Bundesrepublik in ihrer gegenwärtigen Verfassung, so scheint es manchmal, eine Hüterin der Freiheit, kann man setzen — eher als, sagen wir, auf Großbritannien. Sie ist wohlhabend, weitgehend zufrieden und allenfalls um einiges zu konservativ. ...

Alfred Grosser, ein Deutsch-Franzose, dem dieses Jahr der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, schockierte seine Zuhörer, als er im Oktober in einer Rede anläßlich der Preisübergabe in Frankfurt sagte, daß heutzutage immer mehr von der Verteidigung der Grundordnung (der Verfassung) durch den Staat die Rede sei und immer weniger von der Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte gegen den Staat. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß man auf so viele Westdeutsche trifft, die dies zu begreifen beginnen. (16. 12. 1975)

(Aus einem Beitrag von Joe Rogaly v. 16. 12. 1975)

(Zweiter Teil folgt)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

GREINER, Bernd, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *UNGER, Dr. Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *TROFIMENKO, Henryk,* Doktor der Geschichtswissenschaften, Leiter der außenpolitischen Abteilung im Institut „USA und Kanada" der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. *** *BERG, Marie-Louise,* geb. 1920 in Masana (Eritrea), Mitarbeit am Solinger Vorschulmodell 1965—68, Volkshochschulkurse zur Frauenfrage. *** *KETTIG, Alma,* geb. 1915 in Wuppertal-Barmen, Bundestagsabgeordnete der SPD von 1953—65, über 25 Jahre ehrenamtliche Funktionen in der Frauenarbeit der IG Chemie, Papier, Keramik; journalistisch tätig. *** *PROFT, Hildegard,* geb. 1944 in Duisburg, Studium an der PH Bonn, Lehrerin für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule, Berufsverbot seit 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1969. *** *STEINMANN, Elly,* geb. 1921 in Danzig, Journalistin, Redakteurin „Frau und Frieden" bis 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1951; Veröffentlichungen über Nord- und Südvietnam u. a. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SARIN, Manohar L.,* geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *KRAMER, Dr. Dieter,* geb. 1940, wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg, ab 30. 9. 1976 arbeitslos; Buchveröffentlichung: Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, Köln 1975. ***LEITHÄUSER, Dr. Gerhard,* Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen..

Bemerkungen

Der Beitrag von Doris Basten „Ich, die ‚Verfassungsfeindin'. Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen" in Heft 8/1976 kann beim Pahl-Rugenstein Verlag als Sonderdruck bestellt werden. Preis: 10 Expl. 5,— DM, 20 Expl. 10,— DM, 50 Expl. 20,— DM. D. Red.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Holmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Malhofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Uli Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Paul Schallück
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Wilhelm Wengler
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

GREINER, Bernd, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA. *** *DEPPE, Dr. Frank,* geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *UNGER, Dr. Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *TROFIMENKO, Henryk,* Doktor der Geschichtswissenschaften, Leiter der außenpolitischen Abteilung im Institut „USA und Kanada" der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. *** *BERG, Marie-Louise,* geb. 1920 in Masana (Eritrea), Mitarbeit am Solinger Vorschulmodell 1965—68, Volkshochschulkurse zur Frauenfrage. *** *KETTIG, Alma,* geb. 1915 in Wuppertal-Barmen, Bundestagsabgeordnete der SPD von 1953—65, über 25 Jahre ehrenamtliche Funktionen in der Frauenarbeit der IG Chemie, Papier, Keramik; journalistisch tätig. *** *PROFT, Hildegard,* geb. 1944 in Duisburg, Studium an der PH Bonn, Lehrerin für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule, Berufsverbot seit 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1969. *** *STEINMANN, Elly,* geb. 1921 in Danzig, Journalistin, Redakteurin „Frau und Frieden" bis 1974, in der Frauenbewegung aktiv seit 1951; Veröffentlichungen über Nord- und Südvietnam u. a. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SARIN, Manohar L.,* geb. in Indien, Dr. phil., z. Z. Lehrbeauftragter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen. *** *KRAMER, Dr. Dieter,* geb. 1940, wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg, ab 30. 9. 1976 arbeitslos; Buchveröffentlichung: Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, Köln 1975. ***LEITHÄUSER, Dr. Gerhard,* Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen..

Bemerkungen

Der Beitrag von Doris Basten „Ich, die ‚Verfassungsfeindin'. Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen" in Heft 8/1976 kann beim Pahl-Rugenstein Verlag als Sonderdruck bestellt werden. Preis: 10 Expl. 5,— DM, 20 Expl. 10,— DM, 50 Expl. 20,— DM. D. Red.